

HIS  
Hochschul-  
Informations-  
System  
GmbH

# HIS

## Hochschul- planung 77

Reiner Reissert  
Hilde Schaeper

## Pro-forma-Studium

„Studieren“ ohne Studienabsicht

HIS GmbH Hannover 1989



Hochschulplanung · Band 77

Herausgegeben von der  
HIS Hochschul-Informationssystem GmbH



Reiner Reissert  
Hilde Schaeper

# Pro-forma-Studium

„Studieren“ ohne Studienabsicht

HIS GmbH  
Hannover 1989



CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Reissert, Reiner:

Pro-forma-Studium: „Studieren“ ohne Studienabsicht /

Reiner Reissert; Hilde Schaeper. [HIS, Hochschul-Informationssystem GmbH]. — Hannover: HIS, 1989

(Hochschulplanung; Bd. 77)

ISBN 3-922901-55-7

NE: Schaeper, Hildegard.; GT

© 1989 by HIS GmbH, Gosseriede 9, 3000 Hannover 1

Printed in the Federal Republic of Germany

Druck: HIS GmbH

ISBN 3-922901-55-7



## INHALTSVERZEICHNIS

Seite

ZUSAMMENFASSUNG	1
1. PRO-FORMA-STUDIUM - NOCH IN DER DISKUSSION?	9
2. ANLAGE DER UNTERSUCHUNG	13
2.1 Durchführung	13
2.2 Aufbau des Berichtes	14
3. ERSTE ANNÄHERUNG AN EIN PHÄNOMEN - DEFINITION, FRAGE DER OPERATIONALISIERBARKEIT UND GRÖSSENORDNUNG DES PRO-FORMA-STUDIUMS	17
3.1 Definition	17
3.2 Operationalisierbarkeit und Meßbarkeit	23
3.3 Größenordnung und strukturelle Merkmale des Pro-forma-Studiums	24
3.4 Exkurs: Präzision der falschen Zahlen? - Fehlermöglichkeiten der amtlichen Studentenstatistik	34
4. ZUR BEDEUTUNG UND BEWERTUNG DES PRO-FORMA-STUDIUMS	39
5. PRO-FORMA-STUDIUM: INDIVIDUELLE ENTLASTUNG - GESELLSCHAFTLICHE BELASTUNG?	47
5.1 Die materielle Seite des Pro-forma-Studiums - zum Vorgehen	47
5.2 Individuelle Vorteile des Studentenstatus	48
5.2.1 Vergünstigungen außerhalb der Hochschule	48
5.2.2 Vergünstigungen durch die Hochschule	57
5.2.3 Finanzielle Vorteile - Grund für eine Pro-forma-Immatrikulation?	60
5.3 Institutionelle Belastung durch Pro-forma-Studenten	62
5.3.1 Kapazitative Betrachtung	62
5.3.2 Finanzielle Betrachtung - Einfluß der Gesamtstudentenzahl auf die Mittelzuweisung	64
5.4 Versuch einer Gesamtbilanz	67



6.	RAHMENBEDINGUNGEN DER HOCHSCHULAUSBILDUNG - IHR BEITRAG ZUM PRO-FORMA-STUDIUM	71
6.1	Individuelles Verhalten und strukturelle Gegebenheiten	71
6.2	Rückwirkungen der Strukturbedingungen auf das individuelle Verhalten bei den sechs Gruppen von Pro-forma-Studenten	71
6.2.1	Professionelle Pro-forma-Studenten	72
6.2.2	An der Studienaufnahme gehinderte Pro-forma-Studenten	73
6.2.3	Wartezeiten überbrückende Pro-forma-Studenten	73
6.2.4	Zeitlich befristete Pro-forma-Studenten	74
6.2.5	Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive	81
6.2.6	Examierte Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf	
7.	MASSNAHMEN UND LÖSUNGEN	83
7.1	Hochschulrechtliche Maßnahmen	84
7.2	Maßnahmen im Bereich sozialer Vergünstigungen	99
7.3	Betreuerische Maßnahmen	104
7.3.1	Projektorientiertes Studium	105
7.3.2	Studieneinführungsveranstaltungen	107
7.3.3	Versperrter Berufseinstieg - der Münchener Modellversuch "Student und Arbeitsmarkt"	112
7.3.4	Anschreibprogramme und Beratungsangebote für Langzeit- studenten	115
	LITERATURVERZEICHNIS	119
	ANLAGEN	123
1.	Liste der befragten Institutionen bzw. Experten	125
2.	Interviewleitfaden	127
3.	Sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen bei der Beschäftigung von Studenten	140
4.	Antragsformular für Studenten zur Aufnahme in die Kranken- versicherung (Muster der Kaufmännischen Krankenkasse)	144
5.	Ergebnis der Überprüfungsaktion der Hamburg-Münchener Er- satzkasse bei Studenten über 35 Jahren	145
6.	Semesterbeiträge der Studierenden für die Studentenwerke	146
7.	Bilder 1 und 2	147
8.	Programm und Zeitplan der Orientierungsphase im WS 1988/89 des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover	149



## ZUSAMMENFASSUNG

### Zur Untersuchung

Seit Ende der 70er Jahre tauchten in den Medien von Zeit zu Zeit Meldungen zum Phänomen des Scheinstudiums auf. Vorgehalten wurde diesen nur zum Schein eingeschriebenen Pro-forma-Studenten, sie mißbrauchten den Studentenstatus. Sie hätten es letztlich nur auf die sozialen Vergünstigungen für Studenten wie z. B. günstige Krankenkassentarife, Fahrpreismäßigungen, billige Mahlzeiten in Mensen und Cafeterien sowie Wohnheimplätze etc. abgesehen. Durch ihr Scheinstudium blockierten sie außerdem Studienplätze und verfälschten die Studentenstatistik. Auch Fragen der Funktionsfähigkeit und Effizienz unseres Hochschulsystems wurden im Zusammenhang mit dem Pro-forma-Studium erörtert.

Eine umfassende Aufarbeitung der vielfältigen Aspekte des Scheinstudiums unterblieb bislang; in der vorliegenden Untersuchung "Pro-forma-Studium - Studieren ohne Studienabsicht" wird dieser Versuch unternommen. Das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft hat dieses Vorhaben finanziell gefördert.

Die Untersuchung basiert auf über 30 Experteninterviews, der Aufarbeitung einer Vielzahl offiziell zugänglicher und grauer Literatur sowie Sekundärauswertungen verschiedener HIS-Befragungen und von Untersuchungen anderer Institutionen.

### Definition des Pro-forma-Studiums

Eine zentrale und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Untersuchungsgegenstandes besteht in einer handhabbaren Definition des Pro-forma-Studiums. Aufgrund der Vielschichtigkeit des Phänomens, dessen verschiedenen Ausprägungen nur das Merkmal des "Nichtstudiums" gemeinsam ist, erwies sich allerdings eine allgemeine, umfassende und theoretisch abgeleitete Begriffsbestimmung als nicht realisierbar. So wurde ein phänomenologischer Zugang gewählt, der zur Unterscheidung von sechs Gruppen von Pro-forma-Studenten führte.

Als "professionelle Pro-forma-Studenten" werden Immatrikulierte bezeichnet, die sich in einer beruflich und/oder sozial gesicherten Position befinden und deren Immatrikulation ausschließlich ein finanzielles Kalkül zugrunde liegt. Es handelt sich größtenteils um die auch oft in der Presse aufgegriffenen Fälle von voll berufstätigen, gut situierten Selbständigen und Angehörigen freier Berufe.

Unter den "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" werden Hochschulabsolventen verstanden, die nach dem Examen ihre Immatrikulation wegen der größeren materiellen wie auch immateriellen sozialen Sicherheit aufrechterhalten, bis ihnen der Berufseinstieg geglückt ist.

Bei den "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang" handelt es sich um Studienanfänger, die ihre ursprünglich beabsichtigte Ausbildung oder Tätigkeit außerhalb der Hochschule nicht realisieren konnten und sich wegen der sozialen Absicherung und Vergünstigungen solange immatrikulieren, bis der gewünschte Ausbildungs- oder Arbeitsplatz gefunden ist.

Mit der Bezeichnung "an der Studienaufnahme gehinderte Pro-forma-Studenten" werden Immatrikulierte charakterisiert, die im gewählten Studiengang und an der gewählten Hochschule zu studieren beabsichtigten, derzeit aber noch an der Umsetzung ihrer Studienabsicht gehindert sind, z. B., weil sie nach ihrer Immatrikulation zum Wehr- oder Zivildienst einberufen wurden, noch eine Studienphase im Ausland abschließen wollen oder ihr Arbeitsverhältnis nicht rechtzeitig auflösen konnten. Die sozialen Vorteile des Studentenstatus spielen bei dieser Gruppe keine Rolle.

"Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" haben aus verschiedensten Gründen ihre Absicht, das Studium bis zum Abschluß durchzuführen, aufgegeben, bleiben aber aus unterschiedlichen Gründen noch immatrikuliert, ohne daß eine erneute Studienaufnahme und ein Studienabschluß wahrscheinlich sind.

Zu der letzten Gruppe, den "zeitlich befristeten Pro-forma-Studenten", gehören Immatrikulierte, die für einen zeitlich befristeten Abschnitt ihr Studium nur pro forma fortführen, nach dieser quasi eigenmächtigen Beurlaubung ihre Studientätigkeit aber wieder aufnehmen wollen.

Die Grenzen zwischen den verschiedenen Arten des Pro-forma-Studiums sind allerdings nicht eindeutig und klar abzustecken. Auch innerhalb der beschriebenen Gruppen gibt es ein Kontinuum von "mehr oder weniger" Pro-forma-Studium.

### **Operationalisierbarkeit und Meßbarkeit**

Beim Pro-forma-Studium handelt es sich um ein Phänomen, bei dem subjektive Einstellungen und die mit der Immatrikulation verbundenen Intentionen eine entscheidende Rolle spielen. Es gibt nur wenige manifeste Merkmale für ein Pro-forma-Studium, die operationalisierbar und, entsprechende Befragungen vorausgesetzt, meßbar sind. Diese Merkmale reichen aber zur Bestimmung des Pro-forma-Studiums in seinen vielfältigen Facetten nicht aus, und der subjektive Aspekt entzieht sich einer direkten Messung. Ihn kann man nur näherungsweise durch Verknüpfung mehrerer Indizien zu ergründen versuchen.

Ein anderer Weg zur Messung des Pro-forma-Studiums, nämlich die direkte Frage nach einem Scheinstudium, ist in einigen Untersuchungen beschränkt worden. Allerdings sind die Befragungen von Studierenden nur in eingeschränktem Maße repräsentativ für das Pro-forma-Studium.

### **Umfang des Pro-forma-Studiums**

Wegen der eingeschränkten Repräsentativität und mangels geeigneter und meßbarer Indikatoren sind die aus verschiedenen Untersuchungen gewonnenen Ergebnisse zum Umfang des Pro-forma-Studiums vorsichtig zu interpretieren.

Als obere Grenze für den Anteil der Pro-forma-Studenten an den Studierenden bundesdeutscher Universitäten kann von einem Wert zwischen 6 und 7 % ausgegangen werden. An Fachhochschulen spielt das Pro-forma-Studium mit einem Anteilswert von maximal 3 % eine geringere Rolle.

Große Unterschiede im Umfang des Pro-forma-Studiums an Universitäten sind je nach Studiengang festzustellen. Grob gesagt stehen sich hier geistes-, sozialwissenschaftliche und Lehramtsstudiengänge mit höheren Anteilen und natur-, ingenieur-, wirtschaftswissenschaftliche und medizinische Fächer mit niedrigeren Anteilen gegenüber. Eine Festlegung auf den genauen Umfang des Pro-forma-Studiums in verschiedenen Studiengängen kann aus methodischen Gründen nicht erfolgen.

Die aus den empirischen Untersuchungen gewonnenen Anhaltspunkte deuten auch auf große hochschulspezifische Differenzen im Umfang des Pro-forma-Studiums hin. Diese Differenzen dürften durch Faktoren wie Fächerspektrum der Hochschule, Größe der Hochschule, Größe und Struktur des Hochschulortes und geographische Lage bedingt sein.

Während die Schätzungen zum Umfang des Pro-forma-Studiums insgesamt auf einer direkten Frage nach dem Pro-forma-Studium beruhen, liegen für die Bestimmung des Umfangs der oben genannten verschiedenen Gruppen von Pro-forma-Studenten nur wenige Anhaltspunkte und In-



diktoren vor. Es ist davon auszugehen, daß es sich bei den "professionellen Pro-forma-Studenten", den "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten" und den "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" um Einzelfälle handelt und daß das Bild des Pro-forma-Studiums durch die "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" sowie die "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" und die "zeitlich befristeten Pro-forma-Studenten" bestimmt wird.

Die Frage, wie sich der Umfang des Pro-forma-Studiums in den letzten Jahren entwickelt hat, kann für das Pro-forma-Studium insgesamt nicht beantwortet werden, jedoch liegen aus verschiedenen HIS-Untersuchungen Zahlen für den Anteil der Pro-forma-Studenten unter exmatrikulierten Hochschulabsolventen für mehrere Zeitpunkte vor. Für die Exmatrikulierten des Jahres 1979 wird geschätzt, daß ca. 10 % der Universitätsabsolventen nach dem Examen noch eine Zeitlang nur formal eingeschrieben blieben. Auf Grundlage des HIS-Projektes "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt" wurde 1983 ein Anteilswert von 14 % Pro-forma-Studenten unter den Universitätsabsolventen ermittelt. Und von den Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen, die sich 1984 exmatrikuliert hatten und von HIS erstmals direkt zum Pro-forma-Studium befragt wurden, gaben dann 23 % an, nach dem Examen aus mehr oder weniger formalen Gründen immatrikuliert geblieben zu sein.

#### **"Künstliche" Aufblähung der Studentenstatistik**

Neben den erwähnten Formen des Pro-forma-Studiums können auch durch die Verfahren in der Studentenverwaltung "Karteileichen" erzeugt und die Studentenstatistik aufgebläht werden. Die hauptsächlichen Problemfelder liegen in der Mehrfachimmatrikulation bei Studienanfängern und in der Mehrfachimmatrikulation bei Hochschulwechslern. Zuverlässige Angaben darüber, in welchem Ausmaß der Studentenbestand durch die Einschreibe-, Rückmelde- und Examtrikulationsverfahren aufgebläht wird, gibt es nicht. Schätzungen gehen von einer Überhöhung von 1 bis maximal 2 % aus.

#### **Bedeutung und Bewertung des Pro-forma-Studiums**

Das Pro-forma-Studium hat die politische Diskussion seit langem und immer wieder beschäftigt. Zahlreiche parlamentarische Aktivitäten und Vorstöße zur Einschränkung des Pro-forma-Studiums zeugen davon. Dabei wurde und wird das Pro-forma-Studium vor allem deshalb als Problem gesehen, weil sozialer Mißbrauch auf Kosten der Steuerzahler und der Solidargemeinschaft der Versicherten und eine durch das Scheinstudium verursachte kapazitäre Belastung der Hochschulen (und damit auch eine finanzielle Belastung sowohl der Hochschulen als auch der Landeshaushalte) vermutet wird.

Auch die Krankenkassen haben das Pro-forma-Studium mit seinen Auswirkungen auf die Krankenversicherung thematisiert und erste Maßnahmen ergriffen, um dem Mißbrauch der studentischen Krankenversicherung einen Riegel vorzuschieben.

Für Hochschulen und Hochschullehrer hat das Pro-forma-Studium keine große Bedeutung. Erklärbar ist dies dadurch, daß Pro-forma-Studenten kaum Kapazitäten und Etats belasten und im Gegenteil hohe Studentenzahlen als Argument in der Auseinandersetzung um Mittel und Stellen nicht unwillkommen sind.

#### **Pro-forma-Studium: individuelle Entlastung - gesellschaftliche Belastung?**

Aufsehen erregte in der Vergangenheit vor allem die mißbräuchliche Inanspruchnahme der günstigen studentischen Krankenversicherung durch gut situierte Selbständige. Dieser Typus des "professionellen Pro-forma-Studenten" erzielte durch ein Scheinstudium beträchtliche fi-

nanzielle Einsparungen zu Lasten der Solidargemeinschaft. Bei fast allen anderen Gruppen von Pro-forma-Studenten bestand eine vergleichbare Vorteilsnahme nicht.

Die Krankenkassen hatten bereits lange vor der Verabschiedung des Gesundheitsreformgesetzes Maßnahmen zur Einschränkung des Mißbrauchs bei der studentischen Krankenversicherung durchgeführt. Das Gesundheitsreformgesetz legt fest, daß die günstigen Tarife für studentische Krankenversicherung nur für ein Studium von 14 Fachsemestern, längstens bis zum dreißigsten Lebensjahr, in Anspruch genommen werden können.

Aus familienpolitischen Erwägungen erhalten Eltern von Studierenden je nach Einkommen und Lebensumständen beträchtliche finanzielle Vergünstigungen. Durch die Altersbegrenzung auf 27 Jahre sind aber z. B. die überwiegende Zahl der Langzeitstudenten unter den "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" und die "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" von diesen steuerlichen Vorteilen weitgehend ausgenommen. Denkbar ist ein Mitnahmeeffekt bei den steuerlichen Vergünstigungen nur bei der Gruppe der "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang" und den "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive", die noch am Studienanfang stehen.

Altersbegrenzungen verhindern auch bei Bahn- und Luftverkehr die Inanspruchnahme der besonders attraktiven Tarife durch die Mehrzahl der Pro-forma-Studenten.

Allein an den Studentenstatus gekoppelt (ohne Altersbegrenzung und Studienzeitbegrenzung) sind die Vergünstigungen im Personennahverkehr, bei den Eintrittsgebühren (z. B. Theater, Kino, Sporteinrichtungen) sowie die verbilligten Mahlzeiten in Mensen und Cafeterien. Allen Gruppen von Pro-forma-Studenten stehen diese Vergünstigungen offen. Dies gilt allerdings nicht für Wohnheimplätze, hier kontrollieren die Studentenwerke sehr genau.

Trotz der aufgezeigten Vergünstigungen würde die Mehrzahl der Pro-forma-Studenten, wie Aussagen von ihnen belegen, ihren Scheinstatus rasch beenden, wenn sie eine berufliche Alternative (einschließlich eines anderen Ausbildungsweges) sehen würden. Allein das ökonomische Kalkül erklärt nur bei einer kleinen Zahl von Pro-forma-Studenten und hier insbesondere bei den "professionellen Pro-forma-Studenten" ihr Verhalten. Zweifellos tragen die finanziellen Vorteile aber mit dazu bei, sich als Pro-forma-Student über Wasser halten zu können, so daß der Ablösungsprozeß von der Hochschule hinausgezögert wird.

Die Hochschulen und insbesondere die Studentenwerke sehen sich durch die Pro-forma-Studenten, wenn sie die Mensen und Cafeterien benutzen, kaum belastet. Pro-forma-Studenten, die Mensen und Cafeterien benutzen, profitieren zwar von der staatlichen Bezuschussung, deren Höhe allerdings durch sie nicht immer beeinflußt wird. Sie tragen deshalb teilweise sogar zu einem wirtschaftlich günstigeren Betriebsergebnis bei. Die Nutzung und mögliche Belastung der sonstigen Hochschuleinrichtungen wie Beratungsdienste, Vermittlungsdienste, Bibliotheken etc. durch Pro-forma-Studenten ist nicht zu quantifizieren.

Auch das Argument, Pro-forma-Studenten blockierten Studienplätze, sticht aufgrund des Berechnungsmodus der Kapazitätsverordnung nicht. Einzig die Gruppe der "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" kann Kapazitäten binden. Allerdings sorgen die meisten Hochschulen durch interne Regelungen dafür, daß in den N.c.-Studiengängen überprüft wird, ob die Neuimmatrikulierten auch das Studium tatsächlich aufnehmen.

Die individuelle Entlastung kann bei einer allerdings geringen nicht genau quantifizierbaren Zahl von Pro-forma-Studenten erheblich sein. In der Mehrzahl der Fälle halten sich die Vorteile in engen Größenordnungen. Dabei ist zu beachten, daß Pro-forma-Studenten Aufwendungen für die Einschreibung an Hochschulen (30 bis 70 DM pro Semester) erbringen müssen. Die materielle Belastung der Hochschulen und anderer externer Institutionen (außer Krankenkassen in der Vergangenheit) ist eher unbedeutend oder nicht quantifizierbar.

### Pro-forma-Studium - eine Folge der Rahmenbedingungen der Hochschulausbildung

Universitäten räumen ihren Studenten traditionellerweise Freiräume in der Studiengestaltung ein. Den Studierenden bleibt es weitgehend überlassen, ihre Studienintensität und damit ihren Studienfortschritt eigenverantwortlich zu bestimmen.

In welcher Zeit ein Studierender sein Examen erreichen soll, darüber geben Studien- und Prüfungsordnungen Auskunft; ob diese zeitlichen Vorgaben faktisch realisierbar sind und eingehalten werden können, wird jedoch von der Hochschule oftmals nicht kontrolliert. Erhebliche zeitliche Abweichungen des Studienverlaufs von der Norm sind möglich, da das Studieneinde im deutschen Hochschulsystem derzeit weitgehend offen ist, d. h., der Studierende kann sein Examen sehr lange hinauszögern. Dieses offene Ende begünstigt als eine wesentliche Rahmenbedingung das Pro-forma-Studium.

Die Möglichkeit, die Studienintensität auf Null absinken zu lassen, ist eine wesentliche Voraussetzung für das "zeitlich befristete Pro-forma-Studium". Dieses "zeitlich befristete Pro-forma-Studium" erlaubt es dem einzelnen Studierenden, die Studienintensität seinen Lebensumständen und eigenen Bedürfnissen anzupassen. Die phasenweise "selbst gewährte Beurlaubung" erhöht den Gestaltungsspielraum des Individuums. Teilweise kann dadurch die Gefahr abgewendet werden, daß das Studium abgebrochen werden muß. Ein befristetes Pro-forma-Studium wird aber in der Regel mit einer Verlängerung des Studiums erkaufte.

Der Anteil der Langzeitstudenten ist in den 80er Jahren erheblich angestiegen. Dies gilt vor allem für Lehramtsstudenten. Neben individuellen Versäumnissen beim Studienaufbau, der Notwendigkeit der Erwerbstätigkeit und der Perspektivlosigkeit für verschiedene Studienfächer auf dem Arbeitsmarkt wird ein Pro-forma-Studium bei den Langzeitstudenten durch das zeitlich zwar fixierte aber bisher nicht kontrollierte und "eingeklagte" Studieneinde begünstigt. Die Hochschule trägt eine gewisse Mitverantwortung für die Entstehung des Pro-forma-Studiums bei Langzeitstudenten, denn faktisch nimmt sie es hin, daß diese Studierenden immer mehr den Kontakt zur Hochschule verlieren. Die von der BLK empfohlenen und der KMK beschlossenen Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung werden auch einschränkende Wirkungen für das Pro-forma-Studium haben.

Experten beklagen daher die aus ihrer Sicht falsch verstandene Liberalität der Hochschulen gegenüber diesen Langzeitstudenten. Jeder Dozent wisse, daß Studierende in höheren Semestern nicht mehr besser würden, sondern eher nur noch schlechter. Je länger das Studieneinde hinausgezögert werde, desto stärker kumulierten sich die Probleme, desto schwerer falle den Langzeitstudenten letztlich der Absprung von der Hochschule und der Übergang ins Berufsleben. Die Hochschule könne daher nicht länger den Studienfortschritt allein in das Belieben der Studenten stellen, denn Studierende, die in höheren Semestern z. B. noch nicht einmal eine Zwischenprüfung abgelegt haben, bedürften einer fachlichen Beratung. Ziel dieser Beratung sollte es sein, mit ihnen zusammen konkrete Schritte festzulegen, damit das Studienziel erreicht werden kann oder sie zur Studienaufgabe zu bewegen.

Bald nach Studienbeginn kann es zu einem Pro-forma-Studium kommen, wenn es nicht gelingt, Studienanfänger voll in das Studium zu integrieren. Die Größe der Hochschule erschwert es Studienanfängern, sich an der Hochschule zurechtzufinden. Eine große Zahl der Studienanfänger kommt aus nichtakademischen Elternhäusern, kennt also die Rituale, Anforderungen und Strukturen der Hochschule nicht. Ferner bestehen bereits bei Studienbeginn objektive Leistungsunterschiede zwischen den Studienanfängern. Hinzuweisen ist hierbei auf die vielfältigen Schulformen, an denen heutzutage die Hochschulreife erworben werden kann, und auf unterschiedliche fachliche Schwerpunktsetzungen während der Schulzeit.

Die Größe der Anfängerveranstaltungen behindert oft einen intensiven Kontakt zwischen Studenten und Dozenten. Kontaktmangel ist aus der Sicht vieler Experten bei Studienanfängern ein wesentlicher Grund für eine unzureichende Integration ins Studium. Daß der Studienanfang problematischer geworden ist, belegt die Studienabbruchquote von rund 16 % an Universitäten



(Ergebnis der Befragung der Exmatrikulierten des Jahres 1984). Nach neuesten Berechnungen aufgrund der Ergebnisse der HIS-Befragungen von Studienberechtigten liegt die Abbruchquote sogar bei 20 %. Bei der überwiegenden Mehrheit dieser Studienabbrecher findet der Studienabbruch in den ersten vier Semestern statt.

In den 80er Jahren verschlechterten sich die Berufschancen vor allem für geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftliche Absolventen. Diese wichen bei Arbeitsmarktschwierigkeiten verstärkt in ein Pro-forma-Studium nach dem Examen aus. Diese pro forma weiter eingeschriebenen Absolventen benutzen die Hochschule als Wartehalle. Aus ihr heraus versuchen sie auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ein Verbleib in der Hochschule ist problemlos möglich, da einer Fortsetzung im gleichen Studiengang oder einer Neueinschreibung in einem freien anderen Studiengang kein Hindernis entgegensteht. Grundsätzlich kann jeder, der die Hochschulberechtigung erworben hat, mehrmals von ihr Gebrauch machen. Die Hochschulen tolerieren stillschweigend dieses Pro-forma-Studium ihrer Absolventen und helfen ihnen auf diese Weise, den Zeitraum bis zum Berufseintritt zu überbrücken.

### Hochschulrechtliche Regelungen zur Einschränkung des Pro-forma-Studiums

Die Palette hochschulrechtlicher Maßnahmen zur Einschränkung des Pro-forma- und/oder Langzeitstudiums ist weit. Die Befristung des Studiums oder von Studienphasen, Studiengebühren, eingeschränkte Möglichkeiten für die Aufnahme eines Zweitstudiums, der Ausschluß vom Studium bei Nichtaufnahme des Studiums, bei Studierunfähigkeit, mangelndem Studierwillen und Berufstätigkeit, Exmatrikulation bei unterlassener Rückmeldung und Abschluß des Examens sowie eine stärkere Verschulung des Studiums sind hier zu nennen und daraufhin zu überprüfen, ob sie eine geeignete Maßnahme gegen das Pro-forma-Studium darstellen, verhältnismäßig und verfassungskonform sind. Das in Artikel 12 Grundgesetz gewährte Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte setzt staatlichen Eingriffen in die Hochschulausbildung enge Grenzen.

### Zeitliche Befristung des Studiums

Die bis 1980 mögliche Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit, die in Baden-Württemberg praktizierte Regelung, daß eine Exmatrikulation erfolgt und der Prüfungsanspruch erlischt, wenn das Vordiplom oder die Zwischenprüfung nicht innerhalb bestimmter Fristen abgelegt wurde, die in Bayern geltende Fiktionsregelung, nach der eine Prüfung als erstmalig nicht bestanden gilt, wenn bestimmte Fristen überschritten wurden, und die in der Neufassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes vorgesehene Bestimmung, daß Studenten bei einer Fachstudiendauer von mehr als das doppelte der Regelstudienzeit zu exmatrikulieren sind - das sind die Regelungen zur zeitlichen Befristung des Studiums bzw. von Studienphasen, die mit der Hoffnung verbunden waren oder sind, die Studiendauer zu verkürzen und den Mißbrauch des Studentenstatus zu verhindern. Diese Hoffnung kann sich allerdings nicht voll erfüllen. Jeder, der es darauf anlegt, immatrikuliert zu sein, ohne ein Studium durchführen zu wollen, hat die Möglichkeit, sich - z. T. schon am Tag nach der Exmatrikulation - in einem anderen Studiengang einzuschreiben. Dieses Verhalten steht unter dem Schutz des Art. 12 Grundgesetz. Auf der anderen Seite bedeuten diese Regelungen aber auch einen Eingriff in den Studienverlauf der durchaus ernsthaften, wenn auch nicht ganz planmäßig Studierenden mit z. T. schwerwiegenden Konsequenzen (z. B. der Verlust des Prüfungsanspruches nach der baden-württembergischen Fristenregelung, der zur Folge hat, daß eine Einschreibung in diesem Studiengang im gesamten Bundesgebiet nicht mehr möglich ist). Es mag bezweifelt werden, ob bei diesen Maßnahmen die Verhältnismäßigkeit des Mittels zum angestrebten Zweck noch gewahrt ist.

## Studiengebühren

Auch hinter der oftmals diskutierten, allerdings nur in Hessen verwirklichten Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten steht das erklärte Ziel, das Studium zu verkürzen und Mißbrauchsmöglichkeiten auszuschließen. Analysiert man allerdings auf Grundlage der hessischen Erfahrungen die Effekte dieser Maßnahme, dann bleibt von den beabsichtigten Wirkungen nicht mehr als der fiskalische Aspekt. Deshalb beabsichtigt auch der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst, diese Regelung zum Sommersemester 1990 aufzuheben. In unserem derzeitigen Studiensystem könnte nur eine weit gefaßte und bundeseinheitliche Regelung mit hohen Semestergrenzen und hohen Gebühren z. B. ein "professionelles Pro-forma-Studium" oder ein "Pro-forma-Studium ohne Examensperspektiven" in höheren Semestern verhindern, ohne die Studierenden zu belasten oder sogar vom Studium auszuschließen, die z. B. aufgrund der Studiensituation oder notwendiger Erwerbstätigkeit zu einem längeren Studium gezwungen sind. Es ist fraglich, ob eine solche Maßnahme angesichts der relativ geringen Zahl von Pro-forma-Studenten der genannten Gruppen in höheren Semestern und der durch sie verursachten gesellschaftlichen Kosten verhältnismäßig ist.

## Beschränkung des Zweitstudiums

Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung umfaßt das Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte auch die Zulassung zu einem Zweitstudium. Damit können auch Regelungen, die eine automatische Exmatrikulation bei Studienabschluß vorsehen, nicht die Wirkung erzielen, ein Pro-forma-Studium nach Examen zu verhindern, da eine Neueinschreibung in einem anderen, nicht zulassungsbeschränkten Studiengang jederzeit möglich ist.

## Grenzen der Studierfreiheit

Das Hochschulrecht kennt eine generelle Pflicht zum aktiven Studieren nicht. In einigen Ländern allerdings existieren die gesetzlichen Grundlagen, nach denen - teilweise nur in N.c.-Studiengängen - die Nichtaufnahme des Studiums, Studierunfähigkeit, mangelnde Studierbereitschaft oder ein Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnis ein Immatrikulationshindernis oder einen Exmatrikulationsgrund darstellen. Vielerorts wird die Studienaufnahme in N.c.-Studiengängen überprüft, so daß hierüber ein Pro-forma-Studium verhindert werden kann.

## Straffung des Studiums

Einige Argumente sprechen - zumindest in der Theorie - dafür, daß eine straffe Studienorganisation, die die Studierenden an die Hand nimmt und durch das Studium führt, zumindest einen Teil der Ursachen z. B. für ein "Pro-forma-Studium ohne Examensperspektive" (Orientierungsprobleme, mangelndes Feed-back) ausräumen kann. Die befragten Experten begegnen allerdings einer Verplanung und Lenkung des Studiums mit Skepsis: Studienpläne hielten die Studierenden in Unmündigkeit, ließen keinen Raum für die zur Orientierung notwendige Reflexion, verhinderten selbständige und eigenverantwortliche Entscheidungen über den Studien- und Berufsweg. Orientierungsprobleme würden nicht gelöst, sondern überdeckt.

## Maßnahmen im Bereich sozialer Vergünstigungen

Bei der Sonderstellung von Studenten im Rahmen des Steuerrechts sowie bei den von Verkehrsbetrieben, Hochschulen und Trägern von Freizeit-/Kultureinrichtungen gewährten Vergünstigungen sind die Mißbrauchsmöglichkeiten durch Pro-forma-Studenten schon aufgrund der derzeitigen Regelungen (z. B. Alters- und Semestergrenzen) begrenzt. Weitergehende Maßnahmen könnten insofern unverhältnismäßig sein als sie vor allem länger Studierende mit guten Examensaussichten treffen würden. Auch bei der studentischen Krankenversicherung ist schon

jetzt ein Mißbrauch weitgehend ausgeschlossen. Hier hat jedoch der Gesetzgeber einen Regelungsbedarf gesehen und im Gesundheitsreformgesetz für die Pflichtversicherung der Studenten eine Fachsemestergrenze von 14 und eine Altersgrenze von 30 Jahren vorgesehen. Damit sind sicher die letzten Lücken, die einen Mißbrauch der studentischen Krankenversicherung noch ermöglichten, geschlossen worden. Allerdings kommen auf die Studierenden, die aus der Pflichtversicherung ausscheiden, durch die erheblich höheren Krankenversicherungsbeiträge finanzielle Mehrbelastungen zu. Aufgrund der Notwendigkeit, diese Kosten durch verstärkte Erwerbstätigkeit zu tragen, könnte sich das mit der Regelung verfolgte Ziel, den langen Studiendauern entgegenzuwirken, in sein Gegenteil verkehren.

### Betreuerische Maßnahmen

Administrative Maßnahmen, die durch Sanktionen versuchen, dem Pro-forma-Studium den Boden zu entziehen, sind größtenteils ungeeignet. Sind sie zu eng gefaßt, treffen sie im hohen Maße auch ernsthaft Studierende und erschweren das Studium. Darüber hinaus blenden sie die Ursachen z. B. für ein "Pro-forma-Studium ohne Examensperspektive" aus. An diesem Punkt setzen einige "betreuerische" Maßnahmen an, die exemplarisch dargestellt werden.

Bestimmte Elemente der Studienorganisation - das haben empirische Untersuchungen gezeigt - können auf Studienverhalten und Studienstrategien, auf die Einbindung in das Studium und in die Hochschule und damit letztlich auf den Studienverlauf und Phänomene wie das Pro-forma-Studium zurückwirken. Die z. B. im Projektstudium geforderte interessenzentrierte und eigenverantwortliche Studiengestaltung, die ständige Auseinandersetzung mit und Reflexion über Studienziele, Studienmotive und berufliche Praxis sowie ein über Arbeitsgruppen institutionalisiertes Studieren in sozialen Zusammenhängen fördern die Studienmotivation und eine sowohl fachliche wie auch affektive Bindung an die Hochschule. Unter diesen Bedingungen wurden überlange Studiendauern und drop out nur selten beobachtet.

Die für das Projektstudium genannten Elemente versuchen auch Studieneinführungsveranstaltungen aufzugreifen, die mehr sein wollen als technische Ratgeber. Getragen von der Absicht, einen Gesamtüberblick über den gewählten Studiengang zu geben, Stellenwert und Notwendigkeit einzelner Fächer für das Studium und den angestrebten Beruf zu vermitteln, Anwendungsbezüge und Praxisrelevanz deutlich zu machen, Reflexion über die Studienentscheidung zu ermöglichen und soziale Kontakte aufzubauen, können diese Veranstaltungsformen zu einer sowohl fachlich als auch sozial besseren Integration in das Studium beitragen und so einige Ursachen für ein Pro-forma-Studium ausschalten.

Für Geistes- und Sozialwissenschaftler sehen die Chancen auf dem Arbeitsmarkt ungünstig aus. Die traditionellen Berufsbereiche sind größtenteils verschlossen, alternative Beschäftigungsfelder noch nicht genügend erschlossen. Die Arbeitsmarktlage schlägt sich auch im Studienverlauf nieder: Eine wachsende Zahl von Langzeitstudenten und überdurchschnittliche Anteile von Pro-forma-Studenten sind zu beobachten. Unter anderem der Münchener Modellversuch "Student und Arbeitsmarkt" versucht, diese Problematik aufzugreifen, interessierten Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften wirtschaftsnahe Qualifikationen und Betriebspraktika schon während des Studiums zu vermitteln und so Beschäftigungsmöglichkeiten in der Wirtschaft zu erschließen. Nach den ersten Erfahrungen berechtigt dieser Versuch zu der Hoffnung, daß das durch Perspektivlosigkeit bedingte Hinauszögern des Studienabschlusses, durch das sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Betroffenen nicht verbessert, bei den Absolventen dieses Programms verhindert werden kann.

Auf dem Gedanken, daß Hochschulen und Hochschullehrer auch Verantwortung für ihre Studenten tragen und daß sie zu lange die Augen vor dem Problem der Langzeitstudenten verschlossen haben, beruhen an verschiedenen Hochschulen ergriffene Initiativen, Langzeitstudenten direkt anzusprechen, Entscheidungshilfen und ggf. Hilfestellung beim längst fälligen Studienabschluß zu geben. Nach den Erfahrungen, die am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU-Berlin gemacht wurden, könnten durch solche Maßnahmen noch ca. ein Viertel der Langzeitstudenten einen Studienabschluß erreichen.



## 1. PRO-FORMA-STUDIUM - NOCH IN DER DISKUSSION?

Ende der 70er Jahre und vor allem in der ersten Hälfte der 80er Jahre zogen Meldungen in der Presse über eine zunehmende Zahl von Pro-forma- oder Scheinstudenten an deutschen Hochschulen das Interesse der bildungspolitischen Öffentlichkeit auf sich. Hintergründe und Größenordnungen des Scheinstudiums blieben aber vielfach im Dunkeln. Harte empirische Fakten fehlten, so daß Spekulationen und Mutmaßungen die Diskussion um das Pro-forma-Studium bestimmten. Die Öffentlichkeit stieß sich vor allem daran, daß soziale Vorteile des Studentenstatus ausgenutzt werden, ohne ernsthaft zu studieren. Dieses wurde und wird als unrechtmäßige Vorteilsnahme bewertet. Demgegenüber trat in den Hintergrund, daß durch das Pro-forma-Studium auch Fragen zur Funktionsfähigkeit und Effizienz des Studiensystems sowie vor allem auch zu Problemen des persönlichen Schicksals von Pro-forma-Studenten in der Hochschule aufgeworfen werden.

Die Diskussion um das Pro-forma-Studium wurde oft sehr emotional geführt. Verständlich wird dies, wenn man an die hochschulpolitische Situation Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre zurückdenkt. In diesen Jahren mußte der Ansturm der geburtenstarken Jahrgänge auf die Hochschulen bewältigt werden. Die sozial-liberale Koalition hatte 1977 beschlossen, die Türen zur Hochschule für die geburtenstarken Jahrgänge offenzuhalten. Für die Öffnung der Hochschulen fand sich damals eine breite politische Mehrheit. Der Öffnungsentscheidung vorangegangen war das berühmte Villa-Hügel-Gespräch in Essen im Oktober 1976. Damals sprachen sich Arbeitgeber, Gewerkschaften, Wissenschaftler und Bildungspolitiker einhellig dafür aus, auch den geburtenstarken Jahrgängen die Chance zum Studium zu ermöglichen. Durchgesetzt wurde die Öffnungspolitik, obwohl allen Beteiligten die sich bereits abzeichnenden Arbeitsmarktprobleme und Finanzengpässe für den Bildungsbereich deutlich waren. Für die Hochschule bedeutete diese "Politik der offenen Tür", daß sie in den kommenden Jahren mit einer erheblichen "Überlast" fertig werden mußte.

Der Entscheidung zur Öffnung der Hochschulen vorausgegangen war im Jahre 1976 die Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes (HRG). Es bestand die Hoffnung, dieses Gesetz könne Hilfestellung leisten bei der Realisierung der Öffnungspolitik. Mit dem HRG war die Studienreform gesetzgeberisch auf den Weg gebracht worden, die u. a. mit der Hoffnung verbunden war, eine Verkürzung der Studiendauer zu erreichen. Das Instrument der Regelstudienzeit mit der Maßgabe der Zwangsexmatrikulation verlieh diesem Wunsch nach Verkürzung der Studiendauer Nachdruck. Durch die Regelstudienzeit schien ein Instrument vorhanden, die "Durchlaufgeschwindigkeit" der Studierenden zu erhöhen. Die Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der Regelstudienzeit stieß aber auf wenig Gegenliebe in den Hochschulen. Nach heftigen Protesten verschwand die Androhung der Zwangsexmatrikulation 1980 aus dem Hochschulrahmen-gesetz.

Die geburtenstarken Jahrgänge und die erwähnten bildungspolitischen Entscheidungen führten zu einem starken Anstieg der Studienanfänger- und Studentenzahlen. Die beiden Mittel zur Kanalisation des Zuganges und des Abganges waren in ihrer Wirkung eingeschränkt bzw. außer Kraft gesetzt worden. Der harte N.c. blieb nach wie vor auf einige wenige Fächer beschränkt, und die Zwangsexmatrikulation nach Überschreiten der Regelstudienzeit war - wie erwähnt - ersatzlos gestrichen worden. Hinzu kam, daß die Studienreform - und hier vor allem die Absicht, das Studium zu verkürzen - kaum Wirkung zeigte.

Die Kapazitäten der Hochschulen wurden durch den Ansturm der geburtenstarken Jahrgänge auf das Äußerste belastet. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß Langzeitstudenten und Pro-forma-Studenten das Interesse der Bildungspolitiker und der Öffentlichkeit auf sich zogen. Auf den ersten Blick nahmen diese Pro-forma-Studenten den nachrückenden Studienanfängern Studienplätze offensichtlich weg und trugen - so die verbreitete Ansicht - mit zur weiteren Verschärfung der kapazitären Situation an den Hochschulen bei. Presse und Rechnungshöfe spürten auch immer wieder Fälle von z. B. Ärzten, Anwälten und Maklern auf, die trotz gutgehender Praxen eingeschrieben waren und den Studentenstatus mißbrauchten. Unklar

blieb in diesen Berichten allerdings, ob es sich bei diesen Fällen um die "Spitze eines Eisberges" handelte oder ob es krasse Ausnahmen waren.

Der Wunsch nach einer gründlichen Analyse der Größenordnung und Gründe des Pro-forma-Studiums war in der ersten Hälfte der 80er Jahre groß. Die vermutete Zahl von etwa 100.000 Pro-forma-Studenten machte das Pro-forma-Studium zu einem durchaus beachtenswerten Problem der Hochschulpolitik, das der Aufklärung bedurfte. Die Beweggründe, warum man sich für dieses Thema interessierte, waren allerdings oft sehr unterschiedlich. Rechnungshöfe sahen vor allem die Gefahr, daß die Zahl der "echten" Studenten verschleiert würde. Statistikexperten und Planer teilten gelegentlich diese Meinung. Sie befürchteten, daß die ermittelten Studienanfänger-, Studenten- und Absolventenzahlen nicht der Wirklichkeit entsprächen und daß daher die Auslastung der Hochschulkapazitäten bzw. die Effizienz der Hochschulen in der Lehre geringer als berechnet bzw. angenommen sei. Finanzminister sahen Einsparungsmöglichkeiten, wenn es sich tatsächlich nur um Scheinüberfüllungen an den Hochschulen handelte. Krankenkassen klagten wiederum, ihnen entstünden erhebliche Verluste, weil Pro-forma-Studenten die günstigeren Tarife für Immatrikulierte ausnützten. Weniger deutlich wurde erkannt, daß das Pro-forma-Studium auch durch Mängel in unserem Studiensystem bedingt sein kann, die seine Funktionsfähigkeit beeinträchtigen und damit auch Verantwortungen bei Staat und Hochschulen für das persönliche Schicksal von Pro-forma-Studenten begründen.

Alle Aktivitäten zur Aufklärung des Pro-forma-Studiums blieben meistens nach kurzer Zeit wieder stecken. Die zahlreichen politischen Anfragen und Ansätze zur Aufklärung des Pro-forma-Studiums in den verschiedenen Landesparlamenten oder der Versuch in den Medien, Licht hinter das Pro-forma-Studium zu bringen, zeugen davon.

Bei der Diskussion um das Pro-forma-Studium stand zu Beginn der 80er Jahre die Frage des Mißbrauchs im Vordergrund. Eine nüchterne und sachliche Diskussion war deshalb schwierig. Allein schon die Begriffe für das Pro-forma-Studium wie Karteileichen, Leerläufer, soziale Schmarotzer, tote Seelen etc. erschwerten dies. Der Versuch, sich dem Pro-forma-Studium fast ausschließlich unter dem Aspekt des sozialen Mißbrauchs zu nähern, bedeutete von vornherein, auf das empirische Instrument der Befragung verzichten zu müssen, Studierende würden ja nicht bereit sein - dies war die allgemeine Meinung - ein pauschal als nicht legal anzusehendes Verhalten wie das des Pro-forma-Studiums im Rahmen einer anonym durchgeführten Befragung auch zuzugeben.

Seit Aufkommen der Diskussion um das Pro-forma-Studium versuchte auch HIS, dieses Studentenverhalten zu durchleuchten. Gezielt geschah dies vor allem bei der Gruppe der Hochschulabsolventen. In der HIS-Befragung der Exmatrikulierten des Jahrganges 1979 wurde zum ersten Mal nach dem Pro-forma-Studium gefragt. Damals war die Fragestellung allerdings noch sehr unscharf und vorsichtig formuliert. In der zweiten HIS-Befragung der "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt" 1983 geschah dies bereits gezielter. Die Absolventen des Exmatrikuliertenjahrganges 1984 wurden erstmals ganz offen danach gefragt, ob sie nach dem Abschluß des Examens noch einige Semester an der Hochschule nur aus formalen Gründen, d. h. ohne die Absicht, ernsthaft zu studieren, eingeschrieben geblieben sind.

Die bei den genannten Untersuchungen gewonnenen punktuellen Erfahrungen zum Pro-forma-Studium bei Absolventen und die weiterhin ungeklärten Fragen zur Begrifflichkeit, zur Größenordnung und zu den Gründen veranlaßten HIS 1987, diese von der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) und vom BMBW angeregte Untersuchung des Pro-forma-Studiums in das Arbeitsprogramm aufzunehmen. Im September 1987 wurde dieses Projekt mit finanzieller Förderung durch das BMBW in Angriff genommen.

Im Laufe des Beantragungs- und Bewilligungsprozesses für das Projekt verlagerte sich das bildungspolitische Interesse weg vom Pro-forma-Studium und hin zu dem übergeordneten und allgemeineren Thema Studienzeiten. Das Thema Pro-forma-Studium wurde sozusagen durch die umfassendere Fragestellung nach den Gründen der Verlängerung des Studiums aufgesogen, und das Pro-forma-Studium verschwand mehr oder weniger aus den Schlagzeilen. Nicht mehr so

sehr das Pro-forma-Studium interessierte, und auch nicht die Frage des sozialen Mißbrauches, sondern vor allem die Frage, warum es trotz intensiven Bemühens seit fast 30 Jahren nicht gelang, die Studiendauer in der Bundesrepublik zu verkürzen.

Die Verlagerung auf das umfassendere Thema Studiendauer war aber durchaus bei der Bearbeitung der speziellen Problematik des Pro-forma-Studiums hilfreich. Die Emotionalität, mit der bisher das Pro-forma-Studium behandelt wurde, schwand, nachdem es nicht mehr in den Schlagzeilen auftauchte. Aus der Diskussion um die Verkürzung des Studiums konnten wertvolle Anregungen auch für die Behandlung des Pro-forma-Studiums gewonnen werden. Die in den letzten Jahren zum Thema Studienzeit veröffentlichten Arbeiten machten deutlich, daß nicht allein die Studenten für die Verlängerung der Studienzeit verantwortlich gemacht werden können. Dies bedeutet, übertragen auf das Pro-forma-Studium, nicht nur den Blick auf das individuelle Verhalten der Studierenden zu lenken und zu versuchen, den sozialen Mißbrauch aufzuspüren, sondern auch strukturellen Faktoren wie der Arbeitsmarktlage, den Studienbedingungen, der Überlast, der Art der Studienfinanzierung etc. nachzugehen. Der Blick ist also auch auf die Umwelt und Rahmenbedingungen zu lenken, innerhalb derer die Studierenden ihre Ausbildung organisieren müssen, d. h., das individuelle Handeln ist durch die strukturell vorgegebenen Rahmenbedingungen begrenzt.

Notwendig ist es auch, die zeitliche Dimension des Pro-forma-Studiums mit zu berücksichtigen. Fragen der Studienentscheidung, der Integration in das Studium, des Studienabbruchs, des Langzeitstudiums, des verzögerten Übergangs von der Schule ins Studium und besonders von der Hochschule in den Beruf geraten dann ins Blickfeld. Das Pro-forma-Studium ist in der Regel nur ein zeitlich kleiner Abschnitt innerhalb des gesamten Ausbildungsweges. Durch die Herausarbeitung der zeitlichen Perspektive werden die Mängel im individuellen Studienablauf, aber auch die strukturellen Mängel in und außerhalb der Hochschule sichtbarer, die einem erfolgreichen Studienabschluß und einem raschen Übergang in den Beruf entgegenstehen.

Die Analogie zwischen dem Pro-forma-Studium und der Diskussion um die Studienzeit liegt auf der Hand. Das Pro-forma-Studium wie auch die zu langen Studienzeiten weisen auch auf Schwächen im derzeitigen Hochschulsystem hin, die nicht allein die Studierenden zu verantworten haben. Das - wahrscheinlich zeitlich begrenzte - Verschwinden des Pro-forma-Studiums aus den Schlagzeilen erleichtert allerdings eine sachliche und nüchterne Darstellung dieser Thematik.



## 2. ANLAGE DER UNTERSUCHUNG

### 2.1 Durchführung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie steht der Versuch, das Pro-forma-Studium in seinen vielfältigen Facetten vor allem an Universitäten auszuleuchten. Ein Versuch ist es deshalb, weil es sich bei dem Pro-forma-Studium keineswegs um einen eindeutigen Sachverhalt handelt. Auch unter Experten besteht keineswegs Konsens darüber, was unter dem Begriff Pro-forma-Studium alles zu verstehen ist. Allein schon die schillernden Begriffe, die zur Umschreibung des Pro-forma-Studiums verwendet werden, wie Scheinstudium, tote Seelen, Karteileichen oder Hochschule als Wärme- oder Wartehalle, vermitteln davon einen Eindruck.

Wegen des sprachlichen "Wildwuchses" bot sich in diesem offenen, noch wenig strukturierten Gebiet des Pro-forma-Studiums zur Analyse ein exploratives Vorgehen an. Um das Pro-forma-Studium empirisch in den Griff zu bekommen, wurden drei Vorgehensweisen gewählt:

1. Experteninterviews;
2. Sichtung von schriftlichen Unterlagen (einschließlich der Presseveröffentlichungen und Materialien aus Ministerien, Behörden, Verwaltungen etc.);
3. Sekundärauswertungen verschiedener Befragungen.

In der vorliegenden Studie spielen die Experteninterviews eine zentrale Rolle zur Aufklärung des Pro-forma-Studiums. Die Auswahl der Experten erfolgte nicht nach dem Kriterium der Repräsentativität oder dem der Vollständigkeit. Aufgrund der Anlage der Untersuchung als explorative, deskriptive Studie bestand dafür auch keine Notwendigkeit. Vielmehr wurden die Gesprächspartner gezielt ausgesucht. Kriterium hierfür war, daß die ausgewählten Experten bzw. die Institution, die sie vertreten, sich in der Vergangenheit schon mit dem Thema Pro-forma-Studium beschäftigt hatten oder von dem Pro-forma-Studium in irgendeiner Weise betroffen waren (siehe Anlage 1 "Auswahl der Experten und Institutionen").

Zur Vorbereitung der Expertengespräche wurde ein Interviewleitfaden entwickelt (siehe Anlage 2 "Interviewleitfaden"). Er diente während der Gespräche als Orientierungsrahmen. Der Interviewleitfaden umfaßte die folgenden Punkte:

- Stellenwert des Themas Pro-forma- und Langzeitstudium (Fragen 1 und 2);
- Definition des Pro-forma-Studiums und Operationalisierung (Fragen 3 bis 4);
- Umfang und strukturelle Merkmale des Pro-forma-Studiums (Fragen 5 bis 8);
- Ursachen und Anlässe für ein Pro-forma-Studium (Fragen 9 bis 15);
- administrative und betreuerische Maßnahmen der Hochschulen (Fragen 16 bis 24);
- Gründe für die Aufrechterhaltung des Studentenstatus/soziale Vergünstigungen (Fragen 25 bis 34);
- finanzielle und kapazitäre Auswirkungen des verzögerten Ablösungsprozesses (Fragen 35 bis 40);
- Notwendigkeit, dem Pro-forma- und Langzeitstudium entgegenzuwirken, und geeignete Maßnahmen (Fragen 41 und 42).

Je nach dem Arbeitsschwerpunkt und dem Kenntnisstand der Experten wurden bestimmte, zuvor aufgeführte Punkte des Interviewleitfadens sehr detailliert behandelt, andere hingegen nur gestreift oder im Gespräch übergangen. Etwas mehr als 40 Interviews wurden durchgeführt. Die Interviews dauerten im Durchschnitt 1 1/2 Stunden und wurden auf Tonträger mitgeschnitten. Die wichtigsten Passagen wurden transkribiert. Die Ergebnisse der Experteninterviews sind in den folgenden Bericht eingearbeitet worden. Um die Anonymität der Experten und ihrer Aussagen zu gewährleisten, wurde weitgehend auf eine wörtliche Zitierweise mit Namensnennung verzichtet.

Während der Expertengespräche verwiesen die Gesprächspartner häufig auf noch unbekannte schriftliche Materialien bzw. graue Literatur zum Pro-forma-Studium. Durch diese Hinweise auf Gerichtsurteile, interne Arbeitspapiere, Studien etc. vervollständigte sich nach und nach die "Literatur" zum Pro-forma-Studium.

Die Literaturanalyse bildete das zweite Bein bei der empirischen Aufklärungsarbeit. Allerdings war Literatur im Sinne wissenschaftlicher Publikationen äußerst rar gesät. In erster Linie mußte also auf Presseveröffentlichungen, politische Stellungnahmen und graue Literatur aus Verwaltungen und Behörden zurückgegriffen werden. Alle genannten schriftlichen Materialien wurden durchgearbeitet und sind in die vorliegende Ausarbeitung mit eingeflossen.

Um Aussagen über den Umfang und die Gründe des Pro-forma-Studiums machen zu können, wurden verschiedene, bei HIS durchgeführte Befragungen nochmals sekundärstatistisch ausgewertet. Wesentliche Einblicke in das Pro-forma-Studium brachte darüber hinaus eine von der Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung bereitgestellte Sekundärauswertung des Forschungsprojektes "Studiensituation und studentische Orientierungen" im Wintersemester 1986/87.

## 2.2      Aufbau des Berichtes

In dem vorliegenden Bericht wurden die Erkenntnisse, die auf den drei Wegen der Experteninterviews, der Sichtung der schriftlichen Materialien und der Sekundärauswertungen verschiedener Befragungen gewonnen wurden, miteinander verknüpft. Weil keine einheitliche Sprachregelung darüber bestand, was alles unter das Pro-forma-Studium fällt, war es zentrale Aufgabe der vorliegenden Studie, zuerst einmal eine genaue Definition zu erarbeiten. Die Klärung der definitorischen Frage bildete eine *Conditio sine qua non* für die Operationalisierung und damit letztlich für eine Quantifizierung des Pro-forma-Studiums. Mit dem Kapitel "Definition und Größenordnung" beginnt daher der Ergebnisteil der vorliegenden Studie. Da keine allgemeine theoretische Definition möglich war, lag es aufgrund des explorativ deskriptiven Charakters der Untersuchung nahe, einen phänomenologischen Zugang zu wählen. Aus den Expertengesprächen, der Sichtung der schriftlichen Unterlagen sowie der Sekundärauswertungen der Befragungen wurden sechs Gruppen von Pro-forma-Studenten herausgefiltert, deren gemeinsames Kennzeichen es ist, eine gewisse Zeit formal (oder pro forma) an der Hochschule eingeschrieben gewesen zu sein.

Für die sechs Gruppen von Pro-forma-Studenten wurde versucht, Angaben zur Größenordnung zu ermitteln. Teilweise beruhen die Angaben zum Umfang des Pro-forma-Studiums auf Befragungsergebnissen, teilweise mußten aber auch für einzelne Gruppen sehr grobe Schätzungen durchgeführt werden. Die Validität der Angaben zur Quantität variiert beträchtlich zwischen den sechs Gruppen. Die Schätzungen zum Umfang des Pro-forma-Studiums waren erheblich erschwert, weil das Pro-forma-Studium aller sechs Gruppen sowohl zeitlich als auch inhaltlich fließende Übergänge zum "Normalstudium" aufweist. Klare Abgrenzungen zwischen einem "pro forma" und einem "ernsthaft" betriebenen Studium können nicht immer gezogen werden.

Das sich anschließende Kapitel "Zur Bedeutung und Bewertung des Pro-forma-Studiums" versucht, die bisherige Diskussion um das Pro-forma-Studium kurz nachzuzeichnen. Die Anlässe und Argumente werden dargestellt, warum und weshalb sich die verschiedenen Experten und Institutionen mit dem Thema in der Vergangenheit befaßt haben. Aufgezeigt wird auch der

Stellenwert, den die Experten bzw. Institutionen dem Thema Pro-forma-Studium beigemessen haben.

Die bisherige Diskussion zum Pro-forma-Studium war weitgehend von der Ansicht geprägt, daß sich hier eine Gruppe von Immatrikulierten gezielt soziale Vorteile verschaffe. Um diese Frage der Vorteilsnahme besser beurteilen zu können, werden die verschiedenen Vergünstigungen, die der Studentenstatus mit sich bringt, ausführlich dargestellt. Anschließend wird geprüft, welche Gruppen von Pro-forma-Studenten diese Vergünstigungen überhaupt in Anspruch nehmen können. Geklärt wird ebenfalls, ob bei der Inanspruchnahme dieser Vergünstigungen von einem Mißbrauch gesprochen werden kann. Aus der individuellen Sicht des Studierenden wird auch der Frage nachgegangen, ob die materiellen Vorteile ausschlaggebend für das Pro-forma-Studium sind oder ob noch andere Gründe für dieses Verhalten entscheidender sind.

Nach dieser individuellen Betrachtung wird geklärt, ob Pro-forma-Studenten Kapazitäten blockieren. Dies wird anhand der Kapazitätsverordnung überprüft. Auch die Auswirkungen der Gesamtstudentenzahl, die möglicherweise durch Pro-forma-Studenten überhöht ist, auf die Mittelzuweisungen für die Hochschulen werden untersucht. Abschließend wird versucht, in Form einer Gesamtbilanz die Frage zu beantworten, ob durch das Pro-forma-Studium die Individuen sozusagen entlastet und die Institutionen (hier vor allem die Hochschule) belastet werden.

Das Pro-forma-Studium umfaßt in der Regel immer einen kleineren Zeitabschnitt innerhalb des langen Weges bis zur Etablierung im Beruf. Zum besseren Verständnis des Pro-forma-Studiums ist es oft hilfreich, sowohl die bisherige individuelle Entwicklungsgeschichte als auch den zukünftig anvisierten Ausbildungs- bzw. Berufsweg näher unter die Lupe zu nehmen. Der individuelle Ausbildungsweg kann nicht losgelöst von den strukturellen Bedingungen innerhalb und außerhalb der Hochschule gesehen werden. Die Bedeutung der vorgegebenen Strukturbedingungen für das individuelle Handeln gilt es aufzuzeigen. Zum besseren Verständnis des Pro-forma-Studiums trägt es auch bei, wenn der grundlegende Bedeutungswandel der Hochschulausbildung, der sich in den letzten Jahrzehnten vollzogen hat, mit berücksichtigt wird.

Nach der Analyse der vorgefundenen Situation folgt das Kapitel "Maßnahmen und Lösungen". Die bisher vorgeschlagenen oder bereits praktizierten Maßnahmen zur Eindämmung des Pro-forma-Studiums, vor allem hochschulrechtlicher Art, werden auf ihre Wirksamkeit hin analysiert. Der Katalog der Maßnahmen wird ergänzt um teilweise noch wenig bekannte Lösungsvorschläge einzelner Hochschulen, die bereits in einer frühen Phase des Studienverlaufs verhindern sollen, daß es zu einem Pro-forma-Studium kommt.



### 3. ERSTE ANNÄHERUNG AN EIN PHÄNOMEN - DEFINITION, FRAGE DER OPERATIONALISIERBARKEIT UND GRÖSSENORDNUNG DES PRO-FORMA-STUDIUMS

#### 3.1 Definitionen

Schon die Reaktionen der befragten Interviewpartner auf das Untersuchungsthema machten rasch die Schwierigkeiten deutlich, eine allgemeine Definition des Pro-forma-Studiums zu finden. Nicht nur die Verwendung vielfältiger Begriffe zur Benennung dieses Phänomens<sup>1)</sup> und die Beschreibung ganz unterschiedlicher Typen von Pro-forma-Studenten verweisen auf diese Problematik, sondern auch die Tatsache, daß die Interviewpartner häufig die Frage nach der Definition mit einer Gegenfrage beantworteten: "Ist schon jemand dann ein Pro-forma-Student, wenn er sich im Wartestand auf das ersehnte ZVS-Fach befindet?" "Ist derjenige ein Pro-forma-Student, der nach dem Examen an der Hochschule bleibt, um u. a. noch einige Zusatzqualifikationen zu erwerben?" "Ist jemand, der ein Semester wegen Erwerbstätigkeit aussetzt, schon ein Scheinstudent?"

Die Definition des Pro-forma-Studiums ist nicht nur eine schwierige, sondern auch eine zentrale Aufgabe unserer Untersuchung, ist sie doch *Conditio sine qua non* für eine Operationalisierung und Messung des Phänomens, aber auch für dessen Bewertung, die Erforschung seiner Ursachen und die Analyse von Lösungsansätzen. Allerdings haben sich - das sei vorweg gesagt - das Bemühen um eine allgemeine, tragfähige Begriffsbestimmung, die den vielfältigen Erscheinungsformen des Pro-forma-Studiums in umfassender und hinreichender Weise gerecht wird, und die Suche nach allgemeingültigen Kriterien, die als Grundlage für eine Operationalisierung dienen könnten, als ein Unterfangen erwiesen, das nicht in vollem Umfang zum gewünschten Erfolg führte.

Ein erster Versuch, einen Zugang zu einer allgemeinen, umfassenden und theoretisch abgeleiteten Definition zu finden, ging von der wörtlichen Bedeutung des Begriffs "pro forma" aus. Danach ist derjenige als "Pro-forma-Student" zu bezeichnen, der "zum Schein", "der Form wegen" immatrikuliert ist, nicht aber, um den Status Student zu realisieren und die mit der Rolle Student verbundenen Erwartungen und Anforderungen zu erfüllen. Die fehlende Rollenkonformität ist also ein zentrales allgemeines Bestimmungsmoment des Pro-forma-Studiums. Nun ist die Rolle des Studenten diffus, in Auflösung begriffen, nicht mehr so eindeutig bestimmbar wie früher. Dessenungeachtet läßt sich aber als kleinster gemeinsamer Nenner der normativen Erwartungen an die Rolle eines Studenten festhalten, daß er studiert. Ein strenger normativer Maßstab wäre das "ordnungsgemäße" Studium. Auf einem sehr abstrakten Niveau könnte man also das Pro-forma-Studium in Abgrenzung zum "ordnungsgemäßen" Studium als Nicht-Studium definieren. Dieses "Nicht-Studium" ist ein Merkmal, das für die verschiedenen Ausprägungen des Pro-forma-Studiums kennzeichnend ist.

Um diese Definition handhabbar zu machen und konkretere Anhaltspunkte für ein Pro-forma-Studium zu gewinnen, ist es allerdings notwendig, den Begriff des Studiums und in Umkehrung den des Nicht-Studiums stofflich zu füllen. Die Gesetzgebung als eine der normsetzenden Instanzen kann hier nur indirekt und insofern herangezogen werden, als in den Hochschulgesetzen des Bundes und der Länder Ziele und Funktionen sowie Grundsätze zur Gestal-

1) Wir verwenden hier die Bezeichnungen "Scheinstudent" bzw. "Scheinstudium", "Phantomstudent", "Pro-forma-Student" bzw. "Pro-forma-Studium", "Pro-forma-Immatrikulation" und "Formalimmatrikulation" synonym, grenzen davon aber die "Karteileiche" und die Mehrfachimmatrikulation ab. Den Begriff der "Karteileiche" behalten wir uns für Fälle vor, in denen Studenten an mehreren Hochschulen gezählt oder zum Bestand gerechnet werden, obwohl keine Rückmeldung oder eine Exmatrikulation vorliegt (vgl. Kap. 3.4).

tung des Studiums festgelegt werden, nicht aber genaue Verhaltensanforderungen an die Studenten.<sup>1)</sup>

Das allgemeine Ziel des Studiums besteht darin, den Studenten auf ein berufliches Tätigkeitsfeld vorzubereiten und ihm die dafür erforderlichen fachlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Methoden zu vermitteln (§ 7 Hochschulrahmengesetz - HRG). Entsprechend der Ausbildungsaufgabe der Hochschule (§ 2 HRG) und dem allgemeinen Studienziel führen die von den Hochschulen eingerichteten, durch Studienordnungen geregelten Studiengänge "in der Regel" zu einem berufsqualifizierenden Abschluß (§ 10 Abs. 1 HRG), der "in der Regel" durch das Ablegen von Prüfungen erreicht wird (§ 15 Abs. 1 HRG). Studien- und Prüfungsordnungen ordnen das Studium hinsichtlich Inhalt, Aufbau, Dauer und Anforderungen (§§ 11, 16 HRG).

Solch ein zielgerichtetes, auf einen Abschluß orientiertes, sich an die Prüfungs- und Studienordnungen mit ihren zeitlichen Vorgaben haltendes Studium wäre ein "ordnungsgemäßes" Studium, für das genauere Kriterien aus den Studien- und Prüfungsordnungen ableitbar wären.<sup>2)</sup> Jedoch ist aus seiner Umkehrung noch nicht auf ein Pro-forma-Studium zu schließen. Das Bildungsstudium, das wir hier nicht als Pro-forma-Studium bezeichnen wollen, ist nicht unbedingt auf einen Abschluß gerichtet, zielt aber auf eine Qualifizierung. Ein "ordnungsgemäßes" Studium innerhalb der festgesetzten Fristen wird nur von den wenigsten absolviert. Wenn aber nicht jede Abweichung von der Norm eines "ordnungsgemäßen" Studiums als Pro-forma-Studium bezeichnet werden kann: Wo ist dann die Grenze zu ziehen?

Welche der hier vorgestellten Kriterien auch herangezogen werden, sie reichen nicht aus, um den gesamten Objektbereich zu erfassen, und sie werden auch nicht der Vielfalt der beobachtbaren Formen und Zwischenformen des Pro-forma-Studiums gerecht.<sup>3)</sup> Es gibt nicht den Pro-forma-Studenten, sondern ein Kontinuum von "mehr oder weniger Pro-forma-Student".

Im folgenden soll deshalb ein anderer, pragmatischerer Weg der Definition von Pro-forma-Studenten begangen werden. Ausgehend von den beobachtbaren Formen des Pro-forma-Studiums sollen die verschiedenen, nach Anlaß und Motiven der Immatrikulation, nach sozialer Lage, nach Stand des Studiums, nach Dauer und Perspektiven der Pro-forma-Immatrikulation zu differenzierenden Gruppen von Pro-forma-Studenten beschrieben, mit plakativen Bezeichnungen

- 
- 1) Die im folgenden angeführten Gesetzesnormen haben als Adressaten primär die Hochschulen und nicht die Studierenden im Auge. Sie definieren den Handlungs- und Gestaltungsspielraum der Hochschulen und nicht - von wenigen Ausnahmen abgesehen, in denen der Landesgesetzgeber z. B. das Überschreiten von Prüfungsfristen mit Sanktionen belegt oder die Studierenden in zulassungsbeschränkten Fächern zur Aufnahme des Studiums verpflichtet - denjenigen des Studenten. Der Student hat nicht die Pflicht zu studieren: "Es ist dem Studenten überlassen, ob er die Chancen, die ihm die Hochschule gibt, nutzt oder ungenutzt läßt." (THIEME 1986, 658)
  - 2) Z. B. fristgerechtes Erbringen der Leistungsnachweise, Abschluß innerhalb der Regelstudienzeit oder der BAföG-Förderungshöchstdauer (wobei diese zeitlichen Regelungen auseinanderfallen).
  - 3) Die KMK definiert z. B. den Schein- oder Pro-forma-Studenten als einen Immatrikulierten, dem die Absicht fehlt, das Studium mit einer vorgeschriebenen Prüfung abzuschließen (vgl. KMK 1984, 1). Damit würde aber auch das Bildungsstudium unter diese Kategorie fallen. Nach der SINUS-Studie ist der Tatbestand eines Pro-forma-Studiums erfüllt, wenn die folgenden Voraussetzungen gleichzeitig vorliegen: bewußte Inanspruchnahme von Vorteilen, die sich aus der Immatrikulation ergeben; fehlende Absicht, mit einer Prüfung abzuschließen; fortwährendes Fernbleiben von oder Desinteresse an Lehrveranstaltungen (vgl. SINUS 1979, 33 f.). Wegen des Kriteriums der bewußten Inanspruchnahme von Vorteilen, die sich aus dem Studentenstatus ergeben, würde dann allerdings die unter dem Aspekt der Verzerrung der Studentenzahlen bedeutsame Gruppe 3 (vgl. folgende Definitionen) ausgegrenzt.

benannt<sup>1)</sup> und mit Beispielen illustriert werden. So unterschiedlich die verschiedenen Gruppen auch sind, ein Merkmal - das wurde erwähnt - ist allen Pro-forma-Studenten zu eigen, daß sie nämlich (derzeit) nicht studieren oder nicht "ernsthaft" studieren, d. h. kaum eine mit dem Studium in Zusammenhang stehende Tätigkeit ausüben.

Wir unterscheiden folgende "Typen" von Pro-forma-Studenten:

#### Professionelle Pro-forma-Studenten

Die "professionellen Pro-forma-Studenten" befinden sich in einer sozial und materiell gesicherten Position. Sie sind zumeist fest im Beruf verankert. Ihrer Immatrikulation liegt ein eindeutiges finanzielles Kalkül zugrunde. Sie haben nicht die Absicht, einen Studienabschluß zu erreichen. Es kann sich sowohl um Immatrikulierte mit oder ohne Hochschulabschluß handeln, die in allen Studienphasen, aber wohl kaum in zulassungsbeschränkten Fächern anzutreffen sind. Es lassen sich folgende Untergruppen beschreiben:

- a) Arbeitnehmer mit einem Einkommen oberhalb der Krankenversicherungspflichtgrenze, die sich aufgrund ihres Einkommens freiwillig versichern müßten und durch ihren Studentenstatus in den Genuß der günstigen Krankenversicherung für Studenten kommen können. Dieses ist ein zwar theoretisch denkbarer, aber extremer und sehr unwahrscheinlicher Fall. Der so versicherte Arbeitnehmer, der seine Aufnahme in die Krankenversicherung der Studenten nur durch falsche Angaben erreichen kann, geht im Falle einer mit hohen Kosten verbundenen Krankheit ein großes Risiko ein, da die Krankenkassen dann die Rechtmäßigkeit des Versicherungsverhältnisses überprüfen würden. Weitere finanzielle Vorteile können in der steuerlichen Berücksichtigung von Ausbildungskosten bestehen. Indikatoren für diesen Sonderfall eines Pro-forma-Studenten sind denkbar (Alter, Einkommen, Zeitbudget).
- b) Arbeitnehmer, die nicht mehr als 20 Stunden in der Woche arbeiten und sich nur wegen der finanziellen Vorteile (vor allem Befreiung von der Sozialversicherungspflicht, auch steuerliche Absetzbarkeit von Ausbildungskosten) immatrikuliert haben. In der Mehrzahl der Fälle werden dem kurzfristigen finanziellen Vorteil langfristige Nachteile (Verlust von Ansprüchen aus der Renten- und Arbeitslosenversicherung) gegenüberstehen. Auch wenn gegenwärtigen Vorteilen größeres Gewicht beigemessen wird als zukünftigen, ist der Umfang dieser Art des Pro-forma-Studiums insgesamt gering.
- c) Selbständig Beschäftigte, die sich aufgrund ihres Status freiwillig krankenversichern müßten und im Wege der Immatrikulation finanzielle Vorteile erlangen. Unter diese Gruppe fallen z. B. Selbständige mit eigener Praxis (Ärzte, Rechtsanwälte usw.), wobei sich allerdings Überschneidungen zu den "examinierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" ergeben können und das Ausmaß des Versicherungsmissbrauchs vom Einkommen abhängt. Im Fall von Existenzneugründungen und geringem Einkommen dürfte die finanzielle Differenz zwischen dem Studentenbeitrag zur Krankenversicherung und dem bei einer rechtmäßigen Einstufung zu zahlenden Beitrag gering sein.<sup>2)</sup> Zu dieser Gruppe können z. B. auch freiberuflich tätige Sportlehrer, Psychologen und auch noch nicht diplomierte Betriebswirte und Informatiker gehören. Bei letzteren ist die Grenze zu den "befristeten Pro-forma-Studenten" schwer zu ziehen, da die Examensperspektive durchaus aufrechterhalten werden kann, diese Absicht aber nicht erfaßbar ist.

1) Diese Bezeichnungen werden auch in den folgenden Kapiteln zur Kennzeichnung der verschiedenen Typen von Pro-forma-Studenten benutzt.

2) Nach § 176 Abs. 1 Reichsversicherungsordnung (RVO) können Selbständige mit einem unterhalb der Versicherungspflichtgrenze liegenden Einkommen zu dem üblichen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert werden.

- d) Ehegatten von Selbständigen und freiberuflich Tätigen, die ebenfalls durch ihren Studentenstatus höhere Krankenversicherungsbeiträge umgehen können. Ein materieller Vorteil wäre dann gegeben, wenn der Ehepartner freiwillig krankenversichert ist. In diesem Falle bestünde aber auch die Möglichkeit, den Ehegatten (pro forma oder tatsächlich) in der eigenen Praxis oder dem eigenen Betrieb zu beschäftigen, um so Zugang zur billigeren Pflichtversicherung zu erhalten.

J. P. Schäfer von der Universität Münster beschreibt diesen Typus eines "Finanz- und Steuerexperten" drastisch und in sehr ironischer Weise so:

*Er studiert, weil ihm das etwas einbringt. Da er gern in seinen ehemaligen Studienort fährt, z. B. um alte Freunde zu besuchen, erklärt er seine Fahrten zu wichtigen Studienreisen, die er von den Steuern absetzt. Er benötigt eine Vielzahl von Bescheinigungen für das Finanzamt, für die Krankenkasse oder für Zeitungsabonnements. Da er voll im Berufsleben steht, kann er natürlich die Öffnungszeiten des Studentensekretariats nicht einhalten. Er kommt deshalb vorzugsweise am späten Nachmittag und beschwert sich - als Steuerzahler hat er hierzu das Recht - lautstark darüber, daß ihm faule Beamte das Leben schwermachen. Er habe keine Zeit, sich in einer Schlange einzureihen. Gebühren zahlt er nur unter Protest. Ferner stellt er in schöner Regelmäßigkeit den Antrag, aus sozialen oder rechtlichen Gründen von der Zahlung des Sozialbeitrages oder des Studentenschaftsbeitrages befreit zu werden. (SCHÄFER 1984)*

Als allen Untergruppen von "professionellen Pro-forma-Studenten" gemeinsame Merkmale lassen sich festhalten:

- eine beruflich und/oder sozial gesicherte Existenz,
- Immatrikulation nur wegen der mit dem Studentenstatus verbundenen finanziellen Vorteile, d. h. keine Absicht, das Studium in Zukunft aufzunehmen und abzuschließen.

#### Examierte Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf

Als "examierte Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" werden Immatrikulierte bezeichnet, die einen Hochschulabschluß abgelegt haben, aber noch solange eingeschrieben bleiben, bis ihnen der Berufseintritt gelungen ist. Es handelt sich um eine mehr oder weniger lange Übergangszeit, in der in der Regel keine Lehrveranstaltungen besucht werden, die z. T. auch aus Angst vor dem Absprung in das Berufsleben hinausgezögert wird, zuallermeist aber durch die schwierige Arbeitsmarktsituation bedingt ist, d. h. dadurch, daß der angestrebte Status eines Berufstätigen versperrt ist. Die Immatrikulation wird wegen des materiellen und immateriellen sozialen Netzes, das der Studentenstatus bietet, aufrechterhalten, bis der Berufsstart geglückt ist. Entscheidend ist der Studentenstatus, der sozial mehr akzeptiert wird als der des Arbeitslosen, er bietet z. B. auch mehr Jobmöglichkeiten. Eine geringe soziale Sicherung (Krankenversicherung) ist gewährleistet und wird mitgenommen. Bei den Immatrikulierten, die sich nach dem Examen eine selbständige Existenz aufbauen, handelt es sich um eine Zwischenform zwischen den "professionellen Pro-forma-Studenten" und den "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf". Nicht dieser Gruppe zuordnen wollen wir Studenten, die durchaus ernsthaft - wenn auch mangels Alternativen - ein Zweit-, Aufbau- oder Promotionsstudium absolvieren, dieses aber aufzugeben bereit sind, wenn sie eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Bis 1976 gab es diese Gruppe der Pro-forma-Studenten nicht, da wegen Zahlung von Arbeitslosenhilfe die Fortführung der Immatrikulation bei Übergangsschwierigkeiten in den Beruf wirtschaftlich uninteressant war.

Quasi der "Prototyp" dieser Immatrikulierten wird im "Göttinger Tageblatt" vom 10.03.1988 folgendermaßen beschrieben:

*Einige Studenten haben ihre Ausbildung beendet und bleiben nur noch "pro forma" an der Universität eingeschrieben, um die sozialen Vergünstigungen für Studenten in Anspruch zu nehmen: niedrige Krankenkassenbeiträge ..., günstige Mensapreise, Studentenermäßigung im*



*Freibad, im Stadtbuss oder im Theater. Als Arbeitslose oder Sozialhilfeempfänger bekämen sie zwar teilweise noch mehr Vergünstigungen, aber viele junge Leute, die nach dem Studium keine feste Stelle finden, erfüllen nicht die Voraussetzungen für die Gewährung von Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe.*

Kennzeichen dieser "examinierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" sind also:

- Abschluß eines Studiums mit einem Examen,
- beruflich und sozial ungesicherter Übergangsstatus,
- Immatrikulation wegen der größeren materiellen wie auch immateriellen sozialen Sicherheit.

#### Wartezeiten überbrückende Pro-forma-Studenten am Studienanfang

Als "Wartezeiten überbrückende Pro-forma-Studenten am Studienanfang" werden Studienanfänger definiert, die andere Ausbildungs- und Tätigkeitspläne als das Studium haben, sich in einer Übergangszeit wegen der sozialen Absicherung und Vergünstigungen immatrikuliert haben und diese Zeit nicht zur Qualifizierung nutzen<sup>1)</sup>. Der Immatrikulation (vermutlich nur in frei zugänglichen Studiengängen) liegt eine bewußte Strategie zur sozialen Absicherung oder zur Vermeidung von materiellen Nachteilen (z. B. Kindergeld, Berücksichtigung der Ausbildungskosten bei der steuerlichen Veranlagung der Eltern) und zur Überbrückung der Wartezeit, bis der gewünschte Ausbildungsplatz oder die gewünschte Stelle außerhalb der Hochschule gefunden ist, zugrunde. Grenzfälle sind die Studienanfänger, die - obwohl sie andere Prioritäten in ihrer Lebensplanung gesetzt haben und das Studium z. B. für einen Ausbildungsplatz aufgeben würden - die Zeit ihrer Immatrikulation für eine zielgerichtete Qualifizierung oder zumindest zum "Schnuppern" nutzen.

Studienberater haben im Rahmen der Experteninterviews diese Studierenden folgendermaßen beschrieben:

*Es gibt eine ganze Reihe, die uns sagen, sie wollten eigentlich erst eine Lehre machen, hätten aber keine entsprechende Lehrstelle gefunden. Oft kommen sie erst zwischen Juli und September zu uns, weil sie sich häufig recht spät entschieden haben und die Bewerbungsfristen für die zulassungsbeschränkten Fächer dann schon abgelaufen sind, und fragen uns dann, was sie denn machen sollen. Manche wollten später evtl. sowieso studieren, zunächst aber eine Lehre absolvieren ... Es gibt dann auch viele, die die Sonderangebote, die noch auf dem Grabbeltisch liegen, nehmen, weil sie irgendetwas machen müssen. Teilweise ist das durchaus ernst gemeint, teilweise dient es auch nur der Überbrückung. Bei vielen steht dahinter der Druck des Elternhauses, daß sie nicht einfach herumhängen können ... Das hat auch eindeutige finanzielle Hintergründe: Kinderfreibeträge, Versicherungen, weniger BAföG für die Geschwister usw.*

Zusammengefaßt sind die "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang" durch folgende Merkmale charakterisiert:

- Studienanfänger in frei zugänglichen Studiengängen,
- bewußte Immatrikulation wegen der sozialen Vorteile,
- keine Absicht, das Studium aufzunehmen,
- Überbrückung von Wartezeiten.

1) Das früher übliche Parkstudium hat seine Bedeutung verloren, da für die Zulassung zu zugangsbeschränkten Studiengängen nur noch Zeiten außerhalb der Hochschule als Wartezeiten angerechnet werden.

### An der Studienaufnahme gehinderte Pro-forma-Studenten

"An der Studienaufnahme gehinderte Pro-forma-Studenten" sind Studenten, die sich mit der Absicht, das Studium aufzunehmen, immatrikuliert haben, aber derzeit am Studieren gehindert sind. Darunter ist z. B. der Fall zu verstehen, der nach der Einschreibung als Studienanfänger zum Wehr- oder Zivildienst einberufen wird und sich der Einfachheit halber (aus Vergeßlichkeit oder aus der Befürchtung, den Studienplatz zu verlieren) nicht exmatrikuliert.<sup>1)</sup> Dieser Gruppe zuzuordnen sind z. B. aber auch Immatrikulierte, die sich sozusagen vorsorglich und erfolgreich um einen Studienplatz bemüht haben, derzeit aber noch in einem Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis stehen oder im Ausland studieren. Gerade in den zulassungsbeschränkten Studiengängen führt die Bewirtschaftung des knappen Gutes Studienplatz durch den Numerus clausus dazu, daß sich Studieninteressenten sicherheitshalber und im voraus um einen Studienplatz bewerben. Aus Angst vor Verlust des Studienplatzes wird die Immatrikulation aufrechterhalten, bis die faktische Studienaufnahme möglich ist. Oft geschieht dies in Unkenntnis darüber, daß jemand, der aus nicht selbst zu vertretenden Gründen sein Studium nicht aufnehmen kann, den Anspruch auf den Studienplatz nicht verliert. Bei den "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" spielen die sozialen Vorteile, die der Studentenstatus bietet, keine Rolle.

Diese Gruppe ist also durch folgende Merkmale zu beschreiben:

- Absicht, das Studium aufzunehmen und abzuschließen,
- momentane Unmöglichkeit zu studieren.

### Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive

Zu der Gruppe der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" zählen Studenten ohne Examen, die ihr Studium faktisch aufgegeben haben, bei denen eine erneute Studienaufnahme und ein Studienabschluß unwahrscheinlich sind und die aus unterschiedlichen Gründen ihre Immatrikulation aufrechterhalten. Diese Studierenden haben irgendwann und aus den verschiedensten Gründen im Studium den Faden verloren. Ihre ursprüngliche Perspektive, das Examen, haben sie aus den Augen verloren. Sie studieren formal weiter, weil sie noch keine akzeptable Alternative gefunden, sich in dieser Zwischenexistenz vielleicht eingerichtet haben oder sich das eigene Versagen noch nicht eingestehen wollen.

Die Professoren Grottian und Megerle beschreiben in der "Frankfurter Rundschau" vom 23.07.1987 einen typischen Vertreter dieser Gruppe:

*Willi A. hatte vom ersten Semester an nebenher hin und wieder gejobbt. Das Studium hatte darunter nicht oder kaum gelitten; nach 5 Semestern konnte er das Grundstudium abschließen. Auch das Hauptstudium ging zunächst ganz gut, bis ihn eine "Beziehungskrise" (politisches Engagement/Familienprobleme) drei Semester zurückwarfen und die BAföG-Förderung zu Ende war. Er mußte nun voll arbeiten und fährt seitdem Taxi. Das Studium wollte er nebenher abschließen, doch dies erwies sich als zunehmend schwieriger. Schließlich verlor er den Kontakt zu seinen Kommilitonen und zum Fachbereich vollständig.*

Merkmale der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" sind:

- kein Examen,
- verlorengegangene Absicht, das Studium abzuschließen.

---

1) Der Sonderfall der Mehrfachimmatrikulationen, der unter dem Gesichtspunkt der Verzerrung der Studentenzahlen interessant ist, wird weiter unten behandelt.

### Zeitlich befristete Pro-forma-Studenten

Als "zeitlich befristete Pro-forma-Studenten" werden Studenten ohne Examen bezeichnet, die für einen zeitlich befristeten Abschnitt ihr Studium nur pro forma fortführen. Nach dieser von den Studenten selbst gesetzten zeitlichen Befristung wollen sie ihr Studium fortsetzen. Die Gründe für den zeitweiligen Ausstieg können vielfältig sein. Sie können reichen von dem Wunsch, Urlaub zu machen oder sich politisch zu betätigen, bis hin zu der Notwendigkeit, voll erwerbstätig zu sein, um sich nachher auf das Studium (z. B. Examensvorbereitung) konzentrieren zu können. Es handelt sich sozusagen um eine eigenmächtige Beurlaubung vom Studium. Diese Studierenden können allerdings Gefahr laufen, die zeitliche Befristung des Ausstiegs immer weiter auszudehnen und so letztlich in den Status eines "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" überzuwechseln.

Hierfür beschreiben Grottian und Megerle (a.a.O.) folgenden Fall:

*Sabine F. hatte im Laufe des Hauptstudiums die Gelegenheit erhalten, bei einer Stadtteilzeitung als "ständige" freie Mitarbeiterin tätig zu werden; die Chance, im ersehnten journalistischen Beruf Fuß fassen zu können, durfte sie sich nicht entgehen lassen, selbst wenn dafür das Studium etwas zurückstehen mußte. Die Arbeit war interessant, machte Spaß, und Sabine wurde dringend gebraucht; das Studium wurde "vorläufig" auf Eis gelegt. Doch im Laufe der Zeit wurde immer deutlicher, daß sie zwar "den Fuß drin hat", aber ohne Examen andere Optionen ausscheiden.*

Dieser Typus von Pro-forma-Studenten ist durch folgende Merkmale zu charakterisieren:

- kein Examen,
- zeitlich befristeter Ausstieg,
- Absicht, das Studium mit einem Examen abzuschließen.

### 3.2 Operationalisierbarkeit und Meßbarkeit

Die verwendeten und definierten Begriffe sind zwar auf der deskriptiven Ebene handhabbar. Die Differenzierungen sind auch für eine Analyse der Ursachen einer Pro-forma-Immatrikulation und für eine Diskussion von Lösungsmöglichkeiten geeignet. Eine Frage allerdings, die für die Quantifizierung des Phänomens entscheidend ist, steht noch zur Beantwortung aus: Die Frage, wie die für die verschiedenen Gruppen von Pro-forma-Studenten gefundenen Indikatoren zu operationalisieren und damit zu messen sind.

Die begriffliche Bestimmung des Pro-forma-Studiums in seinen verschiedenen Ausprägungen hat gezeigt, daß es sich um ein vielschichtiges Phänomen handelt, bei dem subjektive Einstellungen und die mit der Immatrikulation verbundenen Intentionen eine entscheidende Rolle spielen. Damit verschließt sich aber auch ein "objektiver" Zugang zur vollständigen Erfassung des Pro-forma-Studiums - etwa über den Versuch, die Gegebenheiten seiner Voraussetzungen zu messen. Ein Teil dieser Voraussetzungen ist zwar operationalisierbar und wäre bei entsprechender Befragung der Studierenden auch meßbar: das allen Gruppen von Pro-forma-Studenten gemeinsame Merkmal, daß sie derzeit nicht studieren, über den Zeitaufwand für das Studium zum Beispiel oder der auf ein professionelles Pro-forma-Studium verweisende Indikator der beruflich und/oder sozial gesicherten Existenz über Einkommen und Berufstätigkeit. Der für die Bestimmung des Pro-forma-Studiums unerläßliche subjektive Aspekt (Studierwille, Examensabsicht, die mit der Immatrikulation verfolgten Absichten) entzieht sich jedoch einer direkten Messung. Ihn kann man nur näherungsweise durch Verknüpfung mehrerer Indizien (Studienmotivation, Absicht, das Studium aufzugeben, u. a.) zu ergründen versuchen.

Bleibt ein anderer Zugang zur Messung des Pro-forma-Studiums: die direkte Befragung der Studierenden, ob sie sich als Pro-forma-Studenten verstehen. Dieser Weg ist in der von HIS durchgeführten Befragung der Exmatrikulierten des Studienjahres 1984 und in der Konstanzer

Erhebung zu Studiensituation und studentischen Orientierungen im Wintersemester 1986/87 beschränkt worden.

Bei allen Daten, die auf direkte Befragung von Studierenden basieren, ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich ein Großteil der Pro-forma-Studenten nicht an solchen Untersuchungen beteiligen wird, erstens weil sich diese Befragungen mehr oder weniger an "Normalstudenten" richten und sich Pro-forma-Studenten nicht angesprochen fühlen, zweitens weil Pro-forma-Studenten sich z. T. auch nicht als Studenten ansehen und drittens weil - dies gilt vor allem für "professionelle Pro-forma-Studenten" - sie nicht freiwillig den Tatbestand einer sozialen Vorteilsnahme offenbaren würden. Deshalb haben die Ergebnisse nur begrenzte Aussagekraft und sind mit besonderer Vorsicht zu interpretieren.

### 3.3 Größenordnung und strukturelle Merkmale des Pro-forma-Studiums

"Mehr als zehn Prozent der ... in Berlin registrierten Studenten sind nach Schätzung der Behörden nur zum Schein ... immatrikuliert, um soziale Vergünstigungen zu erhalten." (Frankfurter Rundschau vom 09.10.1986) "Jeder fünfte oder sechste Studiosus (an der Universität München, die Verf.) hat .. keinen Wissensdurst mehr, sondern will sich nur billig versichern und die öffentlichen Verkehrsmittel zum Sondertarif benutzen." (Deutsche Universitätszeitung, 10/1986) "Es ist zu vermuten, daß der größte Teil der 'Schein-Immatrikulationen' bei Studenten in höheren Semestern zu finden ist ... Der Anteil der 'Schein-Immatrikulationen' wird überregional auf 5 bis 10 % geschätzt." (SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN 1986) Und Prof. Strobel folgerte schon 1980 aus einer Input-/Outputanalyse, daß sich eine "Potemkinsche Universität" von .. 150.000 'toten oder scheinbaren Seelen'" (STROBEL 1981, 7) aufgebaut hat, die durch Doppelzählungen, Registrationsfehler, verspätete Ausbuchung von Exmatrikulationen und Pro-forma-Studenten entstanden sein könnte.

Diese und ähnliche, auf mehr oder weniger explizierte Annahmen basierende Schätzungen kursieren zum Umfang der Pro-forma-Immatrikulation. Welchen Realitätsgehalt sie besitzen, soll zunächst pauschal für alle Gruppen von Pro-forma-Studenten anhand der Konstanzer Untersuchung zu Studiensituation und studentischen Orientierungen untersucht werden.<sup>1)</sup>

Die Untersuchung der Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung zu Studiensituation und studentischen Orientierungen basiert auf schriftlichen, standardisierten Befragungen eines repräsentativen Querschnitts von Studierenden an Universitäten und Fachhochschulen, die in Zweijahresintervallen wiederholt werden, und berücksichtigt ein breites Themenspektrum.<sup>2)</sup> In der 3. Erhebung zur Studiensituation im Wintersemester 1986/87 wurde den Studierenden auch die folgende Frage gestellt:

*Welche der folgenden Beschreibungen würde Ihre derzeitige Lebenssituation am ehesten kennzeichnen?*

*- Hochschule und Studium bilden den Mittelpunkt, auf den fast alle meine Interessen und Aktivitäten ausgerichtet sind.*

---

1) Die Behandlung der Frage der Doppelzählungen und Registrationsfehler wird hier noch zurückgestellt; vgl. dazu Kap. 3.4.

Soweit nicht ausdrücklich anders vermerkt, beziehen sich die vorgestellten Ergebnisse auf sekundärstatistischen Auswertungen vorliegender Untersuchungen nur auf Universitäten. Universitäten als "Sammelbegriff" umfassen Universitäten, Technische Hochschulen, Gesamthochschulen, Pädagogische Hochschulen und Kunsthochschulen.

2) Vgl. zur Anlage der Untersuchung: BMBW 1988, 15 ff.



- *Ich absolviere mein Studium wie eine normale Berufstätigkeit; wenn ich mein Pensum erfüllt habe, hat meine Freizeit wenig mit Hochschule und Studium zu tun.*
- *Das Studium ist für mich nicht die einzig wichtige Beschäftigung; andere Bereiche wie Erwerbsarbeit oder Familie sind ebenso wichtig.*
- *Das Studium ist für mich eher Nebensache, da ich viele anderweitige Verpflichtungen und Interessen außerhalb des Hochschulbereichs habe.*
- *Ich bin eigentlich nur pro forma Student und beschäftige mich kaum mehr mit dem Studium.*

Die Konstanzer Arbeitsgruppe Hochschulforschung hat uns freundlicherweise differenzierte Sonderauswertungen zu dieser Frage zur Verfügung gestellt, so daß vorsichtige globale Aussagen zum Pro-forma-Studium in verschiedenen Studienphasen und Studiengängen möglich sind. Abgesehen von dem grundsätzlichen und alle Studentenuntersuchungen betreffenden Problem, daß sich ein Großteil der Pro-forma-Studenten Befragungen verschließt, mag die Validität der Antworten auf diese Frage bezweifelt werden, da prinzipiell eher in Richtung sozialer Erwünschtheit geantwortet wird. Durch die unten erwähnte, bei Absolventeninterviews gemachte Erfahrung, daß das Thema Pro-forma-Studium zumindest bei Absolventen kaum Tabu charakter hat, durch die geringe, sich im Rahmen des Üblichen bewegendende Zahl der Antwortverweigerer (1 %) und durch die Ergebnisse einer Kreuztabellierung mit der Frage nach Studienabbruchgedanken können diese Zweifel zwar nicht vollends ausgeräumt, aber zumindest abgeschwächt werden. Es ist davon auszugehen, daß die Konstanzer Untersuchung die verlässlichsten derzeit verfügbaren Daten zum Pro-forma-Studium insgesamt liefert. Allerdings lassen sich keine Schlüsse zu Motiven und Perspektiven der Formalimmatrikulation ziehen. Immerhin denken 18 % der befragten Studenten, die sich selbst als Pro-forma-Studenten einstufen, überhaupt nicht daran, das Studium aufzugeben (Kategorie 0 auf einer 7-stufigen, von 0 (= gar kein Gedanke) bis 6 (= sehr ernsthafter Gedanke) reichenden Skala). Weitere 10 % ordneten sich bei den Kategorien 1 und 2 ein. Das kann sowohl bedeuten, daß sie sich in der Existenz als Erwerbstätige mit Studentenstatus eingerichtet haben und auch weiterhin so leben wollen, als auch, daß sie nur kurzfristig das Studium vernachlässigen, um dann wieder auf ein Examen hinzuarbeiten. Die vorzustellenden Ergebnisse lassen demnach nur begrenzt Aussagen zu den einzelnen Gruppen von Pro-forma-Studenten zu.

Zwei Prozent der in der Konstanzer Untersuchung zur Studiensituation im Wintersemester 1986/87 befragten Universitätsstudenten gaben frank und frei an, sie seien eigentlich nur pro forma Student und beschäftigten sich kaum mehr mit dem Studium. Für weitere 6 % ist das Studium wegen anderweitiger Verpflichtungen und Interessen außerhalb der Hochschule eher Nebensache. Für Fachhochschulstudenten belaufen sich die entsprechenden Anteilswerte auf 1 und 4 %.

Wie sind diese Zahlen zu bewerten? Erlauben sie eine Schätzung des Gesamtumfangs des Pro-forma-Studiums? Viele Unwägbarkeiten sind zu bedenken: die erwähnte Unterrepräsentation vor allem der "professionellen Pro-forma-Studenten", die außer der semesterweisen Rückmeldung nichts mit der Hochschule zu tun haben und den zu ermittelnden Prozentwert eher erhöhen; die Situations- und Subjektabhängigkeit der Einschätzung als Pro-forma-Student; die Tendenz, eher im Sinne sozialer Erwünschtheit zu antworten; die im Dunkeln bleibenden Motive und Studienperspektiven. So wird man einige der Studierenden, die ihr Studium als Nebensache bezeichnen, als Pro-forma-Studenten bezeichnen können. Für einen Teil dieser "nebenamtlichen" Studierenden muß aber angenommen werden, daß sie - wenn auch (derzeit) mit geringer Intensität - durchaus ihr Studium noch betreiben und ein Studienziel verfolgen, so daß es unangemessen wäre, sie der Kategorie Pro-forma-Student zuzuordnen. Als Hilfskriterium zur Differenzierung der Gruppe der Studierenden, für die das Studium eine Nebensache darstellt, kann die Absicht, das Studium aufzugeben, herangezogen werden. Zusammen mit den 2 % sich explizit als Pro-forma-Studenten bezeichnenden Immatrikulierten ergibt sich dann unter Einbezug der Studierenden, für die das Studium eher Nebensache ist und die gleichzeitig Abbruchgedanken hegen, ein Prozentsatz von 5 %. Wird zur Berücksichtigung der möglichen Unterrepräsentanz eine Erhöhung um 1 bis 2 Prozentpunkte einkalkuliert, so ergibt sich eine

Obergrenze von 6 bis 7 % für den Anteil von Pro-forma-Studenten an bundesdeutschen Universitäten. An Fachhochschulen liegt der geschätzte Grenzwert bei maximal 3 %.

Daß dieses Bild je nach Hochschule, Studiengang und Semesterzahl variiert, ist mehr als eine plausible Vermutung. Die Konstanzer Daten zeigen<sup>1)</sup>: Der Anteil der Studierenden an Universitäten, die ihr Studium eher pro forma betreiben, reicht - ohne Berücksichtigung eines Zuschlags für Unterrepräsentanz - von 0 % in den medizinischen Studiengängen bis zu 5 % in den Sprach- und Kulturwissenschaften (weniger, wenn nur die Studierenden im Erststudium betrachtet werden). Die Differenzierung nach Semesterzahl bringt ein zunächst überraschendes Ergebnis: Innerhalb der ersten Semester befindet sich der Anteil der Pro-forma-Studenten auf einem relativ hohen Niveau (3 % unter den Erstsemestern (1. Fachsemester) im Erststudium), sinkt dann auf ca. 1 % und erreicht bei den Studierenden im 13. und höheren Semester eine Größenordnung von ca. 4 %. Ein Hinweis auf die Studienanfänger, die an der Hochschule Wartezeiten überbrücken, bis sie ihre eigentlich beabsichtigte Tätigkeit außerhalb der Hochschule realisieren können? Diese Frage soll weiter unten stärkere Beachtung finden und unter Zuhilfenahme der HIS-Studienanfängerbefragungen näher untersucht werden.

Unter Kapazitätsgesichtspunkten ist es natürlich auch interessant, der Frage nachzugehen, wie viele der Studierenden im 1. Fachsemester (Erst- und Zweitstudium) einzelner Studiengänge zu den Pro-forma-Studenten zu zählen sind. Verläßt man sich auf die Angaben der in der Konstanzer Untersuchung Befragten, so sind es in der derzeit heftig diskutierten Betriebswirtschaftslehre gerade 1 %.<sup>2)</sup> Diese Zahl zumindest gibt keinen Anlaß dazu, die außergewöhnliche Belastungssituation dieses Faches weniger dramatisch zu sehen. In anderen Fächern sind vergleichbare Zahlenverhältnisse festzustellen. Nur die Sprach- und Kulturwissenschaften sowie die Sozial- und Erziehungswissenschaften haben auch in den ersten Semestern Pro-forma-Studenten in größerer Zahl.

Um die allgemeine Übersicht über Quantitäten und strukturelle Merkmale des Pro-forma-Studiums abzurunden, soll noch auf ein weiteres Ergebnis der Konstanzer Untersuchung verwiesen und die Frage der hochschulspezifischen Prägung des Pro-forma-Studiums aufgegriffen werden. Wie nicht anders zu erwarten, stellt für einen Teil der Studierenden mit 1. Abschluß die Immatrikulation eine Ausweichlösung dar, und zwar um so mehr, desto schlechter die Berufsaussichten im Fach sind - Ergebnisse, die weiter unten anhand der HIS-Exmatrikuliertenbefragung 84 noch zu vertiefen sein werden: 7 % der Studierenden mit Hochschulabschluß (2 % der Studierenden im Erststudium) ordnen sich bei der Kategorie "Pro-forma-Studium" ein; für 10 % der Examinierten (gegenüber 5 % im Erststudium) ist das Studium eher nebensächlich. Bei den Studierenden der Sprach- und Erziehungswissenschaften, die über einen Hochschulabschluß verfügen, erreichen die entsprechenden Anteile Werte von ca. 9 % (Pro-forma-Studium) und 13 bis 14 % (Studium als Nebensache).

Sind schon diese Ergebnisse nur als Tendenzwerte anzusehen, die allenfalls Aussagen über Relationen erlauben, so gilt dies erst recht für hochschulspezifische Resultate, da hier die empirische Basis fast gänzlich fehlt und wir vielfach auf - allerdings begründete - Überlegungen angewiesen sind. Für kleinere Hochschulen, zumal in strukturschwachen und industriearmen Regionen, kann geltend gemacht werden, daß schon allein wegen der eingeschränkten Erwerbs-

---

1) Da es im folgenden nicht darum geht, den Umfang des Pro-forma-Studiums für verschiedene Studiengebiete und Studienphasen zu schätzen - das wäre ein methodisch nicht haltbares Ansinnen -, sondern eine vergleichende Analyse und somit Trendaussagen über Relationen im Vordergrund stehen, werden im folgenden, soweit nicht anders erwähnt, nur die Ergebnisse für die sich ausdrücklich als Pro-forma-Student charakterisierenden Immatrikulierten dargestellt.

2) Um nicht an die untere Grenze der gerade noch auswertbaren Fallzahlen zu stoßen, wurden das 1. und 2. Fachsemester zusammengefaßt.

möglichkeiten für Studenten und Hochschulabsolventen das Pro-forma-Studium zahlenmäßig in die Bedeutungslosigkeit versinkt. Auch haben dort die Krankenkassen aufgrund der Übersichtlichkeit des Hochschulortes eher die Möglichkeit, "professionelle Pro-forma-Studenten", die z. B. in eigener Praxis tätig sind, ausfindig zu machen. In großen Hochschulorten sind die Bedingungen, die eine Pro-forma-Immatrikulation möglich oder sogar attraktiv machen, eher gegeben. Darüber hinaus spielt bei der hochschulspezifischen Prägung des Pro-forma-Studiums das Fächerspektrum der Hochschule eine Rolle. Eine hochschulspezifische Auswertung der in die HIS-Exmatrikuliertenbefragung 84 einbezogenen Hochschulen zeigt, daß z. B. Karlsruhe und Braunschweig stark unterdurchschnittliche Anteile von Absolventen aufweisen, die nach ihrem Abschluß aus mehr oder weniger formalen Gründen immatrikuliert blieben,<sup>1)</sup> und Bochum, Mainz und die Universität München die höchsten Anteile.<sup>2)</sup>

Dennoch scheint die für die Universität München genannte Zahl von 15 bis 20 % Pro-forma-Studenten (s. oben) zu hoch gegriffen. Dieses Ergebnis basiert auf folgenden, von der Universitätsverwaltung vorgenommenen Berechnungen: Im Wintersemester 1986/87 waren ca. 14.000 deutsche Studenten mit einer bereits bestandenen Abschlußprüfung an der Universität München immatrikuliert. Nach Abzug der Doktoranden verbleiben 9.000 Studenten im Zweitstudium, von denen 1.000 ein ernsthaftes Studium unterstellt wird. Betrachtet man die restlichen 8.000 Studenten und die Studierenden, die sich im 18. und höheren Fachsemester befinden und keine Promotion anstreben (ca. 2.000) als Pro-forma-Studenten, so kommt man - ohne Berücksichtigung der möglichen Pro-forma-Studenten in unteren Semestern - auf eine Zahl von 10.000, die ungefähr einem Anteil von 16 % an der Gesamtstudentenzahl der Universität München entspricht.

Tut man aber einem Großteil der als Pro-forma-Studenten etikettierten Studierenden im Zweitstudium nicht Unrecht? Legt man dagegen die in der Konstanzer Erhebung ermittelten studien- und studienartspezifischen Anteile der Studierenden zugrunde, die sich als Pro-forma-Studenten einordnen und für die das Studium eher Nebensache ist (das bedeutet eine weite Auslegung des Pro-forma-Studiums), berücksichtigt man das spezifische Fächerspektrum der Universität München und den stark überdurchschnittlichen Anteil der Studierenden mit erstem Abschluß, dann kommt man unter Einschuß der Pro-forma-Studenten in niedrigeren Semestern auf einen Anteil von maximal 10 % Pro-forma-Studenten - ein Anteil, der sicher noch hoch ist, aber doch um einiges unter der in der Presse kursierenden Zahl liegt.

Das Beispiel der Universität München wurde für die Modellrechnung nicht zuletzt deshalb gewählt, weil die Universität München und ihre Studentenzahlen häufiger Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen sind. So berichtete die Süddeutsche Zeitung am 02.03.1988 über ein Hearing im Kulturpolitischen Ausschuß des Bayerischen Landtages, in dem es um die Überfüllungssituation an der Universität München ging, daß gerade noch ein "Eifersuchtsdrama zwischen der Ludwig-Maximilians-Universität einerseits und den beiden Hochschulen in Passau und Augsburg andererseits" vermieden werden konnte: Der Vizepräsident der Universität Augsburg hatte der Münchener Hochschule vorgehalten, sie habe eigentlich unter ihren 62.000 Immatrikulierten nur 30.000 "echte Studenten".

Nach diesem allgemeinen Überblick soll im folgenden das Augenmerk stärker auf die verschiedenen Gruppen von Pro-forma-Studenten gerichtet werden.

- 
- 1) Bei diesen Hochschulen ist sicherlich auch das stärker technisch orientierte Fächerspektrum mit relativ günstigen Berufsaussichten in Rechnung zu stellen.
  - 2) Bei Mainz ist auch die geographische Lage (Nähe zu Frankfurt und Grenzlage zu Hessen, wo Studiengebühren erhoben werden) zu berücksichtigen, außerdem der geringe Prozentsatz einer länger andauernden Pro-forma-Immatrikulation.

### **"Professionelle Pro-forma-Studenten": Spitze eines Eisberges oder Einzelfälle?**

Zwar kann fast jeder, der mit Studenten zu tun hat, aus seinem persönlichen Erfahrungsbereich den Fall eines "professionellen Pro-forma-Studenten" benennen und beschreiben. Fast alle unserer Interviewpartner sind sich aber auch darin einig, daß es sich nur um Einzelfälle handelt, die aber im öffentlichen Bewußtsein durch die ausführliche Behandlung in der Presse größere Dimensionen angenommen haben. Die spärlichen Daten, die über "professionelle Pro-forma-Studenten" zur Verfügung stehen, bestätigen diese Auffassung, auch wenn eine gewisse Dunkelziffer in Rechnung gestellt werden muß.

Einen Anhaltspunkt für die untere Grenze der "professionellen Pro-forma-Studenten" gibt eine Überprüfungsaktion, die die Ersatzkassen im vergangenen Jahr durchgeführt haben. Um die Rechtmäßigkeit des Versicherungsverhältnisses zu überprüfen, haben die Ersatzkassen alle in der studentischen Krankenversicherung Versicherten, die älter als 35 Jahre waren (der Anteil der über 35jährigen an den versicherten Studenten beträgt z. B. bei der Barmer Ersatzkasse ca. 7 %) angeschrieben und nach dem Stand des Studiums sowie nach einer Berufstätigkeit gefragt. Allerdings bestand keine Pflicht zur Beantwortung der Anfrage, und die Antworten wurden nicht weiter überprüft. Der Erfolg dieser Aktion war nach Aussagen der befragten Krankenkassenvertreter minimal: Weniger als 1 % aller in der Krankenversicherung der Studenten Versicherten wurden aufgrund dieser Aktion in eine andere Versicherungsklasse eingestuft oder von der Mitgliedschaft in der Krankenkasse ausgeschlossen.<sup>1)</sup>

Auf ähnlich niedrige Werte kommen Berechnungen aus der HIS-Exmatrikuliertenbefragung 84, die weiter unten beschrieben wird. Der Anteil derjenigen Absolventen von Universitäten, die nach ihrem Examen mehr als ein Semester pro forma immatrikuliert waren und schon vor ihrer Exmatrikulation voll berufstätig waren - Absolventen also, denen man eine mißbräuchliche Inanspruchnahme des Studentenstatus unterstellen könnte -, beträgt auf alle Absolventen bezogen 3 %. Bezogen auf alle Studenten sind das Werte, die weit unter der Ein-Prozent-Marke liegen.

Die Ausführungen machen deutlich, daß die oft zitierten Fälle mißbräuchlicher Inanspruchnahme des Studentenstatus im Sinne "professioneller Pro-forma-Studenten" nicht die Spitze eines Eisberges darstellen, sondern tatsächlich Einzelfälle sind.

### **"Examierte Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf": zunehmende Bedeutung**

Ein größeres Gewicht haben die "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf", deren Umfang in den letzten Jahren nicht unerheblich zugenommen hat. Darüber geben folgende Untersuchungen Aufschluß:

- a) Die HIS-Exmatrikuliertenbefragungen der Studienjahre 1979 und 1984, in denen Exmatrikulierte von Universitäten und Fachhochschulen mit standardisierten Erhebungsinstrumenten zu Studienverlauf und Berufseintritt befragt wurden.<sup>2)</sup>

Bei der Exmatrikuliertenbefragung 79 war das Pro-forma-Studium bereits in den Schlagzeilen aufgetaucht. Weil aufgrund der öffentlichen Diskussion damit gerechnet werden mußte, daß sich Studenten nicht offen zum Pro-forma-Studium bekennen und äußern würden, wurde

1) In Bezug auf alle Studierenden liegt der Anteil noch niedriger, da ein Gutteil der Studenten über die Familienversicherung Krankenversicherungsschutz hat.

2) Zur Zielsetzung und Anlage der Untersuchungen vgl.: REISSERT/ BIRK 1982, 4 ff.; REISSERT/MARCISZEWSKI 1987, 5 ff.



das Thema in der Befragung nur sehr zurückhaltend mit der Frage aufgegriffen, ob eine Zeitspanne zwischen dem Examen und der Exmatrikulation lag. Die Autoren selbst: "Um überhaupt eine Antwort auf diese heikle Frage zu erhalten, wurde bewußt darauf verzichtet, die Fragestellung hinsichtlich der Zeitspanne exakt zu präzisieren. Ein inquisitorischer Charakter bei dieser Frage sollte vermieden werden, um die Antwortbereitschaft der Befragten noch zu gewährleisten." (REISSERT/BIRK 1982, 80) Obwohl weder nach der Dauer der Zeitspanne zwischen Studienabschluß und Exmatrikulation (in einigen Fällen kann es sich nur um wenige Wochen handeln, in denen auf das Prüfungsergebnis gewartet wird) noch direkt nach einem Pro-forma-Studium gefragt wurde, läßt sich über die Frage nach den Gründen für die Hinauszögerung der Exmatrikulation<sup>1)</sup> der Umfang des Pro-forma-Studiums abschätzen.

Bei der Exmatrikuliertenbefragung 84 wurde erstmals direkt nach einem Pro-forma-Studium gefragt. Die vor der Entwicklung des Fragebogens geführten Interviews mit Absolventen hatten gezeigt, daß die Formalimmatrikulation - zumindest bei Studenten und Absolventen - ein ohne Tabus belegtes und sozial akzeptiertes Verhalten ist. So wurden die Absolventen des Studienjahres 1984 gefragt, ob sie nach ihrer letzten Abschlußprüfung die Immatrikulation aufrechterhalten haben, und wenn ja, ob sie ernsthaft einen weiteren Hochschulabschluß anstrebten oder mehr oder weniger aus formalen Gründen eingeschrieben blieben. Direkte Kritik wurde an dieser Frage zwar nicht geäußert, jedoch ist die Zahl der Antwortverweigerer (im Gesamtdurchschnitt aller Absolventen 5 %, in einzelnen Studiengebieten bis zu 10 %) durchaus als Zeichen kritischer Distanz sogar bei dieser Gruppe zu werten.

- b) Die HIS-Untersuchung "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt", in deren Rahmen zunächst 1978 Studierende in höheren Semestern mit einem standardisierten Fragebogen zu Studium und Berufsvorstellungen befragt wurden. 1983 wurden dann eine Follow-up-Befragung derselben Stichprobe sowie Intensivinterviews mit Hochschulabsolventen zum Themenkomplex Studienverlauf und Berufseintritt durchgeführt.<sup>2)</sup> In der schriftlichen, standardisierten Follow-up-Befragung wurde den Probanden, die inzwischen einen Hochschulabschluß erworben hatten, die Frage gestellt, ob sie nach ihrem (letzten) Hochschulabschluß ihr Studium fortgesetzt haben, und wenn ja, ob sie dies taten,

- um zu promovieren,
- um einen weiteren Hochschulabschluß zu erwerben,
- um ein Aufbaustudium aufzunehmen,
- ohne feste Studienabsicht (z. B., um sich sozial abzusichern),
- oder aus sonstigen Gründen.

Auch diese Frage ist geeignet, den Anteil der Pro-forma-Studenten unter Hochschulabsolventen für einen weiteren, zwischen den beiden Exmatrikuliertenbefragungen liegenden Zeitpunkt abzuschätzen. Da allerdings schon in der 1. Befragung die Problem- und Randgruppen unterrepräsentiert sein dürften und sich an der 2. Befragung nur noch gut ein Viertel der Probanden aus der Vorbefragung beteiligten, sind die Ergebnisse weniger aussagekräftig als die der HIS-Exmatrikuliertenbefragung.

1) Folgende Items waren vorgegeben: Ich habe keinen Ausbildungsplatz gefunden; ich habe keine Arbeitsstelle gefunden; ich wollte meine bisherige Arbeitsumwelt/Freundeskreis nicht so schnell aufgeben; ich mußte die Bekanntgabe meines Prüfungsergebnisses abwarten; ich wollte mich sozial absichern; ich wollte mich in einzelnen wissenschaftlichen Interessengebieten weiterbilden bzw. diese vertiefen; ich strebte einen weiteren Hochschulabschluß an; ich sah keine Notwendigkeit, mich zu exmatrikulieren; ich war unentschlossen, was ich weiter machen sollte.

2) Vgl. zur Zielsetzung und Anlage der Untersuchung: MINKS/REISSERT 1985 (a), 1 ff.

Von den Exmatrikulierten des Jahres 1979, die an einer Universität ihren Abschluß erworben hatten, gab knapp jeder fünfte an, daß zwischen Examen und Exmatrikulation eine Zeitspanne gelegen habe. Als wichtigsten Grund dafür nannte rund die Hälfte dieser Absolventen den Wunsch, sich sozial abzusichern, d. h., die studentische Krankenversicherung, Mensa, Fahrpreisermäßigungen usw. in Anspruch nehmen zu können, so daß für den Exmatrikulierten-Jahrgang 1979 von ca. 10 % Absolventen ausgegangen werden kann, die eine Zeitlang formal eingeschrieben waren.<sup>1)</sup>

Auf Grundlage des HIS-Projektes "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt" wurde 1983 ein Anteil von 14 % Pro-forma-Studenten unter den Universitätsabsolventen geschätzt.<sup>2)</sup> Von den Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen, die sich 1984 exmatrikuliert haben, gaben dann 23 % an, nach dem Examen aus mehr oder weniger formalen Gründen immatrikuliert gewesen zu sein. Für Fachhochschulabsolventen spielt - wie zuvor auch - das Pro-forma-Studium mit 5 % nur eine untergeordnete Rolle. Die straffere Studiengestaltung an Fachhochschulen und die rigidere Exmatrikulationspraxis nach Abschluß des Examens lassen ein Pro-forma-Studium gar von mehreren Semestern auch nicht zu.

Die Differenzierung nach studiertem Fach zeigt tendenziell die gleichen Resultate wie die Konstanzer Untersuchung und verweist auf eine der Hauptursachen für das Verweilen an der Hochschule nach abgeschlossenem Examen: In der Psychologie, den Sozialwissenschaften, den Agrar-, Ernährungs- und Forstwissenschaften (nur Diplom und vergleichbare Abschlüsse) und bei Absolventen eines Lehramtsstudiums der Sekundarstufe II sind die Anteile der Pro-forma-Studenten mit ca. einem Drittel am höchsten, in den Ingenieurwissenschaften am niedrigsten. In diesen unterschiedlichen Prozentwerten spiegeln sich auch die fächerspezifischen Berufschancen und die unterschiedlichen Berufseinstiegsprobleme wider.

Im Durchschnitt dauerte die Pro-forma-Immatrikulation bei den entsprechenden Absolventen wissenschaftlicher Hochschulen rd. zwei Semester. Umgerechnet auf alle Absolventen erhöht das Pro-forma-Studium die Verweildauer (= Zeitraum zwischen Erstimmatrikulation und Exmatrikulation gemessen in Hochschulsemestern) um ca. ein halbes Semester und trägt damit nicht unerheblich zu deren Anstieg in den letzten Jahren bei.

Aufgefächert nach Semestern zeigt sich, daß die Hälfte der Pro-forma-Studenten ihre Immatrikulation nur ein weiteres Semester aufrechterhalten hat. Mehr als fünf Semester aus formalen Gründen immatrikuliert bleiben ca. 8 % der Pro-forma-Studenten. Typisch für die Pro-forma-Immatrikulation nach Examen ist also die kurzfristige Beibehaltung des Studentenstatus.

---

1) Bei diesem Wert und den folgenden Zahlen aus der Exmatrikuliertenbefragung 84 und dem HIS-Projekt "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt" ist unbedingt zu beachten, daß sie nicht unmittelbar vergleichbar sind mit den Ergebnissen, die die Konstanzer Untersuchung für die Studierenden mit erstem Abschluß ermittelte, da es sich um grundsätzlich verschiedene Befragungspopulationen handelt. Eine Umrechnung der erhobenen Resultate auf die Gesamtstudentenschaft ergab aber für die Konstanzer Untersuchung und die HIS-Exmatrikuliertenbefragung 84 Anteilswerte vergleichbarer Größenordnung.

2) Dabei wurden zu den 6 % Absolventen, die explizit angaben, ihr Studium nach dem Examen "ohne feste Studienabsichten" (z. B., um sich sozial abzusichern) fortgesetzt zu haben, die 2 % Absolventen, die aus "sonstigen Gründen" (nicht um zu promovieren, einen weiteren Hochschulabschluß zu erwerben oder ein Aufbaustudium aufzunehmen) immatrikuliert blieben, und weitere 6 % gerechnet, die sich ohne Angabe von Gründen nicht sofort exmatrikuliert hatten.

**"Wartezeiten überbrückende Pro-forma-Studenten am Studienanfang": nur soziale Vorteilsnahme oder zielgerichtete Qualifizierung?**

Das Ergebnis der HIS-Studienanfängerbefragungen, daß ein relativ hoher Anteil der Studienanfänger eigentlich lieber eine Berufsausbildung aufnehmen wollte, brachte die Frage auf, mit welcher Perspektive und welchen Motiven diese ihr Studium begonnen haben: Handelt es sich bei dem Studium um eine ernsthaft betriebene Alternative zur Berufsausbildung? Handelt es sich um eine Ausweichlösung, die zum "Schnuppern" genutzt und hinfällig wird, wenn der gewünschte Ausbildungsplatz gefunden worden ist? Oder soll die Immatrikulation nur in einer Überbrückungszeit das notwendige soziale Netz bieten?

Die HIS-Studienanfängerbefragungen werden seit dem Wintersemester 1983/84 im jährlichen Abstand durchgeführt. Im Rahmen dieser Untersuchungen werden deutsche Studienanfänger (= Erstimmatrikulierte bzw. Studenten im 1. Hochschulsemester) in einer bundesweit nach Fächergruppe, Geschlecht und Hochschulart repräsentativen Stichprobe von Universitäten und - seit dem Wintersemester 1985/86 - Fachhochschulen schriftlich befragt, und zwar zu folgenden Themenkomplexen: Studienwahl und Studienwünsche, Studiensituation und Studienziele, Bildungsbiographie.<sup>1)</sup> Durch eine gezielte Auswertung dieser Befragungen soll über die Fragen nach den ursprünglichen Ausbildungs- und Tätigkeitszielen, nach der Studienmotivation und den Studienabbruchgedanken versucht werden, die Gruppe der "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang" näher zu beschreiben, quantitativ einzugrenzen und die Frage nach den Motiven und Perspektiven der Immatrikulation zu beantworten.

Bevor dieses getan wird, sei die quantitative Entwicklung der Studienanfänger (= 1. Hochschulsemester) mit ursprünglichem Berufsausbildungswunsch nachgezeichnet. Im Wintersemester 1985/86 betrug deren Anteil an den Studienanfängern an Universitäten noch 5 %, im darauffolgenden Wintersemester waren es 4 % und im WS 1987/88 nurmehr 3 %. Diese rückläufige Entwicklung ist sicher auch ein Ausdruck dafür, daß sich die Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt entspannt hat.

Bei einem Teil dieser Studierenden kann tatsächlich davon ausgegangen werden, daß die Immatrikulation für sie eine Übergangslösung darstellt, bis sie den gewünschten Ausbildungsplatz erhalten: Ca. ein Zehntel der Studienanfänger des WS 1987/88 an Universitäten, deren ursprünglicher Ausbildungswunsch auf eine Berufsausbildung außerhalb der Hochschule gerichtet war, hat das Studium bis zum Befragungszeitpunkt (November/Dezember 1987) schon aufgegeben, ein weiteres Drittel beabsichtigt, dies noch zu tun. Aber immerhin mehr als die Hälfte hält an dem Studium fest. Und auch von denen, die ihr Studium abbrechen wollen, kann man nicht pauschal behaupten, sie seien nur formal immatrikuliert. Eher entsprechen sie dem Typus, den uns einer unserer Interviewpartner beschrieben hat: Es sind Studenten, die in ihrer Lebensplanung zunächst andere Prioritäten als das Studium gesetzt haben und das Studium auch aufgeben, wenn sie eine Ausbildungsplatzzusage erhalten, die aber gleichwohl nicht als "Verlegenheitsstudenten" zu bezeichnen sind. Vielmehr nutzen sie ihr Studium gezielt zur Qualifizierung, sind fachlich motiviert und interessiert und fallen in den Lehrveranstaltungen positiv auf.

Daß dieser Typus für die Studienanfänger, die ursprünglich eine Berufsausbildung absolvieren wollten, eher charakteristisch ist als derjenige, der nur die sozialen Vorteile der Immatrikulation in Anspruch nehmen will, darauf deuten auch die Ergebnisse der HIS-Studienanfängerbefragung hin: Es besteht eine relativ hohe Korrelation zwischen gewünschtem Ausbildungsbe-

---

1) Vgl. zur Anlage der Untersuchungen: LEWIN/SCHACHER 1988, 5 ff.

ruf und studiertem Fach.<sup>1)</sup> Drei Viertel dieser Studienanfänger haben das Studium - auch wenn sie beabsichtigen es aufzugeben - aus fachspezifischem Interesse und zwei Drittel wegen der Übereinstimmung mit den eigenen Neigungen und Begabungen gewählt. Nur ca. ein Viertel bis ein Drittel gab an, das Studium gewählt zu haben, weil es unter den vorhandenen Möglichkeiten als das kleinste Übel erschien. Insgesamt - so lassen die Ergebnisse der HIS-Studienanfängerbefragung schließen - bewegt sich der Anteil der "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang", die sich nur aus formalen Gründen immatrikuliert haben, unterhalb der Ein-Prozent-Marke.<sup>2)</sup>

#### **"An der Studienaufnahme gehinderte Pro-forma-Studenten": kaum zu quantifizieren**

Um die "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" größenordnungsmäßig einzugrenzen, müssen wir fast ausschließlich auf Erfahrungen aus einzelnen Hochschulen zurückgreifen. Ein Datum allerdings können wir als Anhaltspunkt auch aus der HIS-Studienanfängerbefragung heranziehen: Immerhin gaben im WS 1987/88 zwei Prozent der Befragten an, sie hätten ihr Studium gar nicht aufgenommen bzw. es inzwischen unterbrochen oder abgebrochen. Welche Gründe dafür maßgeblich waren und ob eine Exmatrikulation erfolgte, kann aus den Befragungsdaten jedoch nicht entnommen werden.

Ein anderes singuläres Datum aus der Universität Stuttgart: Dort erscheinen ca. ein Fünftel der Neueingeschriebenen nicht, um ihre Immatrikulationsunterlagen abzuholen. Z. T. handelt es sich um Mehrfachbewerber, die nach der Zulassung an der Universität Stuttgart die Zulassung an ihrer Präferenzuniversität bekommen haben<sup>3)</sup>, z. T. handelt es sich um Dienstverpflichtete, die ihren Einberufungsbescheid erst nach der Immatrikulation erhalten haben. In Stuttgart werden diese Studenten exmatrikuliert. In anderen Hochschulen, an denen die Immatrikulationsunterlagen per Post zugestellt werden, werden diese Immatrikulierten als Studenten weitergeführt, sofern sie sich nicht selbst exmatrikulieren. Aus der Stuttgarter Zahl läßt sich allerdings nicht bestimmen, wieviele dieser Studienanfänger zum Kreis der Mehrfachimmatrikulierten oder der "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" zu zählen sind; die Zahl kann auch kaum auf andere Hochschulen hochgerechnet werden, da infolge des fast totalen N. c. in Stuttgart mit einer größeren Anzahl von Mehrfachimmatrikulierten gerechnet werden muß.

Ähnlichen Beschränkungen unterliegt der Versuch, aus den Erfahrungen einiger Universitäten mit Neuimmatrikulierten in den "harten" N.c.-Fächern, die ihr Studium nicht aufgenommen haben, auf die Situation an anderen Hochschulen zu schließen. In vielen Hochschulen wird - soweit möglich - in den medizinischen Studiengängen durch Abgleich der Immatrikuliertenlisten mit den Anmeldelisten zu den Schlüsselveranstaltungen überprüft, ob a) die Neuimmatrikulierten ihr Studium aufnehmen und b) in anderen Fächern Immatrikulierte an diesen Lehrveranstaltungen teilnehmen. An der Universität Mainz ergab diese Überprüfung in einem

---

1) Beispiel: Mehr als die Hälfte derjenigen, die eine kaufmännische Ausbildung aufnehmen wollten, studieren Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Mathematik/Naturwissenschaften (wahrscheinlich vor allem Informatik) oder Jura.

2) Diese Zahl widerspricht nicht dem oben genannten Ergebnis aus der Konstanzer Erhebung, nach dem ca. 3 % der Erstsemester als Pro-forma-Studenten anzusehen sind. Bei dieser Auswertung waren die Fachsemester zugrunde gelegt worden, um auch Aussagen zur kapazitären Belastung durch Pro-forma-Studenten machen zu können. Ein Teil der Studierenden im 1. Fachsemester (an Universitäten ca. 25 %) sind Fachwechsler, von denen wiederum ein Teil pro forma eingeschrieben ist und z. B. das Fach gewechselt hat, um der Exmatrikulation zu entkommen, die in Baden-Württemberg bei Überschreiten der Fristen für die Zwischenprüfung droht.

3) Zu den Mehrfachimmatrikulierten vgl. ausführlicher Pkt. 3.4.



konkreten Semester, daß mehr als 10 % der zugelassenen Studienanfänger in Zahnmedizin keine Lehrveranstaltungen nachfragten. Es handelte sich zumeist um Studienanfänger, die noch in einem Arbeitsverhältnis standen und die dann exmatrikuliert werden konnten. An der FU Berlin, wo eine systematische Überprüfung in Pharmazie und Veterinärmedizin stattfindet, wurden Größenordnungen von unter 10 % festgestellt. Allerdings konnten diese Studierenden eine plausible Erklärung für ihre Nichtteilnahme an den Lehrveranstaltungen anführen, so daß kein Grund zur Exmatrikulation bestand.

Die aufgeführten Beispiele zeigen: Es gibt den beschriebenen Studententypus, nur läßt er sich nicht quantitativ bestimmen.

**"Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" und "zeitlich befristete Pro-forma-Studenten": die quantitativ und qualitativ bedeutsamsten Gruppen**

Ebensolche Schwierigkeiten bereitet es, die Gruppen der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" und der "zeitlich befristeten Pro-forma-Studenten" zu quantifizieren. Es ist aber anzunehmen, daß diese nicht nur qualitativ bedeutsame Gruppen sind (dazu unten mehr), sondern auch quantitativ einen nicht zu vernachlässigenden Anteil unter den Pro-forma-Studenten stellen. Dafür gibt es keine "harten" Zahlen, aber Anhaltspunkte. Dazu noch einmal ein Rückgriff auf die Konstanzer Untersuchung: Die Studierenden an Universitäten, die sich selbst als Pro-forma-Studenten charakterisieren und noch keinen Hochschulabschluß abgelegt haben, stellen unter allen Pro-forma-Studenten einen Anteil von ca. drei Viertel (und unter allen Studierenden an Universitäten einen Anteil von 1 bis 2 %). Wie gesagt: Wir kennen nicht die Motive, Ursachen und Perspektiven der Formalimmatrikulation. Geht man aber nach den obigen Ausführungen davon aus, daß es sich bei den "professionellen Pro-forma-Studenten", bei den "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang", die tatsächlich nichts mit der Hochschule zu tun haben, und den "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten", die sich nicht exmatrikuliert haben, um Einzelfälle handelt, die sich auch kaum an einer derartigen Untersuchung beteiligen dürften, dann kann man die genannten Werte als Eckpunkte für den Umfang der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" betrachten. Ergebnisse zu Studierenden in höheren Fachsemestern, die noch keine Zwischenprüfung abgelegt haben, weisen in eine ähnliche Richtung: 2 % aller in der Konstanzer Erhebung befragten Studierenden an Universitäten haben im Erststudium schon mehr als acht Fachsemester absolviert und noch nicht die vorgeschriebene Zwischenprüfung abgelegt.<sup>1)</sup>

So vage die quantitativen Anhaltspunkte für die "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" auch sind, bedeutsam ist diese Studentengruppe vor allem in qualitativer Hinsicht. Diese Art von Pro-forma-Studium ist ein Hinweis auf die eigentlichen Problemgruppen im bundesdeutschen Hochschulsystem und stellt nur eine der möglichen Formen dar, in der sich problematische Studienverläufe manifestieren können.

Eine andere Form ist der Studienabbruch, der - aufgrund seines Charakters als Entscheidungsprozeß - oftmals erst nach einer Phase formaler Immatrikulation vollzogen wird<sup>2)</sup> und der in

1) Die Werte differieren selbstverständlich je nach Studienfach und Hochschule. Für die Universität Mainz, die - wie erwähnt - wegen ihrer geographischen Nähe zu Frankfurt allerdings einen Sonderfall darstellt, liegen uns Zahlen für zwei Fächer vor: Von den dortigen Psychologiestudenten befinden sich 3 % im 18. und höheren Fachsemester und haben noch kein Vordiplom abgelegt. Die gleiche Relation ist bei den Chemiestudenten zu beobachten.

2) Von den Exmatrikulierten wissenschaftlicher Hochschulen des Studienjahres 1979, die ihr Studium ohne Erwerb eines Hochschulabschlusses abgebrochen haben, gaben 44 % an, sie hätten nach ihrem Entschluß zur Studienaufgabe noch eine Zeitlang mit der Exmatrikulation gewartet.

vielen Fällen die formale Umsetzung einer bereits vollzogenen faktischen Ablösung von der Hochschule darstellt. Weitere mögliche Ausdrucksformen problematischer Studienverläufe können Studienfachwechsel und massive Studienschwierigkeiten sein, die u. U. in ein Pro-forma-Studium oder einen Studienabbruch münden. So äußerten 12 % der im Rahmen des HIS-Projektes "Fachspezifische Studentenprofile" befragten Studierenden, die als in das Studium "schlecht integriert" zu bezeichnen sind, ernsthafte Studienabbruchabsichten - ein gegenüber den besser integrierten signifikant und deutlich höherer Anteil.<sup>1)</sup> Diese Hinweise sollen genügen, um a) die Dynamik des hier behandelten Typus von Pro-forma-Studium aufzuzeigen, an dessen Anfang Orientierungsprobleme, Studienschwierigkeiten und mangelnde Integration und an dessen Ende der formale Studienabbruch stehen können, und um b) auf die hinter dieser Studentengruppe stehende größere Gruppe von "Problemstudenten" zu verweisen.

### Die quantitativen Tendenzen im Überblick

Faßt man die vielen präsentierten Einzelergebnisse zusammen, so lassen sich folgende Tendenzen festhalten:

- Die obere Grenze für den Anteil von Pro-forma-Studenten an den Studierenden bundesdeutscher Universitäten dürfte um die 5 % liegen. Aufgrund der vorliegenden Daten ist eine genaue Festlegung nicht möglich; Abweichungen von 1 bis 2 Prozentpunkten nach oben können selbstverständlich nicht ausgeschlossen werden. Diese vorsichtige Formulierung des Schätzwertes ist geboten, weil die Befragungsergebnisse zu diesem Thema mit einigen Unsicherheiten behaftet sind.
- An Fachhochschulen spielt das Pro-forma-Studium eine weitaus geringere Rolle als an Universitäten; die obere Grenze dürfte um die 3 % liegen.
- Große Unterschiede im Umfang des Pro-forma-Studiums sind je nach Studiengang festzustellen, wobei sich hier - grob gesagt - geistes-, sozialwissenschaftliche und Lehramtsstudiengänge mit höheren Anteilen und natur-, ingenieur-, wirtschaftswissenschaftliche und medizinische Fächer mit niedrigeren Anteilen gegenüberstellen. Die beachtlichen hochschulspezifischen Differenzen dürften durch mehrere Faktoren bedingt sein: Fächerspektrum der Hochschule, Größe der Hochschule, Größe und Struktur des Hochschulortes, geographische Lage.
- Der Umfang der "professionellen Pro-forma-Studenten" ist als äußerst gering zu veranschlagen; gleiches gilt für die "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang". Daten, die eine Hochrechnung der "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" zulassen, liegen nicht vor. Jedoch ist auch hier davon auszugehen, daß es sich um eine Gruppe geringeren Umfangs handelt.
- Quantitativ und qualitativ bedeutsamer sind die Gruppen der "examinierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" und der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive".

### 3.4 Exkurs: Präzision der falschen Zahlen? - Fehlermöglichkeiten der amtlichen Studentenstatistik

Während die bislang behandelten Formen des Pro-forma-Studiums immer einen bewußten Akt des Immatrikulierten (Immatrikulation, Rückmeldung) voraussetzen, ist vor allem für Hochschulplaner auch die Frage interessant, ob und inwieweit "künstlich" durch Registrationsverfahren und -fehler "Karteileichen" erzeugt und die Studentenstatistik überhöht werden. Obwohl

1) Diese Untersuchung basierte auf der 2. Befragung der Studienberechtigten 80 und bezog sich auf diejenigen, die zum Befragungszeitpunkt studierten und sich somit in der Anfangsphase des Studiums befanden. Der 3-stufige Integrationsindex wurde aus Variablen zur Studienzufriedenheit und zu Studienschwierigkeiten gebildet (vgl. KAZEMZADEH/SCHAEPER 1984).

diese Frage nicht direkt das Untersuchungsthema Pro-forma-Studium und Ablösungsprozesse berührt, soll sie an dieser Stelle kurz abgehandelt werden. Kurz und knapp deshalb, weil wir im Rahmen unserer Untersuchung keine flächendeckende Erhebung zu den Verfahren und Fehlermöglichkeiten bei der Erfassung von Studentendaten durchführen konnten und uns deshalb auf theoretische Überlegungen und Aussagen von einzelnen Experten beschränken müssen.

Hinsichtlich der Fehlerquellen in der Studentenstatistik, die "Karteileichen" entstehen lassen und zu einer erhöhten Ausweisung von Studentenzahlen führen können, lassen sich folgende Problemfelder benennen:

- Immatrikulation,
- Rückmeldung,
- Exmatrikulation.

Hinsichtlich des Problemfeldes "Immatrikulation" stehen vor allem Möglichkeiten und Umfang der Mehrfachimmatrikulation im Blickpunkt. Die Mehrfachimmatrikulation an mehreren Hochschulen<sup>1)</sup> ist teilweise notwendig und von der Prüfungsordnung vorgeschrieben (Beispiel: künstlerisches Lehramt in Hamburg, dessen erziehungswissenschaftlicher Teil an der Universität Hamburg und der künstlerische Teil an einer der beiden Kunsthochschulen absolviert wird). Z. T. kann ein Doppelstudium an zwei Hochschulen auch sinnvoll sein. Dieses bedarf aber der Genehmigung, die nur in Ausnahmefällen erteilt wird.<sup>2)</sup> Normalerweise erhalten diese Studierenden nur an einer Hochschule den Erst-(oder Haupt-)Hörerstatus. Allerdings sind die genannten, rechtlich zulässigen Fälle der Mehrfachimmatrikulation nur dann statistisch fehlerfrei erfassbar, wenn die Einschreibung an beiden Hochschulen vor Ablieferung der Statistikdaten an das Statistische Landesamt erfolgt. Die zahlenmäßige Auswirkung der Studierenden, die ein Doppelstudium betreiben und an zwei Hochschulen mit vollem Hörerstatus registriert sind, auf die Bestandsstatistik wird als sehr geringfügig angesehen.

Eine andere Möglichkeit der Mehrfachimmatrikulation besteht darin, daß sich Studienanfänger wegen örtlicher Zulassungsbeschränkungen an mehreren Hochschulen bewerben und im Falle der Zulassung auch einschreiben. Die Mehrfachbewerbung an verschiedenen Hochschulen ist für die Studieninteressenten auch eine rationale (und zulässige) Strategie zur Chancenwahrung. Der Studienbewerber wird den ihm zuerst angebotenen Studienplatz annehmen und sich einschreiben und im Falle einer späteren Zulassung an seiner Präferenzhochschule die Immatrikulation an dieser Hochschule beantragen. Die jeweils letzte Hochschule, an der sich der Studienbewerber einschreibt, verlangt eine Erklärung darüber, daß er an keiner anderen Hochschule eingeschrieben ist. Da dem Studienanfänger kaum ein Interesse daran unterstellt werden kann, an zwei Hochschulen eingeschrieben zu sein (und damit zweimal die Semestergebühren zu zahlen), wird ein großer Teil der doppelten Ersteinschreibungen somit durch selbsttätige Exmatrikulation des Studienanfängers in den Bestandsdaten des jeweiligen Semesters bereinigt, es sei denn, die Übermittlung der Studentendaten an das statistische Landesamt seitens der

1) Die Einschreibung in mehreren Studiengängen an einer Hochschule spielt für die Frage der Erhöhung der Studentenzahlen so gut wie keine Rolle, da pro Student nur eine Matrikelnummer vergeben wird. Es kann zwar vorkommen - so wurde uns aus einer Hochschule berichtet -, daß versehentlich zwei Matrikel für ein- und dieselbe Person vergeben werden (z. B., wenn zwei Sachbearbeiter mit der Einschreibung befaßt sind). Diese Fehler beschränken sich aber - so ergab ein Prüfprogramm, das an dieser Hochschule jedes Semester durchgeführt wird - auf einen Fall unter 40.000 Studenten.

2) Im Saarland sind die Hürden niedriger gesetzt. Dort ist auch eine Einschreibung möglich, wenn eine Immatrikulation an einer anderen Hochschule besteht, es sei denn, es handelt sich um den gleichen Studiengang. Ein Problem, das nicht so ohne weiteres in den Griff zu bekommen ist, besteht darin, daß Studenten (theoretisch, aber wohl kaum in der Praxis) evtl. falsche Angaben machen, um ein Doppelstudium betreiben zu können.

ersten Hochschule erfolgt vor Exmatrikulation des Studienanfängers und vor der Meldung der Studentenzahlen seitens der zweiten Hochschule. Ansonsten werden diese Doppeleinschreibungen längstens ein Semester an beiden Hochschulen geführt.

Wie hoch die Zahl der bestandswirksamen "vorsorglichen" Mehrfacheinschreibungen von Studienanfängern angesetzt werden muß, kann nicht abschließend beurteilt werden. Nach Aussagen des Statistischen Bundesamtes ist jährlich von 10.000 bis 20.000 Mehrfachimmatrikulationen bei Erstimmatrikulierten auszugehen (das entspräche einem Anteil von 5 bis 10 % an den Studienanfängern), wobei ein großer Teil aber noch vor Lieferung der endgültigen Statistikdaten bereinigt ist. Ansonsten bleiben sie in der Regel ein Semester doppelt eingeschrieben. Insgesamt wird - auch von den Experten aus den Hochschulverwaltungen - die quantitative Bedeutung nicht zulässiger Mehrfachimmatrikulationen für die Bestandsstatistik als gering eingeschätzt.

Ähnlich wie bei den Studienanfängern wird auch bei Hochschulwechslern ein gewisser Anteil an Mehrfachimmatrikulationen und damit verbunden eine Meldung erhöhter Studentenzahlen an die amtliche Statistik vermutet. Vereinzelt wird davon ausgegangen, daß jeder Hochschulwechsler ein Semester doppelt gezählt wird<sup>1)</sup>, weil der Hochschulwechsler seinen alten Studienplatz nicht aufgeben wird, bevor er nicht den neuen hat. Zwar wird vor einer Neueinschreibung die Exmatrikulation von der Vorgängeruniversität verlangt, und in einigen Hochschulen (z. B. Universität Hamburg) wird eine Neuimmatrikulation ohne Nachweis der Exmatrikulation nicht vorgenommen. An anderen Hochschulen jedoch werden Hochschulwechsler, die keine Exmatrikulationsbescheinigung der alten Hochschule vorlegen können, schon als Studenten in der Datei geführt, bekommen aber ihre Immatrikulationsunterlagen erst, wenn sie die Exmatrikulation von der alten Hochschule nachweisen. Diese Doppelimmatrikulation schlägt allerdings nur dann zu Buche, wenn die Vorgängeruniversität ihre Bestandsdaten vor der Exmatrikulation des Hochschulwechslers und die Nachfolgeuniversität ihre Studentenzahlen nach Neuimmatrikulation an die zuständigen statistischen Landesämter weiterleiten. Von daher dürften Doppelzählungen bei Hochschulwechslern kaum auftreten. Darüber hinaus wird von einigen Experten das Argument ins Feld geführt, daß häufiger als Doppelzählungen Untererfassungen, die durch "Semesterlücken" bei Hochschulwechsel oder nachträglicher Zulassung bedingt sind, vorkommen.

Eine weitere mögliche Ursache für überhöhte Studentenbestände könnte in den Rückmeldeverfahren einiger Hochschulen liegen. In der Regel ist es so, daß Studierende, die sich nicht innerhalb gewisser Fristen für das nächste Semester rückmelden, angemahnt und nach Ablauf einer Nachfrist, in der eine verspätete Rückmeldung - z. T. gegen Säumnisgebühr - möglich ist, von Amts wegen exmatrikuliert werden. In den meisten Fällen endet die Rückmeldefrist so frühzeitig<sup>2)</sup> daß die Mahnaktion und die folgende verspätete Rückmeldung bzw. die Exmatrikulation wegen unterlassener Rückmeldung durchgeführt sein dürften, bevor die Studentendaten an die statistischen Landesämter übermittelt werden. Einige Hochschulen mahnen allerdings säumige Rückmelder so spät im laufenden Semester, daß bis zum Stichtag für die Meldung des Studentenbestandes an die amtliche Statistik noch keine endgültige Klarheit darüber besteht, ob in diesen Fällen nur ein Versäumnis bei der Rückmeldung vorliegt oder ob der Student die Hochschule in diesem Semester gar nicht mehr besuchen will. Der Studentenbestand eines Semesters ist zwar als Summe der Neuimmatrikulationen und Rückmeldungen definiert. Es scheint aber nicht ganz ausgeschlossen, daß einige Hochschulen derartige säumige Rückmelder für die amtliche Statistik vorsorglich als Studenten zählen.

1) Nach den Ergebnissen der 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks haben 16 % der Studierenden im Verlauf ihres Studiums mindestens einmal die Hochschule gewechselt (wissenschaftliche Hochschulen: 17 %; Fachhochschulen: 10 %; vgl. BMBW 1986, 397 ff.). Der Anteil der Hochschulwechsler eines Semesters an den Studenten ist natürlich geringer.

2) Bei der überwiegenden Mehrzahl der Hochschulen vor Beginn des Folgesemesters.



Auch die Exmatrikulationsmodalitäten, die von Land zu Land und von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich geregelt sind<sup>1)</sup>, spielen für die Frage der etwaigen Erhöhung des Studentenbestands eine geringe Rolle. Daß Studierende, die sich im Verlauf eines Semesters exmatrikulieren bzw. exmatrikuliert werden, noch für das laufende Semester zum Bestand gezählt werden, ist nur möglich, wenn die Exmatrikulation nach dem Stichtag für die Meldung der Studentenzahlen an die statistischen Landesämter erfolgt. Nur durch Einführung eines zweiten Stichtages (etwa zum Ende des Semesters) könnten diese Exmatrikulierten in der Studentenbestandsstatistik berücksichtigt werden. In den Hochschulen, in denen bei Examensabschluß nicht automatisch die Exmatrikulation vorgenommen wird, kann es darüber hinaus auch vorkommen, daß die Absolventen - auch wenn sie nicht die Absicht haben, noch pro forma eingeschrieben zu bleiben - sich nicht aktiv exmatrikulieren, sondern die Rückmeldung zum nächsten Semester unterlassen und erst dann von Amts wegen exmatrikuliert werden. All diese Fälle zählen erst im Folgesemester nicht mehr zum Studentenbestand.

So geringfügig die Fehlerquellen im einzelnen sein mögen, so können sie doch in der Summe von einiger Bedeutung sein. Das Statistische Bundesamt geht aufgrund von Ergebnissen seiner Studienverlaufsuntersuchungen früherer Jahre davon aus, daß sich der Anteil der Mehrfachmatrikulationen (Doppelstudium, Hochschulwechsel und Mehrfacheinschreibung bei Studienanfängern) auf weniger als 1 % des Studentenbestands beläuft. Dazu können noch geringe Anteile von nach der Meldung der Studentenzahlen erfolgten Exmatrikulationen (z. B. bei säumigen Rückmeldern) und von Absolventen, die erst zum nächsten Semester aufgrund unterlassener Rückmeldung gestrichen werden, so daß von einem oberen Grenzwert von 2 % ausgegangen werden kann, durch den der Studentenbestand aufgrund der Einschreibe-, Rückmelde- und Exmatrikulationsverfahren erhöht wird.

---

1) In manchen Ländern erfolgt z. B. mit erfolgreichem Bestehen der Abschlußprüfung automatisch die Exmatrikulation.



#### 4. ZUR BEDEUTUNG UND BEWERTUNG DES PRO-FORMA-STUDIUMS

Die Bewertung des Pro-forma-Studiums weist eine ähnliche Variationsbreite auf wie die mit Fragen des Studiums und der Hochschule befaßten Institutionen und Gruppen. Die einen betrachten es als "Scheinproblem", die anderen als nicht hinnehmbaren sozialen Mißbrauch. Dabei hängt die Bewertung des Phänomens nicht nur von Funktion und Aufgabenbereich der verschiedenen Institutionen und Gruppen oder von der subjektiven Einstellung der im Rahmen unserer Untersuchung befragten Experten ab, sondern auch von der zugrunde gelegten Definition des Pro-forma-Studiums und dem vermuteten Umfang. Die oben beschriebenen verschiedenen Erscheinungsformen des Pro-forma-Studiums stellen für verschiedene Bereiche unterschiedliche Probleme verschiedenen Ausmaßes dar und sind deshalb differenziert zu behandeln.

**Formalimmatrikulation - auf politischer Ebene vor allem unter dem Aspekt des sozialen Mißbrauchs und unter Kapazitätsgesichtspunkten ein Dauerthema**

Seit Mitte/Ende der 70er Jahre wurde im Zusammenhang mit der starken Belastung der Hochschulen, mit der Gesetzgebungsdebatte um das Hochschulrahmengesetz (HRG) und der Frage der Zwangsexmatrikulation bei Überschreiten der Regelstudienzeit das Problem der Langzeit- und Pro-forma-Studenten immer wieder von Politikern und Kultus-/Wissenschaftsministerien aufgegriffen. Vor allem nachdem das Instrument der Zwangsexmatrikulation nicht mehr zur Verfügung stand, richtete sich der Blick auf diese Gruppen von Immatrikulierten.<sup>1)</sup> Fragen der durch sie verursachten finanziellen und kapazitären Belastungen und der denkbaren Eingriffsmöglichkeiten standen dabei im Vordergrund.

1979 gab der Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung eine Studie zum Pro-forma-Studium an der FU und TU Berlin in Auftrag, die die Frage der Definition, der empirischen Beschreibbarkeit und Erfäßbarkeit des Pro-forma-Studiums, seine Ursachen und Motive sowie die Eignung von Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Einschränkung der Scheinimmatrikulation klären sollte (vgl. SINUS 1979). Vorausgegangen waren die Debatte um die Übernahme der Exmatrikulationsregelungen des HRG in das Berliner Hochschulgesetz und verschiedene Prozesse um die Rechtmäßigkeit einer bis 1979 geltenden Bestimmung in den Hochschulordnungen der beiden Berliner Universitäten, nach der Studenten, die die doppelte BAföG-Förderungshöchstdauer erreicht hatten, die Exmatrikulation angedroht und exmatrikuliert werden konnten, wenn sie erkennbar keine Studienleistungen mehr erbrachten und keine Anmeldung zu einer Prüfung vorlegten.

1980 wurden mit Wirkung zum Wintersemester 1980/81 in Bayern "Bußgelder für Bummelstudenten" eingeführt. Die Regelung sah eine Zahlung von Studiengebühren in Höhe von 600 DM pro Semester u. a. dann vor, wenn die BAföG-Förderungshöchstdauer um mehr als zwei Semester überschritten wurde. Begründet wurde dieser Vorstoß damit, daß "der Sozialstaat (..) nicht besondere und ungerechtfertigte Privilegien für Bummelanten und Scheinstudenten bieten (können)" (sinngemäßes Zitat des Kultusministers Hans Maier, dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 30.06.1980). Auch auf eine kapazitäre Entlastung der Hochschulen durch die zu erwartende freiwillige Exmatrikulation der gebührenpflichtigen Studierenden wurden Hoffnungen gesetzt. Nach zahlreichen und heftigen Protesten sowie aufgrund von Kritik aus den Reihen der CSU wurde die Gebührenregelung nach einem Jahr wieder außer Kraft gesetzt.

Ebenfalls 1980 wurde die Diskussion um Scheinstudenten noch einmal durch Berechnungen des Hamburger Professors Wilhelm Strobel neu belebt, die eine "Potemkinsche Universität" von

1) Langzeit- und Pro-forma-Studenten wurden dabei häufig in einem Atemzug genannt, einmal weil sie ähnliche Probleme hervorrufen und ähnliche Fragen aufwerfen, zum anderen weil auch keine Kriterien für eine Abgrenzung der beiden Gruppen vorliegen.

150.000 toten Seelen ergaben. Mindestens seitdem ist das Thema im Hochschulstatistikausschuß des Statistischen Bundesamtes und in dem Unterausschuß für studentische Angelegenheiten sowie dem Unterausschuß Hochschuldaten der Kultusministerkonferenz (KMK) virulent.

Aktivitäten in Sachen Pro-forma- und Langzeitstudium entfaltete 1979/80 auch der Rechnungshof des Landes Rheinland-Pfalz, der dieses Thema zum Gegenstand seines Prüfberichts für das Haushaltsjahr 1979 machte. In seiner Bewertung hielt es der Rechnungshof für "nicht vertretbar, daß durch überlange Studienzeiten Studienplätze blockiert und der Allgemeinheit zusätzliche Kosten angelastet werden" (LANDTAG RHEINLAND-PFALZ 1980, 36). Nach seiner Auffassung sei "Mißbräuchen nur dadurch wirksam zu begegnen, daß nach Überschreiten angemessener Studienzeiten Studiengebühren erhoben werden" (ebd.).

1982 wies das Abgeordnetenhaus von Berlin die Berliner Hochschulen an, einen Bericht über Einsparungsmöglichkeiten bei "Nichtberücksichtigung von Langzeitstudenten bei der Zuweisung von Personal-, Sach- und Investitionsmitteln der Hochschulen" vorzulegen, der im Oktober 1982 dem Abgeordnetenhaus nach Beschlußfassung durch den Senat zugeleitet wurde (vgl. SENAT VON BERLIN 1982).

Im gleichen Jahr nahmen die Kultusminister und -senatoren der Länder im Rahmen der Erörterung der neuesten Studienanfänger-, Studenten- und Hochschulabsolventenprognosen zu Studiengebühren für Alt- und Scheinstudenten Stellung. Sie hielten solche Studiengebühren unter der Voraussetzung für prüfenswert, daß das Gebührenaufkommen den Hochschulen unmittelbar zur Bewältigung der Überlast zur Verfügung steht.

1983 wurde in Berlin eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der beiden Berliner Universitäten und der Senatsverwaltung gebildet, die dem Problem des Langzeitstudiums nachgehen und Lösungsvorschläge erarbeiten sollte. Der ebenfalls 1983 vorgelegte Zwischenbericht behandelt u. a. die Fragen, ob Langzeitstudenten die Ausbildungskapazitäten und damit die Hochschulhaushalte belasten und ob Langzeitstudenten soziale Vergünstigungen in Anspruch nehmen, ohne daß für diese öffentlichen Aufwendungen noch ein zureichender Grund vorliegt (vgl. SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN 1983).

Dieser Bericht hatte zur Folge, daß in Berlin seit 1984 die von den Studierenden zu entrichtenden Sozialbeiträge zum Studentenwerk in Abhängigkeit von der Semesterzahl gestaffelt sind.<sup>1)</sup> Diskutiert, aber nicht realisiert wurde auch die Streichung der von den Berliner Verkehrsbetrieben gewährten Studentenermäßigung bei Überschreiten der Regelstudienzeit um sechs und mehr Semester.

Ebenfalls 1984 fanden die sich über einen längeren Zeitraum hinziehenden Beratungen des Unterausschusses für studentische Angelegenheiten der Kultusministerkonferenz über "Probleme durch Langzeit- und Scheinstudenten" ihren vorläufigen Abschluß in einem gleichnamigen Bericht, in dem vorrangig Maßnahmen diskutiert werden, die eine "mißbräuchliche Inanspruchnahme des Studentenstatus" verhindern können (vgl. KMK 1984). Nach den vorliegenden Informationen wurden auf höherer politischer Ebene keine Konsequenzen aus dem Bericht gezogen, wohl auch, weil unter den Ländern kein Konsens über das weitere Vorgehen - z. B. im Hinblick auf die Frage der Erhebung von Studiengebühren für bestimmte Gruppen von Immatrikulierten - erzielt werden konnte.

Für das Jahr 1985 sind verschiedene parlamentarische Initiativen zur Formalimmatrikulation zu verzeichnen. Der Landtag von Baden-Württemberg ersuchte auf Antrag der CDU-Fraktion die Landesregierung, über das Ausmaß der Formalimmatrikulation und über die Möglichkeiten ihrer Reduzierung zu berichten. Zur Begründung ihres Antrages führten die Parlamentarier an, daß

---

1) Der Sozialbeitrag erhöht sich von 20 auf 40 DM, wenn die BAföG-Förderungshöchstdauer um drei bis sechs Semester überschritten wird, und auf 80 DM bei Überschreitung von mehr als sechs Semestern.

sich viele Studenten nach Studienabschluß in einem anderen Fach - allerdings nur formal-immatrikulierten, "um insbesondere die Vergünstigungen im sozialen Bereich ... zu erhalten", und daß "diese unkontrollierte Verfälschung der Studentenzahlen (...) letztendlich Einfluß auf die politische Bewertung der Entwicklung der Studentenzahlen und die daraus zu ziehenden Konsequenzen (hat)" (LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG 1985). Vermutlich angeregt durch diese Aktivitäten und durch Pressemeldungen über eine dpa-Umfrage an hessischen und rheinland-pfälzischen Universitäten zum Pro-forma-Studium richtete wenig später eine CDU-Abgeordnete eine Kleine Anfrage zur gleichen Thematik an die Regierung des Landes Rheinland-Pfalz (vgl. LANDTAG RHEINLAND-PFALZ 1985), und der Hessische Landtag setzte das Thema auf die Tagesordnung einer Fragestunde (vgl. HESSISCHER LANDTAG 1985).

1986 lenkten u. a. eine Kleine Anfrage eines CDU-Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus und die Antwort des Senators für Wissenschaft und Forschung erneut die Aufmerksamkeit der Medien auf das Pro-forma-Studium. Der Parlamentarier beehrte zu wissen, wie hoch der Senat "die Anzahl der Schein-Immatrikulationen an den Berliner Universitäten, um 'Einsparungen' bei den Sozialabgaben ... zu erschleichen", einschätzt, welche Maßnahmen der Senat gegen "das 'Erschleichen von sozialen Vorteilen' mit Hilfe von Schein-Immatrikulationen" unternimmt und wie "der unkontrollierten Verfälschung von Studentenzahlen nach oben entgegengewirkt werden" kann (SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN 1986).

1987 sorgte die geplante Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten für Aufruhr, dieses Mal in Niedersachsen. Mit dieser Maßnahme verfolgte die Landesregierung zwei Ziele:

- a) Ordnungspolitisches Ziel:  
eine Entlastung der Hochschulen und somit auch eine Entlastung des Landeshaushaltes durch die Bereinigung der Statistik der eingeschriebenen Studenten an niedersächsischen Hochschulen (Reduzierung der Studentenzahlen) um solche Studenten, die die mit einer Immatrikulation verbundenen Vorteile in Anspruch nehmen, ohne tatsächlich zu studieren.
- b) Finanzpolitisches Ziel:  
eine Beteiligung der sogenannten Langzeitstudenten an den Kosten ihrer Ausbildung." (RCDS-NIEDERSACHSEN 1987)

Massive Proteste einer großen Koalition aus den Oppositionsparteien, Hochschulleitungen, Hochschullehrern und Studenten brachten die vorgesehene Gebührenregelung zu Fall.

Die Auflistung der politischen Aktivitäten und Initiativen zum Langzeit- und/oder Pro-forma-Studium erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie zeigt aber, daß die Scheinimmatrikulation immer wieder und bis in die jüngste Zeit die politische Diskussion beschäftigt hat. Dabei wurde und wird das Pro-forma-Studium vor allem deshalb als Problem gesehen, weil damit erstens ein sozialer Mißbrauch auf Kosten der Steuerzahler und der Solidargemeinschaft der Versicherten getrieben werde und weil zweitens eine durch das Scheinstudium verursachte kapazitäre Belastung der Hochschulen (und damit auch eine finanzielle Belastung sowohl der Hochschulen als auch der Landeshaushalte) vermutet wird.<sup>1)</sup>

### Pro-forma-Studium - ein Thema für Krankenkassen

Die gesetzlichen Krankenkassen, die - das wird noch zu zeigen sein - finanziell am stärksten vom Pro-forma-Studium betroffen sind, haben ein erklärtes Interesse daran, zu Unrecht bestehende Versicherungsverhältnisse im Rahmen der studentischen Krankenversicherung aufzudecken und damit u. U. auftretende finanzielle Ausfälle beim Beitragsaufkommen zu verhindern. Dieses Interesse richtet sich nicht nur auf Pro-forma-Studenten, unter denen die

1) Der Frage der kapazitären und finanziellen Belastungen durch Scheinstudenten wird ausführlich in Kap. 5 nachgegangen.

Krankenkassen in erster Linie voll berufstätige Selbständige verstehen, die ein gesichertes Einkommen haben (in unserer Terminologie sind das die "professionellen Pro-forma-Studenten"). Es richtet sich auch auf Studenten, die neben ihrem (tatsächlich durchgeführten) Studium einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Seit mehr als 20 Jahren werden Prozesse darum geführt, ob diese Studierenden der Versicherungspflicht nach § 165 Abs. 1 Nr. 5 Reichsversicherungsordnung (RVO)<sup>1)</sup> unterliegen, also zum Kreis der in der studentischen Krankenversicherung zu Versicherenden gehören, und ihre Beschäftigung nach § 172 Abs. 1 Nr. 5 RVO<sup>2)</sup> versicherungsfrei ist oder ob sie wie sonstige Arbeitnehmer mit allen versicherungsrechtlichen Konsequenzen (Beitragspflicht zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) zu behandeln sind. Da der Gesetzgeber die Vorschriften der §§ 165 und 172 RVO nicht präzisiert hatte, blieb es der Jurisdiktion überlassen, die Grenzlinien zwischen einer versicherungsfreien Beschäftigung von Studenten nach § 172 Abs. 1 Nr. 5 RVO und einer versicherungspflichtigen Beschäftigung nach § 165 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 RVO zu ziehen.<sup>3)</sup>

Schon 1967 stellte das Bundessozialgericht (BSG) klar, daß Studenten nur versicherungsfrei beschäftigt werden können, wenn ihre Zeit und Arbeitskraft überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen wird (Urteil des BSG vom 31.10.1967 - 3 RK 77/64 - USK 67110). In der Folgezeit wurde das so konkretisiert, daß bei Studenten, die während der Vorlesungszeit nicht mehr als 20 Stunden in der Woche arbeiten, davon ausgegangen wird, daß das Studium im Vordergrund steht (zuletzt: Urteil des BSG vom 22.02.1980 - 12 RK 34/79 - USK 8053).

Von dieser rechtlichen Klarstellung für Studierende, die als Arbeitnehmer beschäftigt sind, blieben zunächst die Immatrikulierten, die einer selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit nachgehen, unberührt. 1986 richtete sich dann aber das Augenmerk der Versicherungsträger und ihrer Aufsichtsbehörden stärker auch auf diese Gruppe. Auslöser der folgenden Aktivitäten war ein Vorstoß der Düsseldorfer Filiale der Hamburg-Münchener Ersatzkasse, die alle über 35jährigen studentischen Versicherten angeschrieben und nach ihrer tatsächlichen Beschäftigung gefragt hatte. Das Ergebnis - nach Pressemeldungen besuchten nur drei der rund 200 Angeschriebenen als Studenten des Zweiten Bildungsweges regelmäßig die Universität, die übrigen waren selbständige Ingenieure, Restaurant- und Hotelbesitzer, Transportunternehmer usw. - hatte für die Medien einigen Nachrichtenwert (vgl. Artikel "Tote Seelen" in "Der Spiegel" vom 06.01.1986 und Artikel "Die studierten Drückeberger" in "Quick" vom 06.03.1986) und rief die Aufsichtsbehörde der Ersatzkassen, das Bundesversicherungsamt, auf den Plan.

Nach dessen Rechtsauffassung, der sich später auch die Ersatzkassen anschlossen, reicht auch für Selbständige die Immatrikulation für sich allein nicht aus, um die Versicherungspflicht in der Krankenversicherung der Studenten nach § 165 Abs. 1 Nr. 5 RVO eintreten zu lassen.

---

1) Im Wortlaut: "Für den Fall der Krankheit werden versichert ... eingeschriebene Studenten der staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen ..." Bis zum 25., in einigen Fällen (z. B. bei abgeleistetem Wehr- oder Zivildienst) bis zum 27. Lebensjahr sind Studierende im Rahmen der Familienversicherung krankenversichert.

2) Im Wortlaut: "Versicherungsfrei sind ... Personen, die während der Dauer ihres Studiums als ordentliche Studierende einer Hochschule oder einer sonstigen der wissenschaftlichen oder fachlichen Ausbildung dienenden Schule gegen Entgelt beschäftigt sind ..." Für die Befreiung von der Versicherungspflicht zur Renten- und Arbeitslosenversicherung gelten die §§ 1228 Abs. 1 Nr. 3 RVO und 169 Nr. 1 AFG entsprechend.

3) Aus diesen Bestimmungen ergibt sich die Versicherungspflicht für Arbeiter (Nr. 1) und Angestellte, sofern ihr Arbeitseinkommen unterhalb der Versicherungspflichtgrenze liegt (Nr. 2). Der Beitragssatz zur gesetzlichen Pflichtversicherung liegt derzeit bei rund 13 % des Bruttoarbeitsentgeltes, wobei der Arbeitgeber die Hälfte zu tragen hat.



Vielmehr seien die Grundsätze, die das Bundessozialgericht 1980 für die Unterscheidung von Studenten und Arbeitnehmern aufgestellt hat, in Analogie auch auf die Unterscheidung zwischen Studenten und Selbständigen bzw. Angehörigen freier Berufe anzuwenden. D. h., auch für immatrikulierte Selbständige liegt eine Versicherungspflicht bzw. -berechtigung im Rahmen der studentischen Krankenversicherung nur dann vor, wenn sie ihrem Erscheinungsbild nach als Studenten anzusehen sind. Welche Kriterien für die Bestimmung des Erscheinungsbildes als Student anzulegen sind, hat das Bundessozialgericht ebenfalls in seinem Urteil von 1980 aufgezeigt, nämlich die oben erwähnte 20-Stunden-Grenze für den Beschäftigungsumfang während der Vorlesungszeit.

Das Bundesversicherungsamt hat dann die Ersatzkassen aufgefordert, die mißbräuchliche Inanspruchnahme der studentischen Krankenversicherung mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden. Als erster Schritt dazu wurde in den Antragsformularen für die Aufnahme in die studentische Krankenversicherung die Frage nach einer Berufstätigkeit bzw. selbständigen Tätigkeit aufgenommen. Obwohl die Angaben nicht regelmäßig nachgeprüft werden können, geht man davon aus, durch diese Maßnahme die Möglichkeit eines Mißbrauchs der studentischen Krankenversicherung durch den beschriebenen Typus von Pro-forma-Studenten weitestgehend ausgeschlossen zu haben.

In einem zweiten Schritt haben - wie in Kap. 3.3 erwähnt - alle Ersatzkassen die in der Krankenversicherung der Studenten Versicherten im Alter von mehr als 35 Jahren angeschrieben und zu Studium und Berufstätigkeit befragt. Es war geplant, diese Maßnahme im mehrjährigen Abstand zu wiederholen.

In der Gesamtbewertung ist das Pro-forma-Studium unter dem Gesichtspunkt der mißbräuchlichen Inanspruchnahme der studentischen Krankenversicherung vor allem für die Ersatzkassen und deren Aufsichtsbehörde<sup>1)</sup> ein Thema, dem Beachtung geschenkt wurde und das auch weiterhin verfolgt wird. Der Verband der Angestellten-Krankenkassen (VdAK) hat dem Gesetzgeber auch mehrmals Anstöße zu einer gesetzlichen Regelung gegeben, die in dem Gesundheitsreformgesetz inzwischen auch ihren Niederschlag gefunden haben. Danach sind grundsätzlich Studenten bis zum Abschluß des 14. Fachsemesters, längstens bis zur Vollendung des dreißigsten Lebensjahres, versicherungspflichtig (vgl. ausführlicher Kap. 7.2). Mit diesem Gesetz können die Krankenkassen das Thema Pro-forma-Studium ad acta legen.

#### **Pro-forma-Studenten - kein wichtiges Thema für Hochschulen und Hochschullehrer?**

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) sieht einen Klärungsbedarf hinsichtlich der Zahl der Pro-forma-Studenten. Ihr liegt vor allem daran, daß die Studentenzahlen, mit denen sie zumindest in Wachstumszeiten finanzielle Forderungen begründet bzw. untermauert, nicht immer wieder mit überzogenen Spekulationen zum Umfang des Scheinstudiums in Frage gestellt werden können.

Für die meisten Hochschulen - sowohl für Hochschulverwaltungen als auch für Hochschullehrer - ist das Pro-forma-Studium, insbesondere auch im Hinblick auf die vordringlichen Fragen der Bewältigung der "Überlast", kein wichtiges Thema, wie die Interviewaktion ergeben hat. Hochschulen bzw. Hochschulverwaltungen befassen sich damit, wenn sie von außen dazu aufgefordert werden (z.B. durch parlamentarische Anfragen), wenn sie unter Legitimationsdruck geraten (vgl. das o.g. Beispiel der Universität München) oder wenn sich einzelne Mitarbeiter von

1) Das Thema wurde auch von den Aufsichtsbehörden der Allgemeinen Ortskrankenkassen aufgegriffen. Ob ihm intensiver nachgegangen wurde oder ob Konsequenzen gezogen wurden, konnte auf Grundlage des geführten Gesprächs mit Vertretern der Allgemeinen Ortskrankenkassen nicht geklärt werden. Zumindest bei der befragten Ortskrankenkasse spielt das Pro-forma-Studium keine Rolle.



Hochschulverwaltungen für dieses Thema engagieren. Vereinzelt ist auch ein Eigeninteresse von Hochschulen an der Befassung mit diesem Thema festzustellen, das dann hauptsächlich durch engagierte Hochschullehrer aus Sorge um das Fortkommen ihrer Studenten initiiert und getragen wird.

Das relativ geringe Interesse der Hochschulen für das Thema wurde von vielen Interviewpartnern darauf zurückgeführt, daß Pro-forma-Studenten Kapazitäten und Etats nur in geringem Maße belasten (vgl. dazu Kap. 5). Außerdem seien den Hochschulen hohe Studentenzahlen gelegentlich nicht unwillkommen, weil sich - zumindest in Wachstumszeiten - mit ihnen Forderungen nach Finanzmittel und Personal durchsetzen, zumindest aber öffentlichkeitswirksam untermauern lassen. Es besteht allerdings keine Regelbindung zwischen aktuellen Studentenzahlen und Finanzmittel- bzw. Personalausstattung derart, daß Hochschulen aus Studentenzahlen konkret festgelegte Ansprüche gegenüber den Staat ableiten können. Aber in Haushaltsverhandlungen sind sie nach wie vor ein gewichtiges Argument; seit dem Öffnungsbeschluß von 1977 zumindest für die Teilhabe an Überlastprogrammen.

Wie bei der Studienzeitfrage hat auch die zuweilen anzutreffende Meinung, das Pro-forma-Studium könne von den Hochschulen nur wenig beeinflußt werden, weil es hauptsächlich durch externe Faktoren bedingt sei, zu dem geringen Interesse beigetragen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Meinungswandel, der sich hinsichtlich der Beeinflußbarkeit und der Verantwortung von Studienzeiten derzeit in den Hochschulen vollzieht, auch zu einer kritischeren Einstellung gegenüber dem Pro-forma-Studium führt. Dies um so mehr, als eine Reihe der von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) und der KMK empfohlenen bzw. beschlossenen Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung auch zur Einschränkung des Pro-forma-Studiums beitragen können.

Zum geringen Interesse der Hochschulen am Pro-forma-Studium trägt auch das Selbstverständnis der Hochschulen bei. Sie verstehen sich als Ort, an dem selbstbestimmte und sich selbst verantwortete Subjekte lehren, lernen und forschen. Das dahinter stehende auf Humboldt zurückgehende pädagogische Konzept des engen persönlichen Zusammenwirkens von Lehrenden und Lernenden ist im Laufe der Zeit, nicht zuletzt durch die ständige Zunahme der Zahl der Studierenden, obsolet geworden. Das an seine Stelle getretene Konzept mit z. T. minutiös vorgeschriebenen Studien- und Prüfungsordnungen konnte bisher noch nicht konsequent mit all seinen pädagogischen und didaktischen Implikationen umgesetzt werden. So kann das Pro-forma-Studium z. T. auch als Ausdruck mangelnder Funktionsfähigkeit der Hochschulen gesehen werden. Die Beseitigung dieser Mängel ist vorrangig Aufgabe der Hochschulen selbst.

Ein weiterer Aspekt, der das Engagement der Hochschulen hinsichtlich der Befassung mit dem Pro-forma-Studium in Grenzen hält, ist, daß vom Mißbrauch sozialer Vergünstigungen, soweit er mit dem Pro-forma-Studium verbunden ist, hauptsächlich andere Institutionen betroffen sind bzw. Entscheidungskompetenzen haben.

Nach Meinung vieler Interviewpartner nehmen sich viele Hochschullehrer zu wenig des Themas Pro-forma-Studium, des Studienverlaufs ihrer Studenten und der Ablösungsprozesse an. Dieses auch vom Hochschulverband bestätigte und kritisierte Verhalten (s. FAZ vom 15.2.1989, S. 5) ist darauf zurückzuführen, daß sich viele Hochschullehrer primär als Forscher und weniger als Lehrer und Pädagogen verstehen. Dazu trägt bei, daß wissenschaftliche Karrieren über die Forschung und nicht über die Lehre begründet werden können.

Die Betreuung von Studenten ist in der heutigen Hochschullandschaft vor allem auch ein Problem der Masse. Wo der persönliche Kontakt zu den Studierenden fehlt und/oder unmöglich ist, fallen individuelle Schicksale und Probleme nicht auf. Wo Lehrende durch den normalen Studienbetrieb (Lehrveranstaltungen, Betreuung von Prüfungskandidaten usw.) schon stark belastet sind, wird es verständlich, daß ihr Engagement für zusätzliche Betreuung von Studenten sehr begrenzt ist. Pro-forma-Studenten belasten den Hochschullehrer nicht, und in den Fachbereichen sind sie z. T. als Zählgrößen auch in universitätsinternen Auseinandersetzungen um knappe Mittel willkommen.

Und wie sieht es mit den Stellen aus, denen explizit die Aufgabe der Betreuung und Beratung von Studierenden zugewiesen ist, den Studienberatungen? Das Pro-forma-Studium an sich ist für die Studienberatung von ihrem Aufgabenfeld her kein Thema<sup>1)</sup>, wohl aber die Probleme, die zu einem Pro-forma-Studium führen können. Allerdings: so engagiert sich die Studienberatungsstellen der Belange der Studierenden auch annehmen, sie können und wollen nicht mehr als ein Angebot sein, und ihre Interventions- und Hilfsmöglichkeiten hängen von der Akzeptanz ihrer Angebote, d. h. von der Initiative der Studierenden zu dem ersten Schritt, ab.

Die Interviews für diese Untersuchung wurden zu einem Zeitpunkt durchgeführt, in dem noch von den inzwischen überholten Studienanfänger- und Studentenprognosen ausgegangen wurde, nach denen in absehbarer Zeit erheblich abnehmende Studienanfänger- und Studentenzahlen zu erwarten waren. Unter dieser Voraussetzung ließen sich aufgrund der Interviews zwei unterschiedliche Tendenzen für die zukünftige Bewertung und Behandlung des Themas seitens der Hochschule und Hochschullehrer ausmachen:

Zum einen würden sie angesichts des prognostizierten Rückgangs der Studentenzahlen und der damit verbundenen Befürchtung, man würde in diesem Rückgang einen willkommenen Anlaß für Einsparungen im Hochschulbereich sehen, auch weiterhin kein Interesse daran haben, für eine stärkere Beachtung oder sogar Eliminierung des Pro-forma-Studiums auf administrativem Wege einzutreten. Zum anderen würden sie sich - den zukünftigen Studentenschwund und den zunehmenden Wettbewerb der Hochschulen vor Augen - stärker ihrer Studenten annehmen. Schon zum Befragungszeitpunkt sei das gewachsene Interesse z. B. an Schwundquoten, an den Motiven der Hochschulwahl und an der Effizienz der Hochschulbildung bemerkbar. Es sei zu erwarten, daß in Zukunft die Betreuungsaufgaben der Hochschule eine stärkere Akzentuierung erfahren werden, was insofern das Pro-forma-Studium tangiere, als dadurch eher die Chance bestehe, daß "Karrieren" als "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" verhindert und durch geeignete Maßnahmen aufgefangen werden könnten.

Durch die inzwischen gewonnene Erkenntnis, daß auch im nächsten Jahrzehnt mit bisher unerwartet hohen Studienanfänger- und Studentenzahlen, die nur vergleichsweise wenig unter das derzeitige Niveau sinken werden, zu rechnen ist, entfällt die Triebfeder für die von vielen Interviewpartnern vermuteten Tendenzen. Ein stärkeres Bemühen der Hochschulen um Pro-forma-Studenten könnte sich allerdings - wie bereits bemerkt - im Zusammenhang mit den in Hochschulen angelaufenen Aktivitäten zur Verkürzung der Studienzeiten ergeben.

---

1) Soweit bekannt, hat sich einzig die Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung der FU Berlin schon seit längerem mit dem Problemkomplex Langzeit-/Pro-forma-Studenten beschäftigt, zum Teil im Auftrag des Senats für Wissenschaft und Forschung, zum Teil aus eigener Initiative, um u. a. auch einer undifferenzierten, pauschalierenden Behandlung des Themas entgegenzutreten (vgl. auch Tätigkeitsbericht der Zentraleinrichtung für den Zeitraum 01.03.1979 bis 28.02.1982; FU Berlin 1983, 49 ff.).

## 5. PRO-FORMA-STUDIUM: INDIVIDUELLE ENTLASTUNG - GESELLSCHAFTLICHE BELASTUNG?

### 5.1 Die materielle Seite des Pro-forma-Studiums - zum Vorgehen

In vielen Presseveröffentlichungen wurde das Pro-forma-Studium häufig unter dem Gesichtspunkt des sozialen Mißbrauchs behandelt. Fallbeispiele wurden genannt, in denen Pro-forma-Immatrikulierte nicht unbeträchtliche finanzielle Vorteile aus ihrem Studentenstatus zogen. Aus den Berichten war oft nicht zu ersehen, ob es sich um verallgemeinerbare Fälle oder um Einzelfälle handelte. Es schien jedenfalls, so der Tenor einiger Veröffentlichungen, relativ leicht, durch eine Pro-forma-Immatrikulation erhebliche finanzielle Vorteile einstreichen zu können.

In diesem Kapitel werden zunächst die sozialen Vergünstigungen, die der Studentenstatus mit sich bringt, aufgelistet. Anhand von Fallbeispielen wird versucht, den Umfang der finanziellen Vorteile in etwa zu beziffern. Im Anschluß daran wird geklärt, welche Gruppen von Pro-forma-Studenten die jeweiligen finanziellen Vergünstigungen und in welcher Höhe überhaupt in Anspruch nehmen können. Es wird versucht, die Frage zu beantworten, inwieweit die gewährten finanziellen Vergünstigungen mißbräuchlich in Anspruch genommen werden können. Bei der Frage der sozialen Vergünstigungen wird unterschieden zwischen den Vergünstigungen, die die Hochschule bietet, und den Vergünstigungen, die externe Institutionen wie Krankenkassen, Verkehrs-, kulturelle Einrichtungen etc. Hochschülern einräumen.

Geben die finanziellen Vergünstigungen wirklich den Ausschlag, oder sind andere Gründe für das Pro-forma-Studium von noch größerer Bedeutung? Kann also den Pro-forma-Immatrikulierten ein ökonomisches Kalkül für ihr Verhalten unterstellt werden oder gelingt ihnen aus anderen Gründen der Ablösungsprozeß von der Hochschule nicht? Es wird versucht, die Frage zu beantworten, welche Bedeutung den finanziellen Vergünstigungen für das Verhalten der Studierenden zukommt.

Nach der Analyse der Sozialvergünstigungen aus der individuellen Sicht der Pro-forma-Studenten wird die institutionelle Belastung durch das Pro-forma-Studium hinterfragt. Vor allem zu Beginn der Diskussion um das Pro-forma-Studium tauchte immer wieder das Argument auf, Pro-forma-Studenten beanspruchten die Kapazität der Hochschulen, die dringend für die geburtenstarken Jahrgänge benötigt würde. Ob dieses Argument wirklich sticht, wird anhand der Kapazitätsverordnung überprüft.

Im Rahmen dieses Kapitels wird auch der Frage nachgegangen, ob die absolute Zahl der Studenten - gerade weil sie evtl. durch Pro-forma-Studenten überhöht sind - heutzutage überhaupt bei der Mittelzuweisung eine Rolle spielt.

Zum Abschluß wird versucht, die Frage nach der individuellen Entlastung und der institutionellen Belastung zu beantworten, indem eine Gesamtbilanz gezogen wird. Allerdings handelt es sich dabei nicht um eine rechnerische Bilanz, denn dazu fehlen die erforderlichen Angaben zum Umfang der finanziellen Inanspruchnahme und der möglichen institutionellen Belastung durch Pro-forma-Studenten.

## 5.2 Individuelle Vorteile des Studentenstatus

### 5.2.1 Vergünstigungen außerhalb der Hochschule

#### **Studentische Krankenversicherung - allgemeine Regelungen**

Lange Zeit war die Krankenversicherung Aufgabe der Studentenwerke. 1975 hat der Gesetzgeber die studentische Krankenversicherung in die gesetzliche Versicherung nach der Reichsversicherungsordnung (RVO) übernommen. Allen Studierenden wurde auf diese Weise ein kostengünstiger Versicherungsschutz eröffnet. Studenten erhielten damit die gleichen Leistungen wie Arbeitnehmer (ausschließlich des Anspruches auf Krankengeld).

Seit der Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung sind alle eingeschriebenen Studenten an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen sowie Personen, die eine in Studien- oder Prüfungsordnungen vorgeschriebene berufspraktische Tätigkeit verrichten, nach § 165 Abs. 1 Nr. 5 und 6 RVO in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert. Jeder Studienbewerber/Student muß sich daher vor der Einschreibung/Rückmeldung mit der zuständigen Krankenkasse in Verbindung setzen, um eine Versicherungsbescheinigung zu erhalten. Die Krankenkasse stellt dem Studienbewerber/Studenten eine Bescheinigung darüber aus, ob er versichert wird oder von der Krankenversicherung der Studenten befreit ist. Die Versicherungsbescheinigung ist mit den Unterlagen für die Einschreibung bzw. Rückmeldung der Hochschule vorzulegen. Eine Einschreibung oder Rückmeldung ohne Nachweis des Krankenversicherungsschutzes ist also nicht möglich. Durch dieses Verfahren wird gewährleistet, daß für Studierende mit Beginn des Semesters Krankenversicherungsschutz besteht. Der Versicherungsschutz in der Krankenversicherung endet grundsätzlich sieben Monate nach Beginn des Semesters. Für jedes Semester muß er neu beantragt werden.

Der Beitrag für die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist für Studierende überall gleich. Der Beitragssatz beträgt für alle Krankenkassen einheitlich 7/10 des durchschnittlichen Beitragssatzes aller Träger der gesetzlichen Krankenversicherung. Er wird jeweils zum 01.04. und 01.10. eines jeden Jahres vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung festgelegt. Als Berechnungsgrundlage für den Beitrag wird von dem BAföG-Bedarfssatz für Studenten ausgegangen, die nicht bei ihren Eltern wohnen. Im Wintersemester 1987/88 betrug der Beitrag 62,48 DM.

Von der studentischen Pflichtversicherung befreit sind Studenten, die bei ihren Eltern, Ehepartnern oder sonstigen Unterhaltsverpflichteten mitversichert sind (§ 175 Nr. 3 RVO). Die Möglichkeit der Mitversicherung bei den Eltern besteht bis zum 25. Lebensjahr, sofern man sich in einer Ausbildung, an einer Schule oder Hochschule befindet. Wer jedoch seinen Wehr- oder Zivildienst geleistet hat, kann auch nach dem 25. Lebensjahr sich noch "mitversichern" lassen. Dieser Versicherungsanspruch aufgrund der Familienhilfe verlängert sich entsprechend der tatsächlichen Dienstzeit. Nach Ablauf dieser Zeit besteht für Studierende die Möglichkeit, sich bei derselben Krankenkasse, bei der sie bisher als Familienmitglied mitversichert waren, weiterversichern zu lassen.

Ist ein Student, der vom Alter her eigentlich durch seine Eltern mitversichert wäre, verheiratet und/oder hat er Kinder und ist der Ehepartner nicht gesetzlich krankenversichert, besteht für ihn in der studentischen Krankenversicherung Versicherungspflicht. Studieren beide Ehepartner, ist in der Regel nur einer versicherungspflichtig. Der andere ist dann mitversichert, ohne eigene Beiträge zahlen zu müssen. Falls der Ehepartner oder die Ehepartnerin berufstätig und Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung ist, dann wird der studierende Partner dort mitversichert. Ohne eigene Beitragsleistungen bleiben Studenten versichert, die eine Rente der Rentenversicherung der Arbeiter, Angestellten oder der Bundesknappschaft beziehen. Versicherungsfrei sind u. a. auch Beamte, Richter, Berufssoldaten, Soldaten auf Zeit, Ruhegeldempfänger, Geistliche und Ordensschwwestern sowie Personen, die aufgrund anderer Vorschriften von der Versicherung befreit sind.



Für Studierende besteht neben der gesetzlichen Pflichtversicherung auch die Möglichkeit, sich bei einem privaten Versicherungsunternehmen versichern zu lassen. Hier betrug der monatliche Beitragssatz im Wintersemester 87/88 65 DM. Auch dieser Versicherungstarif der "Privaten" ist sehr günstig.

Wie ist die Krankenversicherung geregelt, wenn der Student während des Studiums jobbt bzw. erwerbstätig ist? Hier gilt im Prinzip: Immer wenn bei einer Tätigkeit Sozialversicherungspflicht besteht, ruht die studentische Krankenversicherung. Selbstverständlich erlischt auch bei einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit während des Studiums der Anspruch auf Leistungen aus der Familienhilfe. Für die Feststellung, ob der Student bei einer Beschäftigung der Versicherungspflicht unterliegt, kommt es entscheidend darauf an, ob er nach seinem Erscheinungsbild noch als "ordentlicher Student" anzusehen ist. Das Bundessozialgericht hat dazu in seiner Rechtsprechung Grundsätze entwickelt, die im wesentlichen von der sogenannten "20-Stunden-Theorie" ausgehen. Nach dieser Vorstellung muß das Studium im Vordergrund stehen und ein solches Gewicht haben, daß es im Verhältnis zu einer zeitgleich ausgeübten Erwerbstätigkeit nicht zur "Nebensache" wird. Nicht zur Nebensache wird ein Studium, wenn der Student wöchentlich nicht mehr als 20 Stunden arbeitet. In diesem Fall bleibt der Student in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei.

Das Bundessozialgericht hat allerdings mit dem Urteil vom 22. Februar 1980 - 12 RK 34/79 - seine Rechtsprechung zur starren 20-Stunden-Grenze für bestimmte Fälle eingeschränkt. So ist die Dauer der wöchentlichen Arbeitsbelastung kein ausreichendes Kriterium mehr für eine Sozialversicherungspflicht. Die genauen Angaben, wann Studenten wegen ihrer Erwerbstätigkeit während des Studiums nicht mehr in der studentischen Krankenversicherung versichert werden, sondern entsprechend ihres Arbeitsentgeltes, enthält die Anlage 3. Zur Zeit beträgt der Beitragssatz bei einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit während des Studiums z. B. bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse (AOK) rund 13 % vom Bruttoverdienst (genauer vom sozialversicherungspflichtigen Bruttoverdienst).

#### Möglichkeit der Vorteilsnahme

Der Krankenkassentarif für Studenten ist sehr günstig, und zwar sowohl bei den gesetzlichen als auch bei den privaten Krankenversicherern. Gekoppelt ist der Tarif an den Studentenstatus. Das Alter des Studenten und auch die Studiendauer spielte bisher für die Gewährung dieses Tarifes keine Rolle.

Für Krankenkassen, gleich ob gesetzliche oder private, sind Studierende langfristig attraktive Kunden. Die künftigen Akademiker versprechen später gute Beitragszahler zu werden. Die Krankenkassen sind daher daran interessiert, Hochschülern während des Studiums günstige Tarife einzuräumen, in der Hoffnung, daß sie sich nach ihrem Studium in der gleichen Krankenkasse freiwillig weiterversichern.

Die günstigen Tarife für Studierende und gewisse Lücken im System förderten bei bestimmten Personen die Neigung, durch eine Pro-forma-Immatrikulation daraus für sich Kapital zu schlagen. Die Öffentlichkeit und jeder "ordentliche" Beitragszahler nahmen in der Vergangenheit besonders Anstoß daran, wenn in Presseberichten geschildert wurde, daß sich offensichtlich Gutverdienende durch eine Pro-forma-Immatrikulation individuell auf Kosten der Solidargemeinschaft aller Krankenversicherten "bereicherten". Aufgrund dieser Berichte entstand auch der Eindruck, daß die genannten Fälle nur die Spitze eines Eisberges seien. Häufig wurde auch der Anschein erweckt, daß es sogar relativ leicht sei, durch eine Pro-forma-Immatrikulation Krankenkassenbeiträge zu sparen. Aufgrund der Veröffentlichungen beschäftigten sich seit dem Jahre 1986 mehrere Krankenkassen, aber auch überregionale Organisationen wie der Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V. (VdAK) und das Bundesversicherungsamt in Berlin, mit der Pro-forma-Immatrikulation.

Ehe man sich aber mit der Thematik der Pro-forma-Immatrikulation und eines möglichen



Mißbrauches befaßt, muß festgehalten werden, daß es für verschiedene Gruppen nicht möglich war und ist, durch eine Pro-forma-Immatrikulation Krankenkassenbeiträge "einzusparen". Diese Möglichkeit ist für alle abhängig Beschäftigten versperrt, die 20 und mehr Stunden arbeiten. Diese Gruppe der Erwerbstätigen kann sich auch durch eine Pro-forma-Immatrikulation - sofern die Hochschulberechtigung vorliegt - von ihrer Sozialversicherungspflicht nicht befreien. Gleichfalls gilt dies für die Arbeitnehmer, die für die Dauer eines Studiums unter Fortzahlung des Arbeitsentgeltes beurlaubt sind; vorausgesetzt, die monatlichen Bezüge liegen über 440 DM. Auch für Ruhegeldempfänger (also Rentner), Beamte, Richter, Berufssoldaten, Geistliche, Ordensschwwestern etc. besteht keine Chance, über eine Pro-forma-Immatrikulation evtl. Beiträge aufgrund des günstigen Versicherungstarifes für Studenten einzusparen. Ausgeschlossen vom dem Studententarif sind selbstverständlich auch alle Studierenden, die einer sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit neben dem Studium nachgehen.

Schlupflöcher im System der studentischen Krankenversicherung bestanden damit im wesentlichen nur für Selbständige. Allerdings: Auch für Selbständige gilt grundsätzlich wie für abhängig Beschäftigte, daß sie in dem Moment, in dem die selbständige Tätigkeit gegenüber der Studententätigkeit überwiegt, aus der studentischen Krankenversicherung ausscheiden müssen. Umgekehrt heißt dies auch, daß bereits als Selbständige Tätige nicht einfach durch eine Pro-forma-Immatrikulation in den Genuß des günstigen Studententarifs kommen dürfen, sofern sie die Tätigkeit als Selbständige weiterhin ausüben. Nach Auskunft aller Krankenkassenvertreter gelang es bereits beruflich etablierten Selbständigen in der Vergangenheit nur sehr selten, durch eine Pro-forma-Immatrikulation in den Genuß des günstigen studentischen Tarifs zu kommen. Die Krankenkassen würden in diesen Fällen allein schon aufgrund des Alters des sich so pro forma immatrikulierenden Selbständigen stutzig werden. In den genannten Fällen müßten sich die Selbständigen auch an einem anderen Hochschulort immatrikulieren, denn eine Praxis oder ein Büro können sie in der Regel nicht vor der Versicherung verbergen.

Als erstes Fazit bleibt: Schon in der Vergangenheit war es kaum möglich, sofern man bereits berufstätig war und Geld verdiente, egal ob als abhängig Beschäftigter oder als Selbständiger, einfach durch eine Pro-forma-Immatrikulation Krankenkassenbeiträge zu sparen. Dies war nur möglich, wenn man auf die bisherige Berufstätigkeit und den Verdienst verzichtete und sich überwiegend dem Studium widmete.

Dennoch sind Mißbrauchsfälle auch bei großen Selbständigen nicht aus der Luft gegriffen. Dies ist möglich gewesen, wenn Studierende sozusagen seit Studienbeginn ihren Studentenstatus immer wieder durch Rückmeldung erneuerten, obwohl sie sich bereits längst als gut verdienende Selbständige etabliert hatten. Gegenüber den Krankenkassen gelang es einigen Selbständigen, ihre Berufstätigkeit zu verbergen. Wohl nur an größeren Orten kann den Krankenkassen die wahre Tätigkeit aber verborgen bleiben, da ja in der Regel ein Büro oder eine Praxis unterhalten werden müssen. Soweit uns berichtet wurde, versuchten nur einige wenige gut verdienende Selbständige, sich durch eine Pro-forma-Immatrikulation individuell Vorteile zu verschaffen. Gelang es den "schwarzen Schafen" unter den Selbständigen, nach Studienende durch eine Pro-forma-Immatrikulation weiter zum günstigen Studententarif versichert zu bleiben, ergaben sich teilweise beträchtliche finanzielle Vorteile. Als freiwillig Versicherter in einer Ersatzkasse z. B. muß ein gut verdienender Selbständiger monatlich knapp 600 DM zahlen. Der finanzielle "Mitnahmeeffekt" gegenüber dem Betrag als Student von 62 DM ist mit 540 DM beträchtlich. Aber alle Krankenkassenvertreter und Vertreter übergeordneter Organisationen betonten in den Gesprächen mit uns, daß es sich bei diesen Fällen immer um Einzelfälle gehandelt habe, die keineswegs verallgemeinert werden dürften. Dieses Verhalten eines Teils der "professionellen Pro-forma-Studenten" ist auch nicht mehr nur als Ausnutzung möglicher Lücken im System anzusehen. Zumindest unter rechtlichen und moralischen Gesichtspunkten greift diese "Ersparnis" eher schon an Betrug gegenüber der Solidargemeinschaft der Versicherten.

Die Krankenkassen haben aber inzwischen auf diese in der Presse immer wieder hochgespielt Fälle reagiert und ihre Formulare auf Initiative des Bundesversicherungsamtes umgestellt. Die Versicherten, die zum Studententarif versichert werden wollen, müssen nun u. a. auf dem Antragsformular angeben, ob sie bei Beginn des Semesters eine selbständige oder freiberufliche

Tätigkeit ausüben (siehe Beispiel Anlage 4). Wahrheitswidrige Angaben berechtigen die Krankenkasse zur Aufkündigung der Versicherung.

Neben den genannten krassen Fällen eines Mißbrauches durch größere Selbständige gab es und gibt es noch eine gewisse Grauzone bei kleineren Selbständigen. Der Krankenkasse fällt es schwer, sie richtig einzustufen. In diese Gruppe gehören z. B. Hochschüler, die neben ihrem Studium z. B. als Tennis- oder Skilehrer, als Nachhilfelehrer oder im EDV-Bereich auf Honorar- und Werkvertragebene arbeiten. Die Einnahmen und der Umfang dieser Tätigkeit neben dem Studium sind kaum zu kontrollieren. Hinzu kommt, daß der Umfang des Einkommens und der aufgewendeten Zeit für diese selbständige Tätigkeit über die Monate schwankt. Unterstellt man bei diesen kleineren Selbständigen einmal ein Einkommen in einer Höhe von rund 2.000 DM monatlich, dann müßten sie z. B. in einer Ersatzkasse rund 200 DM bis 300 DM für ihre Krankenversicherung bezahlen. Bleibt den Krankenkassen aber diese selbständige Tätigkeit neben dem Studium verborgen, ist der finanzielle Mitnahmeeffekt bei diesen kleineren Selbständigen durchaus beachtlich. Der Mitnahmeeffekt kommt aber nur zustande, wenn diese kleineren Selbständigen ihre Tätigkeit gegenüber der Krankenkasse verschweigen. Generell gilt für diese Selbständigen, daß Krankenkassen nur begrenzte Chancen haben, das "wahre" Einkommen dieser Mitglieder festzustellen.

In einzelnen Fällen gelang es in der Vergangenheit beruflich selbständigen "professionellen Pro-forma-Studenten" in teilweise erheblichem Umfang, Krankenkassenbeiträge einzusparen. Diese Einsparungseffekte waren auf kleine Gruppen beschränkt und dürfen nicht auf die anderen Gruppen der Pro-forma-Immatrikulierten übertragen werden.

Dies gilt insbesondere für die pro forma immatrikulierten Absolventen beim Übergang von der Hochschule in den Beruf, obwohl in der HIS-Befragung der Exmatrikulierten 1984 diese Gruppe von Pro-forma-Studenten häufig den günstigen studentischen Krankenkassentarif als Grund für ihre Pro-forma-Immatrikulation angaben. Diese Antworten dürften aber teilweise auf Unkenntnis in versicherungsrechtlichen Fragen zurückzuführen sein. Finden nämlich Hochschulabsolventen keine Stelle nach dem Examen und verfügen sie über kein Einkommen, haben sie das Recht, bei der AOK versichert zu werden oder sich bei ihrer bisherigen Krankenkasse freiwillig weiterversichern zu lassen. Hochschulabsolventen ohne Einkommen oder mit einem Einkommen, das unter dem Mindestgrundlohn von derzeit 513 DM liegt, müßten je nach Krankenkasse dann um die 60 DM zahlen. Ein Einsparungseffekt bei dieser Gruppe kommt durch eine Pro-forma-Immatrikulation nicht zustande. Auch für verheiratete Absolventen oder Studienabbrecher, die nicht mehr als den sogenannten Mindestlohn im Monat verdienen, ergibt sich kein Einsparungseffekt durch eine Pro-forma-Immatrikulation. Sie könnten sich über den gesetzlich versicherten Ehepartner mitversichern lassen. Unsinnig wäre selbstverständlich auch eine Pro-forma-Immatrikulation bei Hochschulabsolventen, wenn aufgrund einer früheren Beschäftigung ein Anspruch auf Arbeitslosengeld oder -hilfe erworben wurde. In diesem Fall ist der Hochschulabsolvent durch das Arbeitsamt pflichtversichert. Ist der Hochschulabsolvent nach dem Sozialhilfegesetz anspruchsberechtigt, übernimmt das Sozialamt die Krankenkassenkosten.

Nur der Vollständigkeit wegen sei erwähnt: Auch Kinder, die eine Berufsausbildung mangels Ausbildungsplatz nicht aufnehmen können oder nicht erwerbstätig sind, haben Anspruch auf Familienhilfe (§ 205 Abs. 3 RVO). D. h.: Auch für "Pro-forma-Studenten am Studienanfang" ergeben sich keine Vorteile.

Die Vorstellung, daß durch eine Pro-forma-Immatrikulation in erheblichem Umfang Krankenkassengebühren eingespart werden, traf teilweise für die Vergangenheit zu, jedoch handelte es sich, wie die Überprüfungsaktionen der Krankenkassen ergaben, weitgehend um Einzelfälle. In den letzten Jahren haben mehrere Krankenkassen insbesondere die Population der über 35-jährigen Studierenden überprüft, um evtl. Mißbräuche der studentischen Krankenversicherung aufzudecken. Aufgrund dieser Überprüfungsaktionen wurden z. B. in der Schwäbisch-Gmündener Ersatzkasse bei 660 untersuchten Fällen 10 Studenten umgestuft, bei der Technikerkrankenkasse betrug das Verhältnis 1.200 zu 14, bei der Hamburg-Münchener kam es zu einem vergleichbaren Ergebnis (s. Anlage 5). Auch die Kaufmännische Krankenkasse Hannover, die auch Selbst-



ständige aufnehmen darf, bestätigte, daß das Gros der überprüften Studenten zu Recht den Studententarif bezahlte. Allerdings: Es gab auch einige schwarze Schafe unter den Selbständigen. Die Überprüfungsaktionen ergaben aber auch, daß einzelne Studenten zuviel Beiträge bezahlten (z. B. bei Doppelversicherungen oder Anspruch auf Familienhilfe).

Die Pressestelle der Hamburg-Münchener Versicherung teilte uns dazu mit, daß es sich bei den Einsparungen durch Pro-forma-Studenten nicht um die Spitze eines Eisberges, sondern um Einzelfälle handelte. Regelmäßige Überprüfungsaktionen aufgrund der bisherigen Erfahrungen rentierten sich aus der Sicht dieser Kasse nicht. Die Krankenkassen und ihre Vertreter waren zudem der Meinung, daß das Thema Pro-forma-Studium für sie eher aus ethisch-moralischen Gesichtspunkten, nicht jedoch so sehr unter finanziellen Gesichtspunkten ein Problembereich sei. Im Vergleich mit anderen Verlustbereichen spiele das Pro-forma-Studium und ein möglicher Mißbrauch nur eine untergeordnete Rolle. In den Einzelfällen bei den größeren Selbständigen müsse, dies war allerdings der gemeinsame Tenor, energisch gegen den Mißbrauch vorgegangen werden. Durch die Aufnahme der Frage nach der Selbständigkeit im Antragsformular sei ein erster Schritt getan. Einhellig vertraten alle Krankenkassenvertreter die Meinung, daß mit der geplanten Gesetzesänderung im Rahmen der Gesundheitsreform dem Mißbrauch durch eine Pro-forma-Immatrikulation in Zukunft ein Riegel vorgeschoben werde (vgl. dazu Kap. 7.2).

Ergänzend muß noch angemerkt werden, daß die möglichen Einsparungseffekte bei den einzelnen Gruppen von Pro-forma-Studenten nur für den Personenkreis errechnet werden können, der sich bei der AOK oder den Ersatzkassen versichert. Für private Versicherer lassen sich aufgrund der sehr differenzierten Leistungen und der nach Alter und Krankheitsrisiko gestaffelten Beitragssätze keine entsprechenden Vergleichsrechnungen durchführen.

#### **Steuerliche Vergünstigungen - allgemeine Regelungen**

Das Einkommenssteuerrecht ist so angelegt, daß es familienfördernd wirkt. Einkommenssteuerrechtlich werden Studierende daher, auch wenn sie das sonst steuerlich maßgebliche Lebensalter (16 Jahre) überschritten haben, wie Kinder, die sich noch in der Ausbildung befinden, behandelt. Die für die Eltern in Betracht kommenden einkommenssteuerlichen Vergünstigungen gelten jedoch nur für studierende Kinder bis zum 27. Lebensjahr. Nur wenn Kinder wegen geistiger, körperlicher oder seelischer Behinderung außerstande sind, sich selbst zu unterhalten, kann diese Altersgrenze überschritten werden.

Nach dem derzeitigen Stand (Oktober 1988) erhalten die Eltern der Studierenden nach dem Einkommenssteuerrecht folgende Vergünstigungen:

- Kinderfreibetrag nach § 32 Abs. 6 Einkommenssteuergesetz (EStG):

Der Kinderfreibetrag beträgt bei Ehegatten, die zur Einkommenssteuer zusammen veranlagt werden, pro Kind 2.484 DM im Jahr. Geschiedene oder getrennt lebende Ehepartner erhalten die Hälfte. Der Kinderfreibetrag reduziert das einkommenssteuerpflichtige Einkommen. Geht man von einem Ehepaar mit einem Kind aus, das über ein zu versteuerndes Einkommen von etwa 50.000 DM im Jahr verfügt, beträgt der Einsparungseffekt durch die steuerliche Vergünstigung des Kinderfreibetrages rund 720 DM im Jahr.

Der Kinderfreibetrag wird auch gewährt, wenn der Jugendliche nur beabsichtigt, in absehbarer Zeit eine Berufsausbildung aufzunehmen. So erhalten auch z. B. Eltern einer Abiturientin, die erst voraussichtlich in einem Jahr ihren Studienplatz zugewiesen bekommt, für diese Überbrückungszeit den Kinderfreibetrag eingeräumt.

Ab 1990 wird im Rahmen der Steuerreform der Kinderfreibetrag auf 3.424 DM erhöht.

- Haushaltsfreibetrag nach § 32 Abs. 7 EStG:

Den Haushaltsfreibetrag erhalten Alleinerziehende oder Geschiedene mit mindestens einem ihnen zugeordneten Kind. Der Haushaltsfreibetrag in Höhe von 4.536 DM mindert das steuerpflichtige Jahreseinkommen. Geht man von einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen bei Alleinerziehenden von 40.000 DM aus, beträgt der Einsparungseffekt ca. 1.600 DM.

Der Haushaltsfreibetrag wird ab 1990 auf 5.616 DM heraufgesetzt.

- Gewährung von Ausbildungsfreibeträgen nach § 33 a Abs. 2 EStG:

Zur Zeit betragen die Ausbildungsfreibeträge 1.800 DM oder 3.000 DM (bei auswärtiger Unterbringung). Der Ausbildungsfreibetrag reduziert sich jedoch in seiner steuermindernden Wirkung, wenn der Studierende über Jobs dazuverdient, d. h., der Verdienst des Studierenden reduziert die Abzugsfähigkeit des Ausbildungsfreibetrages. Bei einem auswärts Studierenden, der z. B. 2.400 DM im Jahr verdient, haben die Eltern bei einem steuerpflichtigen Jahreseinkommen von 50.000 DM einen Einsparungseffekt von rund 1.110 DM pro Jahr.

Durch die künftige Steuerreform werden die Ausbildungsfreibeträge ab 1989 auf 2.400 DM bzw. 4.200 DM (bei auswärtiger Unterbringung) angehoben.

- Gewährung der Arbeitnehmersparzulage:

Durch diese Regelung wird die Einkommensgrenze für die Gewährung z. B. der Bausparprämie angehoben. Unverheiratete erhalten dann bis zu einem steuerpflichtigen Einkommen von 27.000 DM (statt 24.000 DM) bzw. Verheiratete bis zu einem steuerpflichtigen Einkommen von 54.000 DM (statt 48.000 DM) noch die Bausparprämie in Höhe von 112 DM, wenn das Kind studiert. Liegt das steuerpflichtige Einkommen der Eltern über den genannten Beträgen von 54.000 DM bzw. 27.000 DM bei Alleinerziehenden, wird die Bausparprämie nicht gewährt.

Im Rahmen der Steuerreform wird ab 1990 diese Prämiengewährung ganz gestrichen.

- Sogenanntes Baukindergeld nach § 34 f EStG:

Bei Steuerpflichtigen, die z. B. ein Ein-Familien-Haus gebaut haben, vermindert sich die Einkommenssteuer um 600 DM pro Kind. Voraussetzung hierfür ist, daß die Kinder zum Haushalt des Steuerpflichtigen gehören bzw. daß diese Zugehörigkeit auf Dauer angelegt ist oder war. Dies bedeutet: Zieht das Kind z. B. nach 3 Jahren aus und studiert, wird das Baukindergeld weiter gewährt. Das Baukindergeld wird für maximal 8 Jahre eingeräumt. Selbstverständlich gilt auch hier die Altersgrenze von 27 Jahren.

- Besucherfreibetrag zur Pflege des Eltern-Kindverhältnisses nach § 33 a Abs. 1 a EStG:

Bei getrennt lebenden oder geschiedenen Ehepartnern kann derjenige, bei dem das Kind nicht wohnt, sein steuerpflichtiges Einkommen um einen Betrag von 600 DM mindern. Diese Regelung galt aber nur bis einschließlich 1987.

Neben den einkommenssteuerrechtlichen Vergünstigungen besteht die Möglichkeit der Zusammenveranlagung von Eltern und Kindern bei der Vermögenssteuer. Voraussetzung ist, daß der Student zu Hause bei seinen Eltern wohnt. Müßte beispielsweise ein Elternpaar ein Vermögen von 200.000 DM versteuern, dann gelänge es durch eine Zusammenveranlagung von Eltern und Kind, der Vermögenssteuerpflicht zu entgehen, da pro Person ein Vermögen von 70.000 DM steuerfrei bliebe (insgesamt also 210.000 DM).

In einem engen Verhältnis zum Einkommenssteuergesetz steht auch die Gewährung des Kindergeldes. Nach § 2 Bundeskindergeldgesetz (BKGG) erhalten Eltern von Studierenden Kindergeld. Ähnlich wie im Einkommenssteuergesetz gilt diese Regelung jedoch nur bis zum 27. Lebensjahr. Nach § 10 BKGG gewährt der Staat für das erste Kind 50 DM, für das zweite Kind 100 DM, für das dritte Kind 220 DM und für jedes weitere Kind 240 DM. Diese Kindergeldbeträge erhöhen sich nach § 11 a BKGG noch um 1 bis 40 %, wenn sich bei den Eltern die zuvor ge-

nannten Kinderfreibeträge des Einkommenssteuergesetzes nicht steuerwirksam ausgewirkt haben.

Die bisher genannten steuerlichen Vergünstigungen einschließlich des Kindergeldes kommen unmittelbar den Eltern zugute. Jobbt der Hochschüler im Studium, wird ihm ein Freibetrag für Sonderausgaben für die Berufsausbildung nach § 10 Abs. 1 Nr. 7 EStG bis zu 900 DM (Hausstand und Arbeitsplatz am gleichen Ort) oder bis zu 1.200 DM (Arbeitsplatz nicht am Wohnort) gewährt. Liegt sein steuerpflichtiges Einkommen unter 4.589 DM, wirkt sich diese Regelung nicht aus. Geht man z. B. aber von einem Jahresverdienst des Studierenden von 10.000 DM aus, dann beträgt der Einsparungseffekt durch diese Regelung 210 DM. Die Sonderausgaben müssen allerdings einzeln nachgewiesen werden. Diese Vergünstigung durch die Sonderausgaben kommen direkt dem Studierenden und nicht seinen Eltern zugute.

Die vielfältigen steuerlichen Vergünstigungen können schwer in ihrer Gesamtwirkung eingeschätzt werden. Zu unterschiedlich sind die Anspruchsvoraussetzungen und die Einkommensverhältnisse bei den einzelnen Studenten und ihren Eltern. Die genannten steuerlichen Einsparungseffekte können also nicht einfach aufaddiert werden.

Nach Ansicht von Steuerexperten erscheint es aber nicht unrealistisch, daß je nach Anspruchsberechtigung der Eltern aufgrund ihres Einkommens und ihrer Lebenssituation die steuerlichen Vergünstigungen zwischen 1.000 und 4.000 DM pro Jahr betragen können. Sicher schneiden Spitzenverdiener, wenn viele der genannten Voraussetzungen zusammenfallen, noch erheblich günstiger ab.

#### Möglichkeit der Vorteilsnahme

Die genannten steuerlichen Vergünstigungen kommen in der überwiegenden Mehrheit direkt den Eltern der Studierenden zugute. Bei "professionellen Pro-forma-Studenten" wie z. B. Selbständigen verhindert allerdings in der Regel schon das Alter, daß die Eltern in den Genuß der steuerlichen Vorteile kommen. Dies gilt auch für Langzeitstudenten unter der Gruppe der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" sowie für die meisten "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf". Den meisten Eltern dieser beiden Gruppen von Pro-forma-Studenten werden die steuerlichen Vergünstigungen aufgrund des Alters der Pro-forma-Immatrikulierten nicht gewährt. Dazu ein einfacher statistischer Beleg: Im Durchschnitt beginnen die Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen mit rund 21 Jahren ihr Studium. Nach 6 Jahren, also mit 27 Jahren, sind sie in der Regel im 12. Fachsemester. Deutsche Absolventen mit einem Diplom und vergleichbarem Abschluß legten im Studienjahr 1986 nach der Prüfungsindividualstatistik an Universitäten und ähnlichen Einrichtungen im Alter von 27,9 Jahren und Lehramtsabsolventen mit 27,2 Jahren ihr Examen ab.

Einem Mißbrauch der steuerlichen Vergünstigungen durch Pro-forma-Studenten der unterschiedlichsten Gruppen ist also durch die gesetzliche Altersgrenze von 27 Jahren weitgehend ein Riegel vorgeschoben. Hinzu kommt, daß die meisten steuerlichen Vergünstigungen direkt den Eltern zustehen. Einzige Ausnahme bildet die Sonderausgabe, die den erwerbstätigen Studierenden gewährt wird; hierbei besteht keine Altersgrenze.

Sicher mag es Eltern geben, die ihre Kinder unter 27 Jahren bitten, wegen steuerlicher Vorteile sich nur pro forma zu immatrikulieren. Die weitaus überwiegende Zahl aller Eltern dürfte aber daran interessiert sein, daß ihre Kinder die Zeit zum Studium nutzen und ihre Ausbildung abschließen. Ein Pro-forma-Studium aus steuerlichen Gründen ist bei Überbrückung einer Wartezeit und bei Kindern unter 27 Jahren also denkbar, dürfte jedoch eher eine Ausnahme sein.

Als Fazit bleibt festzuhalten: Die genannten steuerlichen Vergünstigungen sind durch die Begrenzung auf 27 Jahre weitgehend gegen Mißbrauch durch Pro-forma-Studenten abgesichert. Die steuerlichen Vergünstigungen erfüllen damit ihren familienpolitischen Zweck: Sie mildern die finanziellen Belastungen, die ein Studium für Eltern mit sich bringt.



### Vergünstigungen im Personennah- und -fernverkehr - allgemeine Regelungen

Studierende erhalten im Personennah- und -fernverkehr Fahrpreisermäßigungen; allerdings ist die Höhe der Ermäßigungen recht unterschiedlich. Insbesondere zwischen den kommunalen Verkehrsträgern variieren die Tarifbedingungen für Studierende von Hochschulort zu Hochschulort erheblich.

#### - Kommunale Verkehrsbetriebe:

Die kommunalen Verkehrsbetriebe räumen Studierenden besondere Verkehrstarife ein. Als Nachweis reicht fast immer die Immatrikulationsbescheinigung. Eine altersmäßige oder von der Studiendauer abhängige Begrenzung besteht in der Regel nicht.

Einige Beispiele aus größeren Hochschulorten zu den Vergünstigungen: In Hannover bezahlen Studierende für eine Wochenkarte 10 DM und für eine Monatskarte 37 DM. Ohne Ermäßigung kostet die Monatskarte 62 DM; eine Wochenkarte wird für "Vollzahlende" nicht angeboten. In Frankfurt kostet die Monatskarte für Studierende 56 DM, für Vollzahler 69 DM. In München bezahlen Studierende monatlich bei einer mittleren Entfernung 38,50 DM, Vollzahler 62,50 DM. In Hamburg z. B. kostet in der 2. Tarifzone die Monatskarte für Studierende 53 DM, für Vollzahler 73 DM. In Berlin sind die Tarifbedingungen am günstigsten. Hier bezahlen Studierende für eine Monatskarte für das gesamte Berliner Verkehrsnetz 38 DM; ohne Ermäßigung kostet die gleiche Karte 89 DM.

#### - Bundesbahn:

Die Bundesbahn bietet eine Vielzahl von Spezialtarifen an, darunter auch für Studierende. Für die Fahrt vom Wohnort zum Studienort gibt es besonders ermäßigte Tarife im Rahmen der sog. B & S-Karten. Diese Einzelfahrkarten sind gegenüber dem Normaltarif um rund 15 % ermäßigt. Anspruchsberechtigt sind Berufstätige, aber auch Schüler und Studenten. Eine Begrenzung aufgrund des Alters oder der Studiendauer besteht für diese Karten nicht.

Die Bahn bietet darüber hinaus für die Fahrt zwischen Studien- und Wohnort Monats- und Wochenkarten an. Studierende erhalten diese Karten bei Vorlage einer gültigen Immatrikulationsbescheinigung. Die Ermäßigungen erhöhen sich mit zunehmender Entfernung und können bis über 30 % reichen. Darüber hinaus können Studenten unabhängig von ihrem Studentenstatus attraktive Angebote der Bahn für Jugendliche nutzen.

#### - Flugverkehr (z. B. Lufthansa):

Auch im Luftverkehr gewähren die einzelnen Fluggesellschaften Studierenden Sondertarife. Beispielsweise ermäßigt sich der Tarif der Touristenklasse bei der Lufthansa um rund 25 %. Allerdings gilt diese Tarifiermäßigung nur für Flüge zwischen Studien- und Wohnort. Entgegen weit verbreiteter Ansicht werden diese Tarife in der Regel nur bis zum 26. Lebensjahr (in bestimmten Fällen bis zum 31. Lebensjahr) gewährt. Für die Einräumung der Ermäßigung reicht die normale Immatrikulationsbescheinigung nicht aus, sondern es muß ein spezielles Formular der Lufthansa ausgefüllt und von der Hochschule abgestempelt werden.

### Möglichkeiten der Vorteilsnahme

Die einzelnen Verkehrsunternehmen räumen Studierenden durchaus interessante Sondertarife ein. Ein Teil der besonders günstigen Tarife ist jedoch altersmäßig begrenzt (siehe z. B. bei der Bundesbahn oder Lufthansa). Die Tarife gelten darüber hinaus vielfach nur für die Fahrt vom Wohnort zum Studienort. Bei der Nutzung der Monatskarten können sich jedoch je nach Entfernung und Hochschulort Einsparungen von 20 bis über 50 DM gegenüber dem Normaltarif ergeben.

Studierende wissenschaftlicher Hochschulen nutzen nach den Ergebnissen der 11. Sozialerhebung zu rund einem Viertel überwiegend öffentliche Verkehrsmittel (einschließlich Bundesbahn)

für den Weg vom Wohnort zur Hochschule. Dies bedeutet, daß unter den Pro-forma-Studenten auch nur ein Teil - und vermutlich wohl eher die finanziell schwächer gestellten Pro-forma-Immatrikulierten - öffentliche Verkehrsmittel benutzen wird. Zu bedenken ist ferner, daß der rechnerische Einsparungseffekt z. B. im Nahverkehr nur dann zustande kommt, wenn die Wochen- oder Monatskarte auch wirklich regelmäßig genutzt wird. Pro-forma-Studenten zeichnen sich aber teilweise gerade dadurch aus, daß sie nicht jeden Tag zur Hochschule fahren.

Als Fazit bleibt: Vergünstigungen im Personennah- und -fernverkehr bestehen für Studierende. Die meisten sind jedoch so gestaltet, daß sie in erster Linie auf ordentliche Studierende zugeschnitten sind. Unter den Pro-forma-Studenten gibt es daher vermutlich nur eine kleinere Gruppe, die von den Vergünstigungen, und hier vor allem im Nahverkehr, profitiert. In größeren Städten wie z. B. Berlin mit seinem besonders attraktiven Angebot für das öffentliche Nahverkehrsnetz wird der Einspareffekt sicher erheblich größer sein als in den kleineren Hochschulorten. Aber auch in Berlin wie auch anderswo sind die Nahverkehrsbetriebe an Studierenden als Fahrgäste interessiert. Sie tragen zu einem wirtschaftlicheren Ergebnis bei, da Studierende die Verkehrseinrichtungen nicht nur zur rush hour nutzen.

#### Kulturelle und kommunale Einrichtungen - allgemeine Regelungen

Staatliche Theater und Museen räumen Studierenden durchweg einen Preisnachlaß von bis zu 50 % ein. Häufig lassen sich diese Ermäßigungen allerdings nur bei einem Kartenkauf an der Abendkasse realisieren, d. h., sie sind auf Restkarten beschränkt. Darüber hinaus gewähren kommunale und staatlich geförderte Theater, Kommunikationszentren, Bildungseinrichtungen, Bibliotheken etc. Studierenden Preisnachlässe. Auch Programmkinos in den Hochschulorten räumen Studenten günstigere Eintrittspreise ein. "Normale" Kinos beschränken ihre Ermäßigungen jedoch vielfach auf Nachmittagsveranstaltungen oder bestimmte Tage in der Woche. Diese Form von Ermäßigungen gilt auch für viele Sportzentren u. ä. Einrichtungen.

Attraktiv für Studenten sind teilweise die Preisermäßigungen in kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern, Saunen etc. Hier beträgt der Preisnachlaß bis zu 50 %. Zum Beispiel kostet die Jahreskarte für die Schwimmbäder in Hannover 125 DM für Studenten (sonst 250 DM).

Besonders günstig sind für Studierende auch Zeitungs- und Zeitschriftenabonnements. Zur Gewährung der günstigeren Tarife reicht in der Regel die Immatrikulationsbescheinigung aus. So kostet z. B. das Handelsblatt für Studenten monatlich 19,80 DM statt 47 DM für Normalzahler. Die Frankfurter Rundschau erhält man als Student für 24,90 DM im Monat statt für 29 DM. Die Welt kostet monatlich für Studierende 19,75 DM, sonst 27,90 DM.

#### Möglichkeit der Vorteilsnahme

Die Vergünstigungen bei den Eintrittsgebühren und die anderen genannten Konditionen für Studenten sind also durchaus verlockend. In größeren Städten mit einem breiten kulturellen und kommunalen Freizeitangebot ergeben sich durchaus attraktive Einsparungsmöglichkeiten. Um größere Einsparungseffekte zu erzielen, müssen aber eine größere Zahl von Veranstaltungen besucht bzw. verschiedene kommunale Einrichtungen auch häufiger benutzt werden.

#### Unfallversicherung - allgemeine Regelung

Studierende sind auch in die gesetzliche Unfallversicherung einbezogen. Sie sind damit gegen mögliche Arbeitsunfälle versichert. Der Unfallschutz wird den Studenten kostenlos gewährt. Beiträge müssen nicht entrichtet werden. Der Unfallschutz ist vom Lebensalter des Studenten, aber auch von der Dauer des Studiums unabhängig. Die Versicherungsleistung kann aber nur in Anspruch genommen werden, wenn sich der Unfall während der Aus- oder Fortbildung an der Hochschule ereignet hat. Der Versicherungsschutz erstreckt sich auch auf Wegeunfälle

zwischen Hochschule und Wohnort.

### **Möglichkeiten der Vorteilsnahme**

Pro-forma-Immatrikulierte wie auch Studierende werden den Gedanken an einen Unfall erst einmal verdrängen. Eine mehr oder weniger gezielte Immatrikulation wegen des kostenlosen Unfallschutzes dürfte eine absolute Ausnahme sein. Einem möglichen Mißbrauch ist außerdem dadurch vorgebeugt, daß die Leistungen nur bei Arbeitsunfällen gezahlt werden, d. h. mit dem Studium in Verbindung stehen müssen. Diese Regelung ist also eindeutig auf ordentliche Studierende zugeschnitten.

### 5.2.2 Vergünstigungen durch die Hochschule

#### **Umfang der Vergünstigungen**

Für Studierende besonders interessant sind die sozialen Einrichtungen der Studentenwerke. Die meisten Studentenwerke bieten folgende Leistungen an:

- kostengünstiges Essen in der Mensa sowie Zwischenmahlzeiten in Cafeterien etc.,
- kostengünstige Studentenwohnheimplätze,
- kostenlose Beratung und Vermittlungsdienste (z. B. Rechtsberatung, psychotherapeutische Beratung, Arbeitsvermittlung etc.).

Im Prinzip stehen allen Studierenden diese Einrichtungen der Studentenwerke zur Verfügung. Jeder Student bzw. Immatrikulierte trägt durch die Sozialgebühren mit zur Finanzierung der Studentenwerke bei. Die Beiträge für die Studentenwerke liegen pro Semester je nach Hochschule zwischen 20 und 50 DM (siehe Anlage 6). Darüber hinaus werden verschiedene Aufgaben der Studentenwerke in unterschiedlicher Form bezuschußt.

Neben den sozialen Einrichtungen der Studentenwerke bieten die Hochschulen ihren Studierenden noch zahlreiche andere kulturelle, fachliche und sportliche Betätigungsfelder an, die den Etat der Studierenden aufgrund der finanziellen Konditionen etwas entlasten können.

Die Einrichtungen der Studentenwerke stehen allen Immatrikulierten offen, also auch den Pro-forma-Studenten. In welchem Maße die Pro-forma-Studenten die Einrichtungen der Studentenwerke nutzen, welche individuellen Vorteile dies für sie mit sich bringt und welche Folgen es für die Studentenwerke hat, diesen Fragen soll speziell für die Mensen, Wohnheime und die Beratungs- und Vermittlungsangebote der Studentenwerke im folgenden nachgegangen werden.

#### **Mensen, Cafeterien**

Die Bezuschussung der Mensen erfolgt in der Regel nach dem Bochumer Mensaplan (vgl. DEUTSCHES STUDENTENWERK 1980). Im Kern empfiehlt dieser Plan, daß der Studierende durch seinen Essenspreis den Wareneinsatz für die Mahlzeit bezahlen soll. Die Personal- und damit auch Zubereitungskosten soll das Land tragen. Die gleiche Art der Finanzierung wie bei den Mensen wird im Bochumer Mensaplan auch für die Bereitstellung der Zwischenmahlzeiten in den Cafeterien und ähnlichen Einrichtungen vorgeschlagen.

Der Bochumer Mensaplan spricht nur Empfehlungen aus. Die Länder haben also einen gewissen Spielraum bei der Finanzierung der Mensen und Cafeterien. Einheitliche, von Land zu Land vergleichbare Finanzierungsregelungen bestehen nicht. Deshalb soll an dem konkreten Beispiel der zentralen Mensa in Göttingen die Finanzierung einer Mensa verdeutlicht werden.

Das Land Niedersachsen subventioniert den Gesamtbetrieb der Mensa mit einem Pauschalbetrag,

der umgerechnet knapp 2 DM pro Essen beträgt; die Kosten für eine Mahlzeit liegen insgesamt bei etwa 4,50 bis 4,70 DM. Dies bedeutet, daß der Gast, also der Student, mehr als die Hälfte der Kosten selbst trägt. Die Zentralmensa in Göttingen ist für 6.800 Essen ausgelegt, danach ist auch der Personalbedarf geplant worden. Produziert werden aber täglich in Göttingen bis zu 9.000 Essen. Würde nur die geplante Auslastung von 6.800 Essen erreicht oder würden sogar noch weniger Mahlzeiten ausgegeben, müßte das Land Niedersachsen den gleichen Zuschußbetrag aufbringen. Jeder Immatrikulierte, der also in der Mensa ißt, ermöglicht einen höheren Deckungsbeitrag, macht den Mensabetrieb wirtschaftlicher. D. h. die Pro-forma-Studenten kommen in den Genuß des durch staatliche Zuschüsse verbilligten Essens, beeinflussen aber grundsätzlich nicht die Höhe des staatlichen Zuschusses.

In Hessen ist der Zusammenhang zwischen der Zahl der ausgegebenen Essen und der Höhe des staatlichen Zuschusses direkter, denn in Hessen richtet sich seit Jahren der Zuschuß nach der Anzahl der ausgegebenen Essen. Im Augenblick beträgt der Zuschuß pro ausgegebenem Essen 2 DM. In diesem Fall wird jedes Essen eines Pro-forma-Studenten unmittelbar staatlich bezuschußt.

Bei der in Hessen praktizierten Form der Bezuschussung von Mensen liegt der Mißbrauch staatlicher Vergünstigungen näher als bei der in Niedersachsen geübten. Im zuletzt genannten Fall ist es durchaus verständlich, daß die Studentenwerke als Träger der Mensen vorrangig daran interessiert sind, ein möglichst gutes Wirtschaftsergebnis zu erzielen, da die Unterauslastung der Mensen durch die geringe Inanspruchnahme während der vorlesungsfreien Zeit das Wirtschaftsergebnis im Jahresdurchschnitt beeinträchtigt. Im Bochumer Mensaplan wird daher sogar vorgeschlagen zu überprüfen, ob zur kontinuierlicheren Kapazitätsauslastung weitere Zielgruppen wie z. B. Ganztagschulen, das Deutsche Rote Kreuz, Aktion Essen auf Rädern etc. als Nutzer erschlossen werden können. Teilweise werden die Vorschläge bereits praktiziert (vgl. DEUTSCHES STUDENTENWERK 1980, 18).

Als Fazit bleibt: Aus der Sicht vieler Studentenwerke tragen die "mitessenden" Pro-forma-Studenten in den Mensen und Cafeterien zu einem besseren wirtschaftlichen Ergebnis bei. Inwieweit in der Beteiligung von Pro-forma-Studenten am Mensaessen ein Mißbrauch sozialer Vergünstigungen zu sehen ist, hängt auch von der Form der Bezuschussung ab. Nicht unberücksichtigt bleiben sollte, daß in der Regel eher die sozial schwächeren Pro-forma-Studenten diese Einrichtungen nutzen dürften. Für z. B. "professionelle Pro-forma-Studenten" - und hier insbesondere für gut situierte Pro-forma-Studenten - dürften die Räumlichkeiten und das Essensangebot der Mensen vermutlich zu unattraktiv sein. Für finanziell schwächer gestellte Pro-forma-Studenten dürften die Mensen und die Cafeterien durchaus zur Senkung ihrer Lebenshaltungskosten nicht uninteressant sein. Wieviele unter den Pro-forma-Immatrikulierten allerdings die Mensa nutzen, darüber kann man nur spekulieren.

### Wohnheime

Im Prinzip können sich alle Studenten für jedes Wohnheim bewerben. Allerdings ist das Wohnrecht von Ausnahmen abgesehen auf rund fünf Semester begrenzt. Bei jedem Verlängerungsantrag wird daher sowohl die finanzielle Situation als auch die Studiensituation der Antragssteller überprüft. Eine Chance auf Verlängerung besteht i. d. R. nur, wenn der Student sich bereits im Examen befindet. Nach Auskunft unserer Gesprächspartner ist durch diese Regelung eine Dauerbelegung von Wohnheimplätzen durch Pro-forma-Studenten weitgehend unterbunden. Ausnahmen gebe es zwar, doch handele es sich hierbei um Studierende, deren soziale Probleme bekannt seien. Sicher können Studentenwerke irren, so daß es zu Fehlbelegungen durch Pro-forma-Studenten kommen kann, doch dürfte es sich dabei um Einzelfälle handeln.

Wohnheime sind also als Dauerwohnheimplätze für Pro-forma-Studenten ungeeignet, dies gilt insbesondere für "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" in höheren Semestern und "examierte Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf".



### Beratungseinrichtungen und Vermittlungsdienste

Die Hochschule bietet ihren Studierenden und damit allen Immatrikulierten zahlreiche Beratungs- und Vermittlungsdienste an. Häufig ist der Träger dieser Einrichtung das Studentenwerk der jeweiligen Hochschule.

Kostenlos wird an vielen Hochschulen eine Rechtsberatung angeboten. Die Rechtsberatung beschränkt sich in der Regel auf mündliche Auskünfte im vorprozessualen Bereich. Eine Vertretung vor Gericht, das Entwerfen von Schriftsätzen oder die Übernahme bestehender Prozeßkosten darf nicht erfolgen. Die Rechtsberatung ist auf typische studentische Problemfelder des Alltags beschränkt und ersetzt keinen Rechtsschutz. Die Gefahr einer finanziellen Vorteilsnahme der Rechtsberatung durch Pro-forma-Studenten ist wegen des eingeschränkten Aufgabenspektrums dieser Beratung eher unwahrscheinlich.

Auch bei der psychotherapeutischen Beratung besteht wohl kaum Anlaß, von einer sozialen Vorteilsnahme durch Pro-forma-Studenten auszugehen. Diese psychotherapeutischen Beratungsstellen der Hochschulen sind speziell für Studierende eingerichtet worden, die Studienprobleme haben. Nutzt ein Student diese psychotherapeutische Beratung, dann besteht ja die Chance, daß er sich Klarheit über seinen weiteren Studienverlauf verschaffen kann.

Für bestimmte Gruppen von Pro-forma-Studenten und hier vor allem "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" und "examierte Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" ist die studentische Arbeitsvermittlung sicher eine der interessantesten Einrichtungen. Ohne die studentische Arbeitsvermittlung könnten sich viele unter diesen Pro-forma-Studenten kaum finanzieren.

Die Arbeitgeber an den verschiedenen Hochschulorten greifen für Aushilfs- und Überbrückungstätigkeiten lieber auf die Vermittlungsdienste der studentischen Arbeitsvermittlung als auf die normalen Vermittlungsdienste für Aushilfstätigkeiten des Arbeitsamtes zurück. Der Grund: Studenten sind vielfältig einsetzbar und sind oftmals besonders gut qualifizierte Arbeitskräfte. Hinzu kommt, daß je nach Dauer der Beschäftigung und des Arbeitsentgeltes Studierende von der Sozialversicherungspflicht befreit sind. Arbeitgeber sparen damit auch noch Sozialversicherungsbeiträge.

Verständlich ist es daher, daß Arbeitgeber nicht zwischen ordentlichen Studierenden oder Pro-forma-Studenten bei einer Beschäftigung unterscheiden, solange die Immatrikulationsbescheinigung vorgelegt wird. Unter Umständen sind sogar für Arbeitgeber Pro-forma-Studenten interessanter: Sie sind zeitlich flexibler einsetzbar, sie sind zum Teil sehr qualifiziert (z. B. Pro-forma-Studenten mit Examen), und Arbeitgeber "sparen" ihren Beitrag zu den Sozialversicherungen (Renten-, Krankenkassen- und Arbeitslosenversicherung) ein. Pro-forma-Studierende - wie Studierende ja auch - sind i. d. R. nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Dennoch: So sehr es für den einzelnen Pro-forma-Studenten oft hilfreich ist, durch die Vermittlung der studentischen Arbeitsdienste den Lebensunterhalt finanzieren zu können, so wirft diese Dienstleistung der Hochschule doch gewisse Probleme auf. Ordentliche Studierende, die auf Werkarbeit angewiesen sind, müssen z. T. mit Pro-forma-Studenten, die ihr Studium bereits abgeschlossen haben, um die knappen studentischen Jobmöglichkeiten konkurrieren. In dieser Konkurrenz haben die ordentlichen Studierenden teilweise die schlechteren Ausgangsbedingungen aufgrund ihrer geringeren zeitlichen Flexibilität und Qualifikation.

Die Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt als studentische Arbeitskräfte finanzieren zu können, führt bei Pro-forma-Studenten auch dazu, daß der notwendige Ablösungsprozeß von der Hochschule unnötig lange hinausgezögert wird. Teilweise jobben Pro-forma-Studenten über Jahre und werden sich über ihren weiteren Studien- bzw. Berufsweg nicht im klaren, bleiben also in der Zwitterstellung zwischen Berufstätigkeit und Studium. Durch ihre Tätigkeit erwerben sie keine Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe, Arbeitslosengeld oder auf spätere Zahlungen aus der

Rentenversicherung. Sie können sich aber auch nicht oder nur in geringerem Maße als bei einer zielorientierten Berufstätigkeit an der Finanzierung staatlicher Aufgaben (keine oder nur geringe Steuerzahlungen) und des Generationenvertrages im Rahmen der Sozialversicherung beteiligen.

### Sonstige Einrichtungen der Hochschule

Neben den genannten Einrichtungen, vor allem der Studentenwerke, bietet die Hochschule ihren Studierenden kostenlos oder zu besonders günstigen Konditionen Möglichkeiten zur fachlichen Weiterbildung (z. B. Sprachen, EDV-Kurse, Bibliotheken etc.), für kulturelle Veranstaltungen (z. B. Kino, Theateraufführungen etc.) oder zur Sportausübung an. Alle diese Einrichtungen werden sicher auch von Pro-forma-Studenten genutzt. Der Umfang der Nutzung kann jedoch kaum eingeschätzt werden. Zu vermuten ist auch, daß der finanzielle Mitnahmeeffekt - von Ausnahmen abgesehen - eher minimal sein dürfte.

### 5.2.3 Finanzielle Vorteile: Grund für eine Pro-forma-Immatrikulation?

Der Studentenstatus bringt gewisse finanzielle Vorteile mit sich. Die zuvor dargestellten Vergünstigungen belegen dies. Von den finanziellen Vorteilen allein kann allerdings kaum ein Student, auch kein Pro-forma-Student, existieren. Zweifellos erleichtern es aber diese Vorteile, in der Scheinexistenz als Student eine Zeitlang auszuharren.

Bis auf die kleinere Gruppe der "professionellen Pro-forma-Studenten" sind die finanziellen Vorteile des Studentenstatus nicht der eigentliche Anlaß der Pro-forma-Immatrikulation. Sie werden "mitgenommen". Für die Gruppe der "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang" ist das eigentliche Ziel, eine Berufsausbildung außerhalb der Hochschule zu beginnen, versperrt. Eine mögliche Ausweichstrategie in dieser Situation ist u. a. ein Pro-forma-Studium.

Der nicht zu realisierende Berufseinstieg ist letztlich häufig auch der entscheidende Grund für eine Pro-forma-Immatrikulation bei Hochschulabsolventen. Sie hoffen, so die Zeit bis zum Berufseinstieg überbrücken zu können. Vor allem Absolventen der geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftlichen Fächer wählen diesen Weg.

Auch die Gruppe der Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive hatte ursprünglich einmal die Absicht, das Examen zu erreichen. Dieses Ziel wurde selbst- oder fremdverschuldet aus den Augen verloren.

Die meisten der genannten Pro-forma-Studenten würden also trotz der finanziellen Vorteile ihr Dasein als Pro-forma-Immatrikulierte rasch beenden, wenn sie eine Alternative zu ihrem ursprünglich angestrebten Ziel sehen würden. Allein das ökonomische Kalkül ist also nicht ausschlaggebend für die Pro-forma-Immatrikulation. Zweifellos tragen die finanziellen Vorteile des Studentenstatus aber mit dazu bei, sich über Wasser zu halten, und zögern somit den Ablösungsprozeß von der Hochschule hinaus und verstärken den Trend zu unerwünscht langen Studienzeiten.

Entscheidender als die finanziellen Vorteile ist wohl für die Mehrzahl der zuvor genannten Gruppen von Pro-forma-Studenten die psychische und soziale Stabilisierung, die ein Scheinstudium mit sich bringt. Am deutlichsten trifft dies auf den Pro-forma-Studenten mit Examen zu. Das läßt sich für diese Gruppe auch empirisch bestätigen, wie die HIS-Exmatrikuliertenbefragung 1984 gezeigt hat.

Diese examinierten Pro-forma-Studenten bleiben erst einmal im vertrauten Umfeld Hochschule. Aus diesem Bereich heraus planen sie ihr weiteres Vorgehen. Gerade weil die individuellen Realisierungschancen auf dem Arbeitsmarkt unsicher geworden sind, wird die Rückzugsmöglich-

keit Hochschule offengehalten. Der Studentenstatus ist zudem sozial akzeptierter als der des Arbeitslosen.

Als Pro-forma-Student bleibt man im studentischen Milieu. Kontakte zu Freunden und Bekannten aus der Studienzeit reißen nicht so schnell ab. Ab und zu lassen sie sich in der Hochschule sehen, um bekannte Gesichter in der Mensa oder in der Cafeteria zu treffen.

Der Studentenstatus bietet darüber hinaus die Chance, an Studentenjobs heranzukommen. Sie erleichtern es dem Pro-forma-Studenten, den Lebensunterhalt zu finanzieren. Als nicht immatrikulierter Absolvent an Jobs heranzukommen, ist ungleich schwieriger.

Gegenüber Arbeitgebern läßt sich die Zeit der Pro-forma-Immatrikulation unschwer mit dem Argument, weitere Qualifikationen erworben zu haben, verschleiern. Als Arbeitsloser oder gar als Langzeitarbeitsloser wiese die Biografie einen Bruch auf. Arbeitgeber bevorzugen lückenlose Biografien. In einer Zeit, in der über zu lange Studienzeiten geklagt wird, können "Leerzeiten" aufgrund einer Pro-forma-Immatrikulation die Einstellungschancen weiter verschlechtern. Aber es gibt auch Absolventen, die während ihrer Pro-forma-Immatrikulation tatsächlich ihre fachlichen Qualifikationen vertiefen und erweitern. Dies gilt vor allem für Scheinstudenten mit Examen in den ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern (vgl. dazu auch Kap. 6.2.6).

Die psychische und soziale Stabilisierung durch eine Pro-forma-Immatrikulation birgt auch die Gefahr in sich, daß der Hochschulabsolvent in diesem Schwebezustand hängenbleibt. Man richtet sich in dieser Zwischenexistenz zwischen Hochschule und Beruf ein. Das einmal anvisierte Berufsziel wird nicht mehr so hartnäckig verfolgt.

Die Schwierigkeit, den Studentenstatus aufzugeben, haben auch "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive". Vor allem für die Langzeitstudenten unter ihnen trifft dies zu. Die psychische und soziale Stabilisierung aufgrund eines Pro-forma-Studiums gerät auf Dauer immer mehr zu einer Scheinlösung. Aus Angst, sich das Scheitern im Studium eingestehen zu müssen, gibt man den Studentenstatus nicht auf. Die Gründe für diese Angst können vielfältig sein; sie reichen von falscher Fachwahl bis dahin, die geforderten Studienleistungen nicht mehr erbringen zu können. Der Abschied von der Hochschule wird immer weiter hinausgezögert, die materiellen und immateriellen Vorteile des Studentenstatus tragen dazu bei. Der Entschluß, entweder das Studium auch formal abzubrechen oder noch das Examen abzulegen, fällt diesen Langzeit-pro-forma-Immatrikulierten immer schwerer, zumal sich die beruflichen Alternativen mit zunehmendem Alter verringern. Ohne Anstoß von außen kann dieser Zustand oft nicht aufgebrochen werden.

In früheren Jahren wurde der Ablösungsprozeß von der Hochschule finanziell belohnt, sogar dann, wenn nicht unmittelbar nach der Exmatrikulation eine Stelle gefunden wurde. Bis Ende 1975 hatten Hochschulabsolventen Anspruch auf Unterstützung durch das Arbeitsamt. Bei der Berechnung der Höhe der Unterstützung wurde ein fiktives A 13- bzw. BAT IIa-Gehalt zugrunde gelegt. Diese Zahlungen erhielten Hochschulabsolventen, unmittelbar nachdem sie sich exmatrikuliert und beim Arbeitsamt gemeldet hatten. Im Laufe der folgenden Jahre wurden die Möglichkeiten für Hochschulabsolventen, Arbeitslosengeld zu bekommen, immer weiter zurückgeschraubt. Seit dem 01.01.1988 besteht aufgrund des neu eingeführten § 103 a im Arbeitsförderungsgesetz (AFG) für Studierende kaum noch Aussicht, Arbeitslosengeld oder -hilfe zu erhalten, auch wenn sie die sonstigen Voraussetzungen erfüllen. Anspruchsberechtigt sind jetzt nur noch Hochschulabsolventen, bei denen das Studium "Nebensache" ist, d. h., der Besuch der Vorlesungen, Übungen und Seminare einschließlich der Vor- und Nachbereitungszeit darf nicht mehr als 20 Wochenstunden in Anspruch nehmen. Entscheidend ist hierbei nicht die subjektive Auffassung des Studenten. Es ist also unerheblich, ob der Immatrikulierte meint, daß aus seiner Sicht das Studium nur die Nebensache ist und eine beitragspflichtige Beschäftigung aufgenommen werden kann, sondern es ist von den objektiven Anforderungen des Studienganges an einen ordentlichen Studierenden auszugehen.

Die Berufschancen haben sich für einige Studienfächer spürbar verschlechtert. Die einstige

materielle Sogwirkung, auch bei Arbeitsmarktp Problemen Abschied von der Hochschule zu nehmen, hat sich dadurch in den letzten Jahren spürbar verringert. Die materiellen und sozialen Vorteile, die der Studentenstatus mit sich bringt, haben dadurch an Gewicht gewonnen. Allerdings wissen die heutigen Pro-forma-Studenten, daß sich diese finanziellen und immateriellen Vorteile langfristig als Scheinvorteile herausstellen können. Da Pro-forma-Immatrikulierte als Studenten jobben, sind sie in der Regel von der Abgabepflicht zu den Sozialversicherungen befreit. Dies bedeutet aber auch, daß sie keine Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld erwerben. Die beitragsfreien Zeiten der Erwerbstätigkeit als Pro-forma-Immatrikulierte wirken sich negativ auf spätere Rentenzahlungen aus. Auch die Diskussion um das zu hohe Alter der Absolventen läßt Pro-forma-Immatrikulierte nicht unberührt. Sie wissen, daß es mit zunehmendem Alter immer schwieriger wird, das einst anvisierte Berufsziel noch zu erreichen. Durch die Pro-forma-Immatrikulation wird letztlich nur das Problem hinausgeschoben, sich intensiv um die berufliche Zukunft zu kümmern. Pro forma immatrikulierte Absolventen belastet in besonderem Maße auch die Sorge, daß die im Studium erworbenen Qualifikationen rasch veraltern. Hinzu kommt, daß die Qualifikationen - bleiben sie ungenutzt - auch nicht gefestigt und vertieft werden können. Die Angst, daß sich die Kosten der Bildungsinvestition (z. B. in Form des zurückzahlenden Darlehens bei einer BAföG-Finanzierung) nicht amortisieren, wächst.

Die genannten finanziellen Vorteile des Studentenstatus aufgrund einer Pro-forma-Immatrikulation wiegen die Nachteile nicht auf. Allein das ökonomische Kalkül, Nutzen aus dem Studentenstatus zu ziehen, reicht als Erklärung nicht aus und erfaßt bei vielen Pro-forma-Immatrikulierten nicht den Kern ihres Verhaltens. Die Pro-forma-Immatrikulation ist vielfach ein kurzfristiger Ausweg, weil diese "Studierenden" sich über ihre weitere Zukunft nicht im klaren sind. Nicht bewußter Mißbrauch, wie bei dem "professionellen Pro-forma-Studenten", sondern eher individuelle Hilflosigkeit, sich über den weiteren Weg aufgrund der vorgefundenen Studien- und Arbeitsmarktbedingungen klar zu werden, sind entscheidend für die Pro-forma-Immatrikulation.

### 5.3 Institutionelle Belastung durch Pro-forma-Studenten

#### 5.3.1 Kapazitative Betrachtung

##### Durchführung der Kapazitätsberechnung

In der Debatte um die Pro-forma-Studenten spielte immer auch der kapazitative Aspekt eine wichtige Rolle. Das gängige Argument lautete: Pro-forma-Studenten und insbesondere Langzeitstudenten unter ihnen blockieren Studienplätze. Diese Studienplätze würden aber dringend für die nachrückenden geburtenstarken Jahrgänge benötigt. Fehlbelegungen durch Pro-forma-Studenten könnten - so die häufig anzutreffende Meinung - angesichts der angespannten Haushaltslage im Bildungsbereich nicht geduldet werden.

In der Kapazitätsberechnung geht man von der Grundgleichung aus, daß das Lehrangebot der Lehrnachfrage entsprechen soll.

Das Lehrangebot setzt sich zusammen aus der Anzahl der Lehrpersonen, multipliziert mit ihrem Lehrdeputat. Die Anzahl der Lehrpersonen ist vorgegeben. Zu beachten ist allerdings, daß die Kapazitätsverordnung davon ausgeht, daß mit allen verfügbaren Stellen gerechnet wird, unabhängig davon, ob sie besetzt sind oder nicht. Bei dem Lehrdeputat handelt es sich um die im Rahmen des Dienstrechtes festgesetzte Regellehrverpflichtung einer Lehrperson einer bestimmten Stellengruppe. Abgezogen werden von dieser Lehrverpflichtung bei der Berechnung für zugeordnete Studiengänge einer Lehrereinheit Ermäßigungen aufgrund von besonderen Funktionen und Tätigkeiten sowie Veranstaltungsstunden, die als Dienstleistungen für Studenten anderer Fächer erbracht werden.

Die Lehrnachfrage ist definiert als Produkt aus der Anzahl der zuzulassenden Studenten und



dem Curricularnormwert (CNW). Bei der Zulassungsberechnung ist die Zahl der zuzulassenden Studenten die Unbekannte, nach der die Gleichung  $\text{Lehrangebot} = \text{Lehrnachfrage}$  aufgelöst wird. Der Curricularnormwert gibt an, welche Lehrbelastung ein Student während seines Gesamtstudiums innerhalb der Regelstudienzeit verursacht; er beschreibt somit die durchschnittliche Lehrnachfrage und Betreuungsintensität für einen Studenten bis zur Abschlußprüfung. Der Curricularnormwert ergibt sich aus den Studienplänen. Solange die Studienpläne nicht korrigiert werden, bleibt der jeweilige Curricularnormwert unverändert.

Mit dem Curricularnormwert wird die Lehrmenge von vornherein normativ festgelegt, die ein Studierender während seines gesamten Studiums nachfragt. Diese über den Curricularnormwert vorgegebene Lehrmenge kann der Studierende innerhalb der Regelstudienzeit von acht Semestern nachfragen, er kann aber auch diese Lehrmenge auf mehr Semester verteilen und entsprechend länger studieren. Aufgrund des normativen Berechnungsmodells der Kapazitätsverordnung (KapVO) belastet ein Langzeitstudent die Universität nicht stärker als ein Student, der in der Regelstudienzeit abschließt. Für den Betreuungsaufwand aus der Sicht der Hochschule ist es also nach dieser Formel einerlei, wie lange der Student die Hochschule besucht. Die tatsächliche Studiendauer und vor allem eine deutlich über der Regelstudienzeit liegende Studienzeit z. B. bei Langzeitstudenten ist damit ohne Einfluß auf die Höhe der Zulassungsquote. Dies war nicht immer so. Noch in der Vorlaufphase zu dem hier grob skizzierten, seit 1977 bundesweit gültigen Berechnungsmodell gemäß KapVO wurde noch die tatsächliche Studiendauer als Faktor zur Bestimmung der nachgefragten Lehrmenge vorgesehen. Nach den Erfahrungen des Vorlaufs wurde die Größe  $t$  für die tatsächliche Studiendauer in dem Berechnungsmodell der KapVO gestrichen. Die KapVO stellt seit dieser Zeit nur noch auf Studienanfänger ab, deren nachgefragte Lehrmenge über den Curricularnormwert vorgegeben ist.

Bei der Berechnung der zuzulassenden Studenten nach der derzeit gültigen KapVO wird berücksichtigt, daß von der Gesamtzahl der Studienanfänger nur ein bestimmter Prozentsatz bis zum Ende studiert. Diese Berechnung der Schwundquote für die einzelnen Fächer ist aber losgelöst von einer individuellen Studienverlaufsbeurteilung. Statt dessen geht man von einer Kohortenbetrachtung aus. Ermittelt werden nur die Übergangsquoten von einem zum anderen Semester. Durch die Verkettung der Übergangsquoten pro Semester wird die durchschnittliche Übergangsquote pro Studiengang ermittelt. Diese durchschnittlichen Übergangsquoten bilden die Grundlage für die Schwundausschleissfaktoren pro Studiengang. Bei den Schwundausschleissfaktoren handelt es sich um empirische Werte, die die Hochschule pro Studienjahr und Studiengang jeweils neu berechnet. Aufgrund des so antizipierten Schwundes können mehr Studenten zugelassen werden, da nicht alle Studienanfänger das Studienziel erreichen oder an eine andere Hochschule wechseln. Die Schwundausschleissfaktoren werden durch die Zahl der Pro-forma-Studenten beeinflusst, soweit sie sich in den Semestern befinden, die bei deren Berechnung berücksichtigt werden. Die Aufnahmekapazität wird dadurch nur in geringem Maße beeinträchtigt.

#### Auswirkungen auf die Kapazität

Aufgrund der Kapazitätsberechnung ergibt sich, daß vor allem "zeitlich befristeten Pro-forma-Studenten" und "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" durchaus Studienplätze blockieren, aber in geringem Umfang. Außerdem verteilen sie ihre Lehrnachfrage auf einen längeren Zeitraum.

Die Gruppe der "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf" fragen kaum Lehrleistungen nach. In der Regel immatrikulieren sich Pro-forma-Studenten, gleich welcher Gruppe sie zuzuordnen sind, vor allem in freien Studiengängen. Nur die Gruppe der "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" in N.c.-Studiengängen, die einen Studienplatz erhalten haben, ihn aber nicht antreten, blockieren Kapazitäten. An diese Gruppe wurde im Rahmen der bisherigen Diskussion aber fast nie gedacht, wenn das Kapazitätsargument in Zusammenhang mit dem Pro-forma-Studium vorgetragen wurde.

Als Fazit ist festzuhalten: Pro-forma-Studierende blockieren Studienplätze aufgrund des Berechnungsmodus der KapVO nur in geringem Umfang einschließlich der kleinen Gruppe der "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten".

### 5.3.2 Finanzielle Betrachtung - Einfluß der Gesamtstudentenzahl auf die Mittelzuweisung

In der politischen Diskussion wird immer wieder der Eindruck erweckt, daß die Zahl der Studenten für das den Hochschulen bereitgestellte Finanzvolumen eine wichtige Größe sei. Im folgenden wird daher versucht, der Frage nachzugehen, welche Bedeutung die Zahl der Studenten für die Zuweisung von Finanzmitteln aus dem Bundeshaushalt und den Landeshaushalten hat. Dabei ist zwischen dem langfristig geplanten Ausbau des Hochschulwesens und der jährlichen Mittelzuweisungen an den Hochschulbereich bzw. die Hochschulen zu unterscheiden.

#### **Studentenzahl und Hochschulausbau**

Durch den 1969 in das Grundgesetz aufgenommenen Artikel 91a wurde der "Ausbau und Neubau der Hochschulen" der gemeinsamen Planungs- und Finanzverantwortung von Bund und Ländern zugewiesen. Seit dem ebenfalls 1969 verabschiedeten Hochschulbauförderungsgesetz (HBFG), durch das die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau inhaltlich und institutionell konkretisiert wurde, gibt es jährlich Rahmenpläne mit jeweils vierjähriger Laufzeit. Die Rahmenplanung der ersten Jahre orientierte sich an der rasch steigenden Nachfrage nach Studienplätzen und der Notwendigkeit, mit dieser Nachfrage einigermaßen Schritt zu halten. Die aktuellen und kurzfristig erwarteten Studentenzahlen waren eine entscheidende Orientierungsgröße.

Mitte der 70er Jahre wurde unter Berücksichtigung der seit Mitte der 60er Jahre drastisch abnehmenden Geburtenzahlen der Gesamtausbau der Hochschulen an Gesichtspunkten des langfristigen Bedarfs und der langfristig voraussehbaren Nachfrage - über die 90er Jahre hinaus - orientiert. Der Wissenschaftsrat empfahl 1975 einen Gesamtausbau von 850.000 flächenbezogenen Studienplätzen. Dieses heute noch gültige auf sehr langfristig erwartete Studentenzahlen ausgerichtete Ausbauziel lag deutlich unter den kurz- bis mittelfristig prognostizierten Studentenzahlen. Für die Zeit, in der die Hochschulen die geburtenstarken Jahrgänge aufnehmen müssen, wurde eine Überbelegung der Studienplätze bewußt in Kauf genommen.

Um den Beschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 4. Nov. 1977 zur "Sicherung der Ausbildungschancen" zu gewährleisten, werden seit dieser Zeit angesichts unerwartet stark expandierender Studentenzahlen für eine Übergangszeit Überlastmittel zur Überbrückung der schwerwiegendsten Engpässe bereitgestellt (vgl. Planungsausschuß für den Hochschulbau o. J.). Welche Folgen sich aus der Orientierung der Dimensionierung des Hochschulbereichs an langfristig erwarteten Studentenzahlen für die jährliche Mittelzuweisung der Hochschulen ergeben, wird nachfolgend noch skizziert.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß für die Dimensionierung des Hochschulbereichs und damit für die Höhe der für den Ausbau bereitzustellenden Mittel in der Vergangenheit Studentenzahlen immer ein wichtiger Indikator waren. Allerdings haben im Laufe der Zeit durch die Strategie der "Untertunnelung des Studentenberges" die aktuellen Studentenzahlen zunehmend an Bedeutung verloren.

Dies verdeutlicht auch die aktuelle Diskussion um die künftig zu erwartende Entwicklung der Studienanfänger- und Studentenzahlen. Nicht die permanenten Hinweise der Hochschulen auf unerträgliche aktuelle Überlastsituationen in vielen Fächern haben die Bildungspolitik veranlaßt, zusätzlich Mittel über Sonderprogramme für die Hochschulen bereitzustellen, sondern die Erkenntnis, daß die langfristig zu erwartenden Studienanfänger- und Studentenzahlen wesentlich höher sein werden als nach den bisherigen Prognosen zu erwarten war. Selbst die Revision des seit 15 Jahren unveränderten Ausbauziels von 850.000 Studienplätzen wird erwogen.

Seit der Hochschulausbau an langfristig zu erwartenden, also prognostizierten Studentenzahlen orientiert wird, hat das Pro-forma-Studium keine wesentliche Rolle gespielt. Dies ist u. a. darauf zurückzuführen, daß die Zahl der Pro-forma-Studenten bei langfristigen Prognosen innerhalb der Unsicherheitsmargen liegt, mit denen diese behaftet sind. Außerdem sind die Ausbauzielzahlen politische Setzungen, bei deren Festlegung auch andere Faktoren, (wie z.B. Haushaltslagen in Bund und Länder) mitbestimmend sind.

### **Studentenzahl und jährliches Finanzvolumen für Hochschulen**

Das "Mehr" für die einzelne Hochschule entspricht in der Regel der Gesamtsteigerungsrate des Haushaltes des Landes für den Bildungsbereich. Die Entwicklung der tatsächlichen Studentenzahl schlägt sich als berechenbare Größe bei der Festlegung des Ansatzes für die einzelne Hochschule nicht nieder, obwohl bei Finanzverhandlungen zwischen Hochschule und Ministerien damit operiert wird. Solange die Studentenzahlen steigen, versuchen die Hochschulen damit ihrer Forderung nach höherer Mittelzuweisung Nachdruck zu verleihen. Von Seiten der Ministerien, insbesondere der Finanzministerien, wird immer wieder auf künstlich überhöhte Studentenstatistiken hingewiesen, um diese Forderungen abzuwehren. Sie führen an, daß trotz gestiegener Studentenzahlen der Lehrbetrieb nicht zusammengebrochen sei und die Überlast nicht so "schlimm" sein könne. Welchen Einfluß das Studentenzahl-Argument letztlich in den Finanzverhandlungen hat, kann im einzelnen nicht nachvollzogen werden. Für die hier zu erörternde Frage ist wichtig, daß kein formaler Anspruch der Hochschulen auf Anpassung des Finanzvolumens an die Entwicklung der Studentenzahl besteht.

### **Studentenzahl und Personalmittel bzw. Personalstellen**

Bei der Bemessung der Personalausstattung im wissenschaftlichen Bereich wird insbesondere der Kapazitätsaspekt berücksichtigt. Dabei wird von den Studienanfängerzahlen unter Berücksichtigung einer angemessenen Studiendauer (gleich Regelstudienzeit) ausgegangen. Dieses Verfahren entspricht dem System der Kapazitätsverordnung und den Personalrichtwerten des Wissenschaftsrates.

Im Rechenmodell der KapVO wird - wie gezeigt - ausgehend von dem Lehrpersonal, den Lehrdeputaten und dem Curricularnormwert des jeweiligen Studienganges die maximale Zulassungsquote für Studienanfänger berechnet. Mit der Umkehrung dieses Rechenmodells kann der Mindestbedarf an Lehrpersonal ermittelt werden, der für eine bestimmte Zahl von Studienanfängern z. B. nach dem Numerus-clausus-Maßstab erforderlich ist. Zur Berechnung wird dann von der Anzahl der Studienanfänger, die zugelassen sind oder zugelassen werden sollen, ausgegangen. Wieviel Lehre ein Student nachfragt, ist aufgrund des Curricularnormwertes vorgegeben. Das erforderliche Lehrangebot läßt sich nun errechnen. Anschließend wird das erforderliche Lehrangebot mit dem vorhandenen Lehrangebot verglichen. Ist das vorhandene größer als das erforderliche Lehrangebot, liegt eine Unterauslastung vor; übersteigt umgekehrt das erforderliche Lehrangebot das vorhandene, eine Überlastung.

Diese politisch gewollte sich aus der Orientierung der Dimensionierung des Hochschulbereichs an langfristig zu erwartenden Studentenzahlen ergebende Überlastsituation trifft heutzutage für die meisten großen Fächer an den bundesdeutschen Hochschulen zu. Die Überlast hat aber zur Folge, daß der Personalbedarf von der aktuellen Entwicklung der Studentenzahlen abgekoppelt worden ist. So stellt der ehemalige Präsident der TU München und derzeit amtierende bayerische Minister für Wissenschaft und Kunst fest: "Bis Mitte der 70er Jahre hielt der Anstieg des Lehrpersonals mit der Zunahme der Studentenzahl Schritt. Seither allerdings verschlechtert sich die Betreuungsrelation rapide." (WILD 1984, 321) Die Zahlen des Wissenschaftsrates für die Betreuungsrelationen an den Universitäten für die Jahre 1975, 1980 und 1986 belegen diese Entwicklung eindrucksvoll.

Bei der Stellenbesetzung für wissenschaftliches Personal und damit bei der Mittelzuweisung

werden vielfach inzwischen andere Kriterien angewendet, die durchaus größere Bedeutung haben können als das rechnerische Bild der Lehrauslastung:

- Ist das von der Stelle abzudeckende Wissenschaftsgebiet in der Ausbildung notwendig?
- Ist diese Stelle wesentlich für die Entwicklung in Lehre und Forschung?
- Sind von einem Stelleninhaber weitere Aufgaben etwa im Dienstleistungsbereich oder im Bereich Forschungsk Kooperation zu erfüllen? (vgl. SENAT VON BERLIN 1982, 3)

Die Zuweisung von Personalmitteln für studentische Hilfskräfte wird von der Lehrbelastung insbesondere im Grundstudium oder von der für sinnvoll erachteten Forschungsunterstützung für Professoren abhängig gemacht. Auch die Ausstattung eines Bereiches mit sonstigen Mitarbeitern orientiert sich vor allem an der Zahl des wissenschaftlichen Personals oder an technischen Gegebenheiten. Die aktuelle Entwicklung der Studentenzahlen hat insoweit hier lediglich indirekten Einfluß (vgl. SENAT VON BERLIN 1982, 4).

Die Überlastsituation hat die Mittelzuweisung auch für das Personal grundlegend verändert. Nur noch sehr begrenzt ist das Gewicht, das der tatsächlichen Studentenzahl für die Zuweisung der Personalmittel zukommt. In Hamburg ist sogar im Hochschulgesetz (§ 16 Abs. 1 Hamburger Hochschulgesetz) vorgeschrieben, daß jede frei werdende Stelle daraufhin überprüft werden muß, ob diese Stelle nicht eingespart werden kann. Bei dieser Überprüfung wird auf die Studentenzahl nur als ein Kriterium unter sechs anderen zurückgegriffen.

#### Studentenzahl und Investitionsmittel

Die jährlichen Mittelzuweisungen für Geräte und Apparaturen etc. werden mit dem Argument des Stellenwertes der Forschung oder der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer übernommenen Dienstleistung (insbesondere im Krankenhausbereich) begründet. Geräte für Ausbildungsaufgaben werden nach dem konkreten Bedarf in Lehrveranstaltungen oder nach der spezifischen Lehrnachfrage und nicht deterministisch aufgrund von Gesamtstudentenzahlen ermittelt.

Die Bewilligung von Geräten und Apparaturen hängt entscheidend von dem Stellenwert des Forschungsgebietes ab, in dem sie eingesetzt werden sollen. Bevorzugt gefördert werden zur Zeit natur- und ingenieurwissenschaftliche Forschungsprojekte. Sie werden als nutzbringend oder besonders zukunftssträftig angesehen. Die Mittelzuweisungen für Geräte etc. sind in erster Linie abhängig von der Forschung, kaum von der Lehre. Studentenzahlen sind daher kein schlagendes Argument, um den Etat zu erhöhen.

Für Bauunterhaltungen oder Umbaumaßnahmen spielt die Entwicklung der tatsächlichen Studentenzahlen keine Rolle. Lediglich bei der Ermittlung des Flächenbedarfs für größere Neubaumaßnahmen und für die Rahmenplanung nach dem Hochschulbauförderungsgesetz werden, wie oben skizziert, langfristig zu erwartende Studentenzahlen als Maßgröße für Flächenrichtwertverfahren zur Ermittlung der Studienplatznachfrage herangezogen.

#### Studentenzahl und Sachmittel

Auch im Sachmittelbereich hängt die Mittelzuweisung nicht ursächlich von der Gesamtstudentenzahl ab. So sind Gebäudebewirtschaftungskosten für Bauunterhaltung, Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume, Ersatz von Ausgaben für andere Dienstleistungen und alle einnahmeabhängigen Ausgaben langfristig nicht disponibel. Dies gilt auch für alle Ausgaben aufgrund von Verträgen und anderen rechtlichen Verpflichtungen. Im Sachmittelbereich besteht, wenn überhaupt, nur bei dem Titel "Mittel für Lehre und Forschung" eine gewisse Abhängigkeit von der Studentenzahl. Aber auch diese ist eingeschränkt, weil ein erheblicher Teil der Mittel nach Personalstellen und nach Forschungsgesichtspunkten vergeben wird (Sicherstellung der Grundausrüstung; vgl. SENAT VON BERLIN 1982, 6).



Bei der Bemessung der Sachmittelausstattung gibt es generell keine Richtgrößen in Abhängigkeit von der Zahl der Studenten, die für die Ansätze in den Haushaltsplänen der Hochschulen verbindlich zugrunde gelegt werden. Allenfalls handelt es sich um Verteilungsschlüssel, die aus unterschiedlich gewichteten Faktoren gemittelt sind und auf bestimmte Titel (z. B. für Mittel für Lehre und Forschung) zur Verteilung der Mittel angewendet werden. Dieses Verfahren ist jedoch von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich.

### Fazit

Bis 1975 waren die aktuellen Studentenzahlen ein entscheidender Indikator für den Ausbau der Hochschulen. Seit 1975 ist der Gesamtausbau der Hochschulen unter dem Gesichtspunkt des langfristigen Bedarfs und der langfristig voraussehbaren Nachfrage begrenzt worden. Die Abkoppelung des Hochschulbaues von aktuellen Studentenzahlen hat im Zusammenwirken mit den Überlastprogrammen dazu beigetragen, daß auch bei den jährlichen Mittelzuweisungen an den Hochschulbereich bzw. die einzelnen Hochschulen, Studentenzahlen an Bedeutung verloren haben. Wird von den in Erlassen und haushaltsrelevanten Vorschriften auffindbaren Regelungen ausgegangen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sich jährliche Mittelzuweisungen und aktuelle Studentenzahlen derzeit nur unwesentlich gegenseitig bedingen, wenigstens kein unmittelbarer Zusammenhang besteht.

Auf diesen Hintergründen ist auch der sachliche Zusammenhang zwischen Pro-forma-Studium und finanzieller Ausstattung der Hochschulen gegeben, allerdings nicht in sehr relevanter Bedeutung.

### 5.4 Versuch einer Gesamtbilanz

In welcher Höhe nehmen Pro-forma-Studierende Vorteile in Anspruch, kommt es also tatsächlich zu einer individuellen Entlastung und einer institutionellen Belastung? Abschließend soll versucht werden, diese Frage zu beantworten. Die verschiedenen aufgezählten Vergünstigungen einfach aufzuaddieren, ist nicht zulässig. Einzelne Vergünstigungen schließen sich untereinander aus oder können aufgrund der Voraussetzungen, wie z. B. dem Alter, gar nicht von allen Pro-forma-Studenten in Anspruch genommen werden.

"Professionelle Pro-forma-Studenten" und unter ihnen vor allem die bereits berufstätigen Selbständigen profitierten in der Vergangenheit in erster Linie von den billigen Krankenkassentarifen für Immatrikulierte. Erhebliche Einsparungseffekte waren möglich. Inzwischen sind aber die Lücken, auch aus der Sicht der Krankenkassen, gegen Mißbrauch geschlossen worden. Die Krankenkassen sind aufgrund der alarmierenden Meldungen in der Presse selbst aktiv geworden und haben Überprüfungsaktionen gestartet, um ältere Pro-forma-Studenten ausfindig zu machen. Ein Ergebnis der Überprüfungsaktion war u. a., daß das Antragsformular korrigiert und die Frage nach der Selbständigkeit aufgenommen wurde, so daß vor allem für die "professionellen Pro-forma-Studenten" ein Mißbrauch ohne vorsätzliche Betrugsabsicht nicht mehr möglich ist. Im Rahmen der Gesundheitsreform wurde zusätzlich eine Fachsemester- und Altersbegrenzung eingeführt, so daß vor allem für ältere selbständige Pro-forma-Studenten keine Chance mehr besteht, für sich den günstigen Studententarif der Krankenkassen in Anspruch zu nehmen. Die in verschiedenen Untersuchungen genannten Einsparungsmöglichkeiten (vgl. z. B. KMK 1984, SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN 1983 oder RCDS-Niedersachsen 1987) bestehen nicht mehr (teilweise entsprachen die Berechnungsbeispiele, so z. B. des RCDS, auch nicht der Realität; vgl. RCDS-Niedersachsen 1987).

Die beträchtlichen Steuervergünstigungen, vor allem für die Eltern von Studierenden, schließen durch die Altersbegrenzung von vornherein die meisten Pro-forma-Studenten aus. Dies gilt vor allem für die Gruppe der Langzeitstudenten unter den "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" und für die "examierten Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf". Eine

Vorteilsnahme bei den Steuervergünstigungen ist weitgehend nur auf die "Wartezeiten überbrückenden Pro-forma-Studenten am Studienanfang" sowie auf die "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive", die noch am Studienbeginn stehen, beschränkt. Allerdings ist eine Vorteilsnahme nur denkbar, wenn Kinder und Eltern sozusagen gemeinsam mit einem Pro-forma-Studium einverstanden sind.

Die Altersbegrenzung schränkt auch bei der Bahn und im Luftverkehr die Inanspruchnahme der besonders attraktiven Tarife durch die Gruppe der Pro-forma-Studenten ein. Zwar gewährt die Bahn darüber hinaus allen Immatrikulierten ohne Altersbegrenzung verbilligte Fahrten zwischen Hochschulort und Wohnort. Diese Ermäßigungen können von allen Pro-forma-Studenten in Anspruch genommen werden; dennoch muß immer erst eine Summe investiert werden, damit man in den Genuß der Ermäßigung kommt. Allein wegen der Ermäßigungen wird man die Bahn jedoch nicht benutzen.

Ohne größere Einschränkungen stehen die Vergünstigungen im Personennahverkehr, bei den Eintrittsgebühren (z. B. für Theater, Kinos, Bäder, Sportanlagen etc.) und die verbilligten Mahlzeiten in den Mensen und Cafeterien allen Eingeschriebenen, also auch den Pro-forma-Immatrikulierten, offen. Größere Summen (mehr als 1000 DM im Jahr) lassen sich allerdings, unter normalen Voraussetzungen, bei Nutzung dieser genannten Möglichkeiten nicht einsparen. Unbestritten ist jedoch, daß diese Vergünstigungen die Lebenshaltungskosten für Pro-forma-Immatrikulierte senken. In Anspruch nehmen werden die Vergünstigungen aber vor allem sozial Schwächere unter den Pro-forma-Immatrikulierten. Um in den Genuß dieser Ermäßigung zu kommen, muß man sich jedoch immatrikulieren. Je nach Hochschule sind dafür Sozialgebühren und AStA-Gebühren - zusammengerechnet 30 bis 70 DM pro Semester - zu bezahlen.

Die individuelle Entlastung durch eine Pro-forma-Immatrikulation ist daher eher als bescheiden einzustufen. Von diesen materiellen Vorteilen allein dürfte kaum ein ernsthafter Anreiz ausgehen, sich zu immatrikulieren, wenn nicht, wie geschildert, zu den materiellen auch noch andere Gründe für eine Pro-forma-Immatrikulation hinzukommen. Krasse Einzelfälle von finanzieller Entlastung hat es jedoch in der Vergangenheit gegeben und mag es heutzutage auch noch geben; z. B., wenn Spitzenverdiener ihr Kind pro forma studieren lassen. Diese Einzelfälle dürfen jedoch nicht ohne weiteres verallgemeinert werden.

Die institutionelle Belastung externer Einrichtungen und der Hochschule durch die Pro-forma-Immatrikulierten ist kaum genau zu quantifizieren. Krankenkassen sind wie geschildert aktiv geworden. Aus ihrer Sicht besteht kaum noch die Möglichkeit eines Mißbrauchs. Für sie ist das Pro-forma-Studium mit der Umsetzung der Maßnahmen im Gesundheitsreformgesetz kein Thema mehr. Die kommunalen Unternehmen des Personennahverkehrs schenken dieser Thematik keine große Aufmerksamkeit, weil die möglichen Verluste durch Pro-forma-Immatrikulierte relativ gering sind. Sie sind zudem an jedem "Dauerfahrgast" interessiert, denn jeder dieser Fahrgäste hilft ihnen zu einem wirtschaftlicheren Ergebnis.

Pro-forma-Studenten, die Mensen und Cafeterien benutzen, profitieren von Staatszuschüssen. Von der Form der Berechnung dieser Zuschüsse hängt es ab, ob Pro-forma-Studenten ihre Höhe beeinflussen. Für Studentenwerke ist auch das Argument wichtig, daß durch sie die Chancen für einen wirtschaftlicheren Betrieb erhöht werden. Die Nutzung von Mensen und Cafeterien sowie sonstigen Hochschuleinrichtungen, wie Beratungsstellen, Vermittlungsdienste, Bibliotheken etc. durch Pro-forma-Studenten, ist nicht zu quantifizieren. Da sich auch die Inanspruchnahme von Kapazität in engen Grenzen hält, schenken die Hochschulen den Pro-forma Studierenden auch keine wesentliche Beachtung. Der einzige kritische Bereich sind die "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten", die N.c.-Studienplätze blockieren. Allerdings sorgen die meisten Hochschulen durch interne Regelungen dafür, daß in den N.c.-Studiengängen überprüft wird, ob Immatrikulierte auch das Studium aufnehmen.

Die individuelle Entlastung durch ein Pro-forma-Studium ist in der Mehrzahl der Fälle als gering anzusehen, zumal wenn die Aufwendungen für die Einschreibung dagegengerechnet werden. Die materielle Belastung der Hochschulen und anderer externer Institutionen (außer

Krankenkassen) ist eher unbedeutend oder nicht quantifizierbar. Anstatt von einer Be- und Entlastung bei den Institutionen oder bei den Personen zu sprechen, ist eher von einer Verschiebung zu reden. Von den Folgekosten nach dem Studium durch Arbeitslosigkeit sind in den letzten Jahren die Arbeitsämter entlastet worden, wie die Rücknahme der Anspruchsberechtigungen auf Arbeitslosenhilfe oder Arbeitslosengeld bei Hochschülern belegt. Die veränderte Arbeitsmarktlage hat einen Rückstau-effekt ausgelöst. Die Integration in den Arbeitsprozeß für Hochschüler wurde schwieriger. Die Umbruchphase auf dem Arbeitsmarkt, vor allem zu Beginn der 80er Jahre, wurde aber durch die Möglichkeit des Pro-forma-Studiums sozial abgemildert. Die Hochschule übernahm vielfach Betreuungsfunktionen anderer sozialer Einrichtungen. Bedingt durch unzureichende Studienbedingungen "produziert" sie aber selbst auch Pro-forma-Studenten (vgl. Kap. 6). Im individuellen Bereich tragen Eltern und deren Kinder in immer stärkerem Maße das Risiko der Amortisation der Bildungsinvestition. Eine Möglichkeit, das Risiko zumindest kurzfristig individuell abzufedern, bietet das Pro-forma-Studium. Inzwischen studiert aber eine neue Studentengeneration, die sich bei Studienbeginn sehr genau über ihre Berufschancen zu informieren versucht. Die Diskussion um die langen Studienzeiten kennen diese Jugendlichen. Sie werden vermutlich versuchen, "Leerzeiten" durch eine Pro-forma-Immatrikulation zu vermeiden. Ob dies bei den gegebenen Studien- und Arbeitsmarktbedingungen immer möglich sein wird, muß sich noch erweisen. Auch die verstärkten Bemühungen um Studienzeitverkürzungen können künftig zur Einschränkung des Pro-forma-Studiums beitragen.

## 6. RAHMENBEDINGUNGEN DER HOCHSCHULAUSBILDUNG - IHR BEITRAG ZUM PRO-FORMA-STUDIUM

### 6.1 Individuelles Verhalten und strukturelle Gegebenheiten

Wurde in der Vergangenheit das Pro-forma-Studium diskutiert, reagierte die Öffentlichkeit oftmals mit Unverständnis. Wie war es möglich, so fragte man, an einer Hochschule eingeschrieben zu sein, ohne zu studieren? Schüler, Auszubildende, Berufstätige etc. würden schließlich kontrolliert, ob sie während der festgesetzten Schul- bzw. Arbeitszeit anwesend sind und ihre Pflichten erfüllen. Für die Hochschulen schiene dies - zumindest für die Pro-forma-Studierenden - nicht zuzutreffen.

In der Tat haben Studierende an Universitäten erhebliche Freiräume zur Selbstgestaltung des Studiums: Ist der Studierende erst einmal eingeschrieben, genießt er das Privileg der "studentischen Freiheit". Er kann über seine Studienintensität selbst entscheiden. Sinkt sie gegen Null und nähert sie sich der eines Pro-forma-Studenten, führt dies keineswegs zur Exmatrikulation. Je nach Fach und erreichtem Studienstand kann der Studierende in diesem "Ruhezustand" eine relativ lange Zeit an der Hochschule ausharren.

Daß das Pro-forma-Studium zu einem beachteten hochschulpolitischen Thema avancieren konnte, ist die Folge von bestimmten Strukturbedingungen der derzeitigen Hochschulausbildung. Von Bedeutung sind vor allem die veränderten Studienbedingungen aufgrund der Bildungsexpansion und die ungünstigere Arbeitsmarktlage für Hochschulabsolventen.

Die Strukturbedingungen stecken die Grenzen für das individuelle Handeln ab und bestimmen damit auch das Verhalten des Pro-forma-Studenten. In der weiteren Darstellung wird für die sechs Gruppen von Pro-forma-Studenten aufgezeigt, in welchem Maße strukturelle Rahmenbedingungen und individuelles Handeln miteinander verklammert sind.

Die Aussagen dieses Kapitels beruhen vor allem auf den Gesprächen mit Hochschullehrern und Studienberatern, wobei zu berücksichtigen ist, daß es sich bei den Interviewten nicht um eine im strengen Sinne nach repräsentativen Kriterien ausgewählte Population handelt. Aufgrund des auf das Pro-forma-Studium eingeschränkten Blickwinkels dürfen darüber hinaus die folgenden Ausführungen zu den Rahmenbedingungen der Hochschulausbildung nicht auf alle Studenten oder die Studiensituation insgesamt verallgemeinert werden.

### 6.2 Rückwirkungen der Strukturbedingungen auf das individuelle Verhalten bei den sechs Gruppen von Pro-forma-Studenten

#### 6.2.1 Professionelle Pro-forma-Studenten

Das Abitur oder ein vergleichbarer Abschluß ist der Schlüssel zum Eintritt in die Hochschule. Ein Studium steht damit in der Bundesrepublik jedem, der die Hochschulberechtigung erworben hat, offen (s. Kap. 7.1). Die Schule bescheinigt die Studierfähigkeit. Sie - und nicht wie in anderen Ländern die Hochschule - ist traditionell die entscheidende Selektionsinstanz. Die einmal erlangte Hochschulberechtigung gilt im Prinzip lebenslang, und von ihr kann mehrmals "Gebrauch" gemacht werden. Mit der Immatrikulation erwirbt man alle Rechte und Pflichten des Studentenstatus, einschließlich etwaiger sozialer Vorteile.

Die genannten Rahmenbedingungen gestatten den "professionellen Pro-forma-Studenten" in die Hochschule einzutreten bzw. in ihr zu verbleiben. Der Einstieg in die Hochschule wird ihnen bei den heute herrschenden Studienbedingungen zusätzlich dadurch erleichtert, da das Immatrikulationsverfahren an Universitäten zum Teil schriftlich abgewickelt wird. Auch die semesterweise Rückmeldung erfolgt vielfach in schriftlicher Form. Die Anonymität und die Unpersönlichkeit des formalen Einschreibverfahrens an den großen Universitäten helfen dem "profes-



sionellen Pro-forma-Studenten", in das System Hochschule hineinzukommen bzw. in ihr zu verbleiben. Innerhalb der Fachbereiche bestehen i. d. R. keine Regelungen, diese "Studierenden" zu identifizieren, da niemand die Anwesenheit kontrolliert oder den weiteren Studienverlauf der Studierenden überprüft. Die zeitliche Unbegrenztheit eines Studiums an einer deutschen Universität erlaubt es den "professionellen Pro-forma-Studierenden" relativ lange, ohne tatsächliches Studium an der Hochschule eingeschrieben zu bleiben. Auch das Alter der "professionellen Pro-forma-Studenten" ist oftmals kein Grund für ein Tätigwerden der Hochschule gegenüber den Studierenden, zumal sie sich für Ältere im Rahmen von Weiterbildungsveranstaltungen und Senioren-Studium geöffnet hat.

Ein gewisser Ansatzpunkt, um diese "professionellen Pro-forma-Studenten" vom Studium abzuhalten, wäre u. a. ein persönliches Immatrikulationsverfahren. Persönliches Erscheinen, um evtl. auftauchende Fragen zu ihren Studienabsichten beantworten zu müssen, könnte evtl. einen Teil der "professionellen Pro-forma-Studenten" davon abschrecken, sich zu immatrikulieren bzw. zurückzumelden. Ein weiterer Ansatzpunkt, diese "Professionellen" aufzuspüren, bieten die Überprüfungsaktionen der Krankenkassen. "Professionelle Pro-forma-Studenten" waren und sind vor allem an den "billigen Krankenkassentarifen" interessiert. Nehmen sich die Krankenkassen die Zeit, zumindest stichprobenartig mit älteren Immatrikulierten bei Studienaufnahme ein kurzes Gespräch zu führen, wirkt allein dieses für einen Teil der "professionellen Pro-forma-Studenten" "abschreckend". Das Erschleichen der günstigen studentischen Krankenkassentarife durch "professionelle Pro-forma-Studenten" ist andererseits inzwischen jedoch kaum noch ein Thema (s. Kap. 5.2.1 und Kap. 7.2), so daß insgesamt festzustellen ist, daß der etwaige Maßnahmenkatalog zur Einschränkung des "professionellen Pro-forma-Studiums" ziemlich begrenzt ist.

#### 6.2.2 An der Studienaufnahme gehinderte Pro-forma-Studenten

Vor allem zu Beginn der 70er Jahre führte der große Andrang der Studenten dazu, daß die freie Wahlmöglichkeit des Faches eingeschränkt werden mußte. Für Medizin wurde bereits 1963 der freie Zugang durch den N.c. versperrt. 1973 nahm die zentrale Stelle für die Vergabe von Studienplätzen in Dortmund ihre Arbeit auf. Für eine größere Anzahl von Fächern wurde der Zugang zentral geregelt. Die Folge der Bewirtschaftung war, daß sich Studienbewerber frühzeitig um das knappe Gut Studienplatz kümmern mußten. Der Aufwand für das schriftliche Bewerbungsverfahren war nicht unerheblich. Bis Bewerber ihr Studium aufnehmen konnten, verstrich eine gewisse Zeit. In dieser Zeit konnten sich die Lebensumstände des künftigen Studierenden ändern, die ihn daran hinderten, das Studium zu beginnen. Aus einer gewissen "Furcht vor dem Verlust" blockierten sie jedoch den Studienplatz, ohne das Studium wirklich aufzunehmen. Diesen "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten" war vermutlich nicht bekannt, daß der Anspruch auf einen N.c.-Platz erhalten bleibt, wenn man ihn aus Gründen, die nicht selbst zu vertreten sind, nicht verwirklicht.

Die meisten Hochschulen reagieren inzwischen auf diese Fälle. Sie kontrollieren in den N.c.-Fächern, ob die eingeschriebenen Studienanfänger bzw. Quereinsteiger den Studienplatz auch in Anspruch genommen haben. Die Detailtiefe dieser Prüfungen variiert allerdings von Hochschule zu Hochschule (s. Kap. 7.1). Erfolgt die Überprüfung und damit die mögliche Rückgabe des Studienplatzes zu spät, wird eine Neuverteilung so stark verzögert, daß Nachrücker einen Teil des Semesters versäumen.

Zum Teil wird es aber auch für Studieninteressierte immer schwieriger, einzelne Lebensabschnitte aufeinander abzustimmen. So müssen Männer sich frühzeitig z. B. bei der ZVS um ihren Studienplatz bewerben, ihre Einberufung zum Wehr- bzw. Zivildienst erfolgt jedoch oft relativ kurzfristig. Es ergeben sich zeitliche Abstimmungsprobleme.

Die bei Studieninteressenten anzutreffende Ungewißheit über den richtigen und erfolgversprechenden Ausbildungsweg ist heutzutage nicht unverständlich. Es gibt oft nur eine begrenzte Zahl von attraktiven Studien- und Ausbildungsplätzen. Dieses verstärkt bei Studienberechtigten

die Tendenz, sich um mehrere Ausbildungsplätze gleichzeitig zu kümmern. Erhalten sie den Zuschlag, versuchen sie ihre endgültige Entscheidung so lange wie möglich hinauszuzögern, oft in der Hoffnung, einen noch besseren Platz zu finden. Die aus individueller Sicht verständlichen Mehrfachbewerbungen verzögern aber den Verteilungsprozeß. Auf kurzfristig freigewordene Ausbildungs- bzw. Studienplätze können andere Bewerber nicht rechtzeitig nachrücken.

#### 6.2.3 Wartezeiten überbrückende Pro-forma-Studenten am Studienanfang

Noch zu Beginn der 70er Jahre war es üblich, nach dem Abitur sobald wie möglich zur Hochschule überzuwechseln. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in den letzten 10 Jahren haben die Studienberechtigten in erheblichem Maße verunsichert. Berufliche Ausbildungsplätze außerhalb der Hochschule gewannen in ihren Augen an Attraktivität. Wirklich erfolgversprechende Ausbildungsplätze außerhalb der Hochschule waren jedoch rar. Für das Erreichen dieser attraktiven Ausbildungsplätze mußten teilweise erhebliche Wartezeiten in Kauf genommen werden. Als eine Möglichkeit, diese Wartezeiten zu überbrücken, bot sich ein Hochschulstudium vor allem in einem zulassungsfreien Studienfach an.

Die Pro-forma-Immatrikulation an einer Hochschule eröffnete die Chance, als "Auszubildender" anerkannt zu werden. Dieser Status brachte nicht nur den Eltern steuerliche Vorteile in Abhängigkeit von der Höhe ihres Einkommens, sondern erleichterte auch einige versicherungsrechtliche Probleme, das Kindergeld wurde weitergezahlt oder Geschwister erhielten weiterhin BAföG. Zudem war die Chance, an Jobs heranzukommen, für einen Immatrikulierten leichter als für einen auf einen Ausbildungsplatz wartenden Studienberechtigten.

#### 6.2.4 Zeitlich befristete Pro-forma-Studenten

Entscheidende strukturelle Voraussetzung für ein zeitlich befristetes Pro-forma-Studium ist das studentische Selbstgestaltungsrecht des Studiums. Die Zeit entsprechend den eigenen Bedürfnissen frei einzuteilen, kann sich der Studierende u. a. deshalb erlauben, weil das Studium nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen sein muß.

Die bestehenden Rahmenbedingungen lassen grundsätzlich zwei Arten eines befristeten "Nicht-Studierens" zu:

- die durch die Verwaltung offiziell genehmigte befristete Beurlaubung und
- die selbstgenehmigte befristete Entbindung vom Studium (= "zeitlich befristetes Pro-forma-Studium").

Für Studierende bestand schon immer die Möglichkeit, sich durch eine Beurlaubung von den Studienpflichten zeitweise entbinden zu lassen. Der Beurlaubte bleibt weiterhin Student; die Rechte und Pflichten aus der Immatrikulation ruhen in dieser Zeit. So dürfen Beurlaubte Vorlesungen und Übungen nicht besuchen. Anspruch auf Korrektur von Studienarbeiten besteht für Beurlaubte nicht, Prüfungen können sie jedoch ablegen. Eine Förderung gemäß BAföG entfällt.

Die Beurlaubung ist knapp befristet, d. h., sie wird in der Regel nur für 1 bis 3 Semester gewährt. Als Gründe für eine Beurlaubung gelten u. a. Wehr-/Zivildienst, Krankheit, Geburt oder Pflege eines eigenen Kindes, Verbüßung einer Haftstrafe (vgl. THIEME 1986, 697). Die Handhabung und Kontrolle der Beurlaubung variiert erheblich zwischen den einzelnen Ländern und den einzelnen Hochschulen. In Baden-Württemberg besteht beispielsweise eine relativ restriktive Beurlaubungsregelung, insbesondere gibt es den Grund Prüfungsvorbereitung seit 1977 nicht mehr. In anderen Ländern wie z. B. in Hessen wird bei der Beurlaubung relativ großzügig verfahren.

Bei der offiziell genehmigten Form des Nicht-Studierens, der Beurlaubung, ist in letzter Zeit aufgrund der Diskussion um die zu langen Studienzeiten deutscher Absolventen ein Bedeutungswandel zu beobachten. Studierende lassen sich beurlauben und erwecken damit den Eindruck, nicht zu studieren; faktisch schränken sie ihre Studententätigkeit aber kaum ein. In Hessen machen Studierende von einer Beurlaubung verstärkt Gebrauch, vor allem um die Zählung ihrer Fachsemester zu stoppen. Durch eine Beurlaubung wenden die Studierenden die Gefahr ab, eventuell in höheren Semestern Studiengebühren zahlen zu müssen. Hessen ist bekanntlich das einzige Land, das Studiengebühren bei Langzeitstudenten erhebt (s. auch Kap. 7.1).

Der geschilderte Sachverhalt führt dazu, daß die Absolventen an hessischen Hochschulen in einzelnen Studiengängen scheinbar besonders günstige Fachstudienzeiten aufweisen. Die kurzen Studienzeiten werden aber mit langen Beurlaubungszeiten "erkauft". Durchschnittliche Beurlaubungszeiten von mehr als einem Semester sind in einzelnen Studiengängen keine Seltenheit (vgl. REISSERT/SCHAEFER 1988, 27 und 71). Aber nicht nur in Hessen bemühen sich Studierende, ihre Fachstudienzeiten in einem günstigeren Licht erscheinen zu lassen. So wurde uns aus einigen Hochschulen berichtet, daß z. B. bei Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern, Physikern etc. die Tendenz besteht, die Möglichkeit zur Beurlaubung voll auszuschöpfen. Diese Studenten rechnen sich durch "geschönte" Studienzeiten bessere Berufschancen aus.

Neben der amtlich genehmigten Beurlaubung gibt es die selbst gewährte befristete Befreiung vom Studium. Die Palette der Gründe reicht von dem Wunsch, einmal Urlaub zu machen, nach einer besonders anstrengenden Studienphase ein Ruhesemester einzulegen oder sich intensiv auf eine Prüfung vorzubereiten, bis hin zur Notwendigkeit, eine Krankheit auszukurieren oder Geld verdienen zu müssen. Die selbst gewählte zeitlich befristete Beurlaubung vom Studium ist ein individueller "Puffer", um mit vielen Wechselfällen des Lebens im Studium besser fertig zu werden.

Bei einer selbst eingeräumten Befristung und bei einer Beurlaubung (mit Ausnahme der genannten Beispiele) werden die Studienaktivitäten erheblich reduziert. Der Kontakt zur Hochschule und zum vertrauten Kreis der Kommilitonen kann dadurch verloren gehen. Dauert der befristete Studienaufschub länger als eingeplant oder fällt es dem Studierenden nach der Befristung schwer, wieder in der Hochschule Fuß zu fassen, kann ein Wechsel von dem Status eines "befristeten Pro-forma-Studenten" in den Status eines "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" die Folge sein.

Das zeitlich befristete Pro-forma-Studium hat es immer schon gegeben. Es ist keine Erscheinung unserer Zeit. Ein befristetes Pro-forma-Studium erlaubt es dem Individuum, seine Studienintensität besser seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten anzupassen. Es vergrößert damit den Handlungsspielraum des Studenten. Die individuelle Möglichkeit zu einem befristeten Pro-forma-Studium führt auch zu einer erhöhten Flexibilität des Studiensystems. Die phasenweise Entbindung vom Studium ermöglicht es z. B. Studierenden, die als Part-time-Studenten aus finanziellen oder familiären Gründen diesen Status einnehmen müssen, ihr Studium überhaupt zu bewältigen. Durch ein befristetes Pro-forma-Studium kann eventuell abgewendet werden, daß das Studium abgebrochen werden muß. Ein befristetes Pro-forma-Studium wird häufig mit einer Verlängerung der Studienzeiten erkauft.

### 6.2.5 Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive

Die Gruppe der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" wurde bereits bei der quantitativen Darstellung als besonders gewichtig bezeichnet (Kap. 3.3). Diese Studierenden beginnen ihr Studium als ordentliche Studenten. Sie hatten bei Studienaufnahme noch die feste Absicht, ihr Studium auch abzuschließen. Im Verlaufe des Studiums verlieren sie jedoch den Anschluß. Dies hat zur Folge, daß die einst ordentlichen Studierenden ihre Studienaktivitäten mehr und mehr reduzieren, so daß sie letztlich nur noch als "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" zum "Schein" studieren.

Bis das Studienziel als unerreichbar angesehen wird, vergeht oft eine längere Zeitspanne. Zum Verlust der Examensperspektive tragen sowohl individuelle als auch strukturelle Gründe in enger Wechselwirkung bei. Hier interessieren vor allem die strukturellen Rahmenbedingungen, weil diese unmittelbar durch staatliches oder hochschulseitiges Handeln beeinflussbar bzw. veränderbar sind.

In den Gesprächen mit Hochschullehrern und Studienberatern wurden zwei kritische Studienphasen genannt:

- der Studienbeginn und
- das Studienende.

Aus der Sicht der Interviewten können in diesen beiden Phasen bestimmte ungünstige Rahmenbedingungen kumulieren, so daß Studierende aus dem Status eines ordentlichen Studenten in den Status eines "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" überwechseln.

### Studienbeginn

Die Strukturbedingung "Größe der Hochschule" behindert heutzutage in erheblichem Maße eine rasche Integration in das Studium. Bei Studienbeginn fällt es vielen Studierenden schwer, sich an der Universität zurechtzufinden. Der Massenbetrieb in vielen Studiengängen verstärkt bei ihnen das Gefühl der Fremdheit und Anonymität.

Persönliche Kontakte sind unter diesen Umständen nicht leicht zu knüpfen. Die Begegnung mit Professoren und Dozenten ist vor allem in den Anfängervorlesungen - so wurde uns berichtet - vielfach auf "Sichtkontakt" begrenzt. Daß sich Professoren und Studenten in derartigen Mammutveranstaltungen nicht nähern können, liegt auf der Hand. Das einstige Bildungsideal von der Gemeinschaft der Professoren und Studenten in Forschung und Lehre ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur noch Utopie. Die Größe der Veranstaltungen behindert auch das Gespräch der Studenten untereinander. Möglichst rasch verlassen daher viele Studierende die Hochschule nach Ende der Lehrveranstaltungen und kehren in ihren vertrauten Kreis zurück. Sie halten sich oftmals nur noch während der durch den Studienplan fest vorgegebenen Präsenzzeiten an der Universität auf. "Neugründungen auf der grünen Wiese" und die große Zahl der Elternwohner fördern zusätzlich den Trend, die Zeit in der Hochschule auf das unbedingt Notwendige zu begrenzen.

Die Hochschule ist gegenwärtig in immer geringerem Maße Ort der Begegnung. Sie ist nicht mehr der Kristallisationspunkt des studentischen Lebens und Lernens, wie dies früher einmal der Fall war. Die Unübersichtlichkeit und die Größe der Hochschulen erschwert Studienanfängern den Einstieg ins Studium. Gerade sie sind aber beim Start auf persönliche Kontakte angewiesen, um sich an der Massenhochschule zurechtzufinden. Gelingt es ihnen nicht, die notwendigen persönlichen Kontakte zu Beginn des Studiums zu schließen, besteht die Gefahr des Scheiterns (vgl. auch Kap. 7.3.2).

Auch die einstige Faszination, die von der Wissenschaft und ihren herausragenden Fachvertretern ausging, hat für Studenten und Studienanfänger an studienmotivierender Kraft verloren. Dazu trägt auch bei, daß sich die Chancen für den wissenschaftlichen Nachwuchs erheblich verschlechtert haben. Hinzu komme, daß die Begegnung mit der "Wissenschaft" in vielen Studienanfängern zu Studienbeginn nicht mehr stattfindet, wie Hochschullehrer bedauernd feststellten. Wissenschaftliche Einführungsveranstaltungen, um einen ersten Einblick in das Fachgebiet zu erhalten, würden heutzutage kaum noch angeboten. Die Wissensexplosion erschwere dies auch objektiv. Auch Professoren seien heutzutage gezwungen, sich zu spezialisieren; sich einen Überblick über das gesamte Fach zu verschaffen, falle ihnen immer schwerer. Wissenschaftliche Einführungsveranstaltungen erforderten daher eine erhebliche Vorbereitungszeit. Dieser Aufwand für die Lehre werde aber nicht "honoriert".



An Stelle einer wissenschaftlichen Einführung, die Professoren und Studenten einander näherbringen könnte, stehen heutzutage am Studienbeginn eher "Wegweiserveranstaltungen". Diese Wegweiserveranstaltungen bzw. Orientierungsveranstaltungen haben zwar die wichtige Funktion, daß sich der Student in der unübersichtlich gewordenen Hochschule überhaupt erst einmal zurechtfindet. Er erhält in diesen Veranstaltungen auch wichtige und notwendige Hinweise zum Studienaufbau; eine wissenschaftliche Einführung in das Studium bieten diese Veranstaltungen jedoch nur selten (vgl. Kap. 7.3.2).

Dies wäre aber gerade bei Studienbeginn notwendig. Viele der heutigen Studienanfänger kommen aus nichtakademischen Familien. Diese Studierenden müssen sich ohne den familiären Rückhalt, der Kindern aus akademischen Elternhäusern zuteil wird, an der Hochschule zurechtfinden.

Die Homogenität in den Wertvorstellungen und Lebensstilen früherer Studienanfängergenerationen besteht heutzutage nicht mehr. Auch die früher einheitlichere schulische Sozialisation über den "Königsweg" Gymnasium hat an Bedeutung verloren. Leistungsunterschiede beim Studienbeginn sind objektiv bedingt durch unterschiedliche fachliche Schwerpunktsetzungen in den Schulen (z. B. reformierte Oberstufe) und den vielen verschiedenen Schulformen, an denen zusätzlich zu dem traditionellen Weg über das Gymnasium heutzutage die Hochschulreife erworben werden kann.

Bei einer großen Zahl von Studienanfängern ist die Studienentscheidung auch heute noch eher eine Bildungsentscheidung (vor allem in den geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen) d. h., diese Studienanfänger entscheiden sich bei der Studienwahl in erster Linie dafür, ihre an der Schule erworbenen fachlichen Neigungen an der Hochschule weiter zu vertiefen. Was sie mit dem Studium beruflich letztlich anfangen wollen, ist ihnen oft noch unklar (siehe dazu z. B. die Ergebnisse zur Studienmotivation bei MINKS/REISSERT 1985 (b), 48 f.).

Daß die Studienwahl trotz ungünstiger Berufsaussichten z. B. in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fachrichtungen eher unter dem Bildungsaspekt als unter dem Gesichtspunkt der Berufsausbildung getroffen wird, geht zurück auf die traditionell humanistische kulturelle Prägung unseres Schul- und Hochschulsystems. Die Schulen räumen den allgemeinbildenden geisteswissenschaftlichen Fächern nach wie vor einen hohen Stellenwert ein. Ebenso war der hohe Rang der Geisteswissenschaften an den Universitäten lange unbestritten.

Durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben diese Fächer an Bedeutung eingebüßt. Der Hauptabnehmer für die geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftlich ausgebildeten Hochschul-ler, der öffentliche Dienst, ist als Nachfrager weitgehend ausgefallen. Die immer schon unscharfen Berufsperspektiven dieser Fächer sind damit für Studienanfänger noch verschwommener geworden.

Viele der Studienberechtigten, deren Interesse für geistes-, sozial- oder erziehungswissenschaftliche Fächer durch die Schule geweckt wurde, stehen nach dem Abitur oft vor der Entscheidung, ein Fach ihrer Neigung ohne Berufsaussichten zu wählen oder auf ein Studium ganz zu verzichten. Entscheiden sie sich für ein Studium, reicht jedoch das fachliche Interesse nicht immer aus, um das gesamte Studium durchzustehen. Der Arbeitsmarkt als motivierende Kraft fällt weitgehend aus. Eine notwendige Neuorientierung oder ein Pro-forma-Studium kann die Folge sein.

Wegen der ungünstigen Berufsaussichten bereitet es Studienanfängern objektiv Schwierigkeiten, einen sinnvollen Studienplan zusammenzustellen. Auf welches berufliche Ziel hin sollen sie ihr geistes-, sozial- oder erziehungswissenschaftliches Studium ausrichten? Was sollen sie aus dem großen Lehrangebot auswählen? Die nur gering formalisierten Studien- und Prüfungsordnungen bieten auch kaum Anhaltspunkte. Früher war ein interessengeleitetes Studieren und Ausprobieren in diesen Fächern unproblematischer, denn es bestand immer die Chance, als Lehrer ein Auskommen zu finden.

Die bereits hervorgehobenen schulischen, fachlichen und sozialen Unterschiede bei den Erstsemestern erforderten eigentlich gerade in der Studieneingangsphase differenziertere Lern- und Lehrkonzepte. Allein stringenter Studien- und Prüfungsordnungen reichen nicht aus, um auf diese veränderten Bedingungen zu reagieren. Die Lehre und die Didaktik sei aber, wie auch Professoren unter unseren Gesprächspartnern zugestanden, ein konstitutiver Schwachpunkt des deutschen Hochschulwesens. Nach wie vor gilt, daß Professoren in erster Linie wegen ihrer Forschungsleistungen berufen werden und nicht wegen ihrer Lehrleistungen. "Hochschul"-Lehre wird zudem nicht gelehrt. Ein Professor erwirbt seine didaktischen Kenntnisse und Fähigkeiten ausschließlich im Beruf. Zwar sind im Hochschulrahmengesetz inzwischen wissenschaftliche Qualifikation und pädagogische Eignung gleichberechtigt; praktisch ist jedoch die Lehre für einen Professor eher eine oftmals hinderliche Konkurrenz zu der bevorzugten Aufgabe, sein Fachgebiet weiterzuentwickeln (vgl. WAGEMANN 1988 (a), 134). Diese Weiterentwicklung geschieht in erster Linie durch Forschung.

In anderen Hochschulsystemen, z. B. dem amerikanischen, spielt die Lehre neben der Forschung eine durchaus gleichwertige Rolle. Gehaltsfragen oder eine Verlängerung des Vertrages hängen auch davon ab, wie gut z. B. die Lehre bei den Studenten ankommt. Im Gegensatz dazu besteht an deutschen Hochschulen eine direkte Beziehung zwischen Vergütung und Qualität der Lehrleistung eines Professors nicht. Niemand kontrolliert die Lehre der Professoren. Lehrveranstaltungen werden nicht bewertet: Unterrichtsauswertungen, Kritik an den Leistungsbemessungen oder Evaluationen von Lehrveranstaltungen finden so gut wie nicht statt. Bleiben die Studenten von der Lehrveranstaltung weg, gilt dies als altes akademisches Ventil der Studierfreiheit und muß damit nicht viel besagen.

Unter dem Ansturm der Studienanfänger, personeller Engpässe und begrenzter finanzieller Mittel der Hochschulen verschärft sich die Situation beim traditionellen Schwachpunkt des deutschen Hochschulsystems, der "Lehre", bei Studienbeginn noch weiter. Ursprünglich sinnvolle Veranstaltungsformen für kleinere Gruppen wie Übungen und Praktika, die u. a. dem Gedankenaustausch zwischen Dozenten und Studierenden dienen sollten, geraten zu Massenveranstaltungen.

Die genannten Bedingungen bieten auch kaum Freiräume, neue didaktische Konzepte für Studienanfänger zu entwickeln. Diese wären aber u. a. notwendig, um die wachsende Menge und die zunehmende Komplexität des Lehrstoffes besser in den Griff zu bekommen.

Fast alle Gesprächspartner (vor allem Hochschullehrer) forderten als didaktisches Minimalprogramm, mehr Tutoren zu Studienbeginn zu beschäftigen, um wenigstens die bestehenden Leistungsunterschiede zwischen den Erstsemestern besser auszugleichen.

Für die Studienanfänger stellen sich die Orientierungsprobleme je nach dem gewählten Studiengang sehr unterschiedlich dar. In den geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen fehlen, wie bereits erwähnt, vielfach klare und berufliche Bezüge und Ziele. Wo berufliche und fachliche Orientierung jedoch fehlen, nützt der Gestaltungsspielraum, den diese Fächer ihren Studienanfängern einräumen, wenig. Ein Studienberater beschrieb die Situation folgendermaßen: Entweder wird wild durcheinander studiert, alles Mögliche belegt, und die Studienanfänger verzetteln sich, oder es wird nur das obligatorisch Vorgeschriebene studiert, und dies ist in der Regel zu wenig.

In anderen Studiengängen wiederum, wo ein klar umrissenes Berufsbild existiert, müssen die Studienanfänger bzw. Studierenden ein straffes und ihnen kaum Freiräume zubilligendes Grundstudium durchstehen. In diesem Grundstudium muß erst einmal das Methoden- und Faktenwissen gepaukt werden. Der Bezug zum späteren Beruf bleibt aus studentischer Sicht oft unklar. WAGEMANN stellt daher für die Ingenieurwissenschaften die These auf: Je mehr versucht wird, das Studium durch Planung zu ordnen und zu straffen, desto mehr ufern die Studienzeiten aus. Der Studienplan ist nicht erfüllbar, weil er den Menschen nicht einbezieht, kein Hinterfragen erlaubt. Ein durchorganisiertes Studium ohne Gestaltungsspielräume, ohne Möglichkeiten, eigenen Interessen nachzugehen, erschwert auch eine affektive soziale Bindung an

das Studium, die als Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium angesehen wird. Auch FRAMHEIN warnt aufgrund der Konstanzer Untersuchungen vor einer weiteren Leistungsüberforderung in den hochgradig verschulten Studiengängen, denn in diesen Fächern seien die Studienzeiten bereits am längsten (vgl. FRAMHEIN 1988, 98).

Daß der Studienbeginn für einen Teil der Studienanfänger eine schwierige Phase ist, belegen auch die HIS-Befragungen. So beträgt die Studienabbruchquote im Jahre 1984 rund 16 % an Universitäten (vgl. Befragung der Exmatrikulierten des Jahres 1984; REISSERT/MARCISZEWSKI 1987, 44 f.). Nach neuesten Berechnungen aufgrund der Ergebnisse der HIS-Befragungen von Studienberechtigten liegt die Abbruchquote sogar bei 20 % (vgl. HIS 1987, 174 f.). In den 70er Jahren lag sie noch bei etwa 10 %. Daß Studienabbrecher vor allem in den ersten Semestern scheitern, läßt sich ebenfalls empirisch untermauern. Bis zum 4. Semester haben 69 % der Studienabbrecher an Universitäten, die einen Diplom- oder vergleichbaren Abschluß anstreben, ihr Studium bereits aufgegeben. Studienabbrecher, die einen Lehramtsabschluß anstreben, brachen zu 45 % in den ersten 4 Semestern ihr Studium ab (REISSERT/MARCISZEWSKI 1987, 52).

Als wichtiger Grund für den Abbruch werden insbesondere in den geistes-, erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Fächern die ungünstigen Berufsaussichten genannt. Anders sieht die Situation in den Naturwissenschaften und in den Ingenieurwissenschaften aus. Hier liegt die Ursache für den Studienabbruch primär im Scheitern während des Grundstudiums. Dem Grundstudium und der Zwischenprüfung kommt in diesen Fächern eine eindeutige Selektionsfunktion zu. Wirtschaftswissenschaftler geben für ihren Studienabbruch häufig an, andere, aus ihrer Sicht materiell erfolgversprechendere Ausbildungs- oder Berufsmöglichkeiten gefunden zu haben (REISSERT/MARCISZEWSKI 1987, 47 f.).

Die aktuellsten Ergebnisse zum Studienabbruch bei Erstsemestern liefert die HIS-Befragung der Studienanfänger des WS 1987/88. In dieser Studie wird die Gruppe der potentiellen Studienabbrecher folgendermaßen beschrieben:

- hoher Frauenanteil aufgrund ihrer traditionellen Fächerwahl,
- hoher Anteil an Bildungsaufsteigern,
- stark überdurchschnittlicher Anteil an Gesamtschulabgängern,
- unterdurchschnittliche Schulzensuren,
- große Schwierigkeiten mit der Studienfinanzierung,
- eher allgemeinbildungsorientierte Bewertung des Studiums,
- sehr ungünstige Berufschancen nach dem Examen (vgl. LEWIN/SCHACHER 1988, 82).

Die empirischen Ergebnisse zum Studienbeginn bedürfen noch einer Relativierung. Zwar signalisieren insbesondere die zwischen 1979 und 1984 gestiegenen Studienabbruchquoten u. a. ungünstigere Studienbedingungen für Studenten und Studienanfänger. Dennoch ist festzuhalten, daß es dem weitaus überwiegenden Teil der Studienanfänger gelingt, im Studium Tritt zu fassen. Dies ist sicher auf die gemeinsamen Anstrengungen von Studierenden, Hochschullehrern und den Hochschulen insgesamt zurückzuführen. Sie alle bemühen sich unter erheblich erschwerten Rahmenbedingungen, den Lernprozeß in Gang zu halten.

Auch darf der Studienabbruch am Studienbeginn nicht allein auf die beschriebenen ungünstigen Rahmenbedingungen besonders zu Studienbeginn zurückgeführt werden. Der Studienabbruch kann auch eine sehr persönlich begründete Entscheidung des Individuums sein, den eingeschlagenen Ausbildungsweg zu korrigieren.

Bei der Beurteilung der aufgezeigten Schwierigkeiten am Studienbeginn muß auch in Rechnung gestellt werden, daß zeitweilig ca. 30 % und derzeit etwa 25 % der Hochschulberechtigten von ihrer Studienberechtigung keinen Gebrauch machten bzw. machen. Insbesondere Hochschulberechtigte aus unteren sozialen Schichten und Frauen verzichten verstärkt auf ein Univer-

sitätsstudium. Teilweise weichen Studienberechtigte mit Abitur mit leicht zunehmender Tendenz auf die schulmäßiger organisierten Fachhochschulen aus.

Durch diese individuelle Selbstselektion wurden die Universitäten in den letzten Jahren entlastet. Hinzu kommt, daß Jugendliche heutzutage sehr viel genauer ihre Studienentscheidung durchdenken. Sie nutzen die zahlreichen Informations- und Beratungsangebote, bereiten ihre spätere berufliche Tätigkeit also gezielter vor. Dies ist möglich, weil in wachsendem Maße Studienanfänger bereits die Arbeitswelt kennengelernt haben: Entweder haben sie vor Studienbeginn bereits eine berufliche Ausbildung absolviert, oder sie haben, zumindest als Schüler, durch zahlreiche Jobs die Anforderungen der Berufswelt kennengelernt (vgl. LEWIN/SCHACHER 1988, 53).

In den Gesprächen mit den Experten wurde häufiger die Meinung vertreten, daß es den Studienanfängern mit Arbeitserfahrungen leichter fällt, sich im Studium zurechtzufinden. Sie hätten durch ihre berufliche Tätigkeit erfahren, wie nützlich ein Studium für das Fortkommen im Berufsleben sei. Dieses Wissen läßt sie vermutlich auch leichter Frustrationen im Studium ertragen. Klare berufliche Vorstellungen helfen zudem - insbesondere bei Studienbeginn -, einen sinnvollen Studienplan zusammenzustellen. Die Gefahr, schon bald nach Studienbeginn aus dem Status eines ordentlichen Studenten in den eines Pro-forma-Studenten überzuwechseln, ist damit zumindestens verringert.

### Studienende

Es gehört zur Tradition der deutschen Hochschule, daß das Studium zwar auf eine bestimmte Zeitdauer ausgerichtet ist, deren Einhaltung aber nicht ernsthaft kontrolliert bzw. "eingeklagt" wird. Alle Versuche, die Einhaltung von Zeitvorgaben durch Sanktionen oder Anreize zu erreichen, sind bisher wenig erfolgreich gewesen. Die Regelstudienzeit mit verbindlicher Exmatrikulation bei ihrer Überschreitung wurde bereits 1964 von der WRK vorgeschlagen, allerdings erst 1976 im Hochschulrahmengesetz umgesetzt. Nach heftigen Protesten wurde die Zwangsexmatrikulation, ohne daß sie zur Anwendung kam, bereits 1980 wieder aus dem HRG ersatzlos gestrichen. Auch Versuche, eine lange Studienzeit durch Studiengebühren wenigstens zu verteuern, wurden immer wieder, allerdings meistens erfolglos, wie die Beispiele Bayerns und Niedersachsens zeigen (vgl. Kap. 7.1), unternommen. Allein in Hessen ist seit 1973 das Studium für Langzeitstudenten verteuert. Aber auch diese Regelung soll zum Sommersemester 1990 aufgehoben werden. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen haben Bayern und Baden-Württemberg einen anderen Weg eingeschlagen. Sie versuchen, den Zeitraum bis zur Zwischenprüfung zu begrenzen (vgl. Kap. 7.1).

Im Prinzip gilt, mit den geschilderten Ausnahmen, nach wie vor, daß der Student in der Bundesrepublik selbst über die Studiendauer bestimmt und allein für seinen Studienfortschritt verantwortlich ist. In vielen Studiengängen kann er nach wie vor relativ lange eingeschrieben sein, und dies sogar ohne die in den Studien- und Prüfungsordnungen vorgeschriebenen Leistungsnachweise zu erbringen. Folglich gibt es an den Universitäten eine erhebliche Zahl von Langzeitstudenten. Ihr Anteil hat zwischen dem WS 1980/81 und dem WS 1986/87 in allen Fachrichtungen zugenommen, (siehe Bild 1 in Anlage 7). Die Notwendigkeit von schnell wirksam werdenden Maßnahmen zur Studienzeitverkürzung wird dadurch unterstrichen.

Keine Einrichtung in der Hochschule kümmert sich kraft Amtes um den Studienfortschritt der Studierenden. Es gibt zwar viele Stellen, die dem Studierenden helfen, wie z. B. die Studienberatung, Fachberatung, Dozenten etc., wenn er in Schwierigkeiten gerät. Voraussetzung ist jedoch fast immer, daß der Student selbst aktiv wird und das Beratungsangebot annimmt. Mehrere Interviewpartner sprachen das Problem an, ob die Hochschule ihre Ausbildungsaufgabe inzwischen nicht unzureichend wahrnehme, wenn sie mit dem Hinweis auf die studentische Freiheit den Studierenden die Verantwortung für ein Langzeitstudium allein zuschiebe. In vielen Kommissionssitzungen seien zwar ausgeklügelte Studien- und Prüfungsordnungen erstellt worden; sie seien jedoch nicht daraufhin überprüft worden, ob die darin enthaltenen Vorgaben



von einem Normalstudenten auch im Studienalltag umgesetzt werden können (vgl. WAGEMANN 1988 (b), 263). Daß Studien- und Prüfungsordnungen auch aus studentischer Sicht oftmals kaum studierbar sind, belegen die Befragungsergebnisse der Konstanzer Forschungsgruppe. FRAMHEIN stellt dazu fest, daß sich von Studienbeginn an nur ein Teil der Studenten in ihrer subjektiven Studienplanung an den für ihr Fach geltenden Regelstudienzeiten orientiert, weil sie offensichtlich unrealistisch sind. Insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften planen die Studenten häufiger von vornherein ein längeres Studium, gerade in den Fächern also, die sich durch ihre straffen Studien- und Prüfungsordnungen besonders auszeichnen (vgl. FRAMHEIN 1988, 88 f.).

Einige Professoren unter unseren Gesprächspartnern waren der Meinung, daß viele Kollegen - oft aus falsch verstandener Liberalität - vor dem Problem der Langzeitstudenten die Augen verschließen. Jeder Dozent wisse schließlich, daß Studierende nach dem 13. oder 14. Semester nicht mehr besser würden, sondern eher nur noch schlechter. Je länger das Studieneinde hin- ausgezögert werde, desto stärker kumulierten sich die Probleme. Der Absprung bzw. die Ablösung von der Hochschule falle immer schwerer.

In vielen empirischen Untersuchungen wurde immer wieder festgestellt, daß Langzeitstudierende häufig nebenher erwerbstätig sind, d. h. letztlich also nur zeitweise als Lernende an die Universität zurückkehren. Der Erwerbstätigkeit als Grund für eine verringerte Studienaktivität, die dann in ein Pro-forma-Studium umschlagen kann, kommt eine erhebliche Bedeutung zu. Allerdings gibt es verschiedene Varianten hinsichtlich der Auswirkung der Erwerbstätigkeit auf ein Langzeitstudium.

Problematisch ist eine Erwerbstätigkeit - nach der Meinung verschiedener Interviewpartner - vor allem dann, wenn kein Bezug zum Studium besteht. Typisch ist dies für Studierende in den Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften. Die Arbeit belegt zu einem erheblichen Teil die Zeit, die für das Studium fehlt. Die Motivation, das Studium abzuschließen, ist zusätzlich gebremst, weil die berufliche Perspektive nach dem Examen eher ungünstig ist. Das ursprünglich so erhoffte Ziel, das Examen, hat für diese Langzeitstudenten an Zugkraft verloren. Ein Teil der Langzeitstudenten in Fächern mit ungünstigen Berufsaussichten glaubt außerdem nicht mehr daran, daß nach dem Examen die "Tür zur Erwachsenenwelt" aufgeht. Sie beschränken sich daher darauf, lieber heute zu leben, und versuchen Job und Studium gleichzeitig zu bewältigen. Gelingt dies nicht und nimmt die Erwerbstätigkeit immer mehr Zeit in Anspruch, kann das Ziel, das Studium abzuschließen, aufgegeben werden. Durch umfängliche Erwerbstätigkeit verlieren Studierende zudem immer mehr den Kontakt zur Universität, wechseln den Status und studieren nur noch pro forma. Diese Langzeitstudierenden haben auch oft Scheu, an die Universität zurückzukehren. Es kommt - wie Hochschullehrer berichten - die Idee bei ihnen auf, wenn sie sich wieder an der Hochschule sehen ließen, müßten sie erklären, warum sie solange weggeblieben seien.

In den Ingenieurwissenschaften, Natur- und Wirtschaftswissenschaften ist die Erwerbstätigkeit, die zu einem Langzeitstudium beiträgt, anders zu beurteilen, wie einzelne Gesprächspartner hervorhoben. Auch hier verlängert die Erwerbstätigkeit das Studium, und die Studierenden reduzieren ihre Studienaktivität. Die Erwerbstätigkeit steht aber in der Regel im praktischen Zusammenhang mit ihrem Studienfach. Zwischen Studieren bzw. Lernen und Erwerbstätigkeit besteht eine fachliche Klammer. Durch diese fachliche Verklammerung wird der Langzeitstudierende quasi immer wieder an das Ziel des Studiums, das Examen, erinnert. Hinzu kommt, daß die Arbeitsmarktchancen in den ingenieur-, natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern nach wie vor relativ günstig sind. Die während der Erwerbstätigkeit gewonnenen Berufserfahrungen gleichen in den genannten Fächern teilweise das etwaige Manko des längeren Studiums aus. Die Gefahr ist also erheblich geringer, daß durch die Erwerbstätigkeit der Kontakt zum Studium verlorenggeht und die Immatrikulation nur noch pro forma aufrechterhalten wird.

Eine andere Strategie verfolgen Studierende, die im Studium vor allem ihren Neigungen nachgehen und den Arbeitsmarkt erst einmal ausblenden, sich also über die Zeit nach dem Examen

keine Gedanken machen. Je näher jedoch das Examen heranrückt und der Arbeitsmarktübertritt naht, desto schwieriger wird es, diese Verdrängungsleistung aufrechtzuerhalten.

Langzeitstudenten fällt es auch schwer, das Studentenleben aufzugeben, obwohl der Bruch mit der Hochschule als Lernort vielfach schon vorher vollzogen worden ist. Andererseits gilt für viele Langzeitstudenten, daß sie von einem Gefühl beherrscht werden, nach so einer langen Zeit müßte dieser Lebensabschnitt auch ordnungsgemäß mit dem Examen abgeschlossen werden. Langzeitstudenten empfinden es daher durchaus sehr hilfreich - wie das Berliner Beispiel zeigt (vgl. Kap. 7.3.4) -, wenn Dozenten ihnen dabei helfen, sich entweder für einen Studienabbruch oder das Examen zu entscheiden.

Einem Teil der Langzeitstudenten, die auch zeitweise Pro-forma-Studenten gewesen sind, gelingt es, ihr Studienziel, das Examen, doch noch zu erreichen (vgl. auch Kap. 7.3.4). Erhebliche Probleme kommen aber auf die Studierenden zu, die in höheren Semestern als Pro-forma-Studenten ohne Examen schließlich ihr Studium abbrechen. Sie befinden sich in einem Alter, in dem andere Ausbildungswege weitgehend versperrt sind. Der Berufsstart ohne abgeschlossene Ausbildung ist oftmals extrem schwierig.

Es ist dringend geboten, daß sich die Hochschulen verstärkt um Langzeitstudenten kümmern. Ihre Aufmerksamkeit sollten sie vor allem denjenigen Studierenden widmen, die in höheren Fachsemestern immer noch keine Zwischenprüfung abgelegt haben. Eine fachliche Beratung dieser Studierenden so früh wie möglich wäre wünschenswert, denn je später ein Beratungsgespräch stattfindet, desto schwieriger wird es sein, noch Kurskorrekturen vorzunehmen. Allerdings darf der Arbeitsaufwand, der mit diesen Gesprächen verbunden ist - das macht das Berliner Beispiel deutlich (vgl. Kap. 7.3.4) -, nicht unterschätzt werden.

#### 6.2.6 Examierte Pro-forma-Studenten beim Übergang in den Beruf

Die noch bis Ende der 70er Jahre weitgehend zutreffende Vorstellung, daß nach dem Examen allenfalls eine klar begrenzte Phase der "Sucharbeitslosigkeit" auftrete, die aber mit einer beruflichen Integration abgeschlossen werde, stimmt mit der heutigen Realität nicht mehr überein. Die beiden klaren Eckdaten "Examensabschluß" und "Berufseintritt" zur Abgrenzung der Übergangszeit verloren in den 80er Jahren an Trennschärfe. Vor allem bei den Absolventen in den Fächern mit ungünstigen Berufschancen fällt es oft schwer, den Status des Berufsanfängers zu bestimmen. Inzwischen kann sich die berufliche Einmündung über einen erheblichen Zeitraum erstrecken, wobei sich Zeiten der Erwerbstätigkeit mit Zeiten der Arbeitslosigkeit abwechseln (vgl. MINKS/REISSERT 1985 (b), 93 f.).

Um die Wende der 80er Jahre verschärfen sich die Arbeitsmarktprobleme für sozial- und erziehungswissenschaftliche Fachrichtungen spürbar. Noch bei Studienbeginn Mitte der 70er Jahre waren viele Studierende dieser genannten Fachrichtungen optimistisch, eine Stelle zu finden. Dieser Optimismus wurde erheblich gedämpft, als sie sich als Absolventen zu Beginn der 80er Jahre um einen Arbeitsplatz bemühten.

Zu Beginn der 80er Jahre versuchten daher Absolventen, bei Arbeitsmarktproblemen durch Zusatzausbildung oder Zweitabschlüsse ihre Berufschancen zu verbessern. Vielfach folgten diese Absolventen, die weitere Qualifikationen anstrebten, sogenannten Geheimtips wie z. B. bestimmte fachliche Zusatzprüfungen in Musik oder Religion. Diese Geheimtips zeigten vermeintliche berufliche Nischen auf dem Arbeitsmarkt auf, die einen problemloseren Berufseinstieg ermöglichen sollten. Doch der Wettlauf mit der Zeit ging häufig verloren. Kaum war die Nische bekannt, begannen viele Absolventen eine Zusatzausbildung. Nach und nach mußten die Examenkandidaten der Geistes- und Sozialwissenschaften einsehen, daß der Wettlauf mit der Zeit nicht zu gewinnen war. Allein durch eine Zusatz- oder Weiterqualifikation konnten diese Absolventen ihre beruflichen Einstiegsprobleme nicht mehr lösen (vgl. REISSERT/WELZER 1987, 228 f.).

Als sich in den 80er Jahren für die Absolventen der geistes-, sozial- und erziehungswissenschaftlichen Fächer (hier vor allem bei den Lehrern) die Arbeitsmarktchancen weiter verschlechterten, sahen viele in einer Pro-forma-Immatrikulation einen Ausweg, einen zeitlichen Aufschub zu erreichen. Diesen Aufschub nutzen sie, um sich über ihren weiteren beruflichen Lebensweg klar zu werden.

Diese pro forma weiter eingeschriebenen Absolventen benutzen also die Hochschule als Wartehalle. Aus ihr heraus versuchen sie, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Ein Verbleib in der Hochschule ist problemlos möglich, da einer Fortsetzung im gleichen Studiengang oder einer Neueinschreibung in einem freien anderen Studiengang kein Hindernis entgegensteht. Grundsätzlich besteht ja die Möglichkeit, von der Hochschulberechtigung mehrmals Gebrauch zu machen. Stillschweigend tolerieren die Hochschulen dieses Verhalten ihrer Absolventen und helfen ihnen auf diese Weise, den Zeitraum bis zum Berufseintritt zu überbrücken.

Eine Konsequenz der Pro-forma-Einschreibung von Absolventen ist, daß sich teilweise die Anfängerzahlen im ersten Fachsemester in einzelnen Studiengängen erheblich aufblähen. Entsprechend große fachspezifische Abbruchquoten (bzw. besser Fluchtquoten) sind damit vorprogrammiert.

Aber auch in Fächern mit günstigen Arbeitsmarktchancen bleiben Absolventen nach ihrem Examen als Pro-forma-Studenten eingeschrieben (vgl. REISSERT/MARCISZEWSKI 1987, 27). Diese Absolventen, so wurde uns insbesondere aus der TU Berlin berichtet, nutzen die Pro-forma-Immatrikulation, um z. B. an interessanten Forschungsvorhaben oder forschungsähnlichen Tätigkeiten teilzunehmen. Auch im Umfeld der Hochschule bieten sich dazu Möglichkeiten. Erwähnt seien die quasi forschungsähnlichen Aufgaben, die von An-Instituten, wissenschaftlichen Transferstellen, Innovationszentren bis hin zu Wissenschaftsläden durchgeführt werden. Diese Tätigkeiten sind aus fachlicher Sicht oft sehr interessant. Für die Institute bzw. Projekte ist die Beschäftigung dieser Pro-forma-Studenten interessant, weil sie qualifiziertes Personal kostengünstig einsetzen können, zumal die finanzielle Ausstattung oftmals knapp bemessen ist. Allerdings werden die in der Statistik ausgewiesenen Verweilzeiten dadurch erhöht. Schädlich wäre es auch, wenn durch diese Praxis an Promotionen interessierten Studenten interessante Themen und Stellen vorenthalten würden.

Für eine Pro-forma-Immatrikulation von Absolventen können auch spezielle Probleme im Studienablauf ausschlaggebend sein, wie Auswertungen der HIS-Exmatrikuliertenbefragung 1984 zeigen. So schreibt sich ein Teil der fast "fertigen" Mediziner mit dem ersten Staatsexamen, die also nur noch ihre Promotion ablegen müssen, als Pro-forma-Studenten weiter ein. Mit einer Pro-forma-Immatrikulation überbrücken auch vielfach Examenskandidaten ihre Wartezeit bis zur endgültigen Bekanntgabe des Ergebnisses ihrer Diplomarbeit, denn z. B. der öffentliche Dienst stellt Bewerber erst dann ein, wenn auch das Abschlußzeugnis vorliegt. Korrekturzeiten von ein oder zwei Semestern sind aber an den Hochschulen heute keine Seltenheit mehr.

Zu vermuten ist, daß von einem Pro-forma-Studium nach dem Examen in Zukunft unter dem Gesichtspunkt "Wartehalle" weniger Absolventen Gebrauch machen werden. Anfang bis Mitte der 80er Jahre waren viele Absolventen noch von der Arbeitsmarktentwicklung überrascht worden. Sie sahen in einer Pro-forma-Immatrikulation nach dem Examen erst einmal eine Chance, die für sie unerwartete Situation zu verarbeiten, - trotz Examen - keine adäquate Stelle zu finden. Inzwischen wächst eine neue Generation von Studenten heran, die bereits bei Studienanfang relativ realistisch ihre Arbeitsmarktchancen einschätzt. In den Geistes- und Sozialwissenschaften wissen die Studierenden bereits bei Studienbeginn, daß ein Hochschulexamen allein für den Berufseinstieg nicht ausreicht. Nach dem Examen in der Wartehalle Hochschule zu bleiben, so wissen die Studierenden, hilft letztlich nicht, die Berufschancen zu verbessern.

Selbst wenn die Hochschule und einzelne Hochschullehrer den Arbeitsmarkt immer noch nicht hinreichend berücksichtigen; die Studenten tun dies offensichtlich immer mehr. Ihre Erfahrungen mit der Berufswelt vor dem Studium durch eine Berufsausbildung oder durch ihre Jobtätigkeiten im Studium helfen ihnen, die Arbeitswelt realistischer einzuschätzen und ihren Berufsübertritt strategischer zu planen.

## 7. MASSNAHMEN UND LÖSUNGEN

Das Pro-forma-Studium - das haben die vorangegangenen Ausführungen deutlich gemacht - ist nicht das drängendste Problem der davon betroffenen Institutionen. Gleichwohl besteht von verschiedenen Seiten ein berechtigtes Interesse daran, die Formalimmatrikulation einzuschränken. Dabei hat dieses Interesse unterschiedliche Zielperspektiven und ist unterschiedlich begründet:

Zum einen geht es darum, eklatante Fälle von Mißbrauch - wie sie für die "professionellen Pro-forma-Studenten" konstatiert werden müssen - und die nur formale Inanspruchnahme von N.c.-Studienplätzen (z. B. durch einen Teil der "an der Studienaufnahme gehinderten Pro-forma-Studenten") mit negativen Folgen für andere Studienbewerber auszuschließen. Unter Hinweis auf rechtsethische Aspekte und auf das Gebot der Chancenwahrung für alle Studieninteressenten sehen viele der im Rahmen der Untersuchung befragten Experten einen diesbezüglichen Regelungsbedarf. Angesichts der relativ geringen Bedeutung des sozialen Mißbrauchs und der kapazitären Belastung durch Pro-forma-Studenten seien aber bei administrativen und restriktiven Maßnahmen - so der Tenor vieler Expertenmeinungen - besondere Zurückhaltung geboten und Kosten und Ertrag genauestens abzuwägen. Vielfach wird die Gefahr gesehen, daß mit solchen Maßnahmen über das Ziel hinausgeschossen wird und nicht nur Pro-forma-Studenten getroffen werden.

Abgesehen von dem Ziel, die mißbräuchliche Inanspruchnahme des Studentenstatus und die Okkupation von knappen Studienplätzen zu unterbinden, geht es bei dem Interesse an einer Lösung des Problems der Formalimmatrikulation zum anderen aber auch um die Funktionsfähigkeit der Hochschule als Ausbildungsinstitution und um etwaige Funktionsmängel. Gerade die quantitativ bedeutsame Gruppe der "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" verweist ja auch auf Schwachstellen in der Hochschulausbildung, die deren primäres Ziel, nämlich ein zertifizierter, berufsqualifizierender Abschluß, konterkarieren können. Ein großer Teil der Lösungsvorschläge setzt genau hier an und versucht, durch geeignete Maßnahmen, die unter das Stichwort "Betreuung" subsumiert werden können, der genannten Art von Pro-forma-Studium entgegenzuwirken.

Diese kurzen Ausführungen zeigen, daß auch bei den im folgenden vorzustellenden, zu diskutierenden und zu bewertenden Maßnahmen nach deren Ziel gefragt und nach Zielgruppen differenziert werden muß. Weitere Unterscheidungsmerkmale sind die Art der Maßnahme (mehr administrative oder mehr betreuerische Maßnahmen, wobei sich beides nicht immer gegenseitig ausschließen muß) und die Maßnahmenträger.

Es soll zunächst versucht werden, eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme hochschulrechtlicher Regelungen (vor allem Einschreibe- und Prüfungsrecht sowie Gebührenregelungen) und deren Umsetzung in die Verwaltungspraxis vorzulegen, die potentiell geeignet sind, das Pro-forma-Studium einzuschränken. Darüber hinaus werden auch frühere, wieder aufgehobene sowie in der Diskussion befindliche Regelungen erörtert. Maßnahmen im Bereich des Hochschulrechts fallen - abgesehen von rahmenrechtlichen Kompetenzen, die der Bundesgesetzgeber 1969 nach entsprechender Änderung des Grundgesetzes erhalten hat - in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

In einem weiteren Abschnitt werden Maßnahmen vorgestellt, die die mit dem Studentenstatus verbundenen sozialen Vergünstigungen betreffen. Dabei gehören die am stärksten ins Gewicht fallenden Tatbestände in den Kompetenzbereich des Bundesgesetzgebers, nämlich die Berücksichtigung der Hochschulausbildung im Rahmen des Steuer- und Vermögensbildungsrechts und die Sonderstellung von Studenten im Rahmen des Sozialrechts. In einigen Punkten haben allerdings auch die Länder (z. B. in Fragen der Sozialbeiträge zum Studentenwerk) und die Kommunen (z. B. im Hinblick auf Tarifbestimmungen) einen gewissen Handlungsspielraum, um die sozialen Vergünstigungen von Studenten unter bestimmten Bedingungen einzuschränken.



Der letzte größere Abschnitt dieses Kapitels schließlich widmet sich den im weiteren Sinne "betreuerischen" Maßnahmen. Es werden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit erheben zu wollen, Initiativen einzelner Hochschulen, Fachbereiche, Studienberatungsstellen und Hochschullehrer vorgestellt, die an den verschiedensten "Stationen" des Studienverlaufs ansetzen. Die Maßnahmen wenden sich nicht explizit an Pro-forma-Studenten und nur selten direkt an Langzeitstudenten. Es kann aber beispielhaft gezeigt werden, daß sie geeignet sein können, z. B. Karrieren als "Pro-forma-Studenten ohne Examensperspektive" schon im Vorfeld zu verhindern oder die Phase des Pro-forma-Studiums nach Examen zu verkürzen.

## 7.1 Hochschulrechtliche Regelungen und Maßnahmen

### Artikel 12 Grundgesetz - ein Grundrecht mit "durchschlagender" Wirkung

Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz garantiert allen Deutschen die freie Wahl der Ausbildungsstätte.<sup>1)</sup> Diese Verfassungsnorm betrifft auch den Hochschulzugang und das Hochschulstudium und gewährt dem Einzelnen nicht nur ein Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe im Ausbildungswesen (z. B. gegen Zwangsmaßnahmen zur Wahl bestimmter Ausbildungsgänge), sondern auch ein Teilhaberecht.

Eine Einschränkung des Grundrechts auf freie Wahl der Ausbildungsstätte ist an strenge Voraussetzungen gebunden. Eine Schrankensetzung ist nach der - in der Literatur umstrittenen (vgl. THIEME 1986, 597 f.) - Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, nach der Art. 12 Abs. 1 Satz 2 nicht nur auf die Berufsausübung, sondern auch auf die Berufswahl dem Grundgesetz nach anzuwenden ist, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes möglich. Der Befugnis des Gesetzgebers, auch in die Berufswahl regelnd einzugreifen, sind allerdings sehr enge Grenzen gesetzt. Nach der vom Bundesverfassungsgericht in seinem sog. "Apothekerurteil" vom 11. Juni 1958 (BVerfGE 7, 377 ff.) entwickelten Stufentheorie, die nach dem N.c.-Urteil vom 18. Juli 1972 (BVerfGE 33, 303 ff.) auch auf die freie Wahl der Ausbildungsstätte anzuwenden ist, ist der Gesetzgeber am freiesten, wenn er eine reine Regelung zur Berufsausübung trifft, die nicht auf die Freiheit der Berufswahl zurückwirkt (Stufe 1). "Die Freiheit der Berufswahl darf dagegen nur eingeschränkt werden, soweit der Schutz besonders wichtiger ('überragender') Gemeinschaftsgüter es zwingend erforderlich macht, d. h.: soweit der Schutz von Gütern in Frage steht, denen bei sorgfältiger Abwägung der Vorrang vor dem Freiheitsanspruch des Einzelnen eingeräumt werden muß und soweit dieser Schutz nicht auf andere Weise, nämlich mit Mitteln, die die Berufswahl nicht oder weniger einschränken, gesichert werden kann." (BVerfGE 7, 377 (405)) Hinsichtlich Regelungen, die die Aufnahme einer Berufstätigkeit von bestimmten Voraussetzungen abhängig machen und damit die Freiheit der Berufswahl berühren, macht das Bundesverfassungsgericht eine Unterscheidung zwischen subjektiven Voraussetzungen (Eignung, Fähigkeit, Vor- und Ausbildung z. B.) und objektiven Voraussetzungen (z. B. Ausbildungskapazität). Die Regelung subjektiver Voraussetzungen (Stufe 2) legitimiert sich aus der Sache; sie hat allerdings das Prinzip der Verhältnismäßigkeit insofern zu wahren, als die vorgeschriebenen subjektiven Voraussetzungen zu dem angestrebten Zweck der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufstätigkeit nicht außer Verhältnis stehen dürfen. Hinsichtlich der Stellung objektiver Bedingungen (Stufe 3) kann nur die Abwehr nachweisbarer oder höchstwahrscheinlicher schwerer Gefahren für ein überragend wichtiges Gemeinschaftsgut diesen Eingriff in die freie Berufswahl legitimieren. "Der Gesetzgeber muß Regelungen nach Art. 12 Abs. 1 Satz 2 jeweils auf der 'Stufe' vornehmen, die den geringsten Eingriff in die Freiheit der Berufswahl mit sich bringt, und darf die nächste 'Stufe' erst dann betreten, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit dargetan werden kann, daß die befürchteten Gefahren mit (verfassungsmäßigen) Mitteln der vorausgehenden 'Stufe' nicht wirksam bekämpft werden können." (BVerfGE 7, 377 (408))

1) Im Wortlaut: "Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden."

So ist es verfassungsrechtlich zulässig, den Hochschulzugang grundsätzlich - so wie in § 27 HRG geschehen - von einer Mindestqualifikation abhängig zu machen. Hier hat der Gesetzgeber bei der Abwägung von individuellem und Gemeinschaftsinteresse eine sachgerechte Schranke gesetzt, deren konkrete Ausfüllung allerdings wiederum einer verfassungsrechtlichen Prüfung standhalten muß und nicht durch zu hohe Hürden zu einer unzulässigen Erschwerung des Hochschulzugangs führen darf. Verfassungsrechtlich zulässig ist auch die Einführung eines Numerus clausus, nicht aber z. B. eine altersmäßige Beschränkung des Hochschulbesuchs oder ein genereller Ausschluß von Zweitstudien.

### "Fristenlösungen" - ein stumpfes Instrument zur Einschränkung des Pro-forma-Studiums?

Eine zeitliche Befristung des Studiums oder von Studienphasen steht nach herrschender Meinung im Einklang mit dem Grundgesetz und wird seit langem und immer wieder bis in die jüngste Zeit hinein diskutiert. Die Geschichte der Regelstudienzeit und der mit ihr verbundenen individuellen Auswirkungen für die Studenten (Stichwort "Zwangsexmatrikulation") sowie der an sie geknüpften Anforderungen an die Hochschulreform reicht mindestens bis in das Jahr 1966 zurück. In diesem Jahr unterbreitete der Wissenschaftsrat erstmals einer breiteren Öffentlichkeit die Idee, das Studium durch Zwischenprüfungen und Regelstudienzeiten zu ordnen und ein Überschreiten der gesetzten Fristen mit der Exmatrikulation zu sanktionieren (vgl. WISSENSCHAFTSRAT 1966). Diese Vorstellungen haben dann nach zehnjähriger Diskussion im Hochschulrahmengesetz von 1976 in teilweise wortgleicher Formulierung Eingang gefunden. So bestimmt das HRG in der Fassung vom 26.01.1976 in § 17 Abs. 3: "Meldet sich ein Student nach der Aufforderung nicht zur Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung, ohne eine Nachfrist beantragt zu haben, oder hält er eine ihm gesetzte Nachfrist nicht ein, erlöschen die Rechte aus der Einschreibung."

Der Einführung von Regelstudienzeiten und sogenannter Zwangsexmatrikulation vorausgegangen war die politische Grundsatzentscheidung, den Zugang zum Hochschulstudium auch angesichts steigender Zahlen von Studieninteressenten möglichst offen zu halten. Diese Öffnung der Hochschulen für größere Studentenzahlen bei begrenzten Mitteln für den Ausbau von Hochschulkapazitäten schien nur möglich, wenn gleichzeitig die Studiendauer und damit - so die damalige Überlegung - der Lehr- und Personalaufwand pro Student effektiv begrenzt wurde.

Dieser unterstellte Zusammenhang zwischen Lehraufwand, Studentenzahlen und tatsächlicher Studiendauer findet sich auch in der Kapazitätsverordnung von 1974 wieder,<sup>1)</sup> mußte aber in der Folgezeit revidiert werden. Es hatte sich die Einsicht durchgesetzt, daß längere Studiendauern nicht eine Mehrbelastung von Lehrkapazitäten, sondern nur eine zeitlich gestreckte Inanspruchnahme von Lehrleistungen bedeuten. Seit 1977 taucht in den Kapazitätsverordnungen der Faktor tatsächliche Studiendauer folgerichtig auch nicht mehr auf. Das Vorurteil jedoch, Langzeitstudenten belasteten Ausbildungskapazitäten und nahmen anderen Studieninteressenten Studienplätze weg, hat sich vor allem in der politischen Argumentation als sehr langlebig erwiesen.

Hintergrund für die Einführung von Regelstudienzeiten und Zwangsexmatrikulation bei deren Überschreitung waren allerdings auch das arbeitsmarktpolitische Argument des im internationalen Vergleich zu hohen Berufseintrittsalters deutscher Hochschulabsolventen und rechtspolitische Überlegungen. Anstelle der in vielen Prüfungsordnungen und z. T. auch in Hochschul-

1) Mathematisch wird dieser Zusammenhang, der zur Feststellung der Studienplatzkapazitäten herangezogen wird, durch folgende Formel ausgedrückt:  $S = A \times t \times c$ . Dabei ist S der Lehraufwand (= Zahl der Lehrpersonen und ihrer Lehrverpflichtungen), A die Zahl der Studienanfänger, t die tatsächliche Studiendauer und c der Curriculurnormwert, in dessen Berechnung die in den Studienplänen vorgesehene Unterrichtsmenge und die Regelstudienzeit eingehen (vgl. WAGEMANN 1988 (a), 31). Nach dieser Formel hing also die Aufnahmekapazität der Hochschulen direkt von der tatsächlichen Studiendauer ab.

gesetzen der Länder vorgesehenen unterschiedlichen Folgen der Nichteinhaltung von Zeitvorgaben sollte eine bundeseinheitliche Regelung treten (vgl. DALLINGER/BODE/DELLIAN 1978, 100).

So hatte die Universitätsordnung der FU Berlin vom 2. Juli 1975 auf Grundlage des § 31 Abs. 5 des Berliner Universitätsgesetzes vom 19. Juli 1969<sup>1)</sup> vorgesehen, Studenten von Amts wegen zu exmatrikulieren, wenn sie das doppelte der Förderungshöchstdauer nach BAföG überschritten hatten. Nach der Universitätsordnung der FU Berlin vom 5. Januar 1977 war eine Exmatrikulation von Amts wegen darüber hinaus auch dann vorzunehmen, wenn der Student erkennen ließ, daß er, ohne einem ordnungsgemäßen Studium nachzugehen, die Immatrikulation aus anderen Gründen aufrechterhalten will. Die TU Berlin hatte ähnliche Bestimmungen erlassen. In der Praxis wurden die betroffenen Studenten angeschrieben und die Exmatrikulation für den Fall angekündigt, daß keine ausreichende Begründung für die lange Studiendauer, keine Anmeldung zur Prüfung und keine Leistungsnachweise vorgewiesen werden konnten, die einen ordnungsgemäßen Abschluß des Studiums in absehbarer Zeit erwarten ließen. Dabei wurde an der FU Berlin die Erfahrung gemacht, daß etwa ein Drittel bis die Hälfte der Studenten nicht auf das Schreiben reagierten und die Exmatrikulation ohne weiteres akzeptierten. Einige reagierten mit Dankbarkeitsbekundungen und empfanden die Aktion als Anstoß dafür, sich wieder intensiver um das Studium zu kümmern.

Mit Gesetz vom 6. März 1980 sind die Zwangsfolgen bei Überschreiten der Prüfungsfristen aus dem HRG gestrichen worden, und eine Wiedereinführung entsprechender rahmenrechtlicher Bestimmungen in das Hochschulrahmengesetz ist - nachdem sie bei der Novellierung des HRG 1985 nochmals diskutiert, aber nicht realisiert wurde - in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Infolge der Gesetzesnovellierung wurde auch in allen Landeshochschulgesetzen die Exmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit abgeschafft. Einige Länder sehen allerdings noch Sanktionen bei Überschreiten von Prüfungsfristen vor - Sanktionen, die teilweise auch zur Exmatrikulation führen können.

Nach § 51 Abs. 3 des Gesetzes über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg (UG Baden-Württemberg) erlischt der Prüfungsanspruch, wenn die Vor- oder Zwischenprüfung nicht innerhalb bestimmter, von den Hochschulen näher festzulegender Fristen<sup>2)</sup> abgelegt wurde, es sei denn, der Student hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten. Der Verlust des Prüfungsanspruches in einem Studiengang hat nach § 50 Abs. 1 Satz 5 UG Baden-Württemberg zur Folge, daß die Zulassung zu diesem Studiengang erlischt und nach § 91 Abs. 2 Nr. 2 UG Baden-Württemberg die Exmatrikulation von Amts wegen vorgenommen wird. In Verbindung mit der in allen Hochschulgesetzen der Länder enthaltenen Vorschrift, daß die Einschreibung in einem Studiengang zu versagen ist, wenn in dem gewählten Studiengang kein Prüfungsanspruch mehr besteht, bedeutet dies, daß bundesweit keine Zulassung zu diesem Studiengang mehr möglich ist.

Die baden-württembergische Fristenregelung bezieht sich nur auf Vor- oder Zwischenprüfungen, nicht aber auf die Abschlußprüfung. Einer Fristverlängerung durch Beurlaubung ist insofern ein Riegel vorgeschoben, als die Beurlaubungsmöglichkeiten nach dem baden-württembergischen Universitätsgesetz relativ begrenzt sind. Eine Beurlaubung wegen Prüfungsvorbereitung z. B. ist ausgeschlossen. Die Beurlaubungsdauer ist in der Regel auf zwei Semester beschränkt.

1) Dieser Paragraph besagte, daß die Universitätsordnung bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Studenten von Amts wegen exmatrikuliert werden können, deren Leistungen nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie ihr Studium ordnungsgemäß abschließen.

2) Die Rahmenregelung bestimmt, daß in den Hochschulprüfungsordnungen festgelegt werden soll, daß frühestens zwei Semester nach Ablauf der Frist, in der die Vor- oder Zwischenprüfung bzw. Teile dieser Prüfungen abzulegen sind, kein Prüfungsanspruch für diese Prüfungen mehr besteht.

Eine Abwanderung an Hochschulen außerhalb Baden-Württembergs zur Umgehung der Fristen ist für die Geisteswissenschaften denkbar, für die Ingenieurwissenschaften allerdings sehr erschwert (Problem der Anerkennung von Teilleistungen) und konnte bislang nicht beobachtet werden.

Die Universität Stuttgart hat als einzige baden-württembergische Universität diese Regelung schon vor ihrer 1982 erfolgten Einführung als Sollbestimmung in das baden-württembergische Universitätsgesetz praktiziert, für die Studierenden der Geisteswissenschaften allerdings erst seit dem Wintersemester 1987/88. Eine Rückmeldung zum 8. Fachsemester wird automatisch - das ist durch das EDV-Verfahren sichergestellt - verweigert, wenn die Zwischenprüfung oder das Vordiplom nicht bei der Hochschulverwaltung registriert ist. Über eine Fristverlängerung entscheidet der Rektor. Von ihr müssen z. B. die Hälfte der Chemiestudenten Gebrauch machen.

Die Universität Freiburg hat dieses Verfahren erstmals zum Sommersemester 1988 für alle Studiengänge angewandt. Auch hier müssen alle Studierenden, die sich zum 8. Fachsemester rückmelden wollen, ein Vordiplom oder eine Zwischenprüfung nachweisen.

In Bayern wurde 1980 eine Regelung in das Bayerische Hochschulgesetz (BayHSchG) aufgenommen, die - nachdem die Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit aufgehoben worden war - durch prüfungsrechtliche Bestimmungen erreichen will, daß die Fristen für die Ablegung der Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung nur um eine begrenzte Zeit ohne hochschulrechtliche Folgen überschritten werden können. Art. 70 Abs. 3 Satz 2 Nr. 6 BayHSchG bestimmt, daß eine Vor-, Zwischen- oder Abschlußprüfung als erstmals abgelegt und nicht bestanden gilt, wenn der Student die Fristen für die Ablegung der oder die Meldung zu einer Vor- oder Zwischenprüfung aus Gründen, die er zu vertreten hat, um mehr als zwei Semester oder die entsprechenden Fristen für die Abschlußprüfung um mehr als vier Semester überschreitet (sog. Fiktionsregelung). Allerdings sind in vielen Prüfungsordnungen keine Fristen für die Wiederholungsprüfung und keine Sanktionen für das Überschreiten dieser Fristen vorgesehen. Solange dieser zweite Fiktionsschritt, der das endgültige Nichtbestehen der Prüfung und damit die Exmatrikulation im betreffenden Studiengang bedeutet, fehlt, wird die mit Art. 70 BayHSchG beabsichtigte Wirkung nicht erzielt.

Mit Ausnahme von Bremen, dessen Hochschulgesetz eine besondere Studienberatung für die Studenten vorsieht, die die Fristen für die Meldung zu einer Zwischen- oder Abschlußprüfung überschritten haben (§ 63 Bremisches Hochschulgesetz - BremHG) - eine Bestimmung, die an der Universität Bremen nie angewandt wurde -, sind Baden-Württemberg und Bayern derzeit die einzigen Länder, in denen das Überschreiten von Prüfungsfristen hochschulrechtliche Konsequenzen nach sich zieht.

Einzig Niedersachsen wird - ein Ergebnis der langen und heftigen Diskussion um die geplante Erhebung von Studiengebühren für Langzeitstudenten - in der novellierten Fassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) ein erhebliches Überschreiten der Regelstudienzeit mit Zwangsfolgen verbinden. Nach dem Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des NHG vom 26. Februar 1988 soll der § 40 a "Langzeitstudenten" mit folgendem Wortlaut eingefügt werden:

*Ein Student ist zu exmatrikulieren, wenn er nach einem Fachstudium von mehr als der Dauer der doppelten Regelstudienzeit nicht nachweist, daß das Fehlen des Studienabschlusses auf Umständen beruht, die er nicht zu vertreten hat, wie zum Beispiel lang andauernde Krankheit. Hat der Student diesen Nachweis erbracht, so kann die Hochschule eine Frist setzen, innerhalb derer der Student das Studium abzuschließen hat. Im Falle der Exmatrikulation bleibt ein nach Maßgabe der jeweiligen Prüfungsordnung bestehender Anspruch auf Zulassung zur Prüfung unberührt. Soweit dies für die Ablegung der Prüfung notwendig ist, ist die Benutzung von Hochschuleinrichtungen gestattet. Satz 4 gilt entsprechend für die Erbringung restlicher Studienleistungen, die für die Zulassung zur Prüfung erforderlich sind.*



All die genannten Regelungen stehen primär im Zusammenhang mit dem Ziel, die Studiendauer zu verkürzen. Ob sie auch geeignet sind, das Pro-forma-Studium einzuschränken, und welche problematischen Punkte zu beachten sind, soll im folgenden erörtert werden.

Die bisher praktizierten bzw. geplanten Regelungen zur zeitlichen Befristung des Studiums bzw. von Studienphasen - von der Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit nach dem HRG von 1976 bis zur Exmatrikulation von Langzeitstudenten in der zur Verabschiedung anstehenden Neufassung des NHG - mögen im einzelnen ein Pro-forma-Studium erschweren, können es aber nicht grundsätzlich verhindern. Jeder, der es darauf anlegt, immatrikuliert zu sein, ohne ein Studium durchführen zu wollen, hat die Möglichkeit, sich z. T. schon am Tag nach der Exmatrikulation - in einem anderen Studiengang einzuschreiben. Dieses Verhalten steht unter dem Schutz des Art. 12 Grundgesetz. Erlöschen z. B. der Prüfungsanspruch und damit die Zulassung zu einem Studiengang nach der Fristenregelung des baden-württembergischen Universitätsgesetzes, so ist eine Einschreibung in einem anderen Studiengang jederzeit und beliebig oft möglich. Nur das rheinland-pfälzische Hochschulgesetz sieht vor, daß die Immatrikulation zu versagen ist, wenn der Studienbewerber insgesamt in zwei Studiengängen den Prüfungsanspruch verloren hat (§ 64 Abs. 1 Nr. 4 HSchG Rheinland-Pfalz).

Dieser nur begrenzten Wirkung auf das Pro-forma-Studium und den auch nur begrenzten studienzeitverkürzenden Effekten stehen allerdings nachteilige Implikationen für die Studenten gegenüber, die durchaus ernsthaft ihr Studium betreiben - dies umso mehr, je enger und rigider die zeitlichen Regelungen gefaßt sind. Die Diskussion um die Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit braucht an dieser Stelle nicht nochmals aufgerollt zu werden, um die weitreichenden Konsequenzen von zu eng ausgelegten Regelungen aufzuzeigen. Es genügt der Hinweis, daß eine Anwendung dieser Vorschrift die Zwangsexmatrikulation der Mehrzahl der Studierenden, in einigen Studiengängen sogar aller Studierenden, zur Folge gehabt hätte. Diese Maßnahme wäre somit weit über das Ziel hinausgeschossen, ignorierte die Studienrealität, war sachlich nicht gerechtfertigt und hätte wohl auch nicht vor einer verfassungsrechtlichen Prüfung Bestand gehabt. Neben dem unüberhörbaren Protest von Studenten und Professoren waren dies sicherlich auch die Gründe, die zur Aufhebung der Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit geführt haben.

Der zeitlichen Definition und Begrenzung des Grundstudiums bis zur Vor- oder Zwischenprüfung wird zugute gehalten, daß sie ein zügiges Grundstudium und eine frühzeitige Rechenschaftsablegung gewährleistet. Dadurch - so Expertenmeinungen - werden Fehlinvestitionen vermieden. Auf der anderen Seite wird angeführt, daß eine zu enge zeitliche Befristung die von jedem benötigte Orientierungsphase sehr verknüpft und - vor allem in den Ingenieurwissenschaften - zu einem "unmenschlich kompakten Grundstudium" führt, das keinen Raum läßt für Reflexion über Sinn und Zweck des Gelernten und für eigenverantwortliches, intersegeleitetes Studium.

Die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit nach dem HRG von 1976 wurden schon angedeutet. In einem Kommentar zum HRG heißt es dazu: "Eine befristete Zulassung zum Studium, die in dieser Vorschrift enthalten ist, ist mit dem für wissenschaftliche Hochschulen geltenden Grundsatz der Bildungs- und Studienfreiheit nicht zu vereinbaren (...). Dem Studierenden muß die Möglichkeit eröffnet sein, seinen Studiengang ohne Eingriff und Kontrollen der Hochschulen selbstverantwortlich und nach eigenem Ermessen zu bestimmen." (DEUMELAND 1979, 45) Dieser weitgehenden Auslegung der Studierfreiheit kann entgegengehalten werden, daß eine Einschränkung dieser Freiheit aufgrund fehlender subjektiver Voraussetzungen (z. B. Studierfähigkeit) verfassungsrechtlich möglich ist. Ob man allerdings von einer langen Studiendauer auf Unfähigkeit schließen kann, ist mehr als fraglich. Zudem können auch keine objektiven Studienhindernisse angeführt werden, da weder Zweck noch Funktionalität der Hochschule eine solch schematische Regelung der Studiendauer verlangen.

Angeichts dieser Argumente wird bezweifelt, ob die baden-württembergische Fristenregelung, die ja durch den Verlust des Prüfungsanspruches einen schwerwiegenden Eingriff in die Freiheit der Berufswahl bedeutet, vor den Augen der obersten Verfassungshüter Bestand hätte. Der vorgesehenen niedersächsischen Regelung über Langzeitstudenten können da schon eher Chancen eingeräumt werden, vor einer verfassungsrechtlichen Überprüfung zu bestehen, da die Semestergrenze, die zur Exmatrikulation führt, relativ hoch angesetzt ist und zudem der Prüfungsanspruch nicht verloren geht. Man könnte eine Fachsemesterzahl, die das doppelte der Regelstudienzeit überschreitet, als ein "manifeste(s) Merkmal offensichtlicher Nichtbenutzung der formalen Stellung als Student" bezeichnen - eine Voraussetzung, unter der nach THIEME (1986, 689) eine zwangsweise Exmatrikulation praktisch nur möglich ist.

### Studiengebühren: eine aus der Not der Studierenden geborene fiskalische Tugend?

Als weitere Maßnahme, durch Sanktionen eine Studienzeitverkürzung zu erreichen, den Mißbrauch des Studentenstatus einzuschränken und Haushaltslöcher zu stopfen, ist immer wieder die Erhebung von Studiengebühren ins Gespräch gebracht worden.

Studiengebühren für alle Studenten sind aus guten und immer noch gültigen Gründen im Jahre 1970 abgeschafft worden. Seitdem wurde das Thema zwar ab und zu wieder aufgegriffen - so z. B. 1980 in Baden-Württemberg, als die CDU-Fraktion im Landtag Überlegungen zur Wiedereinführung von Studiengebühren anstellte - Überlegungen, die an dem Widerstand einer breiten Front von Oppositionsparteien, Studenten und Hochschulleitungen scheiterten - und 1982, als der Bund Freiheit der Wissenschaft einen erneuten Vorstoß zur Erhebung kostenabhängiger Studiengebühren für die verschiedenen Studiengänge machte (vgl. Pressemitteilung des Bundes Freiheit der Wissenschaft vom 19.11.1982). Allerdings sind auf höherer politischer Ebene solche Überlegungen nicht weiter verfolgt worden. Nach wie vor scheint noch die von der KMK 1982 ausgegebene Devise zu gelten: "Die Amtschefkonferenz sieht keine Veranlassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt, die Einführung von Studiengebühren für alle Studenten zu erwägen." (zit. nach KMK 1984, 26)

Anders sieht es mit Studiengebühren für bestimmte Studentengruppen aus. Derzeit ist Hessen das einzige Land, das Studiengebühren in Höhe von 250 DM pro Semester erhebt, wenn der Studierende den Abschluß des Studiums unangemessen hinauszögert oder ein zweites Studium keine sinnvolle Ergänzung für den angestrebten Beruf bedeutet (§ 2 des Gesetzes über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit - GUL - i. d. F. vom 26.01.1982, zuletzt geändert am 28.08.1986). Nach der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Unterrichts- und Lernmittelfreiheit vom 28. Juni 1983 wird der Abschluß des Studiums unangemessen hinausgezögert, wenn die Förderungshöchstdauer nach BAföG um mehr als ein Semester überschritten wird, wenn ein Studiengangwechsel nach dem 5. Semester erfolgt (es sei denn, daß bisher erbrachte Studienleistungen anerkannt werden und die Zahl der nicht angerechneten Semester höchstens drei beträgt) oder ein Studiengang mehrmals gewechselt wird (Ausnahme: ein zweiter Wechsel erfolgt innerhalb von zwei Jahren nach Aufnahme des Studiums).

Die Beschränkung der Unterrichtsgeldfreiheit für Studierende ist schon 1961 in das entsprechende Gesetz eingeführt worden. In der Begründung heißt es: "Während die Versetzungsbestimmungen und Prüfungsordnungen eine mißbräuchliche Inanspruchnahme der Unterrichtsgeldfreiheit bei den Schulen ausschließen, konnten Mißbräuche beim Studium an den Hochschulen nach den bisherigen Vorschriften nicht im wünschenswerten Umfang verhindert werden ..." (HESSISCHER LANDTAG 1961)

Zwölf Jahre gingen allerdings ins Land, ehe das Gesetz zur Anwendung kam. Die Erhebung von Studiengebühren setzte nämlich nach einer 1962 erlassenen Durchführungsverordnung voraus, daß die Hochschulen die Semesterhöchstgrenze für die Gewährung der Unterrichtsgeldfreiheit festsetzten - eine Anordnung, der die Hochschulen lange Zeit nicht nachkamen. Erst nachdem der Rechnungshof die Landesregierung angemahnt hatte, das 1961 erlassene Gesetz über Unterrichtsgeldfreiheit zu praktizieren, wurde 1972 auf dem Verordnungswege die Grenze für die

Gewährung von Unterrichtsgeldfreiheit an die Förderungshöchstdauer nach BAföG gekoppelt. 1973 wurden erstmals Studiengebühren in Höhe von 145 DM pro Semester erhoben. Nach mehreren, von betroffenen Studenten angestregten Verfahren vor hessischen Verwaltungsgerichten, die in einem Fall das Problem dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung vorlegten, stellte dieser mit Urteil vom 1. Dezember 1976 fest, daß § 2 GUL mit der Verfassung des Landes Hessen vereinbar ist.

Seitdem sind die Studiengebühren zweimal - zunächst auf 200 DM pro Semester, 1982 dann auf 250 DM - angehoben und schärfere Regelungen eingeführt worden (so führte ein Studiengangwechsel ursprünglich nicht zum Ausschuß von der Unterrichtsgeldfreiheit). In der Praxis wird allerdings von dem Ermessen, das den Hochschulleitern bei der Zubilligung von Ausnahmetatbeständen eingeräumt wird,<sup>1)</sup> relativ großzügig Gebrauch gemacht.

Die Zahlung von Studiengebühren - so die hessischen Erfahrungen - versuchen Studenten auch dadurch zu umgehen, daß sie die in Hessen relativ liberalen Beurlaubungsmöglichkeiten<sup>2)</sup> weitgehend ausschöpfen. Das zeigt sich - wie erwähnt - in der Prüfungsstatistik, die für hessische Hochschulen signifikant höhere Beurlaubungszeiten als für andere Hochschulen ausweist. Eine weitere Möglichkeit zur Umgehung der Studiengebühren besteht in der Abwanderung an Hochschulen außerhalb des Landes. Vor allem grenznahe Hochschulen scheinen davon betroffen zu sein. So wird aus der Universität Mainz berichtet, daß die hohe Zahl von Studierenden in höheren Semestern z. T. diesem "Überschwappereffekt" geschuldet ist.

Insgesamt - so wird von Experten aus dem Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Hessen geurteilt - ist der ordnungspolitische oder gar studienzeitverkürzende Effekt der Gebührenregelung minimal. Die Maßnahme sei vielmehr nur noch ein fiskalisches Mittel.

So erfolgte auch nach einer dpa-Meldung (vgl. dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 19.04.1982) die Anhebung der Studiengebühren auf 250 DM zum Sommersemester 1982 aufgrund der schwierigen Haushaltslage des Landes. 1985 kam eine Erhöhung der Studiengebühren auf 300 DM ins Gespräch, weil die Einnahmequelle der Kuponsteuer - eine Abgabe der Banken an das Land - rückwirkend weggefallen war und dadurch ein Einnahmeausfall von 85 Mio. DM verursacht wurde (vgl. "Die Zeit" vom 09.08.1985). Und derzeit steht einer (politisch gewollten) Abschaffung der Studiengebühren entgegen, daß der Finanzminister nicht auf die Einnahmen aus Studiengebühren verzichten will oder kann und im Falle eines Versiegens dieser Quelle entsprechende Deckung aus anderen Töpfen des Wissenschaftsministers verlangt.

Immerhin handelt es sich um einen Betrag von ca. 7,3 Mio. DM (1987), für den Ersatz geschaffen werden müßte. Gegenüber 1974, als gerade eine halbe Million DM von den Studenten eingezogen wurden, hat sich somit das Gebührenaufkommen in beeindruckender Weise entwickelt. Die kontinuierliche Steigerung der Einnahmen aus Studiengebühren ist dabei nicht nur durch die zunehmende Zahl von Langzeitstudenten im Sinne der Gebührenregelung bedingt, sondern auch durch die Erhöhung der Gebühren und durch Gesetzesverschärfungen.

Im Januar 1989 teilte der Hessische Minister für Wissenschaft und Kunst mit, daß - vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags - ab Sommersemester 1990 keine Studiengebühren mehr eingezogen werden sollen. Er sei sich zwar bewußt, daß es unter den Studenten auch eine

1) Wenn der Student nachweist, daß die Verzögerung des Studienabschlusses auf Gründen, die er nicht selbst zu vertreten hat, beruht, können ihm z. B. nach einsemestrigem Überschreiten der BAföG-Förderungshöchstdauer noch drei weitere Semester Unterrichtsgeldfreiheit gewährt werden.

2) So läßt das Hessische Hochschulgesetz (HHG) offen, was als wichtiger Grund für eine Beurlaubung anzusehen ist, und das Landesrecht begrenzt auch nicht die Dauer der Beurlaubung. Beides liegt im Ermessen der Hochschulen. Eine Beurlaubung zur Prüfungsvorbereitung wird regelmäßig bewilligt.

ganze Reihe von "Trödlern" gibt, die ihr Studium über die notwendige Zeit hinaus ausdehnen. Es sei jedoch nicht einzusehen, daß Kommilitonen darunter zu leiden hätten, die ihr Studium wegen der angespannten Studiensituation an den Universitäten überziehen, ohne dafür selbst verantwortlich zu sein (vgl. dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 13. Febr. 1989 S. 13).

1980 versuchte Bayern, dem Beispiel Hessens zu folgen bzw. es noch zu übertreffen. Am 26. März 1980 verankerte der Bayerische Landtag gegen die Stimmen der Opposition sog. "Bußgelder für Langzeitstudenten" im Bayerischen Hochschulgesetz. Nach dem Gesetz und der drei Monate später erlassenen Durchführungsverordnung sollten erstmals zum Wintersemester 1980/81 Studiengebühren in Höhe von 600 DM pro Semester von denjenigen erhoben werden, die die Förderungshöchstdauer nach BAföG um mehr als zwei Semester überschreiten, den Studiengang nach dem Ende des fünften Semesters wechseln, mehr als einmal einen Studiengangwechsel vornehmen, ohne im vorangegangenen Studium einen Abschluß erreicht zu haben, oder die ein Zweitstudium aufnehmen, das keine sinnvolle Ergänzung zum Erststudium darstellt. Begründet und verteidigt wurden die "Bußgelder für Bummelstudenten" u. a. mit dem Argument, "der Sozialstaat könne nicht besondere und ungerechtfertigte Privilegien für Bummelanten und Scheinstudenten bieten" (sinngemäßes Zitat des Kultusministers Hans Maier nach dpa-Dienst für Kulturpolitik vom 30.06.1980). Zur Illustration dieser Begründung zog einer unserer Interviewpartner den Vergleich mit dem Straßen- und Wegerecht heran. Danach sei auch für die nicht zweckentsprechende Nutzung der Straße - z. B. für Werbung - eine Sondernutzungsgebühr zu zahlen.

Kritik und Proteste blieben - einschließlich seitens des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) - nicht aus. Kritisiert wurde, daß diese Regelung mit einem unverhältnismäßig hohen Verwaltungsaufwand verbunden sei, zu einem sozialen Numerus clausus führe und keine Entlastung für die Hochschulen bedeute.

Auch aus den Reihen der CSU-Fraktion konnten sich distanzierende Äußerungen vernommen werden, und selbst Initiatoren und Befürworter von Studiengebühren wie der damalige Präsident der Universität München, Nikolaus Lobkowicz, rückten von der verabschiedeten Regelung ab. Nicht der Idee einer Gebührenerhebung für Langzeitstudenten wurde eine Absage erteilt, sondern es wurde die konkrete Regelung mit den engen Semester Grenzen und den hohen Gebühren als überzogen verworfen.

Nach zweimaliger, durch Boykottaktionen begleiteter Anwendung der Gebührenregelung wurde die Maßnahme im Juni 1981 wieder aufgehoben - ein Schritt, der nach Aussagen von Experten nicht nötig gewesen wäre, wenn die Gebührenregelung weniger eng gefaßt gewesen wäre.

1987 mußten in Niedersachsen ähnliche Erfahrungen wie 1980 in Bayern gemacht werden. Die Begründungen für die geplante Einführung von Studiengebühren, die Kritik, Reaktionen und Gegenreaktionen klingen nur allzu vertraut.

Anfang April 1987 wurden Pläne der niedersächsischen Landesregierung publik, Studiengebühren u. a. für Langzeit- und Seniorenstudenten einzuführen. Am 30. Juni 1987 legte dann der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kunst den Hochschulen einen Gesetzesentwurf zur Stellungnahme vor, nach dem u. a. die Studenten eine Semestergebühr von 500 DM zu entrichten hätten, deren Fachverweildauer die Förderungshöchstdauer nach BAföG um mehr als drei Semester überschreitet. Die Argumentation für die Einführung der Studiengebühren weicht insofern von derjenigen der bayerischen Landesregierung ab, als fiskalische Aspekte (die niedersächsische Landesregierung erwartete ein Gebührenaufkommen in Höhe von 10 Mio. DM jährlich), studienzeitverkürzende Wirkungen und Entlastungseffekte für die Hochschulen in den Vordergrund gestellt wurden. Die Gegenargumentation einer breiten Koalition von Kritikern ähnelt derjenigen in Bayern, so daß auf eine erneute Darstellung verzichtet werden kann.

Mitte September 1987 ließ die Landesregierung, nachdem auch die Hochschulen unisono zu dem Gesetzesentwurf eine ablehnende Stellungnahme abgegeben hatten, ihren Plan zur Erhebung



von Studiengebühren fallen und beschloß statt dessen die oben dargestellte Exmatrikulation von Langzeitstudenten.

Aber nicht nur die mangelnde politische Durchsetzbarkeit spricht gegen die Einführung von Studiengebühren für "Bummelstudenten". Analysiert man die Effekte dieser Maßnahme, dann bleibt von den beabsichtigten Wirkungen (Studienzeitverkürzung, Ausschluß des Mißbrauchs des Studentenstatus, Entlastung der Hochschulen und Finanzierung des Landeshaushaltes bzw. der Hochschulen) nicht mehr als der fiskalische Aspekt und - als vielleicht unbeabsichtigte, zumindest aber nicht zugestandene Wirkung - die Disziplinierung der Studierenden (so der Präsident des Hochschulverbandes in dem mit ihm geführten Expertengespräch). Aber auch das Finanzierungsargument wird brüchig, wenn dem Ertrag die durch den Verwaltungsaufwand verursachten Kosten gegenübergestellt werden. Nur eine sehr weit gefaßte und bundeseinheitliche Regelung mit hohen Semestergrenzen und hohen Gebühren könnte z. B. ein "professionelles Pro-forma-Studium" - sofern es in höheren Semestern stattfindet - verhindern, ohne die Studierenden zu belasten oder sogar vom Studium auszuschließen, die z. B. aufgrund der Studiensituation oder notwendiger Erwerbstätigkeit zu einem längeren Studium gezwungen sind. Es ist fraglich, ob eine solche Maßnahme angesichts der geringen Zahl von "professionellen Pro-forma-Studenten" in höheren Semestern und der durch sie verursachten gesellschaftlichen Kosten verhältnismäßig ist.

#### Beschränkung des Zweitstudiums: Möglichkeit zur Verhinderung des Pro-forma-Studiums nach Examen?

Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung<sup>1)</sup> ist der Anspruch auf Zulassung zu einem Hochschulstudium "durch ein Erststudium nicht verbraucht, sondern umfaßt im Grundsatz auch die Ausbildung für einen weiteren Beruf in Gestalt eines gleichzeitigen oder anschließenden Zweitstudiums" (BVerfGE 45, 376 (397 f.)). Ein genereller Ausschluß von Zweitstudien ist somit nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Allerdings ist es dem Gesetzgeber nicht verwehrt, im Interesse von Erstbewerbern die Zulassungschancen für Zweitstudienbewerber in zulassungsbeschränkten Studiengängen zu verringern.<sup>2)</sup>

Damit kann auch die in den Hochschulgesetzen fast aller Länder vorgesehene automatische Exmatrikulation bei Studienabschluß bzw. Aushändigung des Abschlußzeugnisses<sup>3)</sup> nicht die Wirkung erzielen, ein Pro-forma-Studium nach Examen auszuschließen. Abgesehen davon, daß diese Regelung nicht greift, weil oftmals die dafür erforderliche Meldung der Prüfungsämter

1) Vgl. z. B. die Urteile des Bundesverfassungsgerichts vom 08.02.1977 (BVerfGE 43, 291 ff.) und vom 22.06.1977 (BVerfGE 45, 376 ff.).

2) So ist eine quantitative Begrenzung des Zweitstudiums durch Bildung einer Sonderquote (vgl. § 32 Abs. 2 HRG) in Studiengängen des allgemeinen Auswahlverfahrens zulässig.

3) Nur Rheinland-Pfalz schert hier aus der Reihe. In Niedersachsen ist die entsprechende Vorschrift als Kannbestimmung gefaßt (§ 40 Abs. 3 Nr. 3 NHG).

über bestandene Abschlußprüfungen an die Hochschulverwaltung nicht lückenlos erfolgt<sup>1)</sup>, steht jedem Absolventen eine Neueinschreibung in einem anderen Studiengang offen.

Nach den Hochschulgesetzen einiger Länder<sup>2)</sup> ist eine automatische Exmatrikulation nach Examen nur dann nicht vorzunehmen, wenn innerhalb bestimmter Fristen ein begründetes Interesse an einem Fortbestehen der Immatrikulation nachgewiesen wird. Das Berliner Hochschulgesetz von 1982 (BerlHG) sah eine Exmatrikulation mit Aushändigung des Zeugnisses über die bestandene Abschlußprüfung vor, sofern nicht innerhalb zweier Monate nachgewiesen wurde, "daß die Erreichung eines weiteren Studienzieles oder einer weiteren Qualifikation, für die das Fortbestehen der Immatrikulation erforderlich ist, sinnvoll ist" (§ 19 Abs. 1 Satz 2 BerlHG von 1982). Diese Vorschrift bedeutete aber eher einen erhöhten Verwaltungsaufwand als ein effektives Instrument zur Einschränkung von Zweitstudien. Auch wenn ein Antrag auf Fortführung der Immatrikulation abgelehnt und die Exmatrikulation vorgenommen worden wäre<sup>3)</sup>, blieb es dem abgewiesenen Bewerber unbenommen, durch Neueinschreibung in einem anderen Studiengang erneut die vollen Mitgliedschaftsrechte zu erlangen.

Folgerichtig wurden auch der von der Arbeitsgruppe Langzeitstudenten vorgebrachte Vorschlag, verschärfte Anforderungen an den Nachweis der Sinnhaftigkeit zu stellen,<sup>4)</sup> nicht aufgenommen und in der neuen Fassung des Berliner Hochschulgesetzes von 1986 die automatische Exmatrikulation von Hochschulabsolventen ohne jede Ausnahme eingeführt (vgl. § 15 Abs. 1 Nr. 3 BerlHG vom 13.11.1986).

#### Die Grenzen der Studierfreiheit: Nichtaufnahme des Studiums, Studierunfähigkeit und mangelnder Studierwille

Es wurde schon erwähnt, daß das Hochschulrecht eine generelle Pflicht zum Studieren nicht kennt. Mit Art. 12 Abs. 1 GG ist "eine echte Studierpflicht als obligatio perfecta ... nicht vereinbar" (KRAUSE 1982, 617). Folgerichtig können Immatrikulierte auch grundsätzlich nicht verpflichtet werden, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen. Davon unberührt ist, daß die Prüfungsordnungen für die Zulassung zur Prüfung bestimmte Leistungsnachweise verlangen und der Erwerb eines Scheines von der Teilnahme an der Lehrveranstaltung abhängig gemacht werden kann. Davon unberührt bleibt auch die an einigen Hochschulen noch praktizierte Belegpflicht. Das auf der früher üblichen Pflicht zur Zahlung von Kolleggeldern beruhende Belegwesen ist mit keinerlei Kontrolle verbunden, ob die Lehrveranstaltungen tatsächlich besucht

1) Nicht an allen Hochschulen wird - wie es z. B. in Hamburg und Stuttgart geschieht - auf Verwaltungswege sichergestellt, daß die Prüfungsämter alle erfolgreich abgelegten Prüfungen den Universitätsverwaltungen mitteilen. In Hamburg ist überdies die Aufnahme eines Zweitstudiums durch den totalen N. c., in Stuttgart infolge eines fast totalen N. c. erheblich erschwert.

2) § 81 Saarländisches Universitätsgesetz (SaarUG), § 35 Abs. 1 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG).

3) Was in dem Zeitraum, in dem die Vorschrift des § 19 Abs. 1 S. 2 BerlHG angewandt wurde, kein einziges Mal passierte. Die Hochschulverwaltungen begnügten sich mit der Begründungspflicht, denn es war weder möglich noch vom Verwaltungsaufwand her gerechtfertigt, die Sinnhaftigkeit eines Weiter- oder Zweitstudiums sachlich zu überprüfen.

4) Nach diesem Vorschlag sollte die Weiterimmatrikulation von der Vorlage eines Studienplanes abhängig gemacht werden, der von dem Fachbereich befürwortet sowie inhaltlich und zeitlich präzisiert sein sollte (vgl. SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN 1983, 15 ff.).

werden, dient heute allenfalls zur Raumbelungsplanung und ist teilweise noch für die Zulassung zur Prüfung bedeutend.

Selbstverständlich ist diese Art der Studierfreiheit nicht grenzenlos. Und so sehen auch verschiedene Regelungen vor, daß ein Student exmatrikuliert werden kann, wenn er sein Studium nicht aufnimmt. § 18 Abs. 2 der Verordnung für die Zulassung zum Studium an der Universität Hamburg (Universitäts-Zulassungsverordnung) bestimmt, daß die Zulassung erlischt, wenn der Zugelassene den zugeteilten Studienplatz nicht unverzüglich in Anspruch nimmt. In den Studiengängen Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie werden auch entsprechende Kontrollen durchgeführt und ggf. - nicht nur bei Studienanfängern, auf die die Regelung zugeschnitten ist, sondern auch gelegentlich bei höheren Semestern - Exmatrikulationen vorgenommen.

Nachdem die FU Berlin, die ja wie erwähnt in den harten N.c.-Fächern einen ähnlichen Kontrollmechanismus eingebaut hat, die Erfahrung gemacht hatte, daß ihre bei Nichtaufnahme des Studiums ausgesprochenen Exmatrikulationen auf keiner gesetzlichen Grundlage beruhten und deshalb zurückgenommen werden mußten, zog der Gesetzgeber die Konsequenzen und führte in das Berliner Hochschulgesetz von 1986 die Bestimmung ein, daß ein Student exmatrikuliert werden kann, wenn er das Studium in einem zulassungsbeschränkten Studiengang trotz schriftlicher Aufforderung und Androhung der Exmatrikulation nicht unverzüglich aufgenommen hat (§ 15 Abs. 2 BerlHG).

Das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (WissHG Nordrhein-Westfalen) und das HHG beschränken sich nicht nur auf zulassungsbeschränkte Studiengänge. In § 69 Abs. 3 b WissHG Nordrhein-Westfalen heißt es ganz allgemein, daß ein Student exmatrikuliert werden kann, wenn er sein Studium nicht aufnimmt. In § 40 Abs. 2 Nr. 8 HHG ist dieser Exmatrikulationsgrund sogar als Muß-Vorschrift gefaßt.

Daß eine Überprüfung der Studienaufnahme flächendeckend vorgenommen wird, ist allerdings ausgeschlossen. Erstens fehlen in den meisten Studiengängen Kriterien zur Bestimmung der fehlenden Studienaufnahme, da es zentrale Schlüsselveranstaltungen wie in Medizin und Pharmazie nicht gibt. Zweitens umfaßt die Freiheit des Studiums auch die Möglichkeit eines freien, nicht prüfungs- und berufsbezogenen Studiums (vgl. KRAUSE 1982, 618) und ausdrücklich auch das Selbststudium (vgl. § 12 Abs. 1 Satz 2 HRG), so daß von einer Nichtteilnahme an Lehrveranstaltungen keineswegs auf ein Nichtstudium geschlossen werden kann. Drittens würde eine vollständige Kontrolle der Studienaufnahme einen Aufwand erfordern, der von den Hochschulen praktisch nicht zu leisten und zudem unverhältnismäßig ist.

All diese Gründe sprechen auch gegen eine generelle Präsenzpflcht und entsprechende Kontrollen, die ja dem tradierten und verbürgten Charakter der wissenschaftlichen Hochschulen entgegenstehen, nicht aber gegen eine Überprüfung der Studienaufnahme in zulassungsbeschränkten Studiengängen; denn dort stehen hinter jedem Studienplatz weitere abgewiesene Bewerber, denen durch die nur formale Belegung von Studienplätzen Studienchancen vorenthalten werden.

Abgesehen von den vier erwähnten Ländern hat kein anderes Bundesland explizit gesetzlich geregelt, daß eine Exmatrikulation schon dann möglich ist, wenn ein (in N.c.-Studiengängen) eingeschriebener Student sein Studium nicht aufnimmt. In diesen Ländern kann - soweit eine Kontrolle der Studienaufnahme erfolgt - größtenteils nur mit "Bluff" oder "Seelenmassage" (so ein Interviewpartner) eine Exmatrikulation erwirkt werden.

Nach der Rechtsprechung rheinland-pfälzischer Verwaltungsgerichte muß auch Rheinland-Pfalz zu den Ländern gezählt werden, in denen eine zwar nicht ausdrückliche, aber ausreichende gesetzliche Grundlage zur Vornahme von Exmatrikulationen bzw. Versagung der Einschreibung in bestimmten Fällen besteht, nämlich dann, wenn zu dem Faktum der Nichtaufnahme des Studiums auch der Tatbestand der mangelnden Studierfähigkeit oder des mangelnden Studierwillens (soweit nachweisbar) hinzukommt.

In mehreren Urteilen haben rheinland-pfälzische Verwaltungsgerichte festgestellt, daß die Exmatrikulation bzw. das Versagen der Einschreibung Rechtens ist, wenn Studierunfähigkeit oder mangelnder Studierwille nachgewiesen werden kann. Diesen Urteilen vorausgegangen waren Überprüfungsaktionen der Universität Mainz zur Feststellung der Studienaufnahme in den medizinischen Studiengängen, die in mehreren Fällen zur Verweigerung der Einschreibung bzw. zur Exmatrikulation führten. In ihren Entscheidungsgründen zur Rechtmäßigkeit dieser Maßnahmen bei Studierunfähigkeit führten die Verwaltungsrichter am Verwaltungsgericht (VG) Mainz in ihrem Beschluß vom 24. Juni 1986 aus, daß "ein aus dem Grundrecht auf freie Wahl des Ausbildungsplatzes folgender Anspruch auf Einschreibung ... für den gewählten Studiengang (...) nur dann bestehen (kann), wenn ein entsprechendes Studium auch tatsächlich durchgeführt werden kann. Denn ein solcher Grundrechtsschutz kann nur dann bestehen, wenn die Ausübung des betreffenden Grundrechts nicht bereits aus tatsächlichen Gründen ausgeschlossen ist." Diesen tatsächlichen Ausschußgrund sahen die Richter im Falle einer zugelassenen Bewerberin, die ihre Einschreibung in dem Studiengang Medizin beantragt hatte und abgewiesen wurde, als gegeben an, weil sie noch in einer Berufsausbildung stand und bis zum Abschluß der Berufsausbildung im ersten Semester nur nachmittags die Vorlesungen besuchen konnte.

In zwei weiteren Beschlüssen des Oberverwaltungsgerichts (OVG) Koblenz (vom 29.09.1986 und 14.01.1987) stellten die Richter darüber hinausgehend fest, daß für die Einschreibung ebenso wie für deren Aufrechterhaltung auch die tatsächliche *Studierbereitschaft* erforderlich ist. Dieses Erfordernis wird in den für die Einschreibung maßgebenden Vorschriften des rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes und der auf seiner Grundlage erlassenen Einschreibeordnung der Universität Mainz zwar nicht ausdrücklich erwähnt. Aus dem Zusammenhang verschiedener Bestimmungen<sup>1)</sup> folgern die Richter, daß die Studierbereitschaft als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Diese wurde z. B. im Falle eines Studienbewerbers verneint, der aus sozialen Gründen nicht bereit war, seinen Arbeitsplatz aufzugeben, bevor seine vorläufige Zulassung nicht unanfechtbar geworden war.

Nach dieser Rechtsauslegung sind die Maßnahmen der Universität Mainz sowohl auf einer ausreichenden gesetzlichen Grundlage erfolgt als auch verfassungskonform. Denn - so die Begründung der Grundgesetzkonformität - wenn ein Studienbewerber bzw. Studierender nachweisbar nicht in der Lage oder nicht bereit ist, sein Grundrecht auf freie Wahl der Ausbildungsstätte und Teilhabe an der staatlichen Hochschulausbildung wahrzunehmen, ist er nicht durch die Verweigerung der Einschreibung oder die Exmatrikulation in der Ausübung seiner Grundrechte eingeschränkt. Folgt man der Rechtsauffassung der rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichte, so dürften auch in anderen Ländern mit vergleichbaren Bestimmungen in den Hochschulgesetzen und Einschreibe-(Grund-/Universitäts-)Ordnungen die Voraussetzungen gegeben sein, um im Falle von Studierunfähigkeit oder mangelndem Studierwillen Exmatrikulationen vorzunehmen bzw. Einschreibungen zu verweigern.

Die aufgezeigten Maßnahmen und rechtlichen Regelungen sind ein durchaus geeignetes und gerechtfertigtes Instrumentarium, um ein Pro-forma-Studium in N.c.-Studiengängen - und z. T. auch in nicht zulassungsbeschränkten Studiengängen (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz) - zu verhindern.

1) Nach § 63 Abs. 1 Satz 1 HochschG Rheinland-Pfalz erfolgt die Einschreibung der Studenten "zum Studium in dem von ihnen gewählten Studiengang". Sie wird nach § 6 Abs. 6 Einschreibeordnung durch "Aufnahme in die Liste der Studierenden" vollzogen. Der damit vorausgesetzte Wille zum (Weiter-)Studieren muß nach der ausdrücklichen Regelung des § 14 Abs. 1 Einschreibeordnung für jedes weitere Semester jeweils neu durch Rückmeldung bestätigt werden. Auf die tatsächliche Studierbereitschaft kann nur dann verzichtet werden, wenn der Studierende eine Beurlaubung aus wichtigem Grund beantragt.



## Berufsausbildung und Berufstätigkeit als generelles Studierhindernis

Während in Rheinland-Pfalz Berufsausbildung oder Berufstätigkeit (als Ausdruck von Studierunfähigkeit bzw. mangelndem Studierwillen) aufgrund der Rechtsprechung ein Immatrikulationshindernis darstellen kann, ist dies in zwei Ländern ausdrücklich durch Gesetz geregelt. Nach § 37 Abs. 1 Nr. 3 HHG und § 86 Abs. 1 Nr. 4 UG Baden-Württemberg ist die Zulassung bzw. die Immatrikulation zu versagen, wenn der Studienbewerber in einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis steht und nicht nachweisen kann, daß er in der Lage ist, "sich dem Studium uneingeschränkt zu widmen, insbesondere die erforderlichen Lehrveranstaltungen zu besuchen" (UG Baden-Württemberg), bzw. "das Studium ordnungsgemäß durchzuführen" (HHG).

In der Praxis fragen die hessischen und baden-württembergischen Hochschulen bei der Immatrikulation/Rückmeldung danach, ob ein Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis besteht. Wird diese Frage bejaht, so wird ein Nachweis über die Möglichkeit des ordnungsgemäßen Studiums verlangt. In Hessen ist nicht geregelt, wie der Nachweis auszusehen hat, und die Hochschulleiter haben einen Ermessensspielraum, wenn ein entsprechender Nachweis nicht erbracht wird. In Stuttgart und Freiburg wird eine Berufstätigkeit bis zu 20 Wochenstunden (in Stuttgart aber erst nach der Zwischenprüfung) zugelassen. Eine Kontrolle, ob der Student wahrheitsgemäße Angaben bei der Einschreibung gemacht hat, ist z. T. über den Krankenversicherungsnachweis möglich, der eine andere Kennziffer aufweist, sobald jemand aufgrund einer Arbeitnehmertätigkeit pflichtversichert ist.

Auch an der Universität Mainz wird nach einem Dienst-, Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis gefragt, ggf. eine Bescheinigung des Dienstherrn oder Arbeitgebers über die zeitliche Beanspruchung durch die Berufstätigkeit/-ausbildung verlangt und geprüft, ob damit das Studium noch vereinbar ist. Diese Praxis ist inzwischen durch die oben zitierte Rechtsprechung abgesegnet.

Ungeachtet von verfassungsrechtlichen Bedenken, die an dieser Stelle nicht umfassend rezipiert und beurteilt werden können und sollen (vgl. dazu die Ausführungen bei BREITBACH (1979, 52 ff.), der Hochschulzugangsbeschränkungen für Berufstätige für materiell verfassungswidrig hält), stellen die hessischen und baden-württembergischen Regelungen einen Anachronismus dar. Sie gehen - auch wenn die Verwaltungspraxis großzügiger verfährt - von der Fiktion eines Vollzeitstudenten aus, denn ein ordnungsgemäßes Studium oder das Erfordernis, sich uneingeschränkt dem Studium widmen zu können, erlaubt in vielen Studiengängen keinerlei Nebentätigkeit. Diese Fiktion des Vollzeitstudenten ist längst von der Studienrealität überholt, ist doch die Mehrzahl der Studierenden aus den verschiedensten Gründen erwerbstätig.

Es darf sicher nicht verkannt werden, daß es mit den vorgestellten Bestimmungen grundsätzlich, d. h., soweit den Hochschulen die Berufstätigkeit der Studierenden bekannt wird, möglich ist, z. B. ein "professionelles Pro-forma-Studium" zu verhindern. Angesichts der materiellen Situation der durchaus ernsthaft Studierenden ist ihnen aber mit kritischer Zurückhaltung zu begegnen.

Baden-württembergische Hochschulvertreter und - in anderem Zusammenhang - auch Berliner Hochschulvertreter plädieren denn auch dafür, aus der veränderten Hochschulrealität auch hochschulrechtliche Konsequenzen durch Einführung eines Teilzeitstudentenstatus zu ziehen. Die Arbeitsgruppe Langzeitstudenten in Berlin schlug in ihrem Zwischenbericht von 1983 in Anlehnung an die Praxis der Fernuniversität Hagen und zahlreicher Universitäten in den USA die Verankerung des Status eines Teilzeitstudenten vor, der dadurch gekennzeichnet ist,

"- daß er dieselben Benutzungsrechte hat wie ein ordentlicher Student,

- daß er keine sozialen Vergünstigungen erhält und
- daß er die Korporationsrechte behält" (SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN 1983, 19).

In der Studentenstatistik sollten die Teilzeitstudenten gesondert ausgewiesen werden. Die Arbeitsgruppe Langzeitstudenten wollte den Teilzeitstudentenstatus allerdings nicht nur als

formalrechtliche Maßnahme verstanden wissen. Sie hielt es vielmehr für wünschenswert, daß an den Universitäten auch entsprechende inhaltliche Konzepte für Teilzeitstudenten entwickelt werden (ebd.).

Letztendlich - vielleicht aufgrund der Trägheit des politischen und rechtlichen Systems, vielleicht auch wegen der erwarteten Bedenken von studentischer Seite - ist der Teilzeitstudentenstatus weder in Berlin noch anderswo realisiert worden.

Neben den erwähnten hochschulrechtlichen Regelungen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit/-ausbildung und Studium bietet auch das Dienst- und Arbeitsrecht über die Nebentätigkeitsregelungen Ansatzpunkte zum Ausschluß der Berufstätigen vom Studium. Aus einigen Universitäten wissen wir, daß für Vollzeitbeschäftigte der Universität ein gleichzeitiges Studium unzulässig ist. In Stuttgart wird das nach Implementation eines Personalverwaltungssystems über den Abgleich mit der Studentendatei kontrolliert werden - ein Verfahren, das mit gewissen Auflagen auch von der Datenschutzbeauftragten des Landes Baden-Württemberg genehmigt wurde. In Berlin ist eine derartige Kontrolle aus datenschutzrechtlichen Gründen allerdings untersagt worden.

**Einschreibe- und Rückmeldeverfahren: möglicherweise eine bürokratische Erschwernis, aber kein unüberwindbares Hindernis für Pro-forma-Studenten**

Studierende, die immatrikuliert bleiben wollen - sei es, um ihr Studium fortzusetzen, sei es aus formalen Gründen - werden in der Regel nicht das Risiko einer Sanktion wegen unterlassener oder verspäteter Rückmeldung eingehen, sondern die für die Rückmeldung vorgeschriebenen Fristen und Formen wahren. Erfahrungen aus der Universität München z. B. zeigen allerdings auch, daß unter denen, die sich nicht rückmelden, besonders viele sind, die ihr Exmatrikulationsrecht, diesen Personenkreis zu exmatrikulieren?

Alle Hochschulgesetze der Länder sehen Regelungen für den Fall vor, daß ein Student sich nicht oder nicht frist- und formgerecht rückmeldet. Wenn ein Studierender sich nicht innerhalb der festgesetzten Fristen zum Weiterstudium rückgemeldet hat, wird er exmatrikuliert bzw. die Einschreibung wird widerrufen. Nur in Hessen ist allerdings die Exmatrikulation zwingend vorgeschrieben; in allen anderen Ländern handelt es sich um eine Kann-Bestimmung. Soweit die Exmatrikulation, die z. T. erst nach individueller Mahnung und unter Einräumung einer Nachfrist zur Rückmeldung ausgesprochen wird, nicht zwingend vorgeschrieben ist, ist sie - so die Auffassung von befragten Experten - kaum aufrechtzuerhalten, wenn gegen sie Widerspruch eingelegt wird. Die Hochschule müsse die Betätigung ihres Ermessens nachweisen, indem sie z. B. vor der Exmatrikulation nach den Gründen für die unterbliebene Rückmeldung fragt - eine Maßnahme, die an den Kosten und der Personalkapazität scheitert.<sup>1)</sup> Darüber hinaus muß, damit die Exmatrikel formgültig ist, die Zustellung - etwa über Postzustellungsurkunde - nachweisbar sein. Auch dies eine Maßnahme, die aus Kostengründen nicht durchführbar ist. Deshalb wird an einigen Hochschulen - so wurde uns berichtet - ein Widerspruch gegen Exmatrikulationen aufgrund unterlassener Rückmeldung ohne weiteres stattgegeben.

Das heißt: Abgesehen von den Möglichkeiten zur nachträglichen Rückmeldung und zur teilweise jederzeit möglichen Neueinschreibung nach erfolgter Exmatrikulation<sup>2)</sup> hätte auch ein Widerspruch gegen die Exmatrikulation wegen unterlassener Rückmeldung regelmäßig Erfolg, so daß

1) An der LMU München erfolgen z. B. 90 % der Exmatrikulationen aufgrund unterlassener Rückmeldung.

2) Das Berliner Hochschulgesetz z. B. enthält keine Vorschrift darüber, daß die Immatrikulation zu versagen ist, wenn die Einschreibefristen nicht eingehalten werden.

diese Exmatrikulationsregelungen keine ausreichende Handhabe gegen diejenigen bieten, die partout immatrikuliert bleiben wollen.

### Stärkere Verschulung und Strukturierung des Studiums: eine Lösung?

§ 3 Abs. 4 HRG garantiert den Studierenden Lernfreiheit. Diese impliziert - innerhalb der skizzierten Grenzen - auch die Freiheit, an Lehrveranstaltungen teilzunehmen oder nicht, Leistungsnachweise zu erbringen oder nicht. Allerdings: Wenn ein anerkannter Hochschulabschluß erreicht werden will, ist die Lernfreiheit durch die Prüfungs- und Studienordnungen eingeschränkt.

Es ist ein wichtiges Anliegen des HRG, das Studium zu ordnen, zu strukturieren, zu regeln, nicht nur um das Lehrangebot der Hochschule planbar zu machen, sondern auch um den Studierenden eine Orientierungshilfe an die Hand zu geben. Das HRG folgt mit diesen Ordnungs- und Vorstellungen dem Beispiel der Ingenieurausbildung und entfernt sich von der klassischen Universitätsidee, die eine Planung des Studienablaufs durch die Hochschule mit studienbegleitenden Prüfungen, eine Orientierung auf Berufsvorbereitung und eine formale Regelung der Abschlußprüfung so nicht kennt (vgl. WAGEMANN 1988 (a), 7 ff.). Mit diesen Studienreformvorstellungen kann sich das HRG zum Teil auch auf Forderungen der hochschuldidaktischen Diskussion berufen, die aus der Kritik am sozial- und geisteswissenschaftlichen Studium und aus der Notwendigkeit zur Orientierung für die Studenten und zur laufenden Rückmeldung entstanden ist.

Das HRG hat Zwischenprüfungen für alle Studiengänge mit einer Regelstudienzeit von mindestens vier Jahren vorgeschrieben, und viele Studiengänge sehen regelmäßige Leistungskontrollen während des gesamten Studienverlaufs vor. Ist eine straffe Studienorganisation, die die Studierenden an die Hand nimmt und durch das Studium führt, eine Möglichkeit, einen Teil der Ursachen z. B. für ein "Pro-forma-Studium ohne Examensperspektive" auszuräumen?

Einige Argumente sprechen - zumindest in der Theorie - dafür. Rückmeldung und Orientierung - so die einhellige Meinung der Experten, die wir zu diesem Themenkomplex befragt haben - ist für die Studierenden unabdingbar. Ohne sie kann der Studierende sich im Studium und den Faden zum Studium verlieren. Bei einem straff organisierten Studium mit fest umrissenen Studienplänen weiß der Student immer, was er zu tun hat; regelmäßige Leistungskontrollen geben ihm das notwendige "feed back" über seinen Leistungsstand. Orientierungsprobleme bezüglich Studienplanung und eigener Leistungsfähigkeit dürften, so scheint es, nicht auftreten. Ein weiterer Vorteil eines straff organisierten Studiums kann, soweit der Studienplan auch studierbar ist, darin bestehen, daß die Studierenden gewissermaßen im Klassenverband von Semester zu Semester fortschreiten und mit ihrer Semesterkohorte das gesamte Studium absolvieren. Der Klassenverband kann zu einer peer group werden, die das notwendige soziale Netzwerk im sozialen Rückhalt im Studium bietet und die sozialen Defizite einer Massenuniversität ausgleicht. "Verschulung" des Studiums als Lösung also, um Orientierungs- und sozialen Problemen im Studium zu begegnen und somit die Gefahr problematischer Studienverläufe zu vermindern?

Die Experten mochten diese Frage nicht so eindeutig mit ja beantworten. Schon die Zwischenprüfung, deren Einführung Mitte der 60er Jahre auch von Studentenvertretern und der Bundesassistentenkonferenz gefordert wurde, stößt auf Kritik. Nicht die Idee einer Zwischenprüfung als Orientierungshilfe, als Möglichkeit, sich selbst Rechenschaft über den Studienstand abzulegen sowie Erfahrungen mit Prüfungssituationen zu sammeln, sondern die Praxis als z. T. eher pflichtgemäß zu nehmende Hürde mit Selektions-, aber ohne Orientierungsfunktion.

Mit noch größerer Skepsis wird einer weiteren Verplanung und Lenkung des Studiums begegnet. Studienpläne halten die Studierenden in Unmündigkeit, lassen keinen Raum für die zur Orientierung notwendige Reflexion, verhindern selbständige und eigenverantwortliche Entscheidung

über den Studien- und Berufsweg. Orientierungsprobleme werden nicht gelöst, sondern verschoben. Der Student weiß, was er zu tun hat, aber nicht warum.

Die Lösung liegt nicht in dem anderen Extrem, im *laisser-faire*, sondern - so einer der exponiertesten Kritiker eines verplanten Studiums - in einer Wiederbelebung der Universität Humboldtscher Prägung mit einer direkten Auseinandersetzung und Kommunikation zwischen Professoren und Studenten (vgl. WAGEMANN 1982, 17). Daß dieses - zumindest zum Teil - auch in einer Massenuniversität praktikierbar ist, zeigen die im Kap. 7.3 beschriebenen Aspekte des Projektstudiums.

### Fazit

Die vorgestellten, derzeit bestehenden hochschulrechtlichen Regelungen bieten, das haben die vorangegangenen Ausführungen gezeigt, keine ausreichende Handhabe, um auf administrativem Wege ein Pro-forma-Studium gänzlich zu unterbinden. Bleibt die Frage, ob rigidere Maßnahmen ergriffen werden sollten.

An dieser Frage teilen sich die Expertenmeinungen. Die Mehrheit ist der Auffassung, daß angesichts der politischen und sozialen Kosten eines schärferen Kontrollsystems oder schematischer Einschränkungen des Studiums die doch begrenzte Zahl der "Trittbrettfahrer des Sozialstaates" hinnehmbar seien. Für Fragen der sozialen Vergünstigungen und Probleme der Mitnahmeeffekte seien darüber hinaus auch andere als die Hochschulen zuständig. Einige waren sich alle Experten aber darin, daß die eigentliche Lösung zur Verhinderung des bedeutendsten Typus von Pro-forma-Studium in einer Verbesserung der Betreuung liegt.

### 7.2 Maßnahmen im Bereich sozialer Vergünstigungen

Tarifbestimmungen von Verkehrsbetrieben, kulturellen und sonstigen Freizeiteinrichtungen sowie verschiedene Gesetze sehen für Studierende und ihre Eltern besondere, begünstigende Regelungen vor. All diesen Regelungen und den sozialen Angeboten der Hochschulen selbst, die ausführlich in Kap. 5 abgehandelt wurden, liegen familienpolitische Grundsätze sowie der Sozialstaatsgedanke zugrunde, nach dem wirtschaftlich schwachen und sozial benachteiligten Gruppen eine besondere Unterstützung seitens des Staates gebührt, damit Belastungen gemildert, Chancen gerecht verteilt und eine Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht werden. Selbstverständlich nicht gedacht sind solche Vergünstigungen für Personen, die sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation nicht benötigen. Daß in allen gesellschaftlichen Bereichen Regelungslücken aufgespürt und zum eigenen individuellen Vorteil ausgenutzt werden, und zwar teilweise unter Verletzung von Gesetzen und in erheblich größerem Ausmaß, als es für einen Teil der Pro-forma-Studenten angenommen werden muß, rechtfertigt keine fatalistische Haltung nach dem Motto "Schwarze Schafe gibt es immer", läßt aber - wie bei den hochschulrechtlichen Regelungen auch - die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel zum angestrebten Zweck und nach der Grenze zwischen einem vertretbaren Regelungsbedarf und einer nicht mehr zu vertretenden Regelungsdichte aufkommen.

Da die derzeitigen hochschulrechtlichen Maßnahmen nicht geeignet sind, die Möglichkeit einer ungerechtfertigten sozialen Vorteilsnahme aufgrund des Studentenstatus auszuschließen, und da weitergehende Maßnahmen größtenteils nicht vertretbar erscheinen, ist immer wieder das Augenmerk auf die Bestimmungen über soziale Vergünstigungen selbst gerichtet worden.

### Staffelung von Sozialbeiträgen zum Studentenwerk

Als ersten Schritt in diese Richtung hat der Berliner Gesetzgeber im Jahre 1983 die Einführung von nach Semesterzahl gestaffelten Sozialbeiträgen zum Studentenwerk beschlossen. Der Sozialbeitrag beträgt seitdem in der Regel 20 DM. Er erhöht sich auf 40 DM, wenn die BAföG-



Förderungshöchstdauer um drei bis sechs Semester überschritten wird, und auf 80 DM bei Überschreitung von mehr als sechs Semestern. Mit dieser Maßnahme wollte der Gesetzgeber, der es nicht für "vertretbar angesehen (hat), daß der jährliche Landeszuschuß an das Studentenwerk in Höhe von rd. 360,- DM (im Jahre 1982) je Student in gleicher Weise den Langzeit- wie den übrigen Studenten zugute kommen soll" (KMK 1984, 32), den bei Leistungen des Studentenwerks auftretenden Mißbrauchstatbeständen begegnen. Bislang ist kein anderes Land diesem Beispiel gefolgt. Nach Einschätzung des KMK-Unterausschusses für studentische Angelegenheiten ist diese Maßnahme auch rechtlich gesehen problematisch (vgl. ebd.). Darüber hinaus erscheint sie aber auch nicht notwendig angesichts der Tatsache, daß die Mißbrauchsmöglichkeiten für Langzeit- und Pro-forma-Studenten (z. B. durch Wohnzeitbegrenzungen in Studentenwohnheimen und durch die Unattraktivität der Wohn- und Verpflegungsmöglichkeiten für "professionelle Pro-forma-Studenten") begrenzt sind.

### Änderung von Tarifbestimmungen

Parallel zur Staffelung der Sozialbeiträge bereitete der Senat von Berlin auch eine Änderung der Tarifbestimmungen der Berliner Verkehrsbetriebe vor, um die Inanspruchnahme von ermäßigten Tarifen durch Studierende an Universitäten ab dem 17. Hochschulsemester und durch Fachhochschulstudenten ab dem 11. Hochschulsemester auszuschließen. Wie auch ähnliche Überlegungen, die noch vor kurzer Zeit in München diskutiert wurden, sind diese Vorschläge nicht realisiert worden. Ob aufgrund der ablehnenden Haltung der Hochschulen, die um Stellungnahme gebeten worden waren, oder - so eine Vermutung - wegen der Befürchtung, das ohnehin große Schwarzfahrerpotential könnte sich noch vergrößern, ist nicht bekannt. Die Ausführungen in Kap. 5.2.1 haben aber auch deutlich gemacht, daß die Möglichkeiten, aus den Sondertarifen der Verkehrsbetriebe sowie kultureller und Freizeiteinrichtungen Vorteile zu ziehen, für einen Großteil der Pro-forma- und Langzeitstudenten relativ eng begrenzt sind. Teilweise gibt es Altersbeschränkungen, teilweise sind die Angebote - je nach Intensität der kulturellen und sportlichen Aktivitäten des Studierenden und je nach verkehrsmäßiger Infrastruktur der Hochschulstandorte - auch unattraktiv. Ein weitergehender Handlungsbedarf ist deshalb nicht zu erkennen, vor allem wenn auch die soziale Situation vieler Pro-forma-Studenten berücksichtigt wird.

### Trennung von Studentenstatus und Berechtigung für soziale Vergünstigungen

Im Verlaufe seiner Beratungen über Probleme im Hochschulbereich durch Langzeit- und Scheinstudenten behandelte der KMK-Unterausschuß für studentische Angelegenheiten auch die Frage einer generellen Trennung von Studentenstatus und der Berechtigung für soziale Vergünstigungen, um so den Mißbrauch sozialer Vergünstigungen in den Griff zu bekommen (vgl. KMK 1984, 33). Die Hochschule könnte z. B. neben dem Studentenausweis einen weiteren Ausweis ausstellen, der nur die Berechtigung zur Inanspruchnahme von sozialen Vergünstigungen dokumentiert und der Langzeit- und Pro-forma-Studenten vorenthalten wird. Der Unterausschuß kam zu dem Schluß, daß sich dadurch der Mißbrauch nur schwer einschränken ließe. Denn: "Abgesehen von dem mit der Ausstellung der Berechtigungskarte verbundenen erheblichen Verwaltungsaufwand erscheint es jedoch kaum vorstellbar, daß die Hochschule damit zugleich auch über die von anderen Stellen, insbesondere den Verkehrsträgern oder auch etwa dem Steuereinkommen, gewährten Vergünstigungen mitentscheiden kann. Da die Hochschulgesetze die sozialen Vergünstigungen automatisch an den Studentenstatus knüpfen oder jedenfalls nicht ausdrücklich davon absehen, dürfte eine gesetzgeberische Klarstellung erforderlich sein." (ebd.)

### Änderung des Steuer- und Sozialversicherungsrechts

Abgesehen von der beschränkten und nur nach Einzelnachweis möglichen Absetzbarkeit der eigenen Berufsausbildung im Rahmen der Sonderausgaben sehen alle einkommenssteuerrechtlichen Regelungen, die studierende Kinder betreffen, eine Altersgrenze von 27 Jahren vor. Damit

ist auch einer Vorteilsnahme durch Pro-forma-Studenten weitgehend ein Riegel vorgeschoben. Anders bislang das Sozialversicherungsrecht.

Zwar ist auch nach geltendem Recht der Mißbrauch der studentischen Krankenversicherung durch Pro-forma-Studenten de jure und größtenteils auch faktisch ausgeschlossen. Denn die Voraussetzung für die Versicherungspflicht in der studentischen Krankenversicherung nach § 165 Abs. 1 Nr. 1 RVO mit ihren günstigen Beiträgen erschöpft sich nicht in dem Status als Student, sondern umfaßt auch den "Situs". D. h., um der Versicherungspflicht als Student zu unterliegen, muß der Immatrikulierte seinem Erscheinungsbild nach als Student anzusehen sein. Zur Bestimmung des Erscheinungsbildes als Student in Abgrenzung zum Arbeitnehmer hat das Bundessozialgericht in seinem Urteil vom 22. Februar 1980 - 12 RK 34/79 - folgende Grundsätze aufgestellt, die sich auch problemlos auf die Unterscheidung zwischen Studenten und Selbständigen bzw. Angehörigen freier Berufe übertragen lassen:

*Wenn das Studium trotz einer gleichzeitig ausgeübten Tätigkeit als Arbeitnehmer seine das Erscheinungsbild prägende Bedeutung behalten soll, muß es nicht nur bei der Verteilung der jeweiligen Arbeitszeiten der bestimmende Faktor sein. Es muß darüber hinaus auch seinem Umfang nach ein solches Gewicht haben, daß es im Verhältnis zur Erwerbstätigkeit nicht zur "Nebensache", diese also zur Hauptsache wird ... Nur wenn der für das jeweilige Studiensemester objektiv nachprüfbare Arbeitsaufwand (Zahl und Dauer der Lehrveranstaltungen, notwendige Vorbereitungszeiten) die zeitliche Belastung durch die Erwerbstätigkeit übersteigt, kann das Studium noch das Erscheinungsbild bestimmen.*

Während sich im Falle abhängig beschäftigter Immatrikulierter das Erscheinungsbild als Student relativ problemlos überprüfen läßt<sup>1)</sup>, wird es bei selbständig oder freiberuflich Tätigen schwieriger. Auch die inzwischen von den Krankenkassen ergriffenen Maßnahmen (vgl. Kap. 5.2) können den Mißbrauch der studentischen Krankenversicherung nicht mit endgültiger Sicherheit ausschließen. Daher haben die Krankenkassen schon seit längerem eine gesetzliche Klarstellung z. B. in Form einer Altersgrenze von 35 Jahren, wie sie in Österreich besteht, angeregt.

Diese wird - so der Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz - GRG) vom 29.04.1988 in den entsprechenden Passagen unverändert verabschiedet wird - zum 1. Januar 1989<sup>2)</sup> erfolgen. Vorgesehen ist, daß Studenten bis zum Abschluß des 14. Fachsemesters, längstens bis zur Vollendung des dreißigsten Lebensjahres versicherungspflichtig sind. Diese Grenzen können nur in folgenden Ausnahmefällen überschritten werden: "Studenten nach Abschluß des vierzehnten Fachsemesters oder nach Vollendung des dreißigsten Lebensjahres sind nur versicherungspflichtig, wenn die Art der Ausbildung oder familiäre sowie persönliche Gründe, insbesondere der Erwerb der Zugangsvoraussetzungen in einer Ausbildungsstätte des Zweiten Bildungsweges, die Überschreitung der Altersgrenze oder eine längere Fachstudienzeit rechtfertigen." (Art. 1 § 5 Abs. 1 Nr. 9 2. Halbsatz Entwurf GRG) Zur Begründung der Neuregelung heißt es:

- 1) Die Arbeitgeber selbst müssen studentische Beschäftigte den Krankenkassen melden, wenn sie die vom Bundessozialgericht zur Unterscheidung von Arbeitnehmern und Studenten gezogene, in der Regel geltende Beschäftigungsgrenze von 20 Wochenstunden während der Vorlesungszeit überschreiten. Sie unterliegen dann der Versicherungspflicht für Arbeiter oder Angestellte nach § 165 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 RVO. Der Krankenkassenbeitrag beträgt dann ca. 13 % der beitragspflichtigen Einnahmen, wobei der Arbeitgeber die Hälfte zu tragen hat.
- 2) Genauer: Das gesamte Gesetzeswerk soll am 1. Januar 1989 in Kraft treten. Aus praktischen Gesichtspunkten sollen die Neuregelungen zur Versicherungspflicht der Studenten erst ab Beginn des neuen Semesters, also ab 1. April 1989, gelten.

*Die Versicherungspflicht der Studenten (Absatz 1 Nr. 9) wird, um Mißbräuche zu vermeiden, auf eine Höchstdauer der Fachstudienzeit und auf ein Höchstalter begrenzt. Damit soll auch der Tendenz, das Hochschulstudium zu verlängern, entgegengewirkt werden. Die Ausnahmeregelung im 2. Halbsatz ist eng auszulegen. Persönliche und familiäre Gründe sind z. B. Erkrankung, Behinderung, Schwangerschaft, Nichtzulassung zur gewählten Ausbildung im Auswahlverfahren, Eingehen einer insgesamt mindestens achtjährigen Dienstverpflichtung als Soldat oder Polizeivollzugsbeamter im Bundesgrenzschutz auf Zeit bei einem Dienstbeginn vor Vollendung des 22. Lebensjahres, Betreuung von Behinderten oder aus anderen Gründen auf Hilfe angewiesenen Kindern.*  
(BUNDESRAT 1988, 159)

An der Beitragsberechnung für studentische Pflichtversicherte ändert sich nichts. D. h., sie ist an dem Bedarfssatz nach BAföG und an dem durchschnittlichen Beitragssatz aller gesetzlichen Krankenkassen gekoppelt und wird weiterhin ähnlich günstig sein wie heute.

Gesetzlich geregelt wird nun auch die Krankenversicherung von studierenden Selbständigen. Wer hauptberuflich selbständig erwerbstätig ist, ist von der Krankenversicherung der Studenten ausgeschlossen (Art. 1 § 5 Abs. 5 Entwurf GRG). Damit soll - so die Begründung - vermieden werden, "daß ein versicherungsfreier Selbständiger durch Aufnahme einer versicherungspflichtigen Nebenbeschäftigung (z. B. ein Studium, d. Verf.) versicherungspflichtig wird und damit den umfassenden Schutz der GKV (Gesetzliche Krankenversicherung, d. Verf.) erhält" (ebd.). Als hauptberuflich wird eine selbständige Erwerbstätigkeit definiert, wenn sie von der wirtschaftlichen Bedeutung und dem zeitlichen Aufwand her die übrigen (Erwerbs-)Tätigkeiten deutlich übersteigt und den Mittelpunkt der (Erwerbs-)Tätigkeit darstellt. Ein Informatikstudent z. B., der die Semester- und Altersgrenze noch nicht erreicht hat und als Selbständiger EDV-Software entwickelt und vertreibt, würde also weiterhin in den Genuß der studentischen Krankenversicherung kommen, sofern die selbständige Tätigkeit nicht überwiegt und z. B. nicht mehr als 20 Wochenstunden in der Vorlesungszeit umfaßt.

Sind versicherungspflichtige Studierende als Arbeitnehmer erwerbstätig, so werden die gleichen Grundsätze wie bisher gelten. D. h., bis zu einem Beschäftigungsumfang von 20 Stunden pro Woche (während der Vorlesungszeit, in den Semesterferien unbegrenzt) unterliegen Studierende in der Regel weiterhin der Krankenversicherungspflicht für Studenten und nicht der der Arbeitnehmer. Nach wie vor sind sie auch in der Arbeitslosen- und Rentenversicherung beitragsfrei.

Wie werden künftig Studierende versichert, die aus der studentischen Krankenversicherung ausscheiden, weil sie die gesetzte Semester- oder Altersgrenze erreicht haben? Sie können sich nach Art. 1 § 9 Abs. 1 Entwurf GRG in der gesetzlichen Krankenversicherung unter bestimmten Voraussetzungen<sup>1)</sup> freiwillig weiterversichern. Hinsichtlich der Versicherungspflicht bei Erwerbstätigkeit gelten für die freiwillig versicherten Studenten die gleichen Grundsätze wie für in der studentischen Krankenversicherung pflichtversicherte Studierende, d. h., unterhalb des vom Bundessozialgericht umrissenen Beschäftigungsumfangs besteht keine Versicherungspflicht.

Freiwillig versicherte Studenten sind also hinsichtlich dieser Regelungen nicht besser oder schlechter gestellt als pflichtversicherte Studierende. Anders sieht es bei dem zu zahlenden Beitrag aus. Während der Mindestbeitrag für freiwillig Versicherte bislang bei rund 65 DM pro Monat lag, wird er sich nach neuem Recht auf das doppelte erhöhen. Das heißt: Studenten, die sich freiwillig bei einer gesetzlichen Krankenkasse weiterversichern, müssen - auch wenn sie kein eigenes Einkommen haben - je nach Krankenkasse zwischen 125 und 145 DM monatlich auf den Tisch legen. Dies bedeutet eine nicht unerhebliche Mehrbelastung für die Studierenden.

1) Wenn sie in den letzten fünf Jahren vor dem Ausscheiden mindestens zwölf Monate oder unmittelbar vor dem Ausscheiden ununterbrochen mindestens sechs Monate versichert waren.

Wenn die freiwillig versicherten Studierenden erwerbstätig, aber noch nicht versicherungspflichtig sind, wird mit einem noch höheren Beitrag zu rechnen sein. Nach dem Gesetzentwurf darf nämlich ein freiwilliges Mitglied beitragsmäßig nicht geringer belastet werden als ein vergleichbarer versicherungspflichtig Beschäftigter. Gesetzt den Fall, ein freiwillig versicherter Student ist in den Semesterferien nicht versicherungspflichtig erwerbstätig und erhält einen Brutto-Arbeitslohn von 2.000 DM. Bei einem ungefähren Beitragssatz von 13 % beträgt der Beitrag zur Krankenversicherung 260 DM, den in diesem Falle der Student allein zu tragen hat. Der Arbeitgeber ist in diesem Falle nicht verpflichtet, einen Zuschuß zur Krankenversicherung in Höhe der Hälfte des Beitrages zu zahlen. Die entsprechende Vorschrift in der RVO (§ 405 Abs. 2) und im Entwurf GRG (Art. 1 § 266 Abs. 1) bezieht sich ausdrücklich nur auf freiwillig versicherte Beschäftigte, die nur wegen Überschreitens der Jahresarbeitsverdienstgrenze versicherungsfrei sind.

### Fazit

Die neuen Regelungen zur studentischen Krankenversicherung werden für die Studierenden einschneidend sein. Sicher, die letzten Schlupflöcher, die einen Mißbrauch der studentischen Krankenversicherung durch einige schwarze Schafe noch ermöglichten, sind geschlossen worden. Aber es sind auch in erheblichem Maße "ordentliche", zielstrebige Studierende betroffen. In vielen Studiengängen schließen mehr als 20 % der Absolventen ihr Studium erst nach dem 14. Fachsemester ab,<sup>1)</sup> und dies größtenteils nicht, weil sie "gebummelt" haben. Spätestens seit dem auch in der Öffentlichkeit vollzogenen Perspektivwandel zur Frage, wer an langen Studienzeiten Schuld hat, werden ja Faktoren wie unzureichende Studienfinanzierung und Mängel der Studienorganisation nicht mehr aus dem Blickfeld ausgeschlossen. Die geplante Neuregelung der studentischen Krankenversicherung wälzt - wie die Zwangsexmatrikulation wegen Überschreitens der Regelstudienzeit auch - z. T. auch Folgen von Versäumnissen und Entscheidungen der Politik auf die Studierenden ab. Ehe die Voraussetzungen geschaffen werden, die überhaupt erst ein kürzeres Studium ermöglichen, werden Sanktionen für die Studierenden verhängt.

Es muß also bezweifelt werden, daß die Befristung der studentischen Pflichtversicherung den vom Gesetzgeber erwarteten studienzeitverkürzenden Effekt hat. Eher das Gegenteil könnte eintreten: Da die Schaffung der nicht im Verantwortungsbereich der Studierenden liegenden Voraussetzungen zur Verkürzung der Studiendauer auf sich warten läßt, werden viele Studierende aus der studentischen Pflichtversicherung ausscheiden und sich - wollen sie weiterhin Krankenversicherungsschutz haben - freiwillig mit den höheren Beiträgen weiterversichern müssen. Die finanzielle Mehrbelastung wird vermutlich nur durch verstärkte Erwerbstätigkeit kompensiert werden können, wodurch ein zügiger Studienabschluß konterkariert wird. Angesichts dieser Konsequenzen für viele Studierende und angesichts der Tatsache, daß ein Mißbrauch der studentischen Krankenversicherung durch Pro-forma-Studenten auch aufgrund der derzeitigen Rechtslage fast ausgeschlossen ist, erscheint diese eng gefaßte Neuregelung der studentischen Krankenversicherung sehr bedenklich. Den Krankenversicherungsträgern allerdings werden die Mehreinnahmen durch die aus der Pflichtversicherung ausscheidenden Studierenden, für die ja kaum Krankheitskosten anfallen, sicherlich willkommen sein.

Was hier für die Krankenversicherung angeführt wurde, kann auch für andere Maßnahmen im Bereich sozialer Vergünstigungen Gültigkeit beanspruchen. Die Mißbrauchsmöglichkeiten durch

1) Dazu einige Beispiele: Von den Universitätsabsolventen des Studienjahres 1986, die ihr Diplom im Studienbereich Chemie ablegten, brauchten 26 % mehr als 14 Fachsemester. Für Maschinenbau (Diplom) lautet der entsprechende Wert 25 %, für Elektrotechnik (Diplom) 26 %, für Informatik (Diplom) 19 % (eigene Berechnungen nach STATISTISCHES BUNDESAMT 1988, 137 ff.).



Pro-forma-Studenten sind schon aufgrund der derzeitigen Regelungen so begrenzt, daß weitergehende Regelungen unverhältnismäßig sein würden. Da manifeste Merkmale für ein Pro-forma-Studium kaum identifizierbar sind, könnten weitere Maßnahmen zur Verhinderung von Mißbrauch nur in einer zeitlichen Befristung von sozialen Vergünstigungen bestehen. Diese würden aber umso mehr "ordentliche" Studierende treffen, je enger sie gefaßt sind.

### 7.3 Betreuerische Maßnahmen

Administrative Maßnahmen, die durch Sanktionen versuchen, dem Pro-forma-Studium beizukommen, sind zum großen Teil ungeeignet. Nicht nur, daß sie entweder zu kurz greifen oder aber, sind sie rigide gefaßt, sehr weit in den Studienverlauf der Studierenden eingreifen, die ein Studienziel verfolgen. Diese Maßnahmen setzen auch einseitig bei den Studierenden an und blenden die Faktoren und Bedingungen aus, die den Boden für ein Pro-forma-Studium, vor allem für ein "Pro-forma-Studium ohne Examensperspektive", bereiten. Die Ausführungen im Kap. 6 haben ja gezeigt, daß dem Pro-forma-Studium dieser Prägung nicht primär ein strategisches, kalkultiertes, zielorientiertes Handeln zugrunde liegt, sondern daß es vor allem auch Indikator für Funktionsmängel der Hochschulausbildung ist.

Hier setzen die im folgenden dargestellten Maßnahmen an. Wir haben sie unter dem Titel "betreuerische Maßnahmen" zusammengefaßt, obwohl sie z. T. weit darüber hinausgehen und die gesamte Struktur und Organisation von Studium und Lehre betreffen. Es handelt sich um einzelne Modelle, die Probleme an verschiedenen "Stationen" des Studienverlaufs aufgreifen und einige Schwachstellen der Hochschulausbildung ins Auge fassen. Sie sollen exemplarisch dargestellt werden. Andere Modelle sind denkbar, werden z. T. praktiziert und sind vielleicht sinnvoller. Wir können und wollen aber die mehr oder weniger willkürlich herausgegriffenen Beispiele nicht abschließend bewerten oder gar eine andere, bessere, funktionalere Hochschule entwerfen. Wir wollen vielmehr aufzeigen, wo Ansatzpunkte bestehen, um problematischen Studienverläufen (z. B. "Pro-forma-Studium ohne Examensperspektive", später oder mehrfacher Studiengangwechsel, Studienabbruch, Langzeitstudium) entgegenzuwirken. Vielleicht können die Beispiele Denkanstöße geben und Anreize, mit diesen oder ähnlichen Versuchen auch an anderen Hochschulen zu experimentieren.

Mit dem Projektstudium wenden wir uns zunächst einem Studienreformmodell zu, das die gesamte Studienstruktur umfaßt und heute fast schon zur Geschichte gehört. Auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung, die zwei verschiedene, alternative Formen der Studienorganisation vergleichend analysiert, wird dargestellt, welche Konsequenzen die Studienorganisation für Studienstrategien und Studienverhalten, für die Einbindung in das Studium und die Einbettung in den sozialen Raum Hochschule, damit letztlich für den Studienverlauf und Phänomene wie das Pro-forma-Studium hat.

Studieneinführungsveranstaltungen sind aus der Erkenntnis entstanden, daß Studienanfänger mit unbekannten Anforderungen und Strukturen konfrontiert sind und deshalb Orientierungshilfen benötigen. Studieneinführungsveranstaltungen haben sich inzwischen überall etabliert, sind aber ganz unterschiedlich angelegt. Veranstaltungen, die mehr als technische Ratgeber und über Gebäude- und Studienpläne hinausgehende Orientierungshilfen bieten, werden im anschließenden Abschnitt dargestellt. Getragen von der Absicht, einen Gesamtüberblick über den gewählten Studiengang zu geben, Stellenwert und Notwendigkeit einzelner Fächer für das gesamte Studium zu vermitteln, Anwendungsbezüge und Praxisrelevanz deutlich zu machen, Reflexion über die Studienentscheidung zu ermöglichen, soziale Kontakte aufzubauen usw., können diese Veranstaltungen zu einer sowohl fachlich als auch sozial besseren Integration in das Studium beitragen und damit einige Ursachen für ein Pro-forma-Studium ausschalten.

Praxisbezug, heute eher verstanden als Berufsbezug, war und ist eine zentrale Forderung an die Studienreform, die von einem breiten Konsens getragen wird. Wird aber nicht dort, wo der Zugang zur Praxis und zum Beruf versperrt ist, diese Forderung z. T. obsolet? An diesem

Punkt, nämlich den schlechten Arbeitsmarktchancen vor allem für Geistes- und Sozialwissenschaftler, setzt ein Modell an, das in einem weiteren Abschnitt vorgestellt werden soll. Aus dem Faktum, daß für Absolventen dieser Studiengänge eine Beschäftigung in den klassischen, traditionellen Berufen nicht mehr gewährleistet werden kann, wurde die Konsequenz gezogen, alternative Beschäftigungsbereiche zu erschließen. Mit dieser Strategie, die sicher nicht flächendeckend angewandt werden kann und nicht für alle Studierenden dieser Fächer geeignet ist, ist u. a. auch die Hoffnung verbunden, das durch Perspektivlosigkeit bedingte Hinauszögern des Studienabschlusses und damit das Pro-forma-Studium zu verhindern bzw. einzuschränken.

Zu guter Letzt sollen die Blicke auf Maßnahmen gelenkt werden, die sich speziell an Langzeit- und damit auch an die Pro-forma-Studenten unter ihnen wenden. Von unterschiedlichen Instanzen durchgeführt, wird mit diesen Maßnahmen versucht, eine Entscheidung über den weiteren Studien- und Berufsweg herbeizuführen und ggf. Hilfestellung beim Abschluß des Studiums zu geben.

### 7.3.1 Projektorientiertes Studium

Anfang der 70er Jahre wurde mit großem Enthusiasmus versucht, ein Modell als bestimmende Lehr- und Lernform an bundesdeutschen Universitäten durchzusetzen, das mit den Schlagworten "problemorientiert", "praxisbezogen" und "interdisziplinär" charakterisiert werden kann und das den Namen "Projektstudium" trägt. Unter dieser Bezeichnung firmierten allerdings schon damals Konzeptionen unterschiedlicher Prägung und Zielsetzung. Während z. B. die Bundesassistentenkonferenz mit ihrer zentralen Forderung nach "forschendem Lernen" und überwiegend selbstorganisiertem, kritischem Studium die wissenschaftstheoretischen und organisatorisch-didaktischen Fragen in den Vordergrund stellte, legten die Studenten das Schwergewicht auf gesellschaftspolitische Zielsetzungen (vgl. RAASCH/SPIPKER 1983, 93). Das Projektstudium als Leitidee einer umfassenden Studienreform ist gescheitert. Wo es sich institutionalisiert hat, verbergen sich hinter einem Titel ganz unterschiedliche Veranstaltungsformen, die sich z. T. weit von den ursprünglichen Zielvorstellungen entfernt haben.

Es ist hier nicht der Ort, um die mit dem Projektstudium verbundenen Vorstellungen und Erwartungen ausführlich darzustellen und die Gründe ihres Scheiterns zu analysieren. Es kann hier auch nicht darum gehen, verschiedene Ansätze zum projektorientierten Studium zu untersuchen und zu bewerten oder gar ein Gegenbild zum herrschenden Studienreform-Paradigma zu entwerfen bzw. wiederzubeleben. Wie einleitend erwähnt, soll vielmehr aufgezeigt werden, wie einzelne Elemente dieser Art von Studienorganisation einen Beitrag zur Einschränkung des Pro-forma-Studiums leisten können.

1978 wurde eine Studie begonnen, in deren Zentrum die Frage stand, welcher Zusammenhang zwischen den institutionellen und normativen Determinanten der Studiensituation und jenem Teil studentischer Qualifizierungsprozesse besteht, in dem allgemeinfachliche und außerfachliche Qualifikationen erworben werden, und wie dieser Zusammenhang durch Studienreform beeinflusst wird. In der 1979 abgeschlossenen Vorstudie<sup>1)</sup> wurden dazu zwei Fachbereiche in Berlin und Frankfurt mit Hilfe von nicht standardisierten Interviews mit Studenten und Hochschullehrern, Befragung von Experten und Auswertung einschlägiger Dokumente analysiert (vgl. HAACKE et al. 1979 und HAMANN/NEEF 1983). Bei den beiden untersuchten Fachbereichen handelt es sich um den stark strukturierten Fachbereich Biologie an der Universität Frankfurt mit exakt vorgeschriebenen Studienplänen und um den Fachbereich Landschaftsentwicklung an der TU Berlin. Innerhalb dieses Fachbereichs gab es von 1972 bis 1978 für den Studiengang Landschaftsplanung eine Studien- und Prüfungsordnung, die ein reines Projektstudium vom ersten Semester an vorsah. Aus der Fülle des in der Vorstudie gewonnenen empirischen Materials

1) Die geplante Hauptstudie, in der die Forschungsfrage anhand von acht Fallbeispielen an verschiedenen Hochschulen untersucht werden sollte, konnte nicht verwirklicht werden.

sollen im folgenden einige Ergebnisse herausgegriffen werden, die im Zusammenhang mit den Entstehungsbedingungen eines Pro-forma-Studiums von Bedeutung erscheinen.

Zwar äußerten am Fachbereich Landschaftsentwicklung der TU Berlin drei Viertel der befragten Studierenden Probleme mit der Studienplanung und Studienorganisation. Da es einen inhaltlich vorstrukturierten Studienplan nicht gibt, müssen die Studierenden versuchen, ihre eigenen Interessenschwerpunkte zu finden und ihnen gemäß ihren individuellen Studienplan selbst zu gestalten. Damit fühlen sich manche überfordert, verlangt es doch Eigeninitiative und Selbständigkeit, die oft erst noch gelernt werden muß. Allerdings: Die Mehrheit der Studierenden kann die Orientierungsprobleme aktiv und eigenständig lösen. Sie nehmen dabei in erheblichem Umfang die Beratungsmöglichkeiten durch Professoren und Assistenten in Anspruch. Zusammen mit ihnen und den Kommilitonen, die die wichtigste Informationsquelle und Orientierungshilfe darstellen, setzen sie sich permanent über die richtige Studierweise auseinander.

Demgegenüber äußerte nur die Hälfte der Frankfurter Biologiestudenten Orientierungsprobleme, die bei einer vorgeschriebenen Studienstruktur eher als Anpassungsprobleme an diese Struktur zu bezeichnen sind. Probleme in der individuellen Studiengestaltung werden so auch weniger mit eigeninitiativen und interessegeleiteten Strategien bewältigt, sondern überwiegend durch resignative Anpassung an die Vorgaben der Institution. Dabei werden fast nur solche Beratungsmöglichkeiten genutzt, in denen taktische Informationen zu erhalten sind.

Die Selbstorganisationsfähigkeit der Studierenden ist eine der hervorstechenden Unterscheidungsmerkmale zwischen den beiden Fachbereichen. Der Erwerb dieser Fähigkeit, die ja oft nicht aus den der Universität vorgelagerten Sozialisationsstufen mitgebracht wird, setzt allerdings bei allen Akteuren in der Hochschule ein offenes, engagiertes Verhalten voraus. Dieser Einsatz scheint sich zu lohnen, wenn man sich die Konsequenzen vor Augen hält: Eine an den eigenen Interessen orientierte Studiengestaltung erhöht Motivation und Identifikation mit dem Studium. Die schon zu Beginn des Studiums geforderte und zu erlernende Eigenaktivität bei der Planung des Studiums wird es auch erlauben, andere, im Verlauf des Studiums auftauchende Probleme aktiv anzugehen. So hat die Selbstorganisation des Studiums sichtbare Konsequenzen "für die Bereitschaft und Fähigkeit der Studenten, angesichts unklarer Berufssituation und mangelnder Vorgaben aus der Berufspraxis dennoch selbständig berufliche und gesellschaftliche Bezüge der fachlichen Inhalte der Landschaftsplanung herzustellen und sich entsprechende Qualifikationen anzueignen" (HAMANN/NEEF 1983, 74 f.). Zusammen mit anderen Faktoren beeinflussen hohe Identifikation mit dem Studium und der hohe Selbstorganisationsgrad der in Projekten studierenden Landschaftsplaner auch - so ein weiteres Ergebnis der Untersuchung - positiv die Studiendauer.

Ein weiterer gewichtiger Unterschied in den Studienstrategien der Frankfurter und Berliner Studenten besteht im Bereich Kooperation und Kommunikation. Zwar sind auch im Studienprogramm der Frankfurter Biologen Veranstaltungsformen mit Studium in Arbeitsgruppen vorgesehen. Allerdings beschränkt sich die Art der Kooperation auf technisch-arbeitsteiligen Nachvollzug von vorab festgelegten Versuchen in Praktika. Auch bedingt durch den Zeitdruck, unter dem das Arbeitspensum in diesen Arbeitsgruppen bewältigt werden muß, erleben nur wenige der Frankfurter Studenten die Zusammenarbeit mit Kommilitonen als positiv. Egozentrik, Rivalität und Dominanzstreben werden beklagt.

Anders die Berliner Studenten: Sie müssen sich innerhalb der Arbeitsgruppen auf den Gegenstand und die Durchführung ihrer gemeinsamen Projekte einigen, also Interessen und Bedürfnisse abklären und austarieren, sich durchzusetzen versuchen, aber auch Kompromisse schließen. Das ist zwar zeitintensiv und nicht ohne Probleme<sup>1)</sup>, wird aber von den meisten Studen-

---

1) So werden Diskussionen um den richtigen Arbeitsstil und die Notwendigkeit, gruppenspezifische Schwierigkeiten zu überwinden, von einem großen Teil der Studierenden zeitweise als belastend empfunden.

ten positiv bewertet. Diese Art der kollektiven, selbstbestimmten Zusammenarbeit fördert nicht nur kooperative Arbeitshaltungen, sondern übernimmt dadurch, daß sogar persönliche Schwierigkeiten nicht ausgeklammert bleiben, auch sozialintegrative Funktionen. Ein Teil der Studierenden lehnt zwar derartige Tendenzen zu einer "Projektfamilie" ab, fühlt sich zu sehr unter Gruppenzwang und sozialer Kontrolle, insgesamt aber - so einer der Autoren zusammenfassend in dem mit uns geführten Gespräch - hat das solcherart organisierte Studium eine derartige soziale und fachliche Bindungskraft entfaltet, daß es zu einem drop out so gut wie gar nicht kommt.

Dem Projektstudium wurde und wird aus verschiedenen Gründen mit Mißtrauen begegnet. Ein Mißtrauen, das sich zum Teil auch gegen die Studenten richtet, denen intensives, konsequentes Arbeiten ohne externen Druck - etwa über Leistungskontrollen - nicht zugetraut wird. Die Untersuchung in Berlin ergab allerdings, daß "der von den Studenten aufgebrauchte Arbeitsaufwand im Projektstudium sehr hoch ist, im Vergleich zu konventionellen Studien- und Prüfungsordnungen ... höher" (HAMANN/NEEF 1983, 75). Das bescheinigten auch solche Hochschullehrer, die dem Projektstudium ablehnend gegenüberstehen. "Trittbrettfahrer" hätten es - so die Aussage fast aller Studenten und vieler Hochschullehrer - im Projektstudium schwer, da der von den Gruppen selbst ausgeübte Arbeitsdruck relativ groß sei und kollektiver Druck auf die Kommilitonen ausgeübt werde.

Mit den ausgewählten Ergebnissen der Untersuchung "Studiensituation und studentische Qualifizierungsprozesse" konnte gezeigt werden, wie bestimmte Elemente eines in Projekten organisierten Studiums auch zur Verhinderung eines Pro-forma-Studiums beitragen können, indem entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Interessenzentrierte und eigenverantwortliche Studiengestaltung, die allerdings - das sei nochmals betont - ein hohes Maß an Einsatzbereitschaft seitens der Studierenden und Hochschullehrer erfordert, ständige Auseinandersetzung mit und Reflexion über Studienziele, Studienmotive und berufliche Praxis sowie ein Über die Arbeitsgruppen institutionalisiertes Studieren in sozialen Zusammenhängen fördern die Studienmotivation und eine sowohl affektive als auch fachliche Bindung an die Hochschule. Auf der anderen Seite bewirkt die Notwendigkeit, schon zu Studienbeginn die eigenen Interessen und Motive zu klären und sich an diesen zu orientieren, daß eventuelle Fehlentscheidungen schnell deutlich und frühzeitig korrigiert werden können.

All dies ist natürlich nicht nur in einem Projektstudium, wie es im Fachbereich Landschaftsentwicklung der TU Berlin durchgeführt wurde, zu realisieren. Auch viele Studieneinführungsveranstaltungen in konventionell organisierten Studiengängen versuchen, wie die folgenden Ausführungen zeigen werden, schon zu Studienbeginn Fragen der Studienmotivation, der Interessen und Studienziele, des Praxisbezuges und der Berufsorientierung aufzugreifen und Arbeitsgruppen zu institutionalisieren.

### 7.3.2 Studieneinführungsveranstaltungen

#### **Studienbeginn - ein neuer Lebensabschnitt**

Der Studienanfang stellt objektiv eine Veränderung der sozialen Umgebung des Einzelnen und seines Alltages dar. Lebenszyklisch gesehen beginnt für die akademische Jugend mit dem Übergang vom Gymnasium zur Universität die wohl wichtigste Phase in der späten Adoleszenz. Der Studienbeginn erfordert zur Entwicklung einer neuen studentischen Identität ein hohes Maß an intellektueller Neuorientierung (vgl. LÜHRMANN 1987, 6 f.).

Der Studienanfänger muß eine neue soziale Rolle erlernen. Aus früheren Lernsituationen geltende Erfahrungswerte sind weitgehend außer Kraft gesetzt. Orientierungsschwierigkeiten zu Studienbeginn können die Folge sein. Dieser neuen Situation haftet aber nichts grundsätzlich Problematisches an. Sie ist die "normale" Begleiterscheinung eines notwendigen Status- und Rollenwechsels. Dieser Rollenwechsel benötigt aber eine mehr oder weniger lange Zeit.



Das Neue am Studienbeginn ist u. a. der größere eigene Handlungsspielraum und die daraus erwachsene Verantwortlichkeit für das eigene Handeln. Diese Erfahrung wird von den Studienanfängern durchaus ambivalent empfunden. Aus dieser Sicht bietet z. B. ein verschulter Studiengang eine gewisse Sicherheit, da die Studienaktivitäten genau vorgeschrieben sind. Fest steht, daß unabhängig von dem Grad der Verschulung des Studienganges der Studienanfänger ein höheres Maß an eigener Orientierungsleistung aufbringen muß als in seiner Schulzeit. Der studentische Alltag, die Arbeitsweisen, die Zeitrhythmen und das soziale Leben sind anders als die eines Schülers.

Zu Studienbeginn sind die Motive, Selbstbilder, Vorstellungen und Kenntnisse bei der überwiegenden Mehrheit der Studienanfänger noch unklar. Der Student, der seine Studienwahl aufgrund angemessener und vollständiger Information über Inhalt und Anforderungen seines Studiums sowie über die Tätigkeiten, für die ihn dieses Studium qualifizieren soll, getroffen hat und nun mit sachbezogener Motivation das Studium desjenigen Faches aufnimmt, das seinen Interessen und Neigungen am besten entspricht, stellt ein bildungspolitisches Wunschbild dar. Ebenso unrealistisch ist die Annahme, daß Studienanfänger alle diejenigen persönlichen Fähigkeiten und Einstellungen an die Universität mitbringen, die es ihnen ermöglichen, als produktive Mitglieder der Hochschule ein für sie befriedigendes Studium zu absolvieren (vgl. LÜHRMANN 1987, 8).

In den 70er Jahren begannen engagierte Hochschullehrer und Studenten verstärkt, sich mit der Studieneingangsphase zu beschäftigen. Die steigenden Studentenzahlen veränderten rein quantitativ gesehen bereits die Hochschulen; sie wurden unübersichtlicher und unüberschaubarer. Die mit der Größe verbundene Anonymität erschwerte es Studienanfängern, sich an der Hochschule zurechtzufinden. Immer mehr Studierende kamen zudem ohne ausreichende Orientierung durch ein akademisches Elternhaus an die Universität. Strukturen, Anforderungen und akademische Rituale waren ihnen weitgehend unbekannt. Spürbare Arbeitsmarktprobleme taten ein übriges, um den Studienanfang mit Unsicherheiten zu belasten.

Unter diesen Umständen schien es nicht sinnvoll, die Studienanfänger längere Zeit auf sich allein gestellt im Hochschullabyrinth herumirren zu lassen. Der Ruf nach sinnvollen Einstiegshilfen wurde laut. Es wurde nach Veranstaltungsformen gesucht, die durch einen Brückenschlag den Übergang von der Schule zur Hochschule erleichtern sollten. Dies schien auch deshalb wünschenswert, weil die deutsche Hochschule traditionellerweise keine institutionelle Übergangsphase zwischen diesen beiden Institutionen kennt.

Das Bedürfnis nach Orientierungshilfen zu Studienanfang bestand bei Studenten schon immer. Ältere Studenten, Fachschaften und Dozenten halfen entsprechend ihren Möglichkeiten bereits in der Vergangenheit. Für speziell ausgearbeitete Orientierungseinheiten oder Einstiegshilfen haben sich aber in den 70er Jahren vor allem die didaktischen Zentren und die Studienberatungsstellen stark gemacht. Sie versuchten für die Studienanfänger Einstiegshilfen zu entwickeln.

Die didaktischen Zentren hatten ursprünglich die Idee, eine Einführung in die Wissenschaft anzubieten. In Form einer exemplarischen Lerneinheit sollte der Studienanfänger einen Eindruck vom Wesensgehalt des Faches erhalten. Sehr rasch aber wurde klar, daß es nicht sinnvoll war, exemplarische Lehrveranstaltungen rein inhaltlicher Art anzubieten, wenn die Lernenden und Lehrenden sich untereinander nicht kennen. Das soziale Umfeld der Lernsituation wurde daher genauer unter die Lupe genommen. Die Bemühungen konzentrierten sich erst einmal darauf, den Kontakt zwischen Studienanfängern untereinander und zu den Dozenten herzustellen. Waren die Kontakte geknüpft, so hoffte man, könnten die Studienanfänger ihre neue Lern- und Arbeitssituation besser bewältigen.

Im folgenden wird an exemplarisch ausgewählten Veranstaltungsformen dargestellt, wie an einzelnen Hochschulen versucht wird, den Studieneinstieg der Erstsemester zu unterstützen. Die exemplarische Heraushebung bestimmter Veranstaltungsformen an einzelnen Hochschulen stellt aber keine Abwertung gleicher oder ähnlicher Veranstaltungen an anderen Hochschulen

dar. Nicht der Anspruch der Vollständigkeit oder der Bewertung liegt der weiteren Darstellung zugrunde, sondern der Versuch, einen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten der Hochschulen zu geben, mit denen sie sich um die Einführung von Studienanfängern bemühen.

### Hochschultage - eine erste Kontaktaufnahme

Die meisten Hochschulen suchen schon in einer sehr frühen Phase den Kontakt mit ihren künftigen Studenten. Eine feste Einrichtung sind inzwischen an vielen Hochschulen die Informationstage. Sie richten sich an die Schüler der Abschlußklassen von Berufsschulen und Gymnasien im Einzugsgebiet der Universität. Den Schülern wird die Chance gegeben, sich vor Ort ein erstes Bild von der Hochschule und ihrem Studienangebot zu machen. Grundlage für die Informationstage sind die Beschlüsse des Beratungsverbundes "Schule - Studium - Beruf". In enger Kooperation versuchen die Berufs- und Studienberatungsstellen, möglichst frühzeitig Studienberechtigte auf den Übergang von der Schule zur Hochschule vorzubereiten. Viele zentrale Studienberatungsstellen der Universitäten sehen daher in der Betreuung und Beratung von Schülern einen ihrer wesentlichen Arbeitsschwerpunkte.

Im Rahmen der zweitägigen Informationstage der Universität Erlangen/Nürnberg z. B. wurden 1987 mehr als 8.000 Schüler aus der umliegenden Region eingeladen; rund 4.000 Schüler nutzten die Einladung. In über 70 Einzelveranstaltungen, von der Bibliotheksführung über Vorträge zu Berufsfeldern und der Vorstellung einzelner Studienfächer bis hin zum Thema "Student werden und Student sein", wurde versucht, den "Noch-Schülern" einen Eindruck von der Arbeit und dem Leben an der Hochschule zu vermitteln. In und zwischen den Veranstaltungen erhielten die Schüler die Möglichkeit, Kontakte mit Dozenten und Beratern zu knüpfen und Antworten auf ihre speziellen Fragen zum Studium zu erhalten.

Die Hochschultage bringen die künftigen Studierenden zum ersten Mal mit der Hochschule in Kontakt. Die Studienberechtigten erhalten einen ersten Eindruck von der Hochschule. Sie erfahren auch, an welche Stellen sie sich innerhalb der Hochschule wenden müssen, wenn bei ihnen im Verlaufe des Entscheidungsprozesses konkrete Fragen zum Studium auftauchen. Durch die Hochschultage verliert die Universität als künftiger Lebens- und Arbeitsort einiges von ihrer Fremdheit. Den Hochschulen gelingt es über gut durchgeführte Hochschultage u. a., Studierende aus der Region an sich zu binden, ein unter Wettbewerbsgesichtspunkten langfristig nicht zu vernachlässigender Aspekt.

### Studieneinführungswoche an der Universität Gießen

Die zentrale Studienberatung an der Universität Gießen sieht seit Beginn ihrer Tätigkeit einen wesentlichen Arbeitsschwerpunkt in der Beratung von Schülern, um sie auf das künftige Studium vorzubereiten. Seit 1973 gibt es an der Justus-Liebig-Universität die Studieneinführungswoche. Inzwischen ist diese eine feste Einrichtung, die in enger Kooperation von Studenten, Fachschaften, Fachbereichen und dem Büro für Studienberatung durchgeführt wird. Sie wird für Studienanfänger aller Studienbereiche und der meisten Studiengänge angeboten. Die überwiegende Mehrheit der Studienanfänger - über die Jahre zwischen 70 und 90 % - nutzt das Angebot.

Die Studieneinführungswoche ist von ihrer Grundkonzeption eine einwöchige studiengangsspezifische Kleingruppenveranstaltung. Die Teilnehmerzahl je Gruppe liegt bei 8 bis 12 Personen. Betreut wird jede Gruppe von einem studentischen Mentor in fortgeschrittenem Semester. Die Schulung dieser Mentoren und Mentorinnen übernimmt die Studienberatung.

Das Kleingruppenkonzept erleichtert eine intensive und vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre. In der einen Woche des Zusammenseins wird den Studienanfängern Gelegenheit gegeben:

- sich mit der neuen Umgebung vertraut zu machen;

- sich ein genaues Bild von Anforderungen, Aufbau, Bestimmungen etc. des Studiums zu machen;
- Kontakte untereinander zu knüpfen;
- die Erfahrungen älterer Studenten (durch den Mentor) kennenzulernen;
- eine Vorstellung von der neuen studentischen Lebenssituation, vom Studienalltag zu bekommen und sich darauf einzustimmen;
- sich bezüglich der Auswahl von Lehrveranstaltungen beraten zu lassen;
- studien- und berufsbezogene Fragen mit Hochschullehrern zu besprechen;
- die Universität als Institution einschließlich der studentischen Vertretung und Selbstverwaltung kennenzulernen (vgl. LÜHRMANN 1987, 10).

Die Studieneinführungswoche schafft die Voraussetzung, daß die Studienanfänger in der für sie neuen und in der Regel noch fremden sozialen Umwelt schnell Kontakt untereinander knüpfen können. Über die studentischen Mentoren bekommen sie einen ersten Einblick in ihren künftigen studentischen Alltag. Der Lernprozeß und der Austausch von Erfahrungen, Vorstellungen und Wünschen werden gefördert durch die nur geringe formale Strukturierung und die ebenfalls nur geringen Statusdifferenzen zwischen Gruppenteilnehmern und Leitern.

Seit Bestehen der Studieneinführungswoche befragt die Gießener Studienberatung jeweils eine zufällig ausgewählte Gruppe von Teilnehmern. Ein wichtiges Ergebnis ist, daß z. B. bei der Befragung der Population des WS 1985/86 80 % der Erstsemester angaben, daß die Studieneinführungswoche für sie persönlich sehr wichtig (49 %) oder wichtig (31 %) gewesen sei. Nur 7 % hielten sie für unwichtig (6 %) oder ganz unwichtig (1 %) (vgl. LÜHRMANN 1987, 49). Daß die Studieneinführungswoche genutzt wurde, um mit anderen Kommilitonen festere Kontakte zu knüpfen, belegt auch die Antwort auf die Frage "Haben sich die Kontakte mit anderen Teilnehmern Ihrer Studieneinführungsgruppe im Semester fortgesetzt?". Darauf antworteten (Mehrfachankreuzungen waren möglich):

- Ja, wir besuchen gemeinsam Veranstaltungen (82 %);
- Ja, wir treffen uns privat (68 %);
- Ja, wir treffen uns zu Lern- und Arbeitsgruppen (56 %);
- Nein, die Kontakte beschränkten sich auf die Studieneinführungswoche (9 %) (vgl. LÜHRMANN 1987, 49).

Die in der Studieneinführungswoche gewonnenen Kontakte werden nach der Beobachtung der Studienberatung vielfach während des ganzen Studiums beibehalten. Die Studieneinführungswoche erfüllt damit das wesentliche Ziel, daß der Studienanfänger in der Hochschule "soziale" Wurzeln schlagen kann. Gemeinsam in der Gruppe lassen sich insbesondere zu Studienbeginn viele Fragen besser klären und die vielfältigsten Informationen, die auf einen Erstsemester einströmen, verarbeiten, so daß gute Chancen bestehen, den Studienalltag zu bewältigen und letztlich das Studienziel zu erreichen. Die Studieneinführungswoche vor Studienbeginn an der Universität Gießen scheint somit ein wichtiger Brückenpfeiler beim Übergang von der Schule zur Hochschule zu sein.

#### Orientierungsphasen (sogenannte O-Phasen)

Orientierungsphasen zu Beginn des Studiums sind wohl die inzwischen verbreitetsten Veranstaltungsformen zu Studienbeginn. Insbesondere die didaktischen Zentren kümmerten sich in den 70er Jahren um die Entwicklung dieser Orientierungseinheiten bzw. Orientierungsphasen. Bis zum Jahre 1978 gab es bereits 250 Orientierungseinheiten an den Hochschulen der Bundesrepublik. Neuere Zahlen liegen uns nicht vor. Unsere Erkenntnisse aus den Interviews an den verschiedenen Hochschulen legen aber die Vermutung nahe, daß inzwischen fast an allen Hoch-

schulen Orientierungsveranstaltungen zu Studienbeginn angeboten werden. Allerdings sind Art, Dauer und Qualität dieser orientierenden Einführungsveranstaltungen sehr unterschiedlich. Die Spannweite reicht von didaktisch nahezu perfekten Veranstaltungen bis hin zu lieblos durchgeführten ein- bis zweistündigen Unterrichtungen, in denen die Studierenden - wie es ein Studienberater ausdrückte - an den Kopf geknallt bekommen, was sie alles machen sollen. Weniger die Orientierung, sondern die Abschreckung der oft zu vielen oder als ungeeignet angesehenen Studienanfänger sei dann das Ziel.

Sozusagen flächendeckend über alle Fachbereiche wird z. B. an der Universität Oldenburg die Orientierungsphase für Erstsemester durchgeführt. Sie dauert drei bis vier Tage und setzt sich aus Plenarveranstaltungen, Kleingruppenarbeit, Projekten und informellen Treffs zusammen. Die Ausgestaltung obliegt in Zusammenarbeit mit der Studienberatungsstelle den zuständigen Fachschaften bzw. Studienkommissionen. Die Orientierungsphase ist inzwischen ein fester Bestandteil des Universitätsangebotes. Die einzelnen Veranstaltungen werden ausführlich im Vorlesungsverzeichnis vorgestellt.

Orientierungseinheiten gibt es inzwischen, wie erwähnt, an vielen Hochschulen. Um zu verdeutlichen, wie diese Orientierungsveranstaltungen ablaufen, soll stellvertretend für andere die Orientierungsphase an der Universität Hannover im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften vorgestellt werden.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover bietet seit fast 10 Jahren zu Studienbeginn eine einwöchige Veranstaltung zum Thema "Studium - Beruf" an. In der ersten Woche versucht der Fachbereich die Studienanfänger mit dem Universitätsleben vertraut zu machen, ihnen den Einstieg ins Studium zu erleichtern und sie mit ihren späteren Berufsmöglichkeiten bekannt zu machen. Da in vielen Einzelveranstaltungen während der Orientierungsphase in kleinen Gruppen gearbeitet wird, besteht für Studienanfänger ausreichend Gelegenheit, ihre Kommilitonen kennenzulernen.

Zur Vorbereitung auf die Orientierungsphase erhalten die Erstsemester vom Fachbereich eine umfangreiche Broschüre, die das sehr detaillierte Programm enthält (s. Anlage 8), sowie zahlreiches Informationsmaterial. Dieses Material reicht von kommentierten Veranstaltungshinweisen, Lageplänen etc. bis hin zu längeren Literaturauszügen zu Fragen des wissenschaftlichen Arbeitens, des "Bluffs" an der Uni oder zur Identitätskrise bei Studienbeginn. In den Gruppenarbeiten, die vorstrukturiert, aber nicht völlig starr sind, wird auf diese Materialien zurückgegriffen.

Die Orientierungsphase beschränkt sich aber nicht nur auf die erste Woche. Im Semester können die Studienanfänger an einem Fachprojekt teilnehmen, in dem unter einem bestimmten Thema versucht wird, eine Einführung in die Wirtschaftswissenschaften zu geben. Es handelt sich um eine vierstündige Veranstaltung auf freiwilliger Basis. Gruppenarbeit und Vorlesungen sind eng miteinander verbunden. Zu den Vorlesungen werden häufiger auch Außenstehende eingeladen.

Die Einführungsphase wurde von einer Professorin des Fachbereiches initiiert. Inzwischen trägt der gesamte Fachbereich Wirtschaftswissenschaften diese Orientierungsphase mit. Jeweils ein Professor übernimmt die Verantwortung für die Durchführung. Die Verantwortung für die Abwicklung wechselt aber in kurzen Zeiträumen zwischen den Professoren. Wichtig ist auch, daß die Tutoren Verträge für wissenschaftliche Hilfskräfte erhalten, die ihnen einen kleinen Anreiz geben, an diesem Programm mitzuarbeiten. Die Mentoren werden durch den Fachbereich jeweils im vorhergehenden Semester auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

Eine gewisse Variante unter den Orientierungseinheiten bildet die Einführungsphase bei den Architekten an der Universität Stuttgart. Der fließende Übergang zwischen Orientierungsphase und Projektstudium wird bei dieser Einführungsveranstaltung bereits sehr deutlich. In den ersten vier Wochen werden die Studienanfänger in Architektur mit einem Paket praktischer Aufgaben konfrontiert. So müssen sie z. B. eine Plattform aus Pappe bauen, auf der möglichst



viele Studenten stehen können. Bewertet werden die Ästhetik der Konstruktion, die Kosten, die technische Durchführung etc. Die Aufgaben sind jeweils von einer Gruppe gemeinsam zu bearbeiten. Die Erstsemester erhalten in den vier Wochen dieses "Projektstudiums" erste konkrete Vorstellungen, welche Anforderungen an einen Architekten gestellt werden. Ein erheblicher Teil, so berichtete uns die Studienberatung, bricht nach den ersten vier Wochen der "Projektphase" das Architekturstudium ab. Der eigene Klärungsprozeß wird also sehr weit nach vorne verlagert. Allerdings sind vier Wochen eine relativ kurze "Probezeit". Dies ist auch nur dann uneingeschränkt positiv zu bewerten, wenn in solchen Veranstaltungen Abschreckungseffekte vermieden werden und tatsächlich die für dieses Fach Ungeeigneten selektiert werden. In dieser frühen Phase ist die Aufgabe des Studiums für den Einzelnen und die Hochschule noch relativ unproblematisch. Interessant ist auch, daß die Gruppen, die sich in der Einführungsphase zusammengefunden haben, oft bis zur Diplomarbeit zusammenbleiben. Durch die Projektphase wird erreicht, daß der Studienanfänger, wie es ein Studienberater ausdrückte, nicht mehr allein schwimmt.

In welchem Maße sich die hier vorgestellten Veranstaltungsformen im positiven Sinne auf den weiteren Studienverlauf auswirken, läßt sich nicht abschließend beurteilen. Fest steht allerdings, daß alle hier vorgestellten Einführungsveranstaltungen von Studienanfängern gerne angenommen werden. Sie entsprechen damit dem Bedürfnis der Studienanfänger nach Orientierungshilfen beim Studienbeginn. Durch diese Einführungsveranstaltungen gelingt es den Erstsemestern, Kontakte untereinander zu knüpfen und damit ihre Informationsbasis und ihr soziales Netz auszubauen. Alle unsere Gesprächspartner wiesen in den Interviews immer wieder darauf hin, daß aus ihrer Sicht fehlende Kontakte oder Kontaktarmut häufig zum Studienabbruch führen.

Für die Qualität der Veranstaltungen ist es entscheidend, ob die Dozenten des Fachbereiches bzw. Studienganges diese Einführungsveranstaltungen für sinnvoll erachten oder nicht. Hochschullehrer sind in dieser Frage keineswegs einheitlicher Meinung. Die Positionen reichen von der Einschätzung als "Kindergartenveranstaltungen" über die Auffassung "Wir haben eh schon zu viele Studenten" bis hin zu der Meinung, es handele sich um sehr sinnvolle und effektive Veranstaltungen.

Unbestritten ist, daß für das Gelingen von Orientierungseinheiten ein hohes Maß an Vorbereitung und persönliches Engagement von dem einzelnen Hochschullehrer verlangt wird. Hochschullehrer müssen sich in Orientierungsveranstaltungen mit sozialen Phänomenen beschäftigen, sie verlassen damit den für sie sicheren Boden der Wissenschaft. Hinzu kommt, wie es ein Gesprächspartner ausdrückte, daß sich alle Anstrengungen in der Lehre weder finanziell noch für das eigene wissenschaftliche Fortkommen lohnen. Für die Studienanfänger lohnen sich jedoch die Einführungsveranstaltungen, denn ihnen wird der Start in der neuen Umgebung Hochschule erleichtert.

### 7.3.3 Versperrter Berufseinstieg - der Münchener Modellversuch "Student und Arbeitsmarkt" als mögliche Lösung<sup>1)</sup>

Unter den Hochschulabsolventen zeichnet sich seit längerem eine besondere Problemgruppe ab: die Geistes-, Sozialwissenschaftler und Lehramtsabsolventen.<sup>2)</sup> Der Staat als der bisherige

1) Die folgende Darstellung beruht auf den Ergebnissen des Interviews mit der Studienberatung München, die den Modellversuch "Student und Arbeitsmarkt" initiiert hat, und auf verschiedenen Materialien, die uns freundlicherweise zu diesem Modellversuch zur Verfügung gestellt worden sind.

2) Für diese Gruppe, unter die - um nur die zahlenmäßig wichtigsten Fachrichtungen zu nennen - Philologen, Pädagogen, Historiker und Soziologen fallen, wird im folgenden verkürzend der Sammelbegriff Geisteswis- (Forts.)

Hauptabnehmer geisteswissenschaftlicher Absolventen hat inzwischen seine Aufnahmequote stark gesenkt. Für Geisteswissenschaftler sehen daher die beruflichen Einstiegschancen sehr ungünstig aus. Eine Auswirkung dieser Entwicklung ist u. a. die wachsende Zahl der Langzeitstudenten unter den Lehramtsstudierenden der Sekundarstufe II (s. Bild 1 in Anlage 7). Studienanfänger strömen allerdings trotz der ungünstigen Berufsaussichten nach wie vor in diese Fächer. Wirklich gravierende Einbrüche bei den Studienanfängerzahlen hat es eigentlich nur bei den Erstsemestern gegeben, die einen Lehramtsabschluß anstreben. Aber auch hier scheint die Talsohle erreicht bzw., wie Bild 2 in Anlage 7 zeigt, durchschritten zu sein. An einer der größten Universitäten der Bundesrepublik, der Ludwig-Maximilians-Universität München, studiert rund die Hälfte der Studenten diese vom Arbeitsmarkt her gesehen problematischen Fächer. Die zentrale Studienberatung der Universität München sah sich in ihrer tagtäglichen Arbeit daher seit längerem mit dem Problem des versperrten Überganges in den Beruf für Geisteswissenschaftler konfrontiert.

Im Juni 1985 ergriffen Mitarbeiter der Zentralen Studienberatung die Initiative und gründeten einen gemeinnützigen Verein unter dem Namen "Student und Arbeitsmarkt". Aufgabe des Vereins ist die Durchführung eines Modellversuches mit dem Ziel, geisteswissenschaftliche Studenten bei der beruflichen Umorientierung auf ein Berufsfeld in der Wirtschaft zu unterstützen. Getragen wird der Modellversuch von der Universität München, dem Arbeitsamt München und den Arbeitgeberverbänden in Bayern. Gefördert wird das Projekt außerdem durch das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung.

Bei der Konzeption des Projektes "Student und Arbeitsmarkt" gingen die "Gründer" von drei Grundgedanken aus:

- Geisteswissenschaftler sind nicht dümmer oder weniger leistungsfähig als Studierende anderer Fachrichtungen;
- zwischen A 13 und Taxifahren muß es noch einen Mittelweg geben, und
- in anderen Industrienationen sind Geisteswissenschaftler in vielfältigen Positionen in der Privatwirtschaft zu finden.

Da es Patentrezepte für ein "Umsteigen" in die Wirtschaft nicht gibt, versucht der Verein "Student und Arbeitsmarkt" zunächst einmal, die Eigeninitiative der Studenten zu stärken und zu entwickeln, in der Hoffnung, ihre Bereitschaft für eine berufliche Alternative außerhalb des traditionellen Beschäftigungsspektrums zu erhöhen. Das Projekt arbeitet daher auf freiwilliger Basis mit den geisteswissenschaftlichen Studenten zusammen, die bereit sind, sich umzuorientieren.

Von anderen, ähnlichen Projekten unterscheidet sich das Münchener Konzept durch folgende Überlegungen:

- Die notwendige Umorientierung auf studienfremde Tätigkeiten in der Wirtschaft muß rechtzeitig während des Studiums, d. h. noch vor dem Examen, erfolgen. Nach dem Examen hat sich das berufliche Einbahndenken verfestigt, und der Erwerb von Zusatzqualifikationen würde weitere kostbare Zeit vergeuden.
- Im Zuge des Studiums eignen sich Geisteswissenschaftler Schlüsselqualifikationen an, wie z. B. analytisches Denkvermögen, sprachliche und schriftliche Ausdrucksfähigkeit, Befähigung zur Verarbeitung komplexer Informationen etc., die, wenn sie mit betriebswirtschaftlichen Grundkenntnissen verknüpft werden, auf eine Nachfrage in den Betrieben der privaten Wirtschaft treffen können.

- Den Betrieben ist oft noch nicht in ausreichendem Maße klar, welches Arbeitskräftepotential an den geisteswissenschaftlichen Fakultäten ausgebildet wird. Nur bei Beschäftigung von Geisteswissenschaftlern können die Betriebe jedoch herausfinden, für welche Tätigkeiten sie konkret in Frage kommen.
- Den Studierenden bietet der Modellversuch die Möglichkeit, frühzeitig die Arbeitswelt kennenzulernen. Die Devise des Projektes heißt daher: zunächst einmal beruflich einsteigen, auch wenn damit Abstriche an Gehalt und Tätigkeitsvorstellungen verbunden sind.

Dem Studenten wird als Hilfe zur Selbsthilfe beim "Umsteigen" ein vielfältiges, praxisnahes Programmpaket angeboten. Kern des Praxisprogramms ist ein sechswöchiges Betriebspraktikum. Hinzu kommen Kurse, in denen grundlegende berufliche Kenntnisse vermittelt werden, und Informationsveranstaltungen, die Einblick in die Tätigkeitsfelder in der privaten Wirtschaft für Geisteswissenschaftler geben.

Während des Betriebspraktikums sollen die Teilnehmer die Anforderungen in der Arbeitswelt und speziell in dem von ihnen gewählten Tätigkeitsgebiet hautnah kennenlernen. Als Tätigkeitsgebiete können gewählt werden:

- Marketing/Vertrieb;
- Materialwirtschaft;
- Wirtschafts- und Handelsenglisch;
- Wirtschafts- und Handelsfranzösisch;
- EDV;
- Personalwirtschaft.

Die Teilnehmer können während des Betriebspraktikums ihre Fähigkeiten unter Beweis stellen und ihre Neigung für die berufliche Alternative in der Wirtschaft überprüfen. Die Betriebe erhalten die Gelegenheit, sich in dieser Zeit von den spezifischen Einsatzmöglichkeiten der Geisteswissenschaftler zu überzeugen.

Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß Studenten und Betriebe Kontakte knüpfen, die nach dem Examen vielleicht ausbaufähig sind. Zu dem Betriebspraktikum sind Studierende ab dem 6. Semester zugelassen. Die Examensnähe als Voraussetzung für die Zulassung zum Betriebspraktikum soll sich positiv auf den Abschluß auswirken und außerdem gewährleisten, daß die angebahnten Kontakte auch in absehbarer Zeit realisiert werden können. Während des sechswöchigen Betriebspraktikums erhalten die Studierenden im Durchschnitt 500 bis 600 DM; dabei reicht die Spanne der Bezahlung von rund 200 DM bis 1.500 DM.

Zur Vorbereitung auf das Betriebspraktikum müssen die Studenten der Geisteswissenschaften zunächst einmal vorzeigbare praktische Zusatzkenntnisse erwerben. Zu diesem Zweck besuchen sie ein 140stündiges Kursprogramm in einem der zuvor genannten speziellen Tätigkeitsgebiete.

Die Kurse, die während des Semesters und in den Semesterferien durchgeführt werden, finden in Berufsbildungsinstituten gemeinnütziger oder wirtschaftsnaher Träger statt. Geleitet werden die Kurse von Praktikern aus der Wirtschaft. Zur Vorbereitung auf das Kursprogramm in dem speziellen Tätigkeitsgebiet werden den Teilnehmern in einem zweiwöchigen Grundkurs EDV-Kenntnisse und kaufmännisches Wissen vermittelt zur Orientierung über ihre Arbeitsfelder. Ein Maschinenschreibkurs sowie ein Bewerbertraining runden das Angebot ab. Die Teilnehmer sollen und können sich in den Kursen keine abgeschlossene Berufsqualifikation aneignen; das Grundwissen reicht jedoch zunächst einmal für eine Tätigkeit in einem Betrieb. Im Rahmen des Betriebspraktikums können sie dieses Wissen verwerten und weiter vertiefen.

Zur Einstimmung auf eine mögliche Tätigkeit in der Wirtschaft bietet der Modellversuch vor allem für jüngere Semester zahlreiche Informationsveranstaltungen an. In wiederkehrenden Vortragsreihen berichten Vertreter verschiedener Wirtschaftsbereiche über die beruflichen Möglichkeiten für Geisteswissenschaftler. Die Vorträge richten sich an Studenten vom 1. bis

5. Semester. Sie sollen bereits von Studienbeginn an die Orientierung auf berufliche Alternativen abseits der gängigen Berufsfelder für Geisteswissenschaftler fördern.

Bisher liegen Erfahrungen mit drei Praxisprogrammen mit jeweils 60 bis 70 Teilnehmern vor. Wichtigstes Ergebnis ist es, daß durch das Programm bei den Geisteswissenschaftlern ein beruflicher Umorientierungsprozeß einsetzt. Bei einem großen Teil der Teilnehmer wächst die Bereitschaft zum beruflichen Umstieg. Dies bedeutet allerdings nicht, daß sie ihren Wunschberuf über Bord werfen, sondern sie erkennen, daß sie sich eine berufliche Alternative durch die Teilnahme an dem Modellversuch eröffnet haben. Geht das Wunschziel nicht in Erfüllung, haben sie sozusagen ein zweites berufliches Standbein.

Die Betriebe, die bisher Praktikanten im Rahmen des Modellversuchs beschäftigt haben, sind mit den Geisteswissenschaftlern sehr zufrieden. Sie beurteilen sie durchweg als sehr flexibel und loben ihre rasche Auffassungsgabe. Sie bescheinigen ihnen ferner, sehr motiviert an die Arbeit heranzugehen und anpassungsfähig zu sein.

Zehn Absolventen des ersten Praxisprogramms haben auf Anhieb ein Stellenangebot von ihrem Praktikumsbetrieb bekommen. Neun weiteren Teilnehmern wurde eine Anstellung in Aussicht gestellt.

Sicher kann man sich auf den Standpunkt stellen, bei 28.000 Geisteswissenschaftlern an der Universität München sei das Ergebnis nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Allerdings erhebt der Modellversuch nicht den Anspruch, die Krise der Geisteswissenschaften und die Arbeitsmarktkrise der Geisteswissenschaftler zu beheben oder die traditionellen Tätigkeitsfelder der Geisteswissenschaften zu ersetzen. Zu berücksichtigen ist ferner, daß das Projekt "Student und Arbeitsmarkt" noch am Beginn steht. Durch die Initiative ist ein erster konkreter Anfang gemacht worden, ein Umdenken bei Studenten, aber auch bei Betrieben der privaten Wirtschaft einzuleiten. Die Kontaktscheu zwischen den Betrieben und den Studierenden der Geisteswissenschaften wird durch den Modellversuch abgebaut. Längerfristig ist daran gedacht, das Programm auszuweiten. Im nächsten Sommersemester sollen etwa 100 Geisteswissenschaftler daran teilnehmen. Für den Beginn der 90er Jahre wird eine Teilnehmerzahl von 500 Geisteswissenschaftlern angestrebt.

"Student und Arbeitsmarkt" hat mit seinen Maßnahmen Neuland betreten. Alle Beteiligten, Studenten, Betriebe, Kursleiter und Projektleitung, haben aus dem Verlauf der ersten Praxisprogramme gelernt. Folgende Konsequenzen sind inzwischen gezogen worden:

- Ausprobieren weiterer Tätigkeitsrichtungen (Touristik, Werbung);
- Entwicklung neuer didaktischer Formen der Wissensvermittlung (Kompaktseminare, Planspiele, Fernunterricht);
- Intensivierung der betriebswirtschaftlichen Grundausbildung der Teilnehmer;
- Gewinnung von Praktikaplätzen auch bei Betrieben mittlerer Größe in den Branchen Versicherung, Elektronik, Dienstleistung, Handel und Werbung.

Der Modellversuch "Student und Arbeitsmarkt" belegt, daß es durch die Initiative von Einzelnen (in diesem Fall der Studienberatung München) möglich ist, die scheinbar aussichtslose Arbeitsmarktlage für Geisteswissenschaftler aufzubrechen. Die bisherige Strategie der kleinen Schritte im Rahmen des Modellversuches "Student und Arbeitsmarkt" hat bewirkt, daß sich für Geisteswissenschaftler wieder berufliche Alternativen auftun. Die lähmende Erfahrung, nach dem Examen vor dem beruflichen Nichts zu stehen, wurde Teilnehmern des Modellversuchs erspart. Mitarbeiter des Projektes berichteten uns, daß die Studierenden nach den positiven Erfahrungen in der Wirtschaft sich intensiv darum bemühten, ihr Studium zügig abzuschließen. Sie sahen für sich persönlich endlich einen beruflichen Ausweg.



### 7.3.4 Anschreibprogramme und Beratungsangebote für Langzeitstudenten

"Was wissen wir von jenen Studenten/innen, die im 16. oder 25. Semester sind, sich nicht zum Examen anmelden und sich jedes Semester beim Immatrikulationsbüro zurückmelden?" Mit dieser Frage wird nicht nur ein Beitrag von Grottian und Megerle in der Frankfurter Rundschau vom 23.07.1987 eingeleitet. Diese Frage stand sicherlich - zusammen mit der selbstkritischen Erkenntnis, daß die Hochschullehrer zu lange die Augen vor dem Problem der Langzeitstudenten verschlossen oder aus falsch verstandener Liberalität nicht auf den längst fälligen Abschluß gedrängt haben - auch am Anfang einer Initiative, die die beiden an der FU Berlin lehrenden Professoren gestartet haben.

1987 schrieben Grottian und Megerle an ihrem Fachbereich Politische Wissenschaft immatrikulierte Studierende mit mehr als 15 Fachsemestern, die noch kein Examen abgelegt hatten, an und luden sie zu einem Beratungsgespräch ein. Bei diesen Gesprächen, zu denen gut ein Viertel der Angeschriebenen erschienen waren, kristallisierten sich einige typische Problemkonstellationen heraus, die dazu geführt hatten, daß das Studienziel aus den Augen und dem Sinn verschwand (vgl. auch die in Kap. 3.1 zitierten Beispiele). In einigen Fällen schien eine Fortsetzung des Studiums nicht aussichtsreich. In den meisten Fällen aber - so resümieren Grottian und Megerle ihre Erfahrungen - konnte oder könnte eine solche Beratungsaktion

- den betroffenen Studenten/innen einen neuen Anstoß für die Fortsetzung ihres Studiums geben. Sie waren dafür dankbar, hatten sie doch das Gefühl, daß sie nicht abgeschrieben waren,
- die vermeintlich unüberschaubaren formalen Hürden beseitigen. Durch gezielt vorgenommene Studienplanung und 'Begleitung' bei den nächsten Schritten dürften die in Frage kommenden Studenten/innen wieder Tritt fassen,
- die Studienschwierigkeiten durch Hilfestellung und Anleitung überwinden, so daß das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zurückkehrt,
- die Perspektive 'Examen' durch die Absprache eines die Interessen und bisherigen Arbeitsgebiete aufgreifenden Diplomarbeitsthemas konkretisiert werden" (Frankfurter Rundschau vom 23.07.1987).

Dies alles zu erreichen, setzt viel Einsatz und Engagement bei den Hochschullehrern voraus, denn der Betreuungsaufwand für diese Examenskandidaten geht weit über das übliche Maß hinaus. Dieses wird bei vielen Hochschullehrern angesichts der Masse der im normalen Studienbetrieb durchzuschleusenden Prüflinge und der damit verbundenen ohnehin großen Belastung nicht gerade motivierend wirken. Ermutigend dürfte aber die berechnete Erwartung sein, daß ungefähr ein Viertel der Langzeitstudenten durch intensive Beratung und Hilfestellung noch einen Studienabschluß erreichen könnte.

Für viele, auch wenn sie sich längst in anderen Existenzen eingerichtet haben, hat der Studienabschluß eine immense, da psychisch stabilisierende, Bedeutung. Dabei spielt weniger die berufliche Verwertbarkeit, die in vielen Fällen nicht gegeben ist, eine Rolle, sondern eher das Bedürfnis, einen Lebensabschnitt mit einem Zertifikat über das Erreichte und nicht als "Versager" abzuschließen. Gerade aber wenn jemand lange "draußen" war und die Universität kaum mehr von innen kennt, braucht es einen direkten und persönlichen Anstoß. Unpersönliche und unverbindliche Beratungsangebote - das haben die Erfahrungen der Zentralen Studienberatung an der FU Berlin mit dem Gruppenangebot "Studium und kein Ende" gezeigt - stoßen kaum auf Resonanz, werden oft auch nicht wahrgenommen.

Natürlich - das sehen Grottian und Megerle auch - müßte den Problemstudenten schon viel früher im Studienverlauf Aufmerksamkeit geschenkt werden, müßten Studierende schon angesprochen werden, wenn sie ein Semester lang nicht in der Hochschule erschienen sind. Nicht Kontrolle ist dabei die Leitidee, sondern auf Freiwilligkeit beruhende Beratung und Verantwortung des Hochschullehrers für das Lern- und Lehrergebnis bei seinen Studenten. Dieser Verantwortlichkeit, die von vielen unserer Interviewpartner eingeklagt wird, haben Grottian

und Megerle in einem ersten Schritt Rechnung getragen. An eine Ausweitung des Versuchs auf weitere Hochschullehrer am Fachbereich und auf andere Fachbereiche ist gedacht.

Auf dem gleichen Gedanken, nämlich Verantwortung und Fürsorgepflicht der Hochschulen für ihre Studenten, basieren Anschreibprogramme, die von einigen Hochschulverwaltungen durchgeführt werden. Mit Unterschieden im konkreten Verfahren, aber mit der einheitlichen Zielsetzung, zu beraten, Anstöße und Entscheidungshilfen zu geben, nicht aber rauszuschmeißen (wozu ja meistens auch die rechtliche Handhabe fehlt), schreiben diese Universitäten regelmäßig Studierende an, die eine bestimmte Zahl von Fachsemestern überschritten haben, und bitten zu einem Gespräch. Teilweise - nämlich dort, wo wie in Baden-Württemberg das Hochschulgesetz eine Pflichtstudienberatung zuläßt - ist die Teilnahme an dem Gespräch obligatorisch.<sup>1)</sup> Aber auch dort, wo die Beratung auf freiwilliger Basis beruht und als Angebot aufgefaßt wird, ist die Resonanz beachtlich.

Natürlich kann ein Mitarbeiter der Hochschulverwaltung nicht eine Fachberatung oder - wo es sich als notwendig erweist - eine psychologische Beratung ersetzen. Er kann vielmehr nur das Vorfeld klären, evtl. bestehende bürokratische Hürden aus dem Weg räumen und bei Bedarf an die zuständigen Stellen weitervermitteln. Es ist erst einmal nur ein Anstoß für Langzeitstudierende, sich selbst Rechenschaft über den bisherigen Studienverlauf abzulegen und über die Perspektiven nachzudenken. Ein ähnlicher Erfolg, wie ihn Grottian und Megerle verbuchen konnten, nämlich der Abschluß des Studiums bei zumindest einem Teil der Langzeitstudierenden, kann nur in intensiver Zusammenarbeit mit den Fachbereichen erreicht werden. Der erste Anstoß ist wichtig, die intensive Betreuung bis zum Examensabschluß der notwendige und wesentliche zweite Schritt. Auch wenn die Hochschulverwaltung einen Teil der Verantwortung für Studierende abnehmen kann, gefordert sind vor allem die Hochschullehrer.

Alle von uns befragten Interviewpartner begrüßen solche Initiativen aufs Nachdrücklichste. Sie sehen in ihnen eine Chance, das Problem der Langzeitstudenten und damit zum Teil das der Pro-forma-Studenten ohne administrative Sanktionen anzugehen, indem zunächst der Spielraum, den Hochschulen und Hochschullehrer für Beratungsaktivitäten haben, ausgeschöpft wird. Über die konkrete Ausgestaltung einer solchen Maßnahme mag man streiten,<sup>2)</sup> unstrittig ist aber, daß ein solches Experiment zur Nachahmung weiterempfohlen werden kann.

---

1) Pflichtberatung stößt allerdings bei vielen, nicht nur bei Studienberatern, auf Ablehnung, da ein Beratungserfolg maßgeblich von der Freiwilligkeit abhängt.

2) Gegen ein offizielles Anschreiben durch die Hochschulverwaltung spricht z. B., daß dadurch die Schwelle für das Aufsuchen der Beratung erhöht wird, da Maßnahmen der Bürokratie häufig mit der Befürchtung von Kontrolle und Sanktionen verbunden sind. Auf der anderen Seite scheint aber auch ein wenig Druck sinnvoll zu sein.

## LITERATURVERZEICHNIS

- BMBW (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; Hrsg.) (1986): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 42. Bonn.
- BMBW (Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft; Hrsg.) (1988): Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. 2. Erhebung zur Studiensituation im WS 1984/85. Schriftenreihe Studien zu Bildung und Wissenschaft 59. Bonn.
- BREITBACH, Michael (1979): Hochschulzulassungsbeschränkung für Berufstätige? In: Wissenschaftsrecht, Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung Bd. 12, S. 52 - 67.
- BUNDESRAT (1988): Entwurf eines Gesetzes zur Strukturreform im Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetz - GRG). Bundesratsdrucksache 200/88 vom 29.04.1988.
- BVerfGE = Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.
- DALLINGER, Peter/BODE, Christian/DELLIAN, Fritz (1978): Hochschulrahmengesetz. Kommentar. Tübingen.
- DEUMELAND, Klaus Dieter (1979): Hochschulrahmengesetz (HRG). Baden-Baden 1979.
- DEUTSCHES STUDENTENWERK (1980): Bochumer Mensaplan. Bonn.
- FRAMHEIN, Gerhild (1988): Studentische Vorstellungen zur Studiendauer. In: Studienzeiten auf dem Prüfstand. Dokumentation des HIS-Kolloquiums am 18. und 19. Mai 1988 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg. HIS-Hochschulplanung 70. Hannover. S. 85 - 111.
- FU Berlin (1983): Tätigkeitsbericht der Zentraleinrichtung Studienberatung und Psychologische Beratung für den Zeitraum 01.03.1979 bis 28.02.1982. Berlin.
- HAACKE, Matthias, et al. (1979): Projekt "Studiensituation und studentische Qualifizierungsprozesse". Abschlußbericht. Unveröffentlicht.
- HAMANN, Manfred/NEEF, Wolfgang (1983): Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Studiensituation im Projektstudium am Fachbereich Landschaftsentwicklung der Technischen Universität Berlin. In: NEEF, Wolfgang/HAMANN, Manfred (Hrsg.): Projektstudium in der Ausbildung von Ingenieuren, Wirtschafts- und Naturwissenschaftlern. Hochschuldidaktische Materialien, Bd. M 1. Alsberg/Berstraße. S. 70 - 87.
- HESSISCHER LANDTAG (1961): Gesetz über Unterrichtsgeld- und Lernmittelfreiheit und Erziehungsbeihilfen. Drucksache 974. 15. Februar 1961.
- HESSISCHER LANDTAG (1985): Protokoll der Fragestunde zur Frage 708 "Phantomstudenten". 61. Sitzung, 12.11.1985.
- HIS (Hochschul-Informationen-System; Hrsg.) (1987): HIS-Ergebnisspiegel. Hannover.
- HUBER, Ludwig (1984): Auch weiterhin Studienreform. In: Hochschulausbildung. Heft 2/1984. S. 79 - 92.
- KAZEMZADEH, Foad/SCHAEFER, Hildegard (1984): Wer findet sich im Studium zurecht? Ergebnisse einer Untersuchung von Studenten in der Eingangsphase des Studiums. HIS-Hochschulplanung 52. Hannover.

- KMK (1984): Probleme durch Langzeit- und Scheinstudenten. Bericht des Unterausschusses für studentische Angelegenheiten. Unveröffentlicht.
- KRAUSE, Peter (1982): Das studentische Rechtsverhältnis. In: FLÄMING, Christian, et al. (Hrsg.): Handbuch des Wissenschaftsrechts, Bd. 1. Berlin/Heidelberg/New York. S. 613 - 635.
- LANDTAG RHEINLAND-PFALZ (1980): Jahresbericht des Rechnungshofs über die Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes sowie der Haushaltsrechnung 1979. Drucksache 9/1138. 22.12.1980.
- LANDTAG RHEINLAND-PFALZ (1985): Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Baun (CDU) und Antwort des Kultusministeriums "Phantomstudenten". Drucksache 10/1794. 03.10.1985.
- LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG (1985): Antrag der Fraktion der CDU "Formalimmatrikulation". Drucksache 9/1937. 24.07.1985.
- LEWIN, Karl/SCHACHER, Martin (1988): Studienanfänger im Wintersemester 1987/88 - Zunahme der Studienanfängerzahlen bei abnehmenden Studienberechtigtenzahlen. HIS-Hochschulplanung 62. Hannover.
- LÜHRMANN, Wolfgang (1987): Arbeitspapier zur Studieneinführungswoche des Büros für Studienberatung der Justus-Liebig-Universität Gießen.
- MINKS, Karl-Heinz/REISSERT, Reiner (1985 a): Der Übergang vom Studium in den Beruf. Ausgewählte Ergebnisse des Projektes "Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt". HIS-Kurzinformationen A1/85. Hannover.
- MINKS, Karl-Heinz/REISSERT, Reiner (1985 b): Studium, Übergang und Berufseintritt unter veränderten Arbeitsmarktbedingungen. Eine Längsschnittuntersuchung bei Hochschülern. Hannover. Unveröffentlicht.
- PLANUNGSAUSSCHUß FÜR DEN HOCHSCHULBAU (Hrsg.): 15 Jahre Rahmenplanung für den Hochschulbau 1970 - 1985, Bonn o. J., S. 7 ff.
- RAASCH, Sybille/SPILKER, Heinz (1983): Institutionalisierung des Projektstudiums an der HWP. Anachronistischer Nachschlag zu einer gescheiterten Reform oder Neubeginn mit Perspektive? In: NEEF, Wolfgang/HAMANN, Manfred (Hrsg.): Projektstudium in der Ausbildung von Ingenieuren, Wirtschafts- und Naturwissenschaftlern. Hochschuldidaktische Materialien, Bd. M 1. Alsberg/Bergstraße. S. 88 - 110.
- RCDS-NIEDERSACHSEN (1987): Stellungnahme des RCDS-Niedersachsen zur geplanten Einführung von Studiengebühren.
- REISSERT, Reiner/BIRK, Lothar (1982): Studienverlauf, Studienfinanzierung und Berufseintritt von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1979. HIS-Hochschulplanung 41. Hannover.
- REISSERT, Reiner/MARCISZEWSKI, Bernard (1987): Studienverlauf und Berufseintritt - Ergebnisse einer Befragung von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1984. HIS-Hochschulplanung 61. Hannover.
- REISSERT, Reiner/SCHAEFER, Hildegard (1988): BAföG-Förderungshöchstdauer und Entwicklung der Studienzeiten. Hannover. Unveröffentlicht.
- REISSERT, Reiner/WELZER, Harald (1987): Übergang wohin? Ergebnisse zur Studiendauer und Übergangsphase von Hochschulabsolventen. In: BADER, Reinhard, et al. (Hrsg.): Studenten im Schatten des Arbeitsmarktes. Frankfurt/New York. S. 225 - 243.



- SCHÄFER, Johann Peter (1984): Nicht jeder Studiosus will studieren. In: *Nachrichtung und Berichte. Zeitung der Universität Münster*. 10. April 1984.
- SENAT VON BERLIN (1982): Mitteilung des Senats von Berlin über Nichtberücksichtigung von Langzeitstudenten bei der Zuweisung von Personal-, Sach- und Investitionsmitteln der Hochschulen. Drucksache Nr. 9/417 (II.B.15c). Schlußbericht. 05.10.1982.
- SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN (1983): Zwischenbericht der Arbeitsgruppe Langzeitstudenten. 22.07.1983. Unveröffentlicht.
- SENATOR FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG BERLIN (1986): Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 1949 vom 10. Juni 1986 über "Phantomstudenten". Berlin, 22.08.1986.
- SINUS (1979): Problem-Studenten und Pro-forma-Studenten an Berliner Universitäten. Gutachten im Auftrag des Senators für Wissenschaft und Forschung. Berlin. Unveröffentlicht.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (1988): Prüfungen an Hochschulen 1986. Fachserie 11 "Bildung und Kultur". Reihe 4.2.
- STROBEL, Wilhelm (1981): Die Präzision der falschen Zahlen. In: *Deutsche Universitätszeitung*, 1/1981, S. 5 - 7.
- THIEME, Werner (1986): *Deutsches Hochschulrecht*. Köln.
- WAGEMANN, Carl-Hellmut (Hrsg.) (1982): Der 28-Stunden-Tag. Ist das Studium überhaupt studierbar? *Blickpunkt Hochschuldidaktik* 69. Hamburg.
- WAGEMANN, Carl-Hellmut (1988 a): Humboldt oder Leussink. Das Ingenieurstudium: Paradigma der Studienreform. *Hochschuldidaktische Materialien*, Bd. M 10. Alsbach/Bergstraße.
- WAGEMANN, Carl-Hellmut (1988 b): Hochschulen in der Verantwortung - Ansätze zur Studienzeitverkürzung aus der Sicht der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächer. In: Studienzeiten auf dem Prüfstand. Dokumentation des HIS-Kolloquiums am 18. und 19. Mai 1988 im Wissenschaftszentrum Bonn-Bad Godesberg. *HIS-Hochschulplanung* 70. Hannover. S. 235 - 266.
- WILD, Wolfgang (1984): Die Universität im Spannungsfeld von Bildung und Beruf. In: *Beiträge zur Hochschulforschung*. Heft 3/1984. S. 307 - 336.
- WISSENSCHAFTSRAT (1966): Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an wissenschaftlichen Hochschulen. Tübingen.

## **ANLAGEN**

# ANLAGE 1: Liste der befragten Institutionen bzw. Experten

Es wurden Gespräche mit Experten aus folgenden Institutionen geführt:

## a) Kultus- und Wissenschaftsministerien

- Senator für Wissenschaft und Forschung Berlin
- Ministerium für Wissenschaft und Kunst Hessen
- Kultusministerium Rheinland-Pfalz
- Ministerium für Wissenschaft und Kult Baden-Württemberg

## b) Hochschul-/Wissenschaftsorganisationen

- Westdeutsche Rektorenkonferenz
- Hochschulverband
- Wissenschaftsrat

## c) Hochschulforschung

- Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung, München
- Arbeitsgruppe Hochschulforschung, Universität Konstanz
- Forschungsgruppe "Qualifikationskrisen und Strukturwandel des Bildungssystems", Universität Göttingen

## d) Hochschulverwaltung

- Freie Universität Berlin
- Universität Freiburg
- Universität Göttingen
- Universität Hamburg
- Universität Mainz
- Universität München
- Universität Stuttgart

## e) Hochschullehrer/Hochschulinstitute

- Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft
- Technische Universität Berlin, Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik
- Freie Universität Berlin, Zentraleinrichtung zur Förderung von Frauenstudien und Frauenforschung
- Universität Bielefeld, Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik
- Universität Bremen, Fachbereich Sozialwissenschaften
- Universität Gießen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
- Universität Hamburg, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
- Universität Hamburg, Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik
- Universität Hannover, Fachbereich Erziehungswissenschaften
- Universität Köln, Fachbereich Rechtswissenschaft

## f) Studienberatung

- Freie Universität Berlin
- Universität Frankfurt
- Universität Freiburg
- Universität Gießen
- Universität Göttingen
- Universität Hamburg
- Universität Hannover
- Universität München
- Universität Stuttgart

## g) Studentenwerke

- Universität Göttingen

## h) Krankenkassen

- Bundesversicherungsamt, Berlin
- Verband der Angestellten-Krankenkassen, Siegburg
- Allgemeine Ortskrankenkasse, Hannover
- Hamburg-Münchener Ersatzkasse, Hamburg
- Kaufmännische Krankenkasse, Hannover

## h) Sonstige

- Steuerexperte, Hannover
- Arbeitsamt Göttingen



## ANLAGE 2: Interviewleitfaden

## Abkürzungen:

A	alle	FG	Forschungsgruppen
KK	Krankenkassen	M	Ministerien
HS	Hochschulspitzen, Hochschul-, Wissenschaftsorganisationen	P	Politiker
HSP	Planungsstäbe der Hochschulen	STW	Studentenwerke
IA	Immatrikulationsämter	HSL	Hochschullehrer
SB	Studienberatung	FI	Finanzamt
		AA	Arbeitsamt

\* nachhaken

## Fragen

## Checkliste/Hinweise

## Experten

1

Im Zuge der Diskussion um die Einführung von Studiengebühren in Niedersachsen wurde die Aufmerksamkeit wieder einmal besonders auf zwei Gruppen von Studierenden gelenkt: einmal die Langzeitstudenten und zum zweiten die sog. "Pro-forma-Studenten".

Sind "Pro-forma"- und Langzeitstudenten in Ihrer Institution und in Ihrem Arbeitsbereich ein Thema und stellen sie ein Problem dar?

- Beschäftigung mit dem Thema
- Stellenwert des Themas
- Probleme der Studentenstatistik
- Kapazitätsfragen
- finanzielle Fragen
- Indiz für Funktionsmängel der Hochschule

Aus welchen Gründen beschäftigt Sie dieses Thema?

2

Ist das Pro-forma-Studium in Ihrem Arbeitsbereich ein Thema, das offen angegangen und intensiv verfolgt wird? Oder wird es eher verdrängt und tabuisiert?

- Stellenwert des Themas
- Brisanz des Themas

Worin sehen Sie die Gründe für die Tabuisierung?

3

Was verstehen Sie unter einem Pro-forma-Studium? Wie würden Sie - ganz allgemein und eher abstrakt - diesen Begriff definieren?

- allgemeine Definition A
- Abgrenzung zu Bildungsstudium, Heimstudium, Parkstudium
- Abgrenzung zu "ordnungsgemäßem" Studium
- Absicht, das Studium nicht abzuschließen
- bewußte Inanspruchnahme des Studentenstatus, ohne diese Rolle auszufüllen
- keine Inanspruchnahme des Hochschulbetriebes
- "harte"/"weiche" Pro-forma-Studenten
- fließende Grenzen
- Abgrenzung zu Problemstudenten

4 a

Welches sind für Sie die Kriterien, um von einem Pro-forma-Studenten sprechen zu können? D.h., woran machen Sie fest, ob es sich um ein Pro-forma-Studium handelt?

- Operationalisierung A
- erfäßbare/meßbare Merkmale

Gibt es überhaupt eindeutige meßbare und erfäßbare Merkmale für die Eingrenzung dieser Gruppe?

4 b

In einigen/Ihrer Krankenkasse ist der Versuch gemacht worden, Pro-forma-Studenten ausfindig zu machen.

- Charakteristika von Pro-forma-Studenten KK
- Operationalisierung
- Eingrenzung der Gruppe

Können Sie uns sagen, wie dabei verfahren wurde? Welche Kriterien wurden angelegt, und bei welchen Personen ergaben sich Verdachtsmomente, daß ein Pro-forma-Studium vorliegen könnte?

4 c

Bei der Diskussion um Pro-forma-Studenten fällt des öfteren auch der Begriff "Karteileiche".

- Operationalisierung HSP, IA
- statistische Erfassungsmängel

Wie würden Sie diesen Begriff von dem des Pro-forma-Studiums abgrenzen?

Wie wird das Problem der Karteileichen in Ihrem Amt angegangen?

Wie und nach welchen Kriterien werden Karteileichen ausfindig gemacht? Und wie wird in der Studentenstatistik "aufgeräumt"?

Ist es möglich, mit Hilfe der Unterlagen, über die die Immatrikulationsämter verfügen, die Karteileichen gegenüber den Pro-forma-Studenten abzugrenzen?

5

Wie groß ist nach Ihrer Schätzung die Gruppe der Pro-forma-Studenten?

= an Ihrer Hochschule

= bei Ihrer Krankenkasse

- Umfang des Pro-forma-studiums

A

\* prozentual/absolut

Welche Studenten haben Sie bei dieser Schätzung im Auge?

\* Schätzgrundlage

Für das gesamte Bundesgebiet wird des öfteren die Zahl von 100.000 Phantomstudenten genannt.

Halten Sie diese Größenordnung für realistisch?

\* Problem der Karteileichen

6

Als Paradebeispiel für den "professionellen" Pro-forma-Studenten, der ganz bewußt die ökonomischen Vorteile des Studentenstatus ausnutzt, wird oft der etablierte, gut verdienende, 30-jährige selbständige Immobilienmakler genannt, der noch immer im Besitz eines Studentenausweises ist.

- Eingrenzung "harter" Pro-forma-Studenten

A

Handelt es sich hier eher um Einzelfälle? Für wie groß halten Sie diese Gruppe der "professionellen" Pro-forma-Studenten?

7

Pro-forma-Studenten sind - sicherlich aus unterschiedlichen Gründen und in unterschiedlichem Ausmaß - in verschiedenen Studienphasen zu beobachten.

- Ausmaß des Phänomens in unterschiedlichen Studienphasen

IA, SB,  
FG, HSL,  
HSP, HS

In welchen Studienphasen vermuten Sie nennenswerte Anteile von Pro-forma-Studenten? Und wie groß sind Ihrer Einschätzung nach die jeweiligen Anteile? In welchen Studienphasen konzentrieren sich Pro-forma-Studenten?

= Studienanfänger: Haben Sie die Beobachtung gemacht, daß an den Hochschulen vermehrt Studienanfänger auftauchen, die sich eingeschrieben haben, weil sie keinen Ausbildungsplatz oder keine Arbeitsstelle erhalten haben, und die Hochschule nur als Zwischenstation ansehen?

= Erststudium

= Studenten im Grundstudium

= Studenten in höheren Semestern

= Studenten nach Studienabschluß

8

Haben Sie die Beobachtung gemacht, ob sich in bestimmten Studiengängen Pro-forma-Studenten - oder weiter gefaßt: Studenten, die sich kurz- oder langfristig vom Studium gelöst haben - stärker konzentrieren als in anderen?

- Umfang: fachspezifische Differenzen

SB, HSL,  
FG, HS  
IA, HSP

9

Worin sehen Sie die Ursachen, daß es zu solchen Phänomenen wie Pro-forma-Studium kommt?

- Ursachen und Anlässe A
- \* Differenzierung nach Art des Pro-forma-Studiums
  - \* Erwerbstätigkeit (Frage 10)
  - \* Arbeitsmarkt (Frage 11)
  - \* Studienbedingungen (Fragen 12 ff.)
  - \* Motivation
  - \* geänderter Stellenwert des Studiums (Frage 14)
  - \* Prozeß bis zur faktischen, aber nicht formalen Loslösung von der Hochschule

10

Immer mehr Studenten sind erwerbstätig, zu einem immer größeren Teil auch im Semester.

Ursachen: Einfluß der Erwerbstätigkeit

SB, FG,  
HSL, STW,  
HSP, IA

Sehen Sie darin eine mögliche Ursache für Studienprobleme und Pro-forma-Studium?

Frage erübrigt sich evtl.

Unter welchen Umständen kann Erwerbstätigkeit dazu führen, daß das Studium immer mehr in den Hintergrund tritt?

Macht es einen Unterschied, ob es sich um studiennahe oder völlig entfremdete, studienferne Tätigkeiten handelt?

- Unterschied studiennahe/ studienferne Tätigkeiten

11

Der Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen ist gespalten. Hier die Fächer, die recht gute Chancen eröffnen, einen adäquaten Arbeitsplatz zu bekommen, dort die Fächer mit schlechten bis katastrophalen Berufsaussichten.

- Berufsaussichten und Studienfachwahl (Frage der Motivation)
- geänderte Einstellung zu Studium und Beruf

SB, FG,  
HSL, HS

Welche Auswirkungen haben die unterschiedlichen beruflichen Verwertungsaussichten auf Studienmotivation und Studienverhalten?

Sehen Sie darüber einen Zusammenhang mit Langzeitstudium und Pro-forma-Studium?



12

In der Hochschule selbst ist eine Reihe von Bedingungen zu benennen, die die Studiengestaltung und den Studienverlauf beeinflussen.

Welche Bedingungen an der Hochschule können bewirken, daß es zu einem Pro-forma-Studium kommt? Welche Verhältnisse können das verhindern?

- \* Unstudierbarkeit von Studienplänen SB, HSL, FG
- \* reglementiertes/freies Studium
- \* Betreuung durch Hochschullehrer (Frage 14)
- \* Didaktik (Frage 14)
- \* Massenfach - kleines Fach
- \* Studienberatung (Frage 17)
- \* rechtliche Vorschriften (Fragen 17 bis 24)

13

Hochschuldidaktiker, Studenten und vereinzelt auch Hochschullehrer selbst beklagen den geringen Stellenwert der Lehre, unzureichende didaktische Fähigkeiten der Dozenten, ihr mangelndes Interesse an den Lehraufgaben und das geringe Engagement für die Studenten. Auf der anderen Seite gibt es auch Hochschullehrer, die sich um ihre Studenten kümmern und z.B. Problemstudenten gezielt ansprechen.

- Einstellung der Hochschullehrer SB, HSL, FG
- Stellenwert der Lehre

Welchen Stellenwert hat Ihrer Meinung nach die Lehre heute für die Hochschullehrer?

- Ursachen für geringen Stellenwert

Welchen Einfluß haben Verhalten und Einstellungen der Hochschullehrer gegenüber Lehraufgaben und Studenten auf den Studienverlauf?

14

Die heutige Studentengeneration ist eine andere als die vor 10 oder 20 Jahren. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich geändert und auch - so sagt man - die Wertvorstellungen der Studenten und ihre Einstellung zu Studium und Beruf.

- Wandel der Studentenrolle SB, HSL, FG

Stimmen Sie der Auffassung von veränderten Werten und Einstellungen zu?

Wenn ja: Inwiefern haben sich Einstellungen und Werte verändert? Woran machen Sie den Einstellungs- und Rollenwandel fest? Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen der veränderten Studentenrolle und dem Studienverhalten, der Studiendauer und dem Pro-forma-Studium?

Haben Sie den Eindruck, daß alternativ orientierte Studenten unter den Pro-forma-Studenten überproportional vertreten sind?

15

Vereinzelte (z.B. von Prof. Schiedermaier, Vorsitzender des Hochschulverbandes) wird die These vertreten, daß Unsicherheit und Lebensangst die Schlupfwinkelmentalität der Studenten fördere und daß aus diesem Grund auch Hochschulabsolventen mit guten Berufsaussichten (z.B. Ingenieure) weiter an der Hochschule bleiben.

- Westwärme der Hochschule SB, HSL,
- Angst vor dem harten Wind, HS, PG
- Angst "erwachsen" zu werden

Wird diese These aus Ihrer Erfahrung bestätigt?

---

16

Gibt es an Ihrer Hochschule spezielle Beratungen für Langzeitstudenten und für Studenten mit Examen, die noch immatrikuliert sind, ohne ernsthaft zu studieren?

- \* obligatorische Beratung? SB, HSL,

Ja: Welche Erfahrungen wurden mit diesen Beratungen gemacht?

- \* Akzeptanz der Angebote
- \* Auswirkungen

Nein: Woran liegt es, daß solche Beratungen nicht durchgeführt werden?

- kein Interesse der Studenten
- Studenten können nicht erreicht werden
- fehlendes Personal

Halten Sie derartige Beratungen für sinnvoll? Halten Sie obligatorische Beratungen für sinnvoll?

Kennen Sie andere Hochschulen, an denen gezielte Beratungsprogramme für die angesprochenen Gruppen existieren?

---

17

Gibt es Rechts- und Verwaltungsvorschriften, die in irgendeiner Form die Studiendauer und das Pro-forma-Studium tangieren oder direkt darauf zugeschnitten sind?

- \* Regelungen bei Überschreiten der Prüfungsfristen IA, HS,
- \* Leistungsnachweise nach BAföG (Frage 22) HSP, SB,
- \* Exmatrikulation nach Examen HSL, STW

Wie werden diese Vorschriften in der Praxis gehandhabt?

Welchen Einfluß haben diese gesetzlichen und verwaltungsmäßigen Bestimmungen und Erlasse auf die Studiendauer und das Pro-forma-Studium?

- \* Begründung/Antrag für Weiterqualifizierung
  - \* Sanktionen bei nicht ernsthaft betriebenen Studium
  - \* Versagung von Zweitstudium
  - \* obligatorische Studienberatung
  - \* Studiengebühren
  - \* gestaffelte Sozialbeiträge
-

18

In Hessen müssen Langzeitstudenten Studiengebühren entrichten. An hessischen Hochschulen sind gleichzeitig auch auffällig viele Studenten beurlaubt.

SB, M, IA  
Hessen

Wird die Beurlaubung genutzt, die Studiengebühren zu umgehen?

An welchen Voraussetzungen ist die Beurlaubung gebunden? Für wie lange wird sie gewährt? Welche Rechte und Pflichten haben die beurlaubten Studenten?

Welche Vorteile hat die Beurlaubung gegenüber der Unterbrechung?

19

Nach dem Berliner Hochschulgesetz gibt es die Möglichkeit, in den Studien- und Prüfungsordnungen eine obligatorische Studienberatung vor bestimmten Studienabschnitten vorzusehen.

IA, HSL,  
HSP, SB  
Berlin

Wird von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht?

Nein: Gründe

Ja: Welche Erfahrungen wurden mit dieser Studienberatung gemacht?

20

Nach § 39 des alten Berliner Hochschulgesetzes wurden Studenten, die die Fristen zur Prüfungsmeldung überschreiten, aufgefordert, sich zur Prüfung zu melden oder eine Nachfrist zu beantragen. Falls der Student dieser Aufforderung nicht nachkam, sollte er exmatrikuliert werden.

IA, HSL,  
HSP, SB  
M Berlin

Wurde diese Vorschrift auch in der Praxis angewandt?

Wieviele Studenten mußten angeschrieben werden?

Welche Erfahrungen sind mit dieser Regelung gemacht worden?

In der novellierten Fassung des Hochschulgesetzes von 1986 wurden diese Vorschriften gestrichen.

Welches sind die Gründe dafür?

21

Nach dem alten Berliner Hochschulgesetz wurden Studenten mit Aushändigung des Abschlußzeugnisses exmatrikuliert, sofern sie nicht nachwiesen, daß die Weiterimmatrikulation für die Erreichung eines weiteren Studienzieles oder für die Weiterqualifikation sinnvoll ist. In der novellierten Fassung fehlt dieser Zusatz.

HSL, HSP,  
IA, SB,  
M Berlin

Kennen Sie die Hintergründe für die Streichung dieser Vorschrift?

Welche Erfahrungen wurden mit der alten Vorschrift gemacht?

Wurden Anträge abgewiesen?

War es eine Möglichkeit, das Pro-forma-Studium nach Examen auszuschließen?

22

Es ist bekannt, daß Studenten, die nach BAföG gefördert werden, zügiger studieren als Studenten, die sich ausschließlich aus privaten Mitteln finanzieren müssen.

SB, HSL,  
STW, HS

Worauf führen Sie dieses unterschiedliche Studienverhalten zurück?

Haben Förderungshöchstdauer und die Anforderung, nach dem ersten Studienabschnitt nachzuweisen, daß das Studium ordnungsgemäß durchgeführt wird, Einfluß auf Studienzeiten und Studienverhalten? Wird z.B. durch die Anforderung von Leistungsnachweisen das Pro-forma-Studium verhindert?

Wie sehen die Leistungsnachweise aus und wie werden sie in der Praxis gehandhabt? Gibt es Unterschiede in der Schwere der Leistungsnachweise je nach Studiengang?

Können demnach diese Leistungsnachweise auch eine Hürde im Studium darstellen, an der Studenten scheitern können und die sie aus dem Studium hinauswerfen kann?

23

An der FU und TU Berlin existierten Programme zur Förderung des Studienabschlusses. Studenten in hohen Semestern (doppelte BAföG-Förderungshöchstdauer bzw. mehr als 20 Fachsemester), die noch keinen Studienabschluß erreicht haben, wurden angeschrieben und aufgefordert zu erklären, wann und wie sie das Examen abzulegen gedenken.

IA, HSP,  
SB, HSL,  
Berlin

Welche Erfahrungen wurden mit diesen Programmen gemacht?

Existieren diese Programme noch?

Nein: Warum werden sie nicht mehr durchgeführt?

An alle: Was halten Sie von einer derartigen Maßnahme?



24

Im Bremer Hochschulgesetz ist vorgeschrieben, daß Studenten, die sich innerhalb der in den Prüfungsordnungen geltenden Fristen nicht zur Prüfung melden, aufgefordert werden, an einer besonderen Studienberatung teilzunehmen.

SB Bremen

Wie wird diese Vorschrift in der Praxis gehandhabt?

Wie viele Studenten sind von dieser Regelung betroffen?

Welche Erfahrungen haben Sie mit dieser obligatorischen Studienberatung gemacht?

- \* Akzeptanz der Studienberatung
- \* Gründe für Fristüberschreitung
- \* Möglichkeit der Einflußnahme auf zügigen Studienabschluß

An alle: Was halten Sie von einer derartigen Regelung?

A

25

Welche Gründe und Motive haben Ihrer Meinung nach Studenten, immatrikuliert zu bleiben, obwohl sie nicht ernsthaft studieren?

- \* soziale Vorteile  
(Fragen 26 ff.)
- \* keine Alternative
- \* Offenhalten der Möglichkeit, doch noch einen Studienabschluß zu machen
- \* Statuossicherheit

A

26

Kann man den Pro-forma-Studenten ein rationales, strategisches Kalkül unterstellen, die Immatrikulation wegen der sozialen Vorteile aufrechtzuerhalten?

A

27

Welche sozialen, ökonomischen Vorteile ergeben sich aus dem Studentenstatus?

Sehen Sie auch Nachteile?

- stud. Krankenversicherung A
- günstigere BAföG-Leistungen für Geschwister und Ehegatten
- evtl. Wohngeldberechtigung
- Berücksichtigung im Einkommenssteuer-, Vermögensbildungsrecht, im Kindergeldgesetz
- soziale Angebote des Studentenwerks
- günstigere Verkehrstarife
- Ermäßigungen in kulturellen Einrichtungen
- Freibeträge für Berufsausbildung bei Einkommensbeziehern
- \* günstigere Jobmöglichkeiten  
(Frage 30)

28

Inwieweit profitieren Pro-forma-Studenten von den sozialen Leistungen der Studentenwerke?

- \* Mensaessen
- \* Wohnheim (Frage 29)
- \* Kita

STW

29

Nach welchen Kriterien werden Wohnheimplätze vergeben?

- Ausschluß Studenten im Zweitstudium
- Begrenzung der Semesterzahl
- Wohnberechtigung bei Aufnahme einer überwiegenden Erwerbstätigkeit

STW

30

Bis zu einem gewissen Arbeitsumfang ist die Erwerbstätigkeit von Studenten sozialversicherungsfrei.

- bessere Jobmöglichkeiten

STW, AA

Ist dies für Arbeitgeber ein Grund, eher Studenten einzustellen als andere Arbeitskräfte? Haben Studenten also deshalb einen Vorteil auf dem Jobmarkt?

31

Inwieweit wird bei erwerbstätigen Studenten ihre Ausbildung steuerlich berücksichtigt?

- Freibetrag für eigene Berufsausbildung
- Absetzbarkeit von Ausbildungskosten (Bücher etc.)

FI

Inwieweit werden Studenten bei der steuerlichen Veranlagung der Eltern oder des Ehepartners berücksichtigt?

Werden Studenten unabhängig davon, ob sie sich im Erst- oder Zweitstudium befinden, und unabhängig von der Semesterzahl berücksichtigt?

32

An welche Voraussetzungen ist die studentische Krankversicherung gebunden?

KK

Gibt es eine altersmäßige Begrenzung?

Welche Einschränkungen gelten bezüglich der Erwerbstätigkeit?

- \* neue Regelung, daß auf Antrag auch 2 Monate pro Jahr im Semester voll gearbeitet werden kann?

33

Das Bundesversicherungsamt hat die Krankenkassen aufgefordert, gegen Pro-forma-Studenten vorzugehen.

KK

Welche rechtliche Handhabe gibt es gegen Pro-forma-Studenten?

Welche Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten haben die Krankenkassen?

\* neuere Klagen

34

Es wird davon ausgegangen, daß Studenten aufgrund der niedrigen Tarife in der studentischen Krankenversicherung mindestens 200 DM monatlich einsparen können.

\* Mindestbeitrag KK  
 \* Beitrag für Studenten  
 \* Beitrag für Personen ohne eigenes Einkommen und ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe

Können Sie kurz das Beitragsgefüge Ihrer Krankenkasse skizzieren?

35

Gibt es Schätzungen über die durch die Pro-forma-Studenten verursachten finanziellen Ausfälle?

KK

Auf welcher Grundlage basieren diese Schätzungen?

36

Inwieweit werden Langzeit- und Pro-forma-Studenten bei der Kapazitätsberechnung und der Kapazitätsauslastung der Hochschulen berücksichtigt?

IA, HS,  
HSP, M

Belasten Langzeit- und Pro-forma-Studenten die Kapazitäten der Hochschulen?

Welche Auswirkungen würde es für die Hochschulen haben, wenn die Studiendauern spürbar reduziert und das Pro-forma-Studium eingeschränkt würden?

37

Sind die Hochschulen oder einzelne Fachbereiche evtl. nicht selbst daran interessiert, im Kampf um die knappen Mittel mit hohen Studentenzahlen zu argumentieren und deshalb das Thema lange Studienzeiten und Pro-forma-Studium nicht anzugehen?

IA, HS,  
HSP, HSL,  
M

38

Laut Zeitungsmeldungen empfehlen Hochschulen ihren wissenschaftlichen Mitarbeitern teilweise, sich einzuschreiben, um so die Sozialbeiträge der Arbeitgeber sparen zu können.

IA, HS,  
HSP, HSL

Ist dieses Vorgehen auch an Ihrer Hochschule stillschweigende Praxis?

Wie groß ist die betroffene Gruppe?

Wissen Sie von anderen Hochschulen, an denen so verfahren wird?

Bedeutet dieses Vorgehen nicht auch eine finanzielle Entlastung der Hochschulen?

39

Belasten Pro-forma-Studenten den Etat der Studentenwerke und die Kapazitäten der Studentenwerkseinrichtungen?

STW

40

Mit der ursprünglich geplanten Einführung von Studiengebühren in Niedersachsen wurde auch das Ziel verfolgt, die Hochschulen und damit auch den Landeshaushalt zu entlasten, indem die Studentenstatistik bereinigt wird.

HS, IA,  
HSP, HSL,  
M, P

Belasten Langzeit- und Pro-forma-Studenten den Etat der Länder und der Hochschulen?

Inwieweit werden die Studentenzahlen herangezogen für die Mittel- und Personalzuweisung?

- \* Globalzuweisung
- \* interne Verteilung innerhalb der Hochschule
- \* Zuweisungen an die Studentenwerke



41

Ist es aus Ihrer Sicht notwendig und wünschenswert, dem Problem des Pro-forma-Studiums nachzugehen und ihm entgegenzuwirken?

Nein: Warum halten Sie das Pro-forma-Studium nicht für regelungsbedürftig?

Ja: Welche Maßnahmen sind nach Ihrer Meinung geeignet, das Pro-forma-Studium und Problemstudenten zu vermeiden?

Halten Sie gesetzliche Regelungen und Restriktionen für geeignet?

Was können die Hochschulen tun?

- Differenzierung nach Art des Pro-forma-Studiums

A

- negative Auswirkungen für die Hochschule  
- Funktionsmängel von Universität und Arbeitsmarkt werden Studenten angelastet

- Studiengebühren  
- Staffelung der Sozialbeiträge  
- Restriktionen bei Aufnahme von Zweit- und Zusatzstudien  
- Status "Teilzeitstudent" mit Abkoppelung der Sozialberechtigung  
- Studienberatung, Betreuung durch Hochschule  
- Adressaten der Maßnahmen  
- Arbeitsmarktpolitik  
- positive Anreize zur Exmatrikulation

42

Die AOK trägt den Arbeitsmarktproblemen von Hochschulabsolventen insofern Rechnung, als sie ihnen für eine Übergangszeit bis zum Berufseintritt eine Weiterversicherung zum günstigen Studententarif anbietet.

KK

Gibt es eine derartige Regelung auch bei anderen Krankenkassen?

Ja: Seit wann existiert eine solche Sonderregelung?

Wie sehen die Modalitäten im einzelnen aus?

Wieviele nehmen diese Möglichkeit der günstigen Versicherung in Anspruch?

43

Wie schätzen Sie die zukünftige Entwicklung des Problems Pro-forma-Studium ein?

A

Wird sich das Problem in Zukunft noch stärker stellen? Oder wird es an Gewicht verlieren?

### ANLAGE 3: Sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen bei der Beschäftigung von Studenten

Quelle: Info für Studenten der Kaufmännischen Krankenkasse

Wie die von Studenten während des Studiums ausgeübten Beschäftigungen versicherungsrechtlich zu behandeln sind, ergibt sich aus folgenden Beispielen:

1. Studenten, die neben ihrem Studium einer Beschäftigung nachgehen und hierfür mehr als 20 Wochenstunden aufwenden, unterliegen grundsätzlich der Versicherungspflicht in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Beispiel 1: Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung aus. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 25 Stunden.

Beurteilung: Es besteht Versicherungspflicht in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, da die Beschäftigung den Studenten mehr als 20 Stunden in der Woche in Anspruch nimmt.

Achtung: Versicherungspflicht tritt in diesen Fällen dagegen nicht ein, wenn die Beschäftigung ausschließlich auf die vorlesungsfreie Zeit (Semesterferien) beschränkt ist.

2. Beträgt die wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 20 Stunden, besteht Versicherungsfreiheit; die Höhe des Arbeitsentgelts ist dabei ohne Bedeutung.

Beispiel 2: Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung aus. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 18 Stunden.

Beurteilung: Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, da die Beschäftigung den Studenten nicht mehr als 20 Stunden in der Woche in Anspruch nimmt.

3. In Einzelfällen kann Versicherungsfreiheit allerdings auch noch bei einer Wochenarbeitszeit von mehr als 20 Stunden in Betracht kommen (vornehmlich bei Beschäftigungen am Wochenende sowie in den Abend- und Nachtstunden). Dies setzt voraus, daß Zeit und Arbeitskraft des Studenten überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen werden.

Beispiel 3: Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung als Taxifahrer überwiegend in den Abendstunden und am Wochenende aus. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt 25-30 Stunden.

Beurteilung: Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, da die Zeit und Arbeitskraft des Studenten überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen wird.

4. Wird eine Beschäftigung mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von nicht mehr als 20 Stunden lediglich in der vorlesungsfreien Zeit (Semesterferien) auf mehr als 20 Stunden ausgeweitet, so ist auch für diese Zeit Versicherungsfreiheit anzunehmen.

Beispiel 4: Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung aus. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt während der Vorlesungszeit 18 und während der Semesterferien 40 Stunden.

Beurteilung: Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, da die Beschäftigung den Studenten nicht mehr als 20 Stunden in der Woche in Anspruch nimmt und die Ausweitung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden auf die Semesterferien beschränkt ist.

## Zeitlich befristete Beschäftigungen

Darüber hinaus besteht für solche Studenten Versicherungsfreiheit, die zwar mehr als 20 Stunden wöchentlich arbeiten, deren Beschäftigungsverhältnis aber von vornherein auf nicht mehr als 2 Monate im Jahr befristet ist. Auch in diesen Fällen spielt die Höhe des Arbeitsentgelts keine Rolle.

Beispiel 5: Ein Student übt eine befristete Beschäftigung aus:

Semesterferien: 1. 7. bis 15. 10.  
15. 2. bis 10. 4.

Dauer der  
Beschäftigung: 1. 12. bis 31. 1.  
wöchentliche  
Arbeitszeit: 25 Stunden

Beurteilung: Die Beschäftigung wird zwar außerhalb der Semesterferien an mehr als 20 Stunden ausgeübt. Dennoch besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, weil die Beschäftigung nur geringfügig und auf nicht mehr als 2 Monate im Jahr befristet ist.

Beispiel 6: Ein Student übt eine befristete Beschäftigung aus:

Semesterferien: 1. 7. bis 15. 10.  
15. 2. bis 10. 4.

Dauer der  
Beschäftigung: 15. 2. bis 30. 4.  
wöchentliche  
Arbeitszeit: 25 Stunden

Beurteilung: Es besteht Versicherungspflicht in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, da die Beschäftigung auf mehr als 2 Monate im Jahr befristet ist und nicht ausschließlich während der Semesterferien ausgeübt wird.

Dauert eine Aushilfsbeschäftigung im vorstehenden Sinne länger als 2 Monate, tritt die Versicherungspflicht von dem Zeitpunkt des Überschreitens an ein. Stellt sich jedoch schon vorher heraus, daß die Beschäftigung länger andauern wird, beginnt sie mit dem Tage, an dem dies bekannt wird, und nicht erst nach Ablauf der 2 Monate. Für die zurückliegende Zeit verbleibt es bei der Versicherungsfreiheit.

Unabhängig davon unterliegt der Student auch in solchen Beschäftigungen nicht der Versicherungspflicht, die zwar länger als 2 Monate andauern, aber ausschließlich auf die vorlesungsfreie Zeit (Semesterferien) begrenzt sind.

## Studenten mit mehreren Aushilfsbeschäftigungen

Übt ein Student mehrere Beschäftigungen aus, ist zu prüfen, ob er seinem Erscheinungsbild nach noch als "ordentlich Studierender" anzusehen ist oder bereits zum Kreis der Beschäftigten gehört und somit der Versicherungspflicht in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung unterliegt.

Von einer Zugehörigkeit zum Kreis der Beschäftigten ist dann auszugehen, wenn ein Student im Laufe eines Jahres mehr als 26 Wochen beschäftigt ist. Für die Beurteilung der Frage, ob der Zeitraum von 26 Wochen überschritten wird, sind alle Beschäftigungen (auch die während der Semesterferien) von wöchentlich mehr als 20 Stunden zusammenzurechnen. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Tätigkeiten bei demselben Arbeitgeber oder bei verschiedenen Arbeitgebern ausgeübt werden.

Beispiel 7: Ein Student übt folgende voneinander unabhängige Beschäftigungen aus:

- A) vom 1. 2. bis 31. 3. wöchentlich 25 Std.  
Arbeitsentgelt monatlich 1.000,00 DM
- B) vom 1. 7. bis 31. 8. wöchentlich 40 Std.  
Arbeitsentgelt monatlich 1.600,00 DM
- C) vom 1. 10. bis 31. 10. wöchentlich 40 Std.  
Arbeitsentgelt monatlich 1.600,00 DM
- D) vom 1. 12. bis 15. 1. wöchentlich 25 Std.  
Arbeitsentgelt monatlich 1.000,00 DM



Beurteilung: Die Beschäftigungen A), B) und C) sind versicherungsfrei in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, weil sie jeweils 2 Monate nicht übersteigen und nicht feststand, daß eine Beschäftigung folgen wird, durch die die 26-Wochen-Grenze überschritten wird.

Dagegen ist die Beschäftigung D) - obwohl auch sie auf nicht mehr als 2 Monate befristet ist - versicherungspflichtig, weil bei ihrem Beginn feststeht, daß der Student im Laufe eines Jahres (Frist: 16. 1. des Vorjahres - 15. 1. des laufenden Jahres) mehr als 26 Wochen beschäftigt sein wird. Bei der Feststellung des Jahreszeitraumes ist immer vom voraussichtlichen Ende der letzten Beschäftigung ein Jahr zurückzurechnen.

Würde jedoch die Arbeitszeit in einer der drei Beschäftigungen nicht mehr als 20 Stunden in der Woche betragen, so wäre auch die Beschäftigung D) versicherungsfrei zu allen Zweigen der Sozialversicherung, weil Beschäftigungen von nicht mehr als 20 Stunden wöchentlich in die Jahresrechnung nicht einbezogen werden.

## Sonderregelung für Praktikanten


Studien- und Prüfungsordnungen der Hochschulen bzw. Fachhochschulen sehen im allgemeinen die Ableistung einer praktischen Tätigkeit vor. Für diese Praktika besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, sofern sie während des Studiums zwischen zwei theoretischen Ausbildungsabschnitten absolviert werden und die Praktikanten während dieser Zeit an der Hochschule bzw. Fachhochschule eingeschrieben sind.

Nicht an einer Hochschule bzw. Fachhochschule eingeschriebene Praktikanten unterliegen grundsätzlich der Versicherungspflicht zu allen Zweigen der Sozialversicherung. Das gilt auch, wenn sie ihr Praktikum vor oder nach dem Beginn des Studiums absolvieren.

Erhalten solche Praktikanten keine Vergütung, sind sie als Arbeitnehmer nur in der Renten- und Arbeitslosenversicherung versicherungspflichtig. In der Krankenversicherung besteht, soweit das Praktikum in einer Studien- oder Prüfungsordnung einer Hochschule bzw. Fachhochschule vorgeschrieben ist, ggf. Versicherungspflicht im Rahmen der Krankenversicherung der Studenten.

**ANLAGE 4: Antragsformular für Studenten zur Aufnahme in die Krankenversicherung (Muster der Kaufmännischen Krankenkasse)**

# STUDENTEN MÜSSEN SICH ENTSCHEIDEN



**Ich beantrage die Aufnahme in die KKH**  
 zum Beginn des ☐ Sommer- / ☐ Winter-Semesters 198\_\_\_\_),  
 frühestens jedoch zum Tage der Einschreibung bzw. Rückmeldung ☐ (Bitte ankreuzen, falls zutreffend)

falls Aufnahme zu einem anderen Termin gewünscht wird, zum  (Bitte in diesem Fall Datum eintragen)

**und die sofortige Ausstellung der Versicherungsbescheinigung**  
 (Doppelkarte) für die Einschreibung bzw. Rückmeldung

---

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Fam.-Stand: ☐ ledig ☐ verh. ☐ verw. ☐ gesch.

Meine Anschrift: \_\_\_\_\_  
 (Straße Nr.) \_\_\_\_\_  
 (ggf. Adressenzusatz: z. B. bei Schmidt) \_\_\_\_\_  
 (Postleitzahl Ort) \_\_\_\_\_  
 sofern telefonisch zu erreichen: \_\_\_\_\_ (Tel.-Nr., möglichst mit Vorwahl)

Ich studiere ab seit \_\_\_\_\_  
 an der \_\_\_\_\_ (Hochschule Fachhochschule sonst: Bildungseinrichtung)  
 in \_\_\_\_\_

Ich beziehe Rente, habe Rente beantragt ☐ ja ☐ nein

Ich war zuletzt krankenversichert bei der \_\_\_\_\_  
 (Name der Krankenkasse bzw. der Krankenversicherung)

Ich beantrage Familienhilfe ☐ ja ☐ nein  
 falls ja, für wieviel unterhaltsberechtigte Angehörige

Ich benötige eine Bescheinigung für den BAföG-Beitragszuschuß ☐ ja ☐ nein

Ich zahle meinen Beitrag für das Semester im voraus ☐ ja ☐ nein

Ich beantrage monatliche Beitragszahlung ☐ ja ☐ nein

(Die Angabe der persönlichen Daten ist aufgrund des § 5 der Versicherungsbedingungen erforderlich.)

**Bei Beginn des Semesters**

bin ich krankenversicherungspflichtig nach anderen gesetzlichen Vorschriften (z. B. aufgrund eines Beschäftigungsverhältnisses, des Bezuges von Rente oder Übergangsgeld) ☐ ja ☐ nein

habe ich Anspruch auf Familienkrankengeld (z. B. bei der Krankenkasse des Vaters, der Mutter oder des Ehegatten) ☐ ja ☐ nein

bin ich abhängig beschäftigt ☐ ja ☐ nein  
 selbstständig/freiberuflich tätig ☐ ja ☐ nein

(Datum)

(Um ggf. Kassenleistungen bargeldlos überweisen zu können, bitte Bank-/Postgirokonto des Antragstellers angeben, wenn vorhanden)

(Unterschrift, Vor- und Zuname)

) Für Studenten der allgemeinen Hochschulen beginnt das Sommersemester am 1.4., das Wintersemester am 1.10. eines Jahres, für Studenten der Fachhochschulen jedoch in der Regel bereits am 1.3. bzw. 1.9. eines Jahres

**ANLAGE 5: Ergebnis der Überprüfungsaktion der Hamburg-Münchener Ersatzkasse bei Studenten über 35 Jahren**  
(Auszug aus dem Interview mit dem Pressesprecher der Hamburg-Münchener Ersatzkasse)

Aufgrund einer Anregung des Bundesversicherungsamtes, alle Mitglieder der studentischen Pflichtversicherung, die älter als 35 Jahre sind, zu überprüfen, haben wir im zweiten Halbjahr 1987 eine entsprechende Aktion durchgeführt. Natürlich ist die Grenze von 35 Jahren willkürlich, denn es kann ja auch schon ein 25jähriger eine Computerfirma leiten.

Bei uns hatte die Aktion folgendes Ergebnis:

Am 01.11.1987 waren bei und 7.775 Studenten versichert, davon waren 815 älter als 35 Jahre (also rund 10 %). Der weitaus überwiegende Teil konnte als Student versichert bleiben. Von 815 Mitgliedschaften, die überprüft worden sind, waren 615 in Ordnung, zumindest soweit wir das überprüfen konnten. Etwas über 100 Mitgliedschaften hat man beenden müssen. Diese Überprüften waren keine Studenten mehr und hatten keine Berechtigung, der Kasse anzugehören. Aufgrund der Überprüfungsaktion sind allerdings nur 22 Mitgliedschaften beendet worden, die anderen wären ohnehin beendet worden. Unter den 22 aufgrund der Aktion beendeten Mitgliedschaften waren 10 Selbständige.

Weitere 100 wurden in einer anderen Versicherungsklasse eingestuft; sie durften Mitglied bleiben, wurden aber nicht mehr als Student versichert. 11 konnten sich z. B. im Rahmen der Familienhilfe versichern. In diesem Fall des Anspruchs auf Familienhilfe brauchten sie dann selbst überhaupt nichts mehr zu zahlen. Die Umstufung aufgrund der Aktion betraf nur 19 Fälle.

Der Erfolg der Fragebogenaktion (41 Fälle) ist also minimal. D. h., 41 Mitgliedschaften sind aufgrund der Aktion beendet oder umgestuft worden, die anderen Umstufungen oder Beendigungen wären auch unabhängig von der Aktion erfolgt. Das Problem bei dieser Überprüfungsaktion sind natürlich die unwahren Angaben bei der Befragung. Dem ist aber nicht beizukommen.

**ANLAGE 6: Semesterbeiträge der Studierenden für die Studentenwerke**  
 Quelle: Deutsches Studentenwerk e. V. (Hrsg.): Studentenwerke im Zahlenspiegel  
 1986. Bonn 1987. S. 22.

Studentenwerk	Semesterbeitragsanteil der Studentenwerke je Studierender		
	SS 1985 DM (7)	SS 1986 DM	SS 1987 DM
1 Aachen	30,50	30,50	30,50
2 Augsburg	25,00	25,00	25,00
3 Berlin	20,00	20,00	20,00
4 Bielefeld	30,00	30,00	30,50
5 Bochum	30,00	30,00	30,50
6 Bonn	30,00	30,00	30,50
7 Braunschweig	31,50	31,50	31,50
8 Bremen	35,00	35,00	35,00
9 Clausthal	31,50	31,50	31,50
10 Darmstadt	50,00	50,00	50,00
11 Dortmund	30,80	30,80	30,80
12 Düsseldorf	30,80	30,80	31,30
13 Duisburg	30,00	30,50	30,50
14 Erlangen-Nbg.	25,00	25,00	25,00
15 Essen	30,80	30,80	30,80
16 Frankfurt	50,00	50,00	50,00
17 Freiburg	44,00	44,00	44,00
18 Giessen	50,00	50,00	50,00
19 Göttingen	31,50	31,50	31,50
20 Hamburg	23,00	30,00	30,00
21 Hannover	31,50	31,50	31,50
22 Heidelberg	45,00	45,00	45,00
23 Hohenheim	27,00	27,00	27,00
24 Kaiserslautern	35,00	42,00	42,00
25 Karlsruhe	32,65	32,65	32,65
26 Kassel	50,00	50,00	50,00
27 Koblenz	25,00	25,00	25,00
28 Köln	34,50	34,50	34,50
29 Konstanz	46,40	46,40	46,40
30 Mainz	39,00	46,00	46,00
31 Mannheim	36,90	36,90	36,90
32 Marburg	50,00	50,00	50,00
33 München	25,00	25,00	25,00
34 Münster	30,40	30,40	30,90
35 Oberfranken	25,00	25,00	25,00
36 Oldenburg	31,50	31,50	31,50
37 Osnabrück	31,50	31,50	31,50
38 Paderborn	30,00	30,00	30,50
39 Regensburg	25,00	25,00	25,00
40 Saarland	23,40	23,40	23,40
41 Siegen	30,00	30,00	30,50
42 Schl.-Holstein	27,50	27,50	30,00
43 Stuttgart	32,50	32,50	32,50
44 Trier	35,00	42,00	42,00
45 Tübingen	39,00	39,00	39,00
46 Ulm	30,65	30,65	33,65
47 Vorderpfalz	42,00	42,00	42,00
48 Würzburg	25,00	25,00	25,00
49 Wuppertal	30,00	30,00	31,50
<hr/>			
	Ø 33,18	Ø 33,76	Ø 33,98

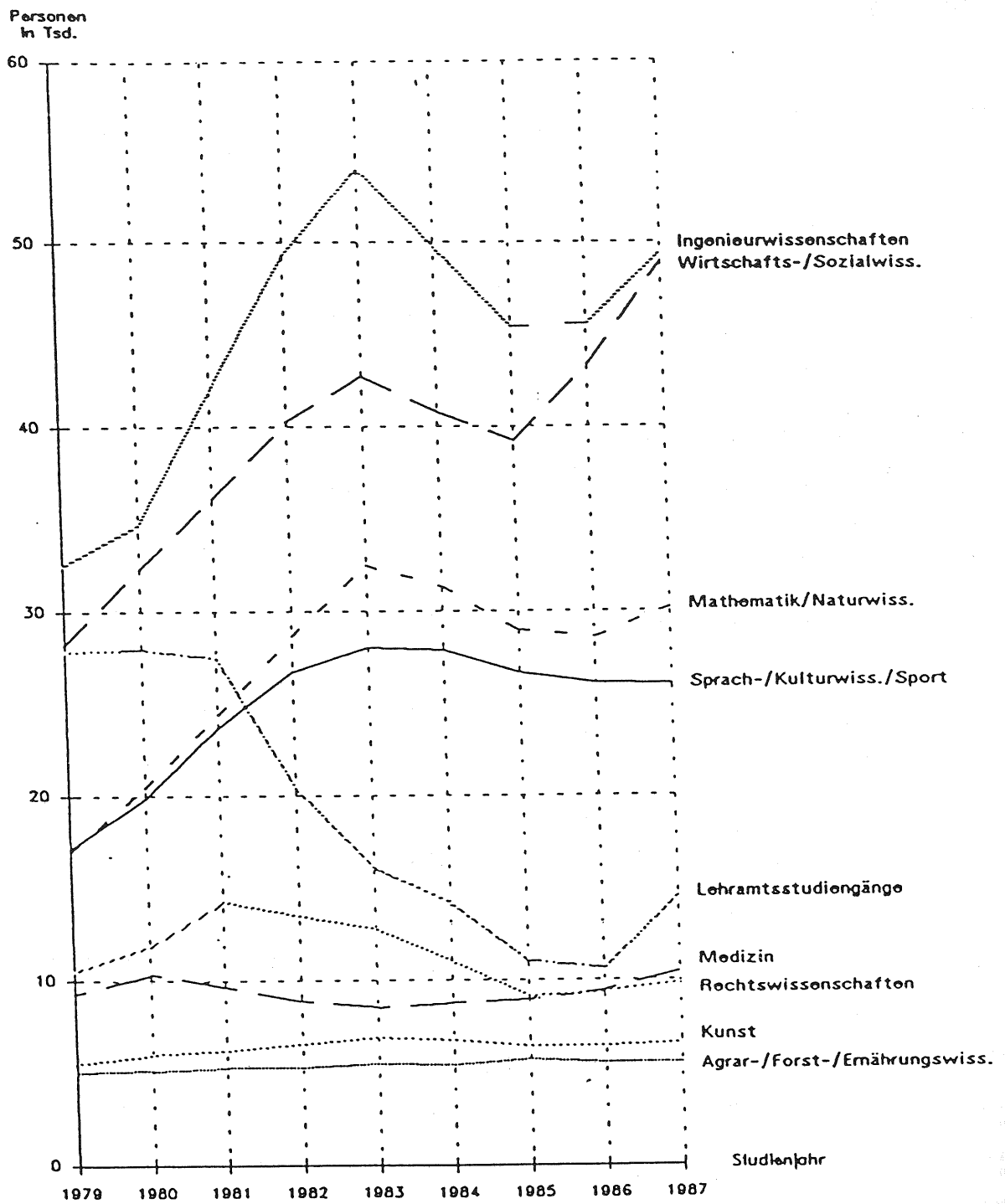


## ANLAGE 7

Studienbereich	Jahr	insgesamt	1.u.2.	3.u.4	5.u.6	7.u.8.	9.u.10.	11.u.12.	13.u.14	15.u.höher	Regelstu- dienzeit	BAföG- dauer	Fachstudi- endauer 1)
prozentuale Verteilung nach Semestern													
Germanistik	87	30.201	24,3	16,7	13,6	11,6	10,7	8,1	5,3	9,7			
- Magister	81	13.763	33,1	18,1	13,8	10,5	9,0	5,9	4,3	5,3	9	10	13,4
- Lehramt (SEX II)	87	13.660	10,4	8,2	9,3	10,5	13,1	15,0	11,5	22,0	9	10	12,6
	81	24.051	13,6	12,9	13,4	13,2	14,1	14,1	9,6	9,1			13,4
Psychologie	87	21.470	15,6	14,7	13,1	12,5	11,5	11,5	8,1	13,1	9	10	11,8
- Diplom	81	17.414	17,7	17,3	17,1	14,8	11,2	9,6	5,6	6,7			12,6
Erziehungswissenschaften	87	28.800	17,4	12,8	14,6	12,2	11,8	10,8	7,1	13,3	9	10	12,0
- Diplom	81	25.971	18,9	16,3	21,0	15,5	10,6	6,9	4,4	6,5			11,4
Politik- u. Sozialwiss.	87	30.715	23,9	15,4	13,1	11,7	10,3	8,7	5,5	11,4	9	9 (10)	10,8
- Diplom	81	19.608	24,6	15,8	13,0	13,1	12,1	8,7	5,7	7,0			12,6
Rechtswissenschaften	87	81.432	14,5	12,2	13,5	14,3	14,5	12,9	7,3	10,8	7-9	9	11,6
- Staatsexamen	81	67.939	20,5	16,3	13,7	13,0	13,0	10,8	6,5	6,2			12,0
Wirtschaftswissenschaften	87	115.230	24,5	18,3	15,8	13,8	10,9	7,3	3,8	5,6	9	9	11,2
- Diplom	81	65.185	24,9	18,0	15,9	14,1	12,6	6,8	3,5	4,2			10,6
Mathematik	87	19.692	24,1	15,1	12,9	13,3	10,3	7,5	4,6	12,2	9	10	13,6
- Diplom	81	12.605	18,9	12,1	11,1	11,8	12,9	11,3	8,1	13,8			13,2
- Lehramt (SEX II)	87	3.112	11,3	6,9	7,7	8,0	11,4	15,6	12,5	26,6	9	10	13,4
	81	9.436	13,0	10,9	12,6	13,4	16,6	15,8	8,5	9,2			11,6
Informatik	87	26.746	23,4	18,7	16,1	13,4	10,3	7,7	4,8	5,6	8-10	10	12,4
- Diplom	81	10.879	31,7	20,0	14,7	10,9	8,6	7,2	3,4	3,5			12,0
Physik	87	27.147	20,5	15,9	14,6	14,6	11,0	8,5	5,4	9,5	10	11	13,2
- Diplom	81	15.866	21,0	14,9	13,7	12,6	12,8	10,1	6,1	8,8			12,8
Chemie	87	27.436	21,0	15,2	14,3	13,4	11,2	8,5	5,7	10,7	10	12	13,0
- Diplom	81	18.790	23,9	13,2	13,2	13,6	12,1	9,8	5,3	8,9			12,4
Pharmazie	87	11.281	20,1	19,5	18,9	18,0	12,3	5,2	2,3	3,7	7 (mind.)	8	10,0
- Staatsexamen	81	9.469	22,4	21,8	21,1	19,4	8,6	3,4	1,3	2,0			9,0
Biologie	87	26.644	17,2	16,1	15,2	13,8	11,3	10,4	7,3	8,7	9	10	12,8
- Diplom	81	14.427	23,8	19,3	16,8	14,2	10,1	7,5	3,6	4,7			11,6
- Lehramt (SEX II)	87	4.941	16,8	9,5	8,6	8,1	12,1	14,8	12,0	18,1	9	10	13,0
	81	8.094	18,8	14,7	15,1	14,7	13,1	11,0	7,2	5,3			11,4
Humanmedizin	87	83.012	14,3	14,5	14,3	14,0	13,5	12,6	10,0	6,9	12 (mind.)	14	13,4
- Staatsexamen	81	67.859	16,5	15,8	15,4	15,0	13,8	11,5	7,7	4,3			13,2
Zahnmedizin	87	12.204	16,5	16,8	17,3	16,1	15,2	11,2	3,2	3,7	10 (mind.)	11	11,4
- Staatsexamen	81	9.380	17,8	12,8	17,9	16,9	15,4	9,1	2,6	2,1			11,0
Agrarwissenschaften	87	11.755	18,2	17,1	17,8	14,7	12,9	9,1	4,7	5,5	9	9	11,0
- Diplom	81	9.156	24,3	22,1	17,1	14,7	12,0	6,4	2,0	1,4			10,4
Maschinenbau	87	44.119	19,6	16,3	14,5	14,9	125,8	9,2	5,4	7,3	9	10	12,8
- Diplom	81	26.593	19,6	18,2	16,3	14,7	13,8	9,5	4,0	3,9			11,6
Elektrotechnik	87	32.557	21,4	16,9	14,8	14,8	12,0	8,7	4,6	6,8	9	10	12,8
- Diplom	81	19.751	20,7	17,6	15,8	13,3	13,5	9,7	4,7	4,7			11,4
Architektur	87	15.256	16,0	14,3	13,5	12,3	12,5	10,9	8,1	12,4	9	10	13,4
- Diplom	81	10.958	17,3	17,0	17,3	16,0	12,5	8,8	4,8	6,3			12,0
Bauingenieurwesen	87	12.810	12,7	12,5	16,1	16,3	13,3	11,7	7,1	10,3	9	10	12,8
- Diplom	81	11.453	20,0	15,7	14,0	13,2	13,2	9,9	6,4	7,6			11,8

1) Die Fachstudiendauern gelten für deutsche Absolventen des Studienjahres (= WS und folgendes SS) 1980 und 1986

Bild 1: Studenten im Wintersemester 1986/87 und 1980/81 nach Fachsemester, Regelstudienzeit, BAföG-Förderungshöchstdauer und Fachstudiendauer  
Quelle: Studenten an Hochschulen; Wintersemester 1986/87 und 1980/81



Quelle: Studienanfänger: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, Bildung und Kultur, Fachserie 11, Reihe 4.1, Studenten an Hochschulen, SS 1986, S. 10; WS 1986/87, S. 9; Ebenda, Vorbericht SS 1987, S. 32; Ebenda, Vorbericht WS 1987/88, S. 32

**Bild 2:** Deutsche Studienanfänger an wissenschaftlichen Hochschulen und Fachhochschulen nach Fächergruppe (insgesamt)

ANLAGE 8: Programm und Zeitplan der Orientierungsphase im WS 1988/89 des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover  
 Quelle: Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover (Hrsg.): Orientierungsphase Studium und Beruf - Materialien. Hannover 1988. S. 5 f.

## 1.0 Programm und Zeitplan der Orientierungsphase WS 1988/89

ZEIT UND RAUM	VERANSTALTUNGSFORM	LERNZIELE	LERMINHALT	MATERIALIEN
Mo. 10.10. 9.15 - 10.30 VD I	Plenum Vortrag des Dekans	Kennenlernen der Studiensituation in Hannover	Student am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover - Ausbildung zum Dipl.-Ök. - Überblick über das Studium - Struktur der Lehrheiten - Institutionen der Universität	Was sind Wirtschaftswissenschaften? (1.1)  Student an der Universität in rechtlicher Sicht (1.8)
Mo. 10.10. 10.30 - 11.15 VD I	Plenum Gruppeneinteilung	Aufteilung des Plenums in Gruppen nach Betreuern		
Mo. 10.10. 11.15 - 12.00	Plenum Fachschaftsrat	Kennenlernen des Fachschaftsrates	Studiensituation in Hannover aus studentischer Sicht	Information des Fachschaftsrates (1.2)
Mo. 10.10. 14.00 - 15.30 16.00 - 17.30 (lt. Plan)	Gruppe	Einleitungsphase Reflexion über Studien- motivation und -fachwahl	Vorstellung und Kennenlernen Diskussion über Studienmotivation, Berufsziele, -inhalte, Einkommenserwartungen, Ziele Karriere	Warum will Walter Vivi werden? (1.3)
Di. 11.10. 9.00 - 10.00 (lt. Plan)	Gruppe	Aufbau des Studiums verstehen	Vorbereitung der Veranstaltung zur Diplomprüfungsordnung mit Prof. Dr. Heinemann	Leistungen für das Vordiplom (3.2) Diplomprüfungsordnung (3.3)
Di. 11.10. 10.15 - 12.00 (lt. Plan)	Gruppe	Kennenlernen der Berufsaussichten für Wiwis und der Praxisanforderungen	Diskussion über Arbeitsmarkt, Stellenanzeigen, Anforderungen der Praxis	Berufsaussichten für Wiwis (1.5.1) Anforderungen der Praxis (1.5.2)
Di. 11.10. 14.00 - 14.45	Plenum (Prof. Dr. Heinemann)	Diplomprüfungsordnung kennenlernen	Studienbedingungen am Fachbereich aus prüfungsrechtlicher Sicht	Diplomprüfungsordnung (3.3)
Di. 11.10. 15.00 - 17.00 VD I / VA 210	Plenum Podiumsdiskussion	Lohnt es sich, an der Universität Hannover zu studieren?	Universität im Wettbewerb	Universität im Wettbewerb (1.4)

ZEIT UND RAUM	VERANSTALTUNGSFORM	LERNZIELE	LERNINHALT	MATERIALIEN
Mi. 12.10. 10.00 - 16.00	Gruppe	Erkennen wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Zusammenhänge	Durchführung eines Planspiels - Das Rationalisierungsspiel -	Spielanweisung zum Rationalisierungsspiel (1.12)
Do. 13.10. 8.15 - 10.00 (lt. Plan)	Gruppe	Belegplan für Semester erarbeiten, Vorstellung des Fachprojektes	Erläuterung zum Verlauf des 1. Semesters	Studienhinweise (1.1) Veranstaltungsankündigungen (1.9)
Do. 13.10. ) 10.15 - 12.00 (lt. Plan)	Gruppe	Die Technik des wissenschaftlichen Arbeitens kennenlernen, Lernschwierigkeiten kennenlernen	Einführung in die Technik des wissenschaftlichen Arbeitens	Hinweise zum wissenschaftlichen Arbeiten (1.10) Beinahe alle an der Uni... (1.11)
Do. 13.10. ab 12.00	Gruppe		Gang durch den Fachbereich, Bearbeitung von Aufgaben zur Suche wissenschaftl. Literatur in der Fachbereichsbibliothek	
Fr. 14.10. 10.00 - 10.30 VD I	Plenum (AIESEC)	Kennenlernen der AIESEC		AIESEC-Info (1.6)
Fr. 14.10. 10.30 - 13.00 VD I	Plenum	Fachprojekt kennenlernen	Vorstellung des Fachprojekts (Betreuer, Tutoren) Gruppeneinteilung	Tutoriuminfo (1.8)



**HIS Hochschul-Informationssystem GmbH, Hannover**  
Goseriede 9, 3000 Hannover 1

#### **Bisher erschienene Publikationen**

Sämtliche Veröffentlichungen werden seit Januar 1981 durch die HIS Hochschul-Informationssystem GmbH vertrieben und sind dort direkt oder über den Buchhandel erhältlich.

Fehlende oder mit Sternchen gekennzeichnete Bände sind inzwischen vergriffen. Alle Bände sind broschiert. Es besteht auch die Möglichkeit des Abonnements unserer Schriftenreihen.

#### **Reihe: Hochschulplanung**

- 1    **Das Hochschul-Informationssystem**  
1973. 2. Auflage. 50 Seiten. DM 5,60. ISBN 3-923105-00-2
- 2    **J. Griese: Kapazitätsnutzung im Hochschulbereich**  
**E. Dettweiler, H.W. Frey: Kurz- und langfristige Kapazitätsanalyse im Hochschulbereich**  
1970. 88 Seiten. DM 7,80. ISBN 3-923105-01-0
- 3    **R. Caspar: Ökonomische Konzeption einer rationalen Hochschulplanung**  
1970. 149 Seiten. DM 12,80. ISBN 3-923105-02-9
- 4    **G. Menges, G. Elstermann, H. Rommelfanger: Kapazitätsmodelle**  
1971. 86 Seiten. DM 9,80. ISBN 3-923105-03-7
- 5    **B. Bessai: Der Einsatz von EDV-Anlagen in den Hochschulverwaltungen der Bundesrepublik**  
1971. 126 Seiten. DM 14,-. ISBN 3-923105-04-5
- 6    **W. Bayer, H. Oblasser: Betriebssteuerungssystem und Kapazitätsmodell für Hochschulen**  
1972. 253 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-923105-05-3
- 7    **D.Schrammel, J. Griese: Prognose-Informationssystem und Auslastungs-Informationssystem**  
1971. 132 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-06-1
- 8    **T. Finkenstaedt, M. Redelberger: Anglistik 1970**  
1972. 132 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-07-X
- 9    **Globaler Test eines Berechnungsverfahrens zur Ermittlung der Ausbildungskapazität**  
1972. 223 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-923105-08-8
- 10   **H.W. Frey, M. Utz: Untersuchung des Personal- und Raumbedarfs im Fach Anglistik mit Hilfe eines Simulationsmodells auf EDV-Basis**  
1972. 182 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923015-09-6
- 11   **A. Angermann, H.G. Bartels: Haushaltskonsolidierung und Finanzierungsrechnung**  
1972. 254 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-10-X

- 12 A. Angermann, U. Blechschmidt: Hochschul-Kostenrechnung  
1972. 298 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923105-11-8
- 13 Berufsausbildung und Hochschulbereich  
1973. 188 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923105-12-6
- 14 B. Bessai: Der Aufbau einer Informationsbank, insbesondere einer Datenbank, als Voraussetzung für die Lösung von Managementproblemen im Hochschulbereich  
1973. 347 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-13-4
- 15 J. Beckmann: Gravitationstheoretischer Ansatz zur Ermittlung des regionalen Studentenaufkommens in NRW  
1973. 142 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-14-7
- 16 F. Rischkowksy: Thesaurus Hochschulplanung  
1973. 214 Seiten. DM 28,-. ISBN 3-923105-15-0
- 17 K.M. Hussain, H.L. Freytag: Resource, Costing and planning Models in Higher Education  
1973. 152 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-16-9
- 18 E.Schrader, K.D. Schmidt, H. Gerken, F. Bunzel: Das Verfahren der Flächenbedarfsplanung für die Universität Bielefeld  
1974. 310 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-17-7
- 19 H.W. Frey, W. Jüllig, R. Mauder, P. Näger: Anwendung des HIS-Simulationsmodells B an der Universität Karlsruhe  
1975. 119 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-18-5
- 20 H. Bonin, W.L. Oppenheim: HISKAM. Ein computergestütztes Informationssystem zur Abwicklung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens an Hochschulen  
1975. 371 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-923105-19-3
- 21 R. Foerst, H.W. Frey: Organisation der Lehre und Ausbildungskapazität in der klinischen Medizin  
1975. 238 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-20-7
- 22 D. Ipsen, G. Portele: Organisation von Forschung und Lehre an westdeutschen Hochschulen  
1976. 287 Seiten. DM 32,-. ISBN 3-923105-21-5
- 23 U. Kort: Akademische Bürokratie. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß von Organisationsstrukturen auf Konflikte an westdeutschen Hochschulen  
1976. 172 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-22-3
- 24 W. Albert, C. Oehler: Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden einschließlich Strukturausgaben zum Bildungswesen  
1976. 505 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-923105-23-1
- 25 C. Oehler, L. Birk, F. Blahusch, F. Kazemzadeh, D. Kraft-Krumm: Studienplanung und Organisation der Lehre  
1976. 574 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-923105-24-X

- 26 R. Foerst, E. Korte: Organisation der Lehre und Ausbildungskapazität in der Zahnmedizin  
1976. 174 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-25-8
- 28 L. Birk, H. Griesbach, K. Lewin, M. Schacher: Abiturienten zwischen Schule, Studium und Beruf - Wirklichkeit und Wünsche  
1978. 115 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-26-6
- 29 C. Oehler, L. Birk, F. Blahusch, F. Kazemzadeh: Organisation und Reform des Studiums - Eine Hochschullehrerbefragung  
1978. 102 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-27-4
- 30 E. Rau: Hochschulreform in Schweden - Ein Überblick  
1978. 95 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-28-2
- 31 R. Foerst, E. Korte: Pharmazie in Freiburg - Studiengang und Curricularrichtwert  
1978. 120 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-29-
- 32 Studenten zwischen Hochschule und Arbeitsmarkt  
1980. 172 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-923105-30-4
- 33 K. Lewin, M. Schacher: Studium oder Beruf? - Studienberechtigte 1976, zwei Jahre nach Erwerb der Hochschulreife  
1979. 220 Seiten. DM 24,-. ISBN 3-923105-31-2
- 34 C. Rothe: Abiturientenberatung und weiterer Bildungslebenslauf  
1981. 191 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-00-X
- 35 K. Lewin, M. Schacher: Studienberechtigte 78 - Studien- und Berufswahl im Wandel? Bestandsaufnahme und Vergleich mit Studienberechtigten 76  
1981. 199 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-01-8
- 36 R.v. Lützu, H. Hopf, W. Küster, D. Peschke: Hochschulberichtssystem  
1981. 200 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-02-6
- 37 J. Knop: Wirtschaftlichkeit der automatisierten Datenverarbeitung in den Hochschulverwaltungen  
1981. 243 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-08-5
- 38 F. Durrer, F. Kazemzadeh: Beschäftigungsprobleme nicht eingestellter Lehrer - Auswirkungen, Einstellungen, Erwartungen am Beispiel von Lehrern in Hessen  
1981. 198 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-14-X
- 39 J. Knop, H. Stichtenoth, K. Brauer, J. Hammerschick, J. Jaschke, F. Wolf: Einsatz automatisierter Verfahrenslösungen in den Hochschul- und Klinikverwaltungen der Bundesrepublik Deutschland - Eine Bestandsaufnahme  
1981. 348 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-15-8
- 40 F. Kazemzadeh, K.-H. Minks: Attraktivität des Ingenieurstudiums in der Diskussion - Hintergründe, Einflüsse und Wirkungen. Zwischenergebnisse einer empirischen Untersuchung  
1982. 60 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-922901-16-6

- 41\* R.Reissert, L. Birk: Studienverlauf, Studienfinanzierung und Berufseintritt von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1979  
1982. 173. Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-17-4
- 42 K. Lewin, R. Piesch, M. Schacher: Studienberechtigte 78 - Studienaufnahme, Studienfinanzierung, Zufriedenheit. Bestandsaufnahme zwei Jahre nach Erwerb der Hochschulreife und Vergleich mit Studienberechtigten 76  
1982. 204 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-18-2
- 43 K. Lewin, R. Piesch, M. Schacher: Studienberechtigte 76 - Studium und Berufsausbildung: Verläufe und Übergänge. Bestandsaufnahme vier Jahre nach der Schulzeit  
1982. 80 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-19-0
- 44 F.Kazemzadeh, H. Schaeper: Fachspezifische Studentenprofile-Bedingungen der Integration in das Studium; Zwischenergebnisse einer empirischen Untersuchung  
1983. 100 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-21-2
- 45 E. Frackmann: Probleme der Finanzierung, Budgetierung und Evaluation im US-amerikanischen Hochschulbereich  
1983. 130 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-22-0
- 46 H. Gerken, W. Pietsch, M. Puttendörfer, H. Schwab, B. Weidner-Russell: Leitfaden zur Umnutzungsplanung  
1983. 250 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-23-9
- 47 F. Kazemzadeh, K.-H. Minks: Attraktivität des Ingenieurstudiums - Ergebnisse einer empirischen Untersuchung  
1983. 160 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-24-7
- 48 U. Hempel: Bemessung des Flächenbedarfs zentraler Hochschulbibliotheken  
1983. 110 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-25-5
- 49 H. Heinrich: Ein System zur Koordination von Lehrveranstaltungen an Hochschulen  
1983. 112 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-26-3
- 50 H.Stichtenoth, S. Grätz, J. Knop: Einsatz der automatisierten Datenverarbeitung in der Hochschulmedizin  
1983. 216 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-27-1
- 51 F. Durrer-Guthof, F. Kazemzadeh: Studienberechtigte 80 - Ausbildungspläne, Motivation und Tätigkeitsstruktur. Bestandsaufnahme ein halbes Jahr nach Schulabgang und Vergleich mit Studienberechtigten 1976 und 1978  
1984. 140 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-28-X
- 52\* F. Kazemzadeh,, H. Schaeper: Wer findet sich im Studium zurecht? Ergebnisse einer Untersuchung von Studenten in der Eingangsphase des Studiums  
1984. 150 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-29-8
- 53 F. Durrer-Guthof, F. Kazemzadeh: Berufliche Ausbildung - Alternative zum Studium? Ergebnisse einer Untersuchung zum Übergangsverhalten von Studienberechtigten von der Schule zu weiterführender Ausbildung  
1984. 180 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-301



- 54 K. Lewin, M. Leszczensky, R. Piesch, M. Schacher: Analyse der Situation der Studienanfänger im Wintersemester 1983/84 - Studienwünsche und Studienwahl, Berufserwartungen  
1984. 144 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-31-X
- 55 K. Lewin, M. Leszczensky, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1984/85 - Studien- und Berufswahl bei rückläufigen Studienanfängerzahlen  
1985. 69 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-32-8
- 56 B. Weidner-Russell, D. Müller: Untersuchung zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs an Hochschulen  
1985. 141 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-33-6
- 57\* F. Durrer-Guthof, R. Piesch, H. Schaeper: Studienberechtigte 83, Studienentscheidung - Einfluß von Arbeitsmarkt und Studienfinanzierung  
1986. 90 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-34-4
- 58 K. Schnitzer, H. Schaeper, J. Gutmann, Ch. Breustedt: Probleme und Perspektiven des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik Deutschland - Untersuchung über Studienverlauf, Studienbedingungen, soziale Lage und Reintegration von Studenten aus Entwicklungsländern  
1986. 309 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-922901-35-2
- 59\* K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1985/86 - Studium an Universität oder Fachhochschule  
1986. 87 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-36-0
- 60 F. Stratmann, I. Holzkamm: Chemikalienversorgung und -entsorgung in Hochschulen - Bericht zur Beschaffung, Lagerung und Verteilung von Chemikalien und Entsorgung von chemischen Sonderabfällen in Hochschulen  
1986. 138 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-37-9
- 61 R. Reissert, B. Marciszewski: Studienverlauf und Berufseintritt - Ergebnisse einer Befragung von Hochschulabsolventen und Studienabbrechern des Studienjahres 1984  
1987. 130 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-38-7
- 62 K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1986/87 - Immer mehr Abiturienten an Fachhochschulen  
1987. 130 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-39-5
- 63 F. Kazemzadeh, K.-H. Minks, R.-R. Nigmann: "Studierfähigkeit" - Eine Untersuchung des Übergangs vom Gymnasium zur Universität  
1987. 300 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-922901-40-9
- 64 K. Schnitzer, R. Holtkamp: Studium in Berlin - Untersuchung zur Situation von Studierenden an Berliner Hochschulen  
1987. 260 Seiten. DM 42,-. ISBN 3-922901-41-7
- 65 M. Kahle, F. van Dijk: Zentrale Gebäudeleittechnik in Hochschulkliniken - Untersuchung zum ZLT-G-Einsatz  
1987. 138 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-43-4

- 66 H. König, C. Schnoor: Bestandserhaltung von Hochschulgebäuden - Untersuchung zu den Rechtsgrundlagen, den Einflußgrößen und dem zukünftigen Mittelbedarf  
1988. 220 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-44-1
- 68 B. Weidner-Russell, K. Haase: Nachfrage an Infrastruktureinrichtungen an Hochschulen. Materialien zu den Bereichen Bibliotheken; sonstige Arbeitsplätze der Hochschulen; Fortbildung und studienbegleitende Freizeit; Erwerbstätigkeit; Verpflegungseinrichtungen; Wohnen; Verkehr  
1988. 250 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-46-8
- 69 K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1987/88-Zunahme der Studienanfängerzahlen bei abnehmenden Studienberechtigtenzahlen  
1988. 130. Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-47-6
- 70 Studienzeiten auf dem Prüfstand - Dokumentation des HIS-Kolloquiums am 18. u. 19. Mai im Wissenschaftszentrum Bonn - Bad Godesberg  
1988. 360 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-48-4
- 71 F. Stratmann, I. Holzkamm: Sonderabfallentsorgung in Hochschulen - Eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Hochschulpraxis.  
1988. 200 Seiten. DM 38,-. ISBN 3-922901-49-2
- 72 K. Schnitzer, W. Isserstedt: Bildungskredit - Akzeptanzuntersuchung zu einem neuen Finanzierungsmodell im Bildungsbereich (für das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft  
1988. 69 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-50-6
- 73 M. Kahle, F. van Dijk: Zentrale Gebäudeleittechnik - Hinweise zu Planung und Betrieb von ZLT-Systemen einschließlich DDC  
1989. 65 Seiten. DM 29,90. ISBN 3-922901-51-4
- 74 R.-R. Nigmann: Abiturienten an Fachhochschulen - Ursachen und Auswirkungen der Attraktivität des Fachhochschulstudiums für Abiturienten  
1989. 120 Seiten. DM 36,-. ISBN 3-922901-52-2
- 75 K. Lewin, M. Schacher: Studienanfänger im Wintersemester 1988/89-Trend zum Studium setzt sich fort  
1989. 190 Seiten. DM 38,-. ISBN 3-922901-53-0
- 76 R. Holtkamp, F. Kazemzadeh: Das Engagement der Hochschulen in der Weiterbildung - Situation und Perspektiven  
1989. 169 S. DM 36,-. ISBN 3.922901-54-9

Reihe: HIS-Briefe

- 1 R. Caspar, E. Dettweiler, H.W. Frey u.a.  
1969. 87 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-32-0
- 2 W. Krönig, H.J. Schuster, H. Schoene u.a.  
1969. 40 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-33-9
- 3 G. Elstermann, H. Knupp, H.W. Frey u.a.  
1969. 44 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-34-7
- 4 Informationssysteme für die Universität Erlangen-Nürnberg (Erster Bericht)  
1969. 28 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-35-5
- 5 R. Nussbaum, B. Müller, S. Crosina, u.a.: EDV an Schweizer Hochschulen  
1970. 55 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-36-3
- 6 G. Guth, D. Ukena, R. Vieten: Kriterien zur vergleichenden Analyse von Hochschulmodellen - Ein Versuch  
1970. 31 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-37-1
- 7 Kostenplanung, Kostenrichtwerte  
1970. 43 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-38-X
- 8 H. Krähe: Studienabbruch und Studienfachwechsel bei Medizinstudenten  
1970. 130 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-39-8
- 9 Informationssysteme für die Universität Erlangen-Nürnberg  
1970. 60 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-40-1
- 10 B. Lutz, I. Krings, J. Fleischer: Überlegungen zum Problem des "Bedarfs" an hochqualifizierten Arbeitskräften und seiner Prognose  
1970. 90 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-41-X
- 11 K. Hehner, W. Sämman, D. Thöne, R. Vieten: Zwischenbericht über eine Organisationsanalyse im Fachbereich Chemie der Johann-Gutenberg-Universität Mainz  
1971. 42 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-42-8
- 12 Projektgruppe Hochschulkapazität Mannheim/HIS GmbH/Planungsgruppe Universität des Saarlandes
- 13 E. Mundhenke: Hochschul-Informationssysteme in Nordamerika  
1971. 73 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-44-4
- 14 Finanzplanung der Universität Hamburg für die Jahre 1971 bis 1976  
1971. 91 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-45-2
- 15 K.-H. Mylius: Statistische Probleme der Messung von Ausbildungskapazitäten an Universitäten  
1971. 107 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-46-0

- 16 U. Wirth, J. Pfeiffer: Struktur und Umfang der Arbeitsbelastung des Lehrkörpers an der Universität Tübingen  
1971. 216 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-47-9
- 17 E. Mundhenke: Haushaltswesen der Hochschulen  
1971. 105 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-48-7
- 18 B. Lutz, I. Krings: Überlegungen zur sozioökonomischen Rolle akademischer Qualifikation  
1971. 124 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-49-5
- 19 E. Dettweiler, H.W. Frey: Simulationsmodell für die Hochschulplanung  
1973. 2. Auflage. 58 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-50-9
- 20 Flächenbedarfsrechnung für eine neue Universität  
1972. 182 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-51-7
- 21 N. Küsgen: Bibliografie Bauökonomie  
1972. 270 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923015-52-5
- 22 E. Minke, M. Weichhold: Kurzbericht zum Test des FIDES-Kapazitätsmodells  
1972. 43 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-53-3
- 23 Externe Stimmen  
1972. 58 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-54-1
- 24 GEOFAK. Untersuchung der Geowissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg  
1972. 199 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-55-X
- 25 E. Möller, H. Korte: Sozialer numerus clauses: Studentisches Wohnen  
1972. 45 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-56-8
- 26 G. Boberg, K. Ebeling: Bibliografie Akademikerbedarf  
1972. 69 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-57-6
- 27 T. Oppermann: Hochschul-Informationssystem (HIS) GmbH als Gemeinschaftsaufgabe nach Art. 91 b Grundgesetz?  
1972. 36 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-58-4
- 28 G. Binder: Das Hochschul-Stundenplan-Programm BAM P 7 H  
R. Bahr: Ein Programmsystem zur Erleichterung der Stundenplanerstellung  
1972. 130 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-59-2
- 29 Hochschulforschung. Ansätze zur Entwicklung einer Forschungsprojektdatetei  
1972. 92 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-60-6
- 30 H.L. Freytag, W. Krönig: Überlegungen zur zentralen Verteilung von Studienplätzen  
1972. 57 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-61-4
- 31 Ermittlung des Nutzflächenbedarfs im Rahmen der Hochschulentwicklungs- und Hochschulgesamtplanung  
1973. 161. Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-62-2



- 32 K. Bergmann, H. Küsgen, C. Riepl: Netzplantechnik in der Hochschulplanung  
1972. 96 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-63-0
- 33 Inventar-Verwaltungs-System (IVS)  
1972. 244 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-64-9
- 34 W. Neuwirth: ERZUL-Organisationshandbuch  
1973. 111 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-65-7
- 36 Organisation der Hochschule und des Studiums  
1973. 135 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-66-5
- 37 Ausbildungskapazität und Approbationsordnung  
1973. 140 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-67-3
- 38 Flächenbedarf für das Aufbau- und Verfügungszentrum der Gesamthochschule Kassel  
1973. 173 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-68-1
- 39 Personal-Verwaltungs-System (PVS)  
1973. 215 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-69-X
- 40 Hochschulforschung. Erfahrungen zur Datenerfassung im Forschungsbetrieb  
1973. 169 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-70-3
- 41 H.W. Frey: VERSTAT. Veranstaltungstatistik auf EDV-Basis  
1974. 142 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-71-1
- 42 J. Hempel, A. Kehler: Probleme der Kosten-Nutzen-Analyse für Informationssysteme in öffentlichen Verwaltungen  
1974. 78 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-72-X
- 43 H. Cloes, E. Drolshagen, L. Leute, H. Otte, G. Sponer: Einsatzmöglichkeiten des Informations- und Verwaltungssystems HIS-LVS-I im Lehrbetrieb von Hochschulen  
1974. 130 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-73-8
- 44 G. Berg, U. Meindl: Modell eines Dokumentationssystems "Hochschulplanung". Vorschlag zur Errichtung eines kooperativen Informationsverbundes  
1974. 126 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-74-7
- 46 G. Boberg, K. Ebeling: Organisationsreform der Hochschulbibliothek. Eine Bibliografie  
1974. 58 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-75-4
- 48 A. Keller, M. Weichhold: Beiträge zur Hochschulentwicklung  
1974. 121 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-76-2
- 49 H.-P. Hansen, K.H. Mylius: Die soziale Situation der Studenten. Ergebnisse einer Befragung der Studentenschaft an der Universität Münster  
1974. 217 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-77-0
- 50 A. Bischof-Peters, W. Borchers, M. Bregler, W. Dreisigacker, N. Lang: Prüfungs-Operations-System (POS). Bericht über eine Befragung bei Prüfungsämtern und Studienberatungsstellen  
1974. 90 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-78-9

- 52 H. Groh, U. Lange, R. Schröder: EDV-gestützte Raumbelegung durch das Programmsystem ZUOP (Zuordnungsoptimierung)  
1975. 80 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-80-0
- 53 C. Vorwerk: Stand der Datenverarbeitung in Verwaltung und Planung von Universitäten in den USA  
1975. 125 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-81-9
- 54 H. Bonin, R. Wenzel: Datenschutz und Datensicherung im Rahmen des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einer Hochschule bei Verwendung eines ADV-Systems  
1975. 105 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-82-7
- 55 J. Brockstedt, R. Reissert: EDV-Einsatz in Hochschulverwaltungen. Ausstattung und Anwendungsbereiche  
1975. 347 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-83-5
- 56 Projektgruppe Erlangen: Hochschulberichtssystem. Entwurf eines periodischen, standardisierten Berichtssystems für wissenschaftliche Hochschulen  
1975. 110 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-84-3
- 57 J. Fischer, C. Oehler, J. Pohle: Hochschulentwicklungsplanung. Konzepte-Verfahren - Arbeitshilfen  
1975. 309 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-85-1
- 58 A. Kautzmann, U. Lange, W. Pietsch, K. Schlenther: Aufbau und Verwendung eines Gebäudeatlasses zur Ergänzung einer Hochschulraumdatei  
1976. 81 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-86-X
- 59 H. Gieseler, J. Hempel, J. Winterhoff: Personal-Verwaltungs-System II  
1976. 102 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-87-8
- 60 R. Foerst, I. Bark, H.-D. Bilsky, G. Viehoff: Verwaltung, Steuerung und Prognose des Studentendurchlaufs in der Medizin. Studien-Informationssystem - Medizin  
1975. 103 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-88-6
- 61 P. Besener u.a.: Unterstützung der Lehrorganisation durch Datenverarbeitung  
1976. 349 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-89-4
- 62 U. Meindl: Zur Situation der Studienreform: Eine kommentierte Dokumentation  
1977. 304 Seiten. DM 12,-. ISBN 3-923105-90-8
- 63 A. Kleinfenn: Betriebskosten von Hochschulen  
1977. 164 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-91-6
- 64 K. Schnitzer: Raumbezogene Nutzungsuntersuchungen  
1978. 199 Seiten. DM 20,-. ISBN 3-923105-92-4

Die Reihe HIS-Briefe ist mit Band 64 abgeschlossen

**Reihe: Hochschulforschung**

- 1 W. Albert, C. Oehler: Materialien zur Entwicklung der Hochschulen 1950 bis 1967  
1969. 452 Seiten. DM 30,-. ISBN 3-922901-04-2
- 2 G. Albrecht: Lehrereinkommen, Lehrerausbildung und Lehrermangel  
1970. 280 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-922901-05-0
- 3 S.Keller: Rationalisierung der Gebäudeplanung mittels Datenverarbeitung  
1970. 225 Seiten. DM 18,-. ISBN 3-922901-06-9
- 4 Planung der langfristigen Investitionen von Hochschulen  
1970. 373 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-922901-07-7
- 5 A. Angermann, H.G. Bartels: Haushalts-Synopsen der wissenschaftlichen Hochschulen für das Haushaltsjahr 1970  
1970. 212 Seiten. DM 22,-. ISBN 3-922901-03-4
- 6 M. Hermann: Analyse des akademischen Berufsspektrums  
1971. 249 Seiten. DM 25,-. ISBN 3-922901-09-3
- 7 Kostenplanung, Kostenrichtwerte für den Hochschulbau  
1972. 216 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-922901-10-7
- 8 Entwicklung einer Organisationskonzeption für einen naturwissenschaftlichen Fachbereich  
1972. 222 Seiten. DM 33,-. ISBN 3-922901-11-5
- 9 J.M. Eiberg, K. Gastrup-Hansen, P. Lohfert: Planung von Universitätskliniken  
1972. 50 Seiten. DM 9,-. ISBN 3-922901-12-3
- 10 W. Albert, C. Oehler: Die Kulturausgaben der Länder, des Bundes und der Gemeinden 1950 bis 1967  
1972. 500 Seiten. DM 40,-. ISBN 3-922901-13-1

**Die Reihe Hochschulforschung ist mit Band 10 abgeschlossen**